LUXEMBURG 1

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2011

GERECHTE ÜBERGÄNGE | LEIDA RIJNHOUT | EDUARDO GUDYNAS
JOHN BELLAMY FOSTER | ALBERTO ACOSTA | NICOLA BULLARD
AMIT BHADURI | HO-FUNG HUNG | ANGELIKA ZAHRNT | IRMI SEIDL
HERMANN SCHEER | WOLFGANG RHODE | DIETER KLEIN | U.A.



INHALT

EDITORIAL 4

JENSEITS DES WACHSTUMS

LEIDA RIJNHOUT Die industrialisierte Welt schrumpfen 6
JOHN BELLAMY FOSTER Schrumpf oder stirb? 12
AMIT BHADURI Vernichtendes Wachstum in Indien 18
HO-FUNG HUNG Globale Krise und Entwicklung in China 24
STEFAN SCHMALZ Chinas technokratischer Green New Deal 30
GÜNTHER BACHMANN Wider das Wachstumspathos 36
MICHAEL DAUDERSTÄDT Soziales Wachstum für Alle 41
TILMAN SANTARIUS Die fetten Jahre sind vorbei 45
RALF KRÄMER Umbau – sozial und ökologisch 48
WOLFGANG RHODE UND KAI BURMEISTER Wachstum für Arbeit und Umwelt 52
UWE WITT Die Mär vom nachhaltigen Wachstum 56
IRMI SEIDL UND ANGELIKA ZAHRNT Warum Konsum sich ändern muss 62
DIETER KLEIN Zahnlos-fulminante Wachstumskritik 66

RAINER RILLING Book Bloc 70
WU MING KOLLEKTIV »Ohne Erzählung ist jeder Kampf verloren« 72
RYAN PYLE China Manufacturing 76


OUR
AUSTERITY
THEIR
PROSPERITY

STRATEGISCHE ÜBERGÄNGE – JUST TRANSITION

NICOLA BULLARD Just Transition – Einstieg in Transformation? **78**
HARALD SCHUMANN UND HANS-JÜRGEN URBAN Gespräch über Konversion und Mosaik-Linke **84**
MARIO CANDEIAS Strategische Probleme eines gerechten Übergangs **90**
CAMPAIGN AGAINST CLIMATE CHANGE Eine Million Klima-Jobs jetzt! **98**

MILTON ROGOVIN Bilder aus Buffalo **104**
HOLGER POLITT Vorbemerkung zu Rosa Luxemburg **106**
ROSA LUXEMBURG Aus Russland **108**

EDUARDO GUDYNAS Die Linke und die Ausbeutung der Natur **114**
ALBERTO ACOSTA Alternativen zum Extraktivismus **124**
HERMANN SCHEER Energie System Wechsel **130**

CLASS & CARE

STEFANIE GRAEFE Alltag in der Präventionsgesellschaft **136**
JANA SEPPELT, JULIAN JAEDICKE UND HEINER REIMANN Zwischen Aufopferung und Arbeitskampf. Organisierung in evangelischen KiTas **142**
MEINHARD MEUCHE-MÄKER Sieg des Elternwillens? Zur gescheiterten Schulreform in Hamburg **148**

VERFASSERINNEN UND VERFASSER **154**

EDITORIAL

GERECHTE ÜBERGÄNGE

Die ökologischen wie ökonomischen Grenzen des gegenwärtigen »Wachstumsmodells« sind erreicht. »Wenn wir unseren Planeten auch in Zukunft bewohnen wollen, können wir nicht so weitermachen«, darüber herrscht Einigkeit in allen politischen Lagern. Doch was wächst da eigentlich? Geht es um Wachstum durch Kapitalverwertung, also Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter, die immer mehr Energie und Ressourcen verbraucht? Oder um das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP), in das auch die Reparatur sozialer oder ökologischer Schäden mit einfließt? Die Milliarden zur Bekämpfung der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko steigerten das BIP der USA beträchtlich.

Unbezahlte Produktions- und Reproduktionsarbeit wird meist nicht gezählt, obwohl sie eine unerlässliche gesellschaftliche Stütze ist. In einer bedürfnisorientierten Ökonomie hätte der Einsatz menschlicher und natürlicher Ressourcen – anders als im Kapitalismus – nicht unbedingt mit Wert, Geld, Verwertung, Löhnen zu tun. Bedürfnisse und Ökonomie können sich qualitativ entwickeln, ohne dass sie quantitativ stofflich wachsen müssen.

Vor fast 40 Jahren veröffentlichte der Club of Rome die Studie *Grenzen des Wachstums*. 1990 wurde im Rahmen der Vereinten Nationen der Human Development Index entwickelt, der Pro-Kopf-Einkommen, formales Bildungsniveau und Lebenserwartung kombiniert. Seit 1991 gibt es die Umweltökonomische Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. Auf Betreiben des französischen Präsidenten Sarkozy setze die Europäische Union 2009 eine »Glückskommission« zur Bestimmung von neuen Indikatoren für »wirtschaftliche Performance und sozialen Fortschritt« ein. Ihr gehörten Kritiker und Renegaten des Neoliberalismus wie Joseph Stiglitz und Amar-

tya Sen an. In Bhutan wird das »Bruttonationalglück« bereits erhoben, und der Deutsche Bundestag hat zu Beginn des Jahres 2011 die Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« eingesetzt. Doch trotz der neuen Indikatoren und der Diskussionen in Expertengremien: Eine *politische* Wende ist damit nicht verbunden.

Lange wurden Ökologie und Ökonomie auch in linken Debatten als Gegensätze behandelt. An dieser Gegenüberstellung verliefen die Trennungslinien einer fragmentierten – gewerkschaftlichen, ökologischen, feministischen – Linken, die sich kaum zum Mosaik zusammenfand. Inzwischen wird die Notwendigkeit einer sozialökologischen Wende breit diskutiert, ökologische Modernisierung auch als Chance für die ökonomische und soziale Entwicklung betrachtet, zumindest theoretisch. Über Wege und Zielrichtung gibt es Uneinigkeit: soziales oder qualitatives Wachstum, grünes Wachstum bzw. Green New Deal, wohlfahrtsstaatliches Wirtschaften ohne Wachstum, Entkopplung des ökonomischen vom stofflichen Wachstum und Schrumpfung sowie individueller und gemeinschaftlicher Konsumverzicht.

Von einer Wende sollen alle profitieren: »die Wirtschaft« mit neuen Wachstums- und Exportmärkten (die doch implizit Verluste anderer in Kauf nehmen), die Lohnabhängigen mit neuen Jobs, der Staat mit zusätzlichen Steuereinnahmen und allen voran »die Umwelt« durch weniger Ressourcen- und Energieverbrauch. Ob dies möglich ist, ob eine Wende ohne grundsätzlichen Bruch mit der kapitalistischen Form des Wirtschaftens machbar sein wird, ist umstritten. Eine Alternative wäre, sie mit der Perspektive eines Guten Lebens (Buen Vivir) zu verbinden, die statt auf steigenden Warenkonsum auf Zeitwohlstand und den Reichtum menschlicher Beziehungen zielt. Leicht schwingt hier ein moralischer Appell zu einem bescheideneren, weniger »materiellen« Leben im Einklang mit der Natur mit. Doch eine für alle asketische Lebensweise zu predigen, ohne die ungleiche Verteilung der Kosten einer sozial-ökologischen Transformation zur Sprache zu bringen, wird nicht überzeugen. Die Vermittlung von Partikular- und vermeintlichen Allgemeininteressen darf nicht nur abstrakt von oben gedacht werden. Statt die Ansprüche der Vielen, zumal aus dem globalen Süden, zu delegitimieren, ist zu fragen, wie sie für ein solches Projekt gewonnen werden könnten. Ohne *gerechte Übergänge*, ohne die Frage, wo die Transformation hingehen soll, kann eine breite Zustimmung zu einem Einstieg in den Umstieg nicht gewonnen werden. Er bleibt dann zwischen Klientelpolitik der Gewerkschaften für ihre (schwindende) Basis von Kernbelegschaften und Politik der abgesicherten Mittelklassen für eine »gute Natur« für sich und ihre Kinder stecken. Bisher gibt es nur wenige Versuche, die Differenzen und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, wenig Bemühen um eine »Übersetzung«, die erlauben würde, gerechte Übergänge über nationale Grenzen hinweg zu denken. Das Heft will hierzu einen Beitrag leisten.

DIE INDUSTRIALISIERTE WELT SCHRUMPFEN

LEIDA RIJNHOUT

Es gibt eine Reihe von Gewissheiten im Leben:
1 | Wir haben nur einen Planeten, folglich sind
2 | unsere natürlichen Ressourcen begrenzt;
3 | alle wirtschaftliche Aktivität erfordert natürliche Ressourcen, und daher ist
4 | wirtschaftliches Wachstum nicht endlos fortsetzbar. Die meisten Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft betonen trotzdem, dass ökonomisches Wachstum nötig sei, um die Probleme dieser Welt zu lösen.

Die Wachstums-Fixierung des Nordens ist momentan allerdings eher selbst das Problem als die Lösung. Der Graben zwischen Arm und Reich wird größer, die Umweltzerstörung verheerender und teilweise irreversibel, bewaffnete Konflikte aufgrund knapper natürlicher Ressourcen nehmen zu und massive Migrationsströme destabilisieren Kulturen und Volkswirtschaften. Die gewaltigen CO_2-Emissionen der industrialisierten Welt ziehen große ökologische und soziale Probleme besonders in den Entwicklungsländern nach sich. Die logische Konsequenz muss deshalb

sein, unseren Rohstoffverbrauch und CO_2-Ausstoß drastisch zu reduzieren. Außerdem haben wir für den verursachten Schaden aufzukommen.

VERARMUNG UND BEREICHERUNG

Der nördliche Lebensstil basiert auf dem ökologischen Reichtum des Südens. Wir nutzen die fruchtbaren Böden der Menschen des Südens, ihre Luft, ihr Wasser, ihre Bodenschätze, ihre Wälder und ihre billige Arbeitskraft zur Aufrechterhaltung unserer Lebensweise und lassen dabei nichts übrig für die endogene Entwicklung ihrer eigenen Länder. Schlimmer noch: Was wir zurücklassen, ist Erosion, Umweltverschmutzung, Verwüstung, gesundheitliche Probleme, Korruption und bewaffnete Konflikte. Der *Living Planet Report* zeigt uns jedes Jahr wieder, dass die industrialisierten Länder weit über ihrem ökologischen Budget leben. Die ganze Welt lebt seit 1986 über ihre Verhältnisse. Der ökologische Fußabdruck von Ländern wie Belgien (8,0 ha), den USA (8,0 ha) oder der BRD (5,1 ha) macht dies offensichtlich. Dass wir noch keine größeren Umweltkatastrophen erleben, ist der Tatsache zu verdanken, dass die Entwicklungsländer weit unter dem ihnen zustehenden Anteil am ökologischen Fußabdruck bleiben. Der niederländische Ökonom Lou Keune hat errechnet, dass die »ökologischen Schulden« der industrialisierten Länder sich finanziell gesehen auf 5,56 Billionen US-Dollar belaufen, also hundertmal mehr als an Geldern für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit gezahlt wird (diese belaufen sich auf ca. 56 Milliarden US-Dollar). Es sei zwar schwer, so Keune, präzise Berechnungen anzustellen, da es praktisch unmöglich ist, den Wert von Natur zu beziffern. Fest steht aber, dass die finanziellen und materiellen Ströme vom Süden in den Norden größer sind als die vom Norden in den Süden.[1]
Im Grunde müssen wir von »umgekehrter Entwicklungshilfe« sprechen. Armut ist kein Zufall – genauso wenig wie die Zunahme unseres Reichtums zu Kolonialzeiten. Dieser vor 500 Jahren mit Raub und Plünderungen eingeschlagene Weg wird heute, wenn auch subtiler, fortgesetzt.

In der internationalen Entwicklungshilfe wird wirtschaftliches Wachstum als einziges Mittel zur Armutsbekämpfung angesehen. Wir könnten mehr mit armen Menschen teilen, wenn wir mehr produzieren, heißt es.[2] Das funktioniert jedoch nur, wenn auch der Kuchen (die Erde), den wir teilen, mit uns wächst. Die britische New Economic Foundation hat errechnet, dass wir weit mehr als einen Planeten bräuchten, um die weltweite Armut zumindest etwas zu lindern, geschweige denn, sie abzuschaffen.[3] Ein weitaus effizienterer Weg, Armut zu mindern, wäre die Umverteilung des Reichtums auf Basis eines Kontraktion-und-Konvergenz-Modells: Wenn wir wirtschaftliches Wachstum im Süden erzielen wollen, um die Grundbedürfnisse der Menschen dort zu befriedigen, müssen wir die Wirtschaft in den nördlichen Volkswirtschaften herunterfahren. Wir müssen eine gerechte und gleiche Verteilung der Ressourcen erreichen, und hierfür sind zuerst die industrialisierten Länder von ihrer Wachstumsbesessenheit und ihrer Abhängigkeit von Öl und anderen Rohstoffen zu befreien.

SCHRUMPFUNG VERSUS GRÜNES WACHSTUM

Zur Lösung der bestehenden Umweltprobleme setzen verschiedene internationale Initiativen auf die Idee eines nachhaltigen oder grünen Wachstums, so etwa das UN-Umwelt-Programm UNEP, der »Green New Deal« bzw. die »Green Growth«-Strategie der OECD und die Leitinitiative für Rohstoffeffizienz im Rahmen der »Europa 2020«-Strategie der Europäischen Kommission. Sie alle wollen dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem einen grüneren Anstrich geben, aber stellen es nicht grundsätzlich in Frage. Die Ökologisierung der Wirtschaft ist zwar wichtig, allein wird sie jedoch weder für eine Verteilungsgerechtigkeit von Reichtum und Rohstoffen sorgen, noch das Problem des Scheinreichtums lösen, das durch Finanzspekulationen und nicht solvente Kredite geschaffen wurde. Die Idee einer nachhaltigen Entwicklung gründete ursprünglich gerade auf der Anerkennung der ökologischen wie sozialen Grenzen des Wachstums. Sie begann jedoch aus dem Ruder zu laufen, als die Weltbank ihre Säulenstrategie entwickelte: Um in die sozialen und ökologischen Säulen investieren zu können, wird demnach unbeschränktes Wachstum benötigt. Auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen ist dies schlicht unmöglich.

Auch in Gewerkschaften und umweltpolitischen NGOs ist der Glaube an »grünes« Wachstum und »grüne« Arbeitsplätze weit verbreitet. Nachhaltige Entwicklung wird meist als Win-Win-Situation dargestellt. Bei den alternativen Produktionsmodellen geht es um technische Neuerungen, die Arbeitsplätze schaffen und Umweltzerstörung reduzieren. Obwohl solche Lösungsansätze gut sind, werden sie allein kaum ausreichen, um ein global gerechtes und nachhaltiges Wirtschaften zu gewährleisten. Zudem wird der Rebound-Effekt bei diesen Überlegungen meist außer Acht gelassen: Zwar führt ökologische Effizienz zur relativen Reduktion des Rohstoff-Verbrauchs, jedoch bedeutet dies keinen absoluten Rückgang, da die Menschen das »Gesparte« für andere Konsumgüter ausgeben.

Alle offiziellen Zukunftsszenarios konzentrieren sich darauf, wie viel Prozent Wirtschaftswachstum notwendig sind, um unseren konsumorientierten Lebensstandard und die sozialen Errungenschaften zu halten. Fragen wie, ob unsere natürlichen Ressourcen dafür ausreichen und ob die Atmosphäre die anfallende Verschmutzung verträgt, werden meist unter den Tisch gekehrt. Genauso unerwähnt bleibt, dass alle Volkswirtschaften unbedingt innerhalb ihres Anteils am ökologischen Fußabdruck bleiben müssen. Es ist überlebensnotwendig für uns und unseren Planeten, hierfür Lösungen zu finden.

Wir müssen mit dem Schrumpfen der Ökonomie – man könnte es auch gedeckeltes oder ausbalanciertes Wirtschaften nennen – endlich beginnen. Andernfalls wird sich die Situation mit jedem Jahr verschlechtern, und die notwendigen Maßnahmen werden immer drastischer und teurer. Ein gesteuerter Übergang hin zu einer Wirtschaftsweise, die innerhalb der Grenzen des Planeten und unserer eigenen bleibt, ist der einzige Weg, zukünftige soziale und ökologische Katastrophen zu verhindern. Anstatt uns nur mit ökologischer Effizienz zu beschäftigen, sollten wir Suffizienz in unsere Überlegungen

einbeziehen. Auch »starke Nachhaltigkeit« genannt, steht sie für die Verbindung eines wirtschaftlichen Systemwechsels mit der Reorganisierung unserer Finanzinstitutionen. Natürlich sorgt dieser Ansatz für Unsicherheiten. Das eigentliche Hindernis aber ist die Verquickung von ökonomischen und politischen Interessen und Machtverhältnissen in unserer Gesellschaft. Diese werden nicht leicht aufzulösen sein.

Auch sollten wir die positiven Errungenschaften des auf Wirtschaftswachstum basierenden Systems nicht vergessen, wie etwa die Sozialversicherung, die medizinische Versorgung, die Altersfürsorge oder das öffentliche Bildungssystem. Jedes Schrumpfungsszenario wird Lösungen beinhalten müssen, wie diese Errungenschaften zu erhalten sind. Von Nöten sind ebenso kulturelle und normative Veränderungen, etwa dass wir unseren materiellen Wohlstand durch ideellen Wohlstand – mehr Freizeit, tiefere Freundschaften und individuelles Glück – ersetzen. Dafür müssen wir zuvorderst den fast religiösen Glauben an den Segen des Wirtschaftswachstums bekämpfen. Das ist nicht ganz einfach. Nicht nur, dass die meisten Regierungen diesem anhängen, auch ist das Wachstumsparadigma im gesellschaftlichen Bewusstsein tief verankert.

SCHRUMPFUNG UND ZIVILGESELLSCHAFT

Die Mehrzahl der etablierten zivilgesellschaftlichen Organisationen sieht in der Veränderung individuellen Verhaltens den heiligen Gral der nachhaltigen Entwicklung. Durch positive Botschaften und das Bewerben »grüner« und fairer Produkte versuchen sie,



Kara Newhouse, Mumbai

den Konsumenten ein »gutes Gefühl« und ein ruhiges Gewissen zu verkaufen. Es ist selbstverständlich richtig, bewusstes Konsumverhalten zu fördern. Doch die Anpreisung »grüner« und fairer Produkte hinterfragt nicht die Ursachen der globalen Probleme.

Viele Organisationen weigern sich, die Öffentlichkeit über die Fehler in unserem Wirtschaftssystem zu informieren. Sie unterstellen, diese Botschaft sei zu negativ, als dass sich damit bei den Menschen Gehör finden ließe. Der Ansatz der Schrumpfungsbewegung, heißt es, sei zu komplex, um ihn zu vermitteln. Dass dies der wirkliche Grund für die Ablehnung ist, ist zu bezweifeln. Zumin-

dest in Europa sind die größeren Organisationen zunehmend von der Regierungspolitik beeinflusst, und zwar entweder vermittelt über Finanzmittel oder durch andere Formen der Einbindung, wie beim berühmten niederländischen Poldermodell. Theoretisch ist eine Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Regierungen wünschenswert. In der Realität führt dies aber oft zur Selbstzensur der Beteiligten, die ihre Forderungen verwässern, um von ihrem staatlichen Gegenüber ernstgenommen zu werden.

Problematisch wird der Fokus auf individueller Verhaltensänderung besonders dann, wenn er zu einer »Begrünung der Gier« führt, wie zum Beispiel bei der belgischen »Happy Flower«-Kampagne. Sie wirbt für den Kauf von fair gehandelten Blumen aus Kolumbien, thematisiert aber weder den Transport der Blumen per Flugzeug noch, ob die Anbauflächen in Kolumbien nicht besser zur lokalen Nahrungsproduktion genutzt werden sollten. Verbrauchern ein gutes Gefühl zu verschaffen, ist nicht immer ein Gewinn für die globale nachhaltige Entwicklung.

GERECHTIGKEIT MUSS ERKÄMPFT WERDEN!

Nicht nur Politiker und Wirtschaftswissenschaftler, auch der Großteil der bürgerlichen Gesellschaft glaubt nicht an die Notwendigkeit der Schrumpfung. Diesbezüglich befinden wir uns noch immer in einer Phase allgemeiner Verleugnung. Wir müssen anfangen, über die fundamentalen Probleme innerhalb unseres Wirtschaftssystems, die zu Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung, zu Klimawandel, Finanzkrisen und sozialen Missständen führen, zu diskutieren. Das wird die große Aufgabe der kritischen sozialen und umweltpolitischen Organisationen sein. Zum Glück sind bereits einige Stimmen zu hören – und sie werden lauter. Immer mehr kleinere Organisationen, Wissenschaftler und Think Tanks, die die Notwendigkeit von Schrumpfung, Nullwachstum, Verringerung der Emissionen etc. betonen, schließen sich zusammen. Ihr wichtigstes Ziel ist es, die globale Wirtschaft wieder in Einklang mit der Belastbarkeit des Planeten zu bringen. Das sollte auch das wichtigste Ziel der sozialen und umweltpolitischen Bewegungen sein. Wir sind in der Verantwortung, diese Botschaft zu verbreiten. Um Armut wirksam bekämpfen zu können, müssen wir Reichtum reduzieren. Es ist dringend notwendig, einen gleichberechtigten Zugang für alle zu den natürlichen Ressourcen zu schaffen. Das Hauptziel ist Wohlstand für alle und nicht bloß eine grüne Variante des »Weiter-So«. Wir benötigen einen radikalen Paradigmenwechsel im Denken und Handeln – und dafür braucht es politische und moralische Führung von Seiten der Regierungen, politischen Parteien, Universitäten und natürlich nicht-staatlichen Organisationen!

Aus dem Englischen von Claudia Taudte

---

1 Vgl. Keune, Lou, 2009: *The myth of development aid*, in: Matti Kohonen und Francine Mestrum (Hg.): *Tax Justice – Putting Global Inequality on the Agenda*, London.
2 Auch die UN-Millenniumsziele setzen wirtschaftliches Wachstum und den erhofften Trickle-Down-Effekt voraus.
3 Siehe http://www.neweconomics.org/publications/growth-isn%E2%80%99t-working (29.1.2011).



Shreyans Bhansali,
Mumbai

SCHRUMPF ODER STIRB?

JOHN BELLAMY FOSTER

Jüngst haben führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler neun »Grenzwerte« für unseren Planeten aufgestellt. Drei von ihnen – für Klimawandel, Artenvielfalt und den Stickstoffkreislauf – sind bereits überschritten, während wir uns anderen, etwa für Frischwasserverbrauch und die Übersauerung der Weltmeere, stetig nähern. Ökologisch gesehen hat die Wirtschaft eine unheimliche Größe und Aufdringlichkeit entwickelt. Sie sprengt die planetarischen Grenzwerte und stört die biogeochemischen Kreisläufe des Planeten. In Folge dessen ist das Wirtschaftswachstumsparadigma der Moderne wieder einmal in die Kritik geraten. In Europa ist 2008 eine große intellektuelle Bewegung entstanden, die radikal-grünes Denken wiederbelebt. Bekannt wurde sie als *Degrowth Economics* (Schrumpfungs-Wirtschaft); sie ist besonders mit den Arbeiten von Serge Latouche verbunden.

Ironischerweise überschneidet sich der kometenhafte Aufstieg von Schrumpfung (engl. *degrowth*, frz. *décroissance*) in den letzten

drei Jahren mit Wirtschaftskrisen und Stagnation, wie wir sie seit den 1930er Jahren nicht mehr erlebt haben. Die Idee der Schrumpfung zwingt uns zu der Frage, ob eine solche in einer kapitalistischen Wachs-oder-stirb-Gesellschaft realisierbar ist – und wenn nicht, was das für den Übergang zu einer neuen Gesellschaftsordnung bedeutet.

Laut der Website des europäischen Degrowth-Projekts (www.degrowth.eu) bedeutet Schrumpfung die freiwillige Verkleinerung der Nationalökonomie einschließlich einer Verringerung des Bruttoinlandsproduktes. »Freiwillig« weist hier auf die Bevorzugung von voluntaristischen Lösungen hin – allerdings nicht so individualistisch und ungeplant wie bei der Bewegung der Freiwilligen Einfachheit (*Voluntary Simplicity*) in den USA, wo (gewöhnlich besserverdienende) Einzelpersonen sich individuell entscheiden, aus dem bestehenden, konsumorientierten Marktmodell auszusteigen. Bei Latouche steht Schrumpfung für einen großen sozialen Wandel: eine radikale Umkehr von Wachstum als Hauptziel der modernen Wirtschaftsweise zu seinem Gegenteil.

FALSCHE VERSPRECHEN

Eine Prämisse der Schrumpfungs-Bewegung ist, dass sich angesichts der planetarischen ökologischen Katastrophe das Versprechen grüner Technologie als falsch erwiesen hat. Das kann dem Jevons-Paradox zugeschrieben werden. Es besagt, dass höhere Effizienz im Energie- und Ressourcenverbrauch nicht zu Umweltschutz, sondern zu größerem Wirtschaftswachstum und damit zu mehr Umweltverschmutzung führt. Die zwangsläufige Schlussfolgerung verschiedenster wirtschafts- und umweltpolitischer Vordenker ist, dass es einer drastischen Veränderung der seit der industriellen Revolution bestehenden Entwicklungstendenz bedarf (etwa Paul Sweezy bereits in den 1980ern, vgl. *Monthly Review* 6/1989). Dies deckt sich mit den Forderungen des ökologischen Ökonomen Herman Daly, der bereits seit geraumer Zeit die Notwendigkeit eines statischen Wirtschaftsmodells betont – in Rückgriff auf John Stuart Mills Begriff des »Stationären (oder Statischen) Staates«. Wenn sich das Wachstum auf einen Stand einpendelt (wovon Klassische Ökonomen ausgehen), könne die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft hin zu den qualitativen Aspekten des Lebens verschoben werden, statt sich nur auf quantitative Expansion zu konzentrieren.

Die Ansicht, dass das Wachstum der überentwickelten Ökonomien zu stoppen oder diese sogar zu schrumpfen sind, geht auf Nicholas Georgescu-Roegen und sein Buch *The Entropy Law and the Economic Process* (1971) zurück. Schrumpfung als solche wird jedoch selbst von ihren Befürwortern nicht als dauerhafte Lösung angesehen. Sie ist lediglich ein Weg, die Größe einer Volkswirtschaft auf ein Leistungsniveau zu reduzieren, das in einer statischen Wirtschaft dauerhaft gehalten werden kann. Für die großen Volkswirtschaften würde dies bedeuten, dass sie um bis zu ein Drittel des heutigen Niveaus geschrumpft werden müssten.

WIDERSPRÜCHE

Freilich wäre dies im heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht einfach so durchzusetzen. Die für das europäische Degrowth-Projekt einflussreichen Arbeiten Latouches bleiben

in diesem Punkt widersprüchlich – nicht aufgrund der Idee der Schrumpfung an sich, sondern wegen des Versuches, das Problem des Kapitalismus zu umgehen. Unter dem Titel »The Globe Downshifted« schreibt Latouche (2006) zum Beispiel: »Eine auf wirtschaftlicher Schrumpfung basierende Gesellschaft kann es im Kapitalismus nicht geben. Jedoch ist Kapitalismus ein irreführend einfaches Wort für eine lange und komplexe Geschichte. Die Kapitalisten loszuwerden, Lohnarbeit und Geld abzuschaffen und den Privatbesitz von Produktionsmitteln zu verbieten, würde die Gesellschaft ins Chaos stürzen. Es würde großangelegten Terrorismus mit sich bringen […] Wir müssen einen anderen Weg aus Entwicklung, Ökonomismus (der Glaube an die Vorrangstellung wirtschaftlicher Faktoren) und Wachstum finden: einen, der nicht die Aufgabe der sozialen Institutionen bedeutet, die die Wirtschaft sich einverleibt hat (Geld, Märkte, sogar Lohn), sondern der diese gemäß anderer Prinzipien neu einbettet.«

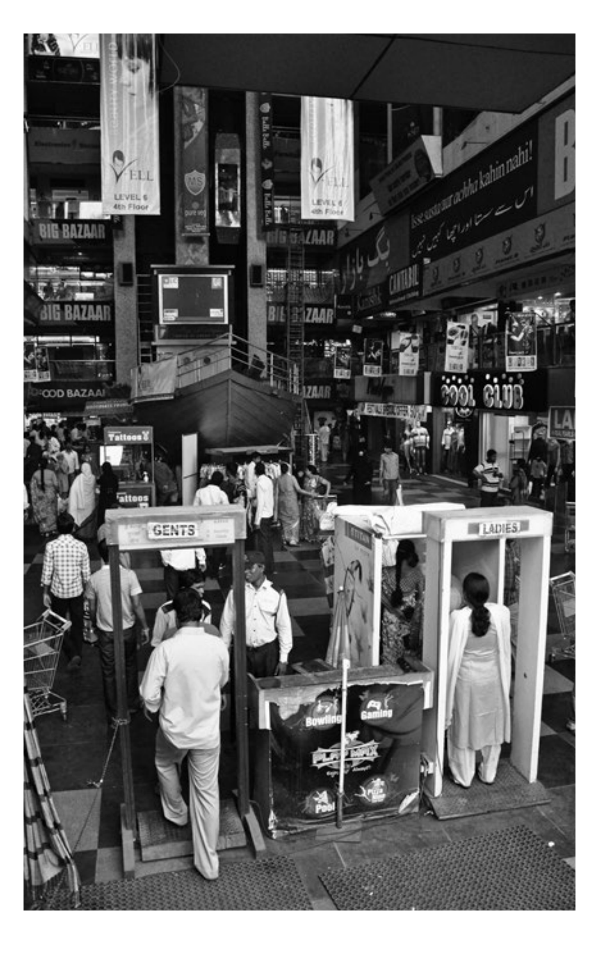
Latouche versucht auf diese Weise, einen Graben zwischen dem Schrumpfungs-Projekt und der sozialistischen Kritik am Kapitalismus zu ziehen. Nach ihm sei 1. ein umweltverträglicher Kapitalismus zumindest theoretisch denkbar; 2. könnten keynesianische und mit der Sozialdemokratie verbundene »fordistische« Regulierungsansätze den Kapitalismus bändigen und auf den tugendhaften Pfad des Öko-Kapitalismus führen, und 3. sei Schrumpfung nicht darauf ausgerichtet, die Dialektik kapitalistischer Lohnarbeit aufzubrechen oder sich in den Privatbesitz an Produktionsmitteln einzumischen. In anderen Schriften führt Latouche aus, dass Schrumpfung kompatibel mit fortschreitender Inwertsetzung (etwa Steigerung des kapitalistischen Mehrwerts) und materielle Gleichheit unerreichbar sei. Latouche plädiert explizit für etwas, was er als »reformistische Lösung« des Umwelt-Problems bezeichnet, bei der die Internalisierung der externen umweltpolitischen Kosten der kapitalistischen Wirtschaft letztendlich in eine Revolution münden werde. Ironischerweise ist diese Haltung identisch mit derjenigen der neoklassischen Umweltökonomie. Demgegenüber geht die ökologische Ökonomie gerade davon aus, dass eine Internalisierung der ökologischen Kosten in die aktuelle kapitalistische Wirtschaftsweise nicht möglich ist.

DIE KLASSENFRAGE

Wie der griechische Philosoph Takis Fotopoulos kritisch feststellt, wird von den Vertretern der Schrumpfungs-Idee die ökologische Krise selbst »als allgemeines Problem beschrieben, mit dem die Menschheit aufgrund des Verfalls der Umwelt konfrontiert ist, ohne zu erwähnen, dass diese Krise für die verschiedenen Klassen sehr unterschiedliche Auswirkungen hat. Zum Beispiel werden die ökonomischen und sozialen Folgen der ökologischen Krise primär mit der Vernichtung von Leben und der Lebensgrundlage der unteren sozialen Schichten – ob in Bangladesh oder in New Orleans – bezahlt und weitaus weniger von den Eliten und der Mittelschicht.« Die Schrumpfungs-Theorie – zumindest bei Latouche und anderen – greift allein das Wirtschaftswachstum an und nicht die Kapitalakkumulation. Es fällt ihren Vertretern schwer, der heute realexistierenden Wirtschaftskrise

und -stagnation, die zu Arbeitslosigkeit und einem ökonomischen Verfallsprozess geführt hat, wie es sie seit den 1930er Jahren nicht mehr gegeben hat, ins Auge zu sehen. Die im März 2010 in Barcelona verabschiedete *Degrowth Declaration* konstatierte dazu lediglich: »Sogenannte Anti-Krisen-Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums werden die Ungleichheiten und Umweltbedingungen langfristig verschlechtern.«

Konfrontiert mit einer schrumpfenden Wirtschaft in den Jahren 2008/9 und angesichts der ökologischen Notwendigkeit, Wachstum nachhaltig zu reduzieren, schlug der Wirtschaftswissenschaftler Joan Martinez-Alier, der unlängst der Degrowth-Bewegung beigetreten ist, einen kurzfristigen Keynesianismus oder auch »Green New Deal« vor. Durch staatliche Investitionen in grüne Technologien und Infrastruktur sollen das Wirtschaftswachstum angekurbelt und die steigende Arbeitslosigkeit eingedämmt werden. Dieser Vorschlag wird als kompatibel mit der Idee der Schrumpfung verstanden, solange ein solcher grüner Keynesianismus zur Maßgabe für fortgesetztes Wirtschaftwachstum werde. Anstatt ein Konzept zu entwickeln, wie Arbeitsplätze geschaffen werden, die einer nachhaltigeren Gesellschaft zuträglich sind, ziehen es die Schrumpfungs-Theoretiker vor, radikal kürzere Arbeitszeiten zu fordern und das Recht auf Entlohnung von Erwerbstätigkeit zu trennen (indem sie ein garantiertes Grundeinkommen fordern). Dies soll ermöglichen, dass das Wirtschaftssystem schrumpft und parallel alle Familien ein garantiertes Einkommen haben – während gleichzeitig die grundlegende Struktur der



Kara Newhouse, Einkaufszentrum in Abids, Indien

Kapitalakkumulation und des kapitalistischen Marktes unangetastet bleibt.

Es ist schwer, sich die Umsetzung von Arbeitszeitverkürzungen und ein Bürgergeld anders vorzustellen denn als Elemente im Übergang zu einer postkapitalistischen (also sozialistischen) Gesellschaft. Wie Marx bereits feststellte, lautet die Regel des Kapitals: »Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!« Um mit dem kapitalistischen Gesetz vom Mehrwert zu brechen oder die Ausbeutung durch Arbeit grundlegend zu hinterfragen (die beide durch eine scharfe Verkürzung der Arbeitszeiten und ein garantiertes Grundeinkommen

bedroht wären), muss die größere Frage nach einem Systemwechsel gestellt werden. Doch dies soll anscheinend vermieden werden. Ein sinnvoller Ansatz zur Schaffung einer neuen Gesellschaft müsste im Übrigen nicht nur Einkommen und Freizeit sichern, sondern auch das menschliche Bedürfnis nach einer nützlichen, kreativen, nicht-entfremdeten Arbeit befriedigen.

SCHRUMPFUNG UND DER SÜDEN

Noch problematischer ist die Haltung der Schrumpfungs-Theoretiker gegenüber dem globalen Süden. »Schrumpfung«, schreibt Latouche (2004), »muss für den Süden genauso gelten wie für den Norden, wenn der Versuch eine Chance haben soll, die Gesellschaften des Südens davon abzuhalten, blindlings in die Sackgasse der Wachstumswirtschaft zu rennen. Solange dies noch möglich ist, sollten sie nicht auf Entwicklung zielen, sondern auf Befreiung – und die Hindernisse wegräumen, die sie davon abhalten, sich anders zu entwickeln [...] Die Länder des Südens müssen sich aus ihrer ökonomischen und kulturellen Abhängigkeit vom Norden lösen und ihre eigene Geschichte wiederentdecken.« Durch das offensichtliche Fehlen einer adäquaten Imperialismustheorie und in Ermangelung eines Hinweises auf die riesige Kluft an Ungleichheit, die die reichsten von den ärmsten Staaten trennt, reduziert Latouche das immense Problem der Unterentwicklung zu einem Problem der kulturellen Autonomie und der Unterwerfung unter den westlichen Wachstumsfetisch.

Im Gegensatz dazu schreibt Herman Daly: »Es ist Zeitverschwendung und moralisch falsch, unterentwickelten Ländern die Heilslehre der statischen Wirtschaft vorzubeten, bevor die überentwickelten Staaten überhaupt Maßnahmen ergriffen haben, ihr Bevölkerungswachstum oder ihren Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch einzudämmen. [...] Eine wichtige Kraft, die erforderlich ist um überentwickelte Länder in Richtung einer statischen Wirtschaft zu treiben, ist die Empörung der ›Dritten Welt‹ über ihren Überverbrauch [...] Der Ansatzpunkt der Entwicklungsökonomie sollte das ›Unmöglichkeitstheorem‹ sein [...], dass eine verbrauchsstarke Massenkonsumwirtschaft in Stil der USA für eine Welt mit 4 Milliarden Menschen unmöglich ist, und, selbst wenn sie durch ein Wunder erreicht würde, sie nur von kurzer Dauer wäre.« (1977, Kap.7) Die Annahme, die Schrumpfungs-Idee könne gleichermaßen auf die reichen Staaten des Zentrums und die armen Länder der Peripherie angewendet werden, ist grundverkehrt. Die meisten Länder des Südens können sich mit ihrem geringen Pro-Kopf-Einkommen eine Schrumpfung der Wirtschaft nicht leisten. Sie brauchen eine nachhaltige Entwicklung, die die Grundbedürfnisse, wie Zugang zu Wasser, Nahrung, medizinische Versorgung, Bildung etc., hilft zu befriedigen. Dafür ist eine radikale Veränderung der sozialen Strukturen nötig – weg von den Produktionsverhältnissen des Kapitalismus/Imperialismus.

CO-REVOLUTION

Es ist unbestreitbar, dass das Wirtschaftswachstum hauptverantwortlich für den ökologischen Verfall ist. Seine gesamte Theorie jedoch im Umsturz einer abstrakten

Wachstumsgesellschaft zu verankern, bedeutet, jede historische Perspektive zu verlieren und hunderte Jahre Sozialwissenschaft zu verwerfen. So wichtig die Schrumpfungs-Idee ökologisch gesehen auch ist – wirklich bedeutungsvoll sein kann sie nur als Teil einer Kritik der Kapitalakkumulation und eines Übergangs zu einer nachhaltigen, egalitären, gemeinschaftlichen Gesellschaftsordnung, in der die vereinigten Produzenten die Beziehung zwischen Natur und Gesellschaft im Interesse nachfolgender Generationen und der Erde selbst regeln.

Was gebraucht wird, ist eine »co-revolutionäre Bewegung« (David Harvey), die die Kritik an umweltfeindlichem Wachstum (nebst zugehöriger Bewegungen) mit traditioneller Kapitalismuskritik und Kritik an Imperialismus, Patriarchat und Rassismus zusammenbringt. In der allgemeinen Krise unserer Zeit ist eine solche übergreifende, co-revolutionäre Bewegung durchaus vorstellbar. Ihr Ziel wäre es, eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der die Wertsteigerung des Kapitals nicht länger die Gesellschaft beherrscht. »Sozialismus ist nützlich«, schrieb Ernst Friedrich Schumacher in *Small is Beautiful*, genau weil er die Möglichkeit schafft, »die Religion der Ökonomie« – die »moderne Tendenz zu totaler Quantifizierung auf Kosten einer Würdigung qualitativer Unterschiede« – zu bezwingen (1973, Kap. 17).

In einer nachhaltigen Gesellschaftsordnung müssten die Menschen aus den wohlhabenderen Ökonomien (besonders aus hohen Einkommensschichten) lernen, mit weniger Konsumgütern auszukommen. Gleichzeitig könnten die Befriedigung wirklicher menschlicher Bedürfnisse und die ökologische Nachhaltigkeit grundlegende Prinzipien eines Zusammenlebens werden, das menschliche Gegenseitigkeit und qualitative Verbesserungen, sogar Fülle, mit sich bringt. Eine solche Strategie ist vereinbar mit dem Anspruch, Menschen sinnvolle Arbeit zu bieten, die nicht von blinder Fixierung auf Produktivität dominiert wird. In diesem Sinne muss der ökologische Kampf nicht nur abstrakt auf Schrumpfung, sondern konkreter auf De-Akkumulation ausgerichtet sein – also weg von einem System, das nur auf die endlose Anhäufung von Kapital ausgerichtet ist. An seine Stelle sollte eine neue co-revolutionäre Gesellschaft treten, die sich der Bedürfnisse von Mensch und Umwelt annimmt.

Aus dem Englischen von Claudia Taudte

Gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung von »Degrow or Die?«, erschienen in *Red Pepper* (online), November 2010.

LITERATUR

Daly, Herman, 1977: *Steady-State Economics: The Economics of Biophysical Equilibrium and Moral Growth*, San Francisco

Latouche, Serge, 2004: Why less should be so much more: Degrowth economics, in: *Le Monde diplomatique*, Nov. 2004 [engl. Ausg.] (dt. Minuswachstum: Die falsche Kritik der Alternativökonomen, in: *Le Monde diplomatique*/dt. Ausg., 12.11.2004)

Ders., 2006: The Globe Downshifted, in: *Le Monde diplomatique*, Jan. 2006 [engl. Ausg.], online: http://mondediplo.com/2006/01/13degrowth (28.1.2011)

Schumacher, Ernst Friedrich, 1973: *Small Is Beautiful: Economics As If People Mattered*, London (dt. *Small is beautiful: Die Rückkehr zum menschlichen Maß*, 3. Aufl., Bad Dürkheim 2001)

VERNICHTENDES WACHSTUM

AMIT BHADURI

DAS INDISCHE ENTWICKLUNGSMODELL

Reichtum erzeugt Macht. Wenn es darum geht, wie der Reichtum einer Gesellschaft für ihre Entwicklung eingesetzt wird, stört sich diese Macht wenig an unbequemen Tatsachen. Es gibt die Vorstellung, dass der durch die Subvention großer Konzerne und Banken geschaffene Reichtum später für fortschrittliche Haushaltspolitiken verwendet werden kann. Wie glaubwürdig aber ist dies, wenn die Konzerne so mächtig werden, dass sie der Politik die Bedingungen diktieren? Wenn ein Staat auf die Schaffung von Reichtum durch Konzerne setzt, muss er sich diesen in seiner Wirtschaftspolitik zunehmend unterwerfen. Dies zeigt sich derzeit in Indien, wo starkes Wachstum und weit verbreitete menschenunwürdige Armut nebeneinander stehen.

INDIENS WACHSTUMSPFAD

Wie China weist auch Indien beispiellose Wachstumsraten auf, die weit über dem globalen Durchschnitt liegen und auch von der jüngsten Krise kaum beeinträchtigt wurden. Trotz dieses enormen Wachstums des BIP stieg Indiens Anteil an den weltweit Ärmsten zwischen 1980 und 2010 von etwa 25 Prozent auf 39 Prozent. Obwohl der Kalorien-Grenzwert für Unterernährung auf fragwürdige 1770 gesenkt wurde (bislang lag er bei 2100 in der Stadt und 2400 auf dem Land), musste das Tendulkar Committee unter Berücksichtigung von Gesundheits- und Bildungsausgaben anerkennen, dass über 37 Prozent der Inder in absoluter Armut leben. Ein halboffizieller Bericht des N. C. Saxena Committee geht sogar von etwa 50 Prozent aus.

Die Anzahl der Menschen, die in Indien in absoluter Armut leben, sank also trotz des starken Wachstums, wenn überhaupt, nur sehr langsam. In China, das

noch schneller wuchs, verringerte sich der Anteil *absolut* Armer offiziellen Statistiken zufolge in den letzten dreißig Jahren dagegen drastisch von 53 Prozent auf 8 Prozent, obwohl *relative* Armut und Ungleichheit in China erheblich schneller wuchsen als in Indien. Die zunehmende Ungleichheit wird oft als das verbindende Entwicklungsmerkmal von China und Indien hervorgehoben. In beiden Ländern setzten die Regierungen auf eine Mischung aus staatseigenen und privaten Unternehmen und die Öffnung der Wirtschaft für den Weltmarkt.

Unternehmen steigern ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit in der Regel dadurch, dass sie Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzen und gleichzeitig die Arbeitsdisziplin durch Angst vor Arbeitsplatzverlust erhöhen. In Indien betrug die Wachstumsrate der Produktion in den letzten Jahren sieben bis acht Prozent. Die regulären Beschäftigungsverhältnisse nahmen dagegen jährlich um kaum mehr als ein Prozent zu. Der Großteil des BIP-Wachstums resultiert also nicht aus mehr Beschäftigung, sondern aus einer gesteigerten Arbeitsproduktivität. Zwischen 1991 und 2004 ging die Beschäftigung im organisierten öffentlichen Sektor sogar zurück, und der organisierte private Sektor konnte dies kaum kompensieren.[1] Im Unternehmenssektor und einigen organisierten Industriezweigen beruht das Produktivitätswachstum vorwiegend auf Mechanisierung und Arbeitszeitverlängerung. Im Stahlwerk von Jamshedpur etwa beschäftigte der Tata-Konzern 1991 85 000 Arbeiter, um eine Million Tonnen Stahl im Wert von 0,8 Milliarden Dollar herzustellen.

Bis 2005 stieg die Produktion auf fünf Millionen Tonnen im Wert von 5 Milliarden US-Dollar, obwohl nur noch 44 000 Arbeiter beschäftigt waren – das entspricht einem Anstieg der Arbeitsproduktivität um den Faktor zehn. Analog verringerte Tata Motors in Pune die Anzahl der Arbeiter zwischen 1999 und 2004 von 35 000 auf 21 000, wobei die Anzahl der produzierten Fahrzeuge von knapp 130 000 auf über 310 000 stieg – eine Vervierfachung der Arbeitsproduktivität. Während in den entwickelten Ländern vor allem die Verlagerung der Produktion ins Ausland die Schaffung ausreichender Arbeitsplätze verhindert, ist es in Indien die Mechanisierung der Produktion.

Die meisten Armen wurden folglich in den informellen Sektor gedrängt, in dem die Gruppe der »Selbständigen« am schnellsten wächst. Anders als bei Lohnarbeit schlagen sie sich meist mit der ganzen Familie – einschließlich kleinerer Kinder, die von der Schule genommen werden – als »arbeitende Einheit« durch und schuften jeden Tag viele Stunden für einen grausam niedrigen Stundenlohn pro Person. Die überlebensnotwendige Selbstausbeutung dieser Familien ist ein wenig sichtbarer räuberischer Aspekt des auf Produktivitätssteigerung basierenden Wachstums.

DIE VERBORGENE AGENDA

Trotz zunehmender Arbeitslosigkeit und Ungleichheit wird der räuberische Charakter des Entwicklungsmodells durch die Regierungspolitik weiter verstärkt. Die nationale und die bundesstaatlichen Regierungen Indiens sind mittlerweile der Ansicht, Wohlfahrtsmaßnahmen zugunsten der Armen seien kontraproduktiv, da haushaltspolitisch unvorteilhaft und ineffizient. Folglich mildern sie die negativen Auswirkungen des Arbeitsmarkts auf die Armen nicht durch ein Sozialsystem ab.

Die zunehmende Öffnung der indischen Ökonomie für die internationale Finanzwirtschaft wirkte sich lähmend auf die Sozialpolitik gegenüber den ärmeren Gruppen aus. Obwohl Indien – anders als China – mehr importiert als exportiert, verfügt es gegenwärtig über ausreichend Devisen. Allerdings liegen diese vorwiegend in Form von Portfolio-Investitionen und relativ kurzfristigen Kapitalanlagen ausländischer internationaler Finanzinstitutionen vor. Um Kapitalflucht zu vermeiden, muss die Regierung die Interessen der Finanzmärkte bedienen. Der Fiscal Responsibility and Budget Management Act von 2003 zur Beschränkung des Haushaltsdefizits diente diesem Zweck. Er verhindert, dass Geld für Nahrungssicherheit, Gesundheit und Bildung ausgegeben wird. Keine politische Partei stellte sich dem Gesetz entgegen. Darüber hinaus wurde gefordert, dass die Regierung ihre Einnahmen durch Privatisierung und sogenannte Public Private Partnerships erhöhen solle.

Die privaten Banken und Finanzinstitutionen, die ihr Geld in Indien parken, orientieren sich üblicherweise an den Empfehlungen und Entscheidungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, denen dadurch eine ungeheure Macht zukommt. Alle Maßnahmen, die die Finanzmärkte »stören«, z.B. die Erhöhung des Haushaltsdefizits oder Finanztransaktionssteuern, erscheinen nicht mehr opportun. Ungleichheit und Elend wachsen jedoch in dem Maße, in dem die »Haushaltsdisziplin« den Staat zur Kürzung von Sozialausgaben zwingt und Gesundheitsversorgung, Bildung und die öffentliche Verteilung von Nahrungsmitteln und sogar Wasser privatisiert werden.

Der haushaltspolitische Sparkurs wird oft auch damit begründet, dass staatliche Institutionen die Grundversorgung nicht effizient leisten könnten. Auch in Indien wird der Markt mittlerweile als die Lösung aller Probleme beschworen. Hinter dem von der Weltbank geprägten Euphemismus »Public Private Partnership« verbirgt sich die Empfehlung, profitable Versorgungsleistungen privaten Firmen zu übertragen, während der Staat alle Risiken trägt. Dass »Marktlösungen« den Ärmsten die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse verweigern und dass Staatsversagen, Korruption und Ineffizienz als politische Probleme auch politisch angegangen werden müssen, wird von den Regierenden ignoriert.

EINE GESPALTENE ÖKONOMIE

Das indische Wachstum wird auf beinahe paradoxe Weise durch die wachsende Ungleichheit vorangetrieben. Es beruht im Kern auf einer *cumulative causation* (Gunnar Myrdal), einer positiven Rückkopplung zwischen Ungleichheit und steigender Wachstumsrate. Dies ist zu einer Gefahr für die indische Demokratie geworden.

Normalerweise würden ein sehr langsames Beschäftigungswachstum im organisierten Sektor und niedrige Einkommen im nicht-organisierten Sektor zusammen mit unzureichenden staatlichen Sozialausgaben zu einer nur langsamen Ausdehnung des Inlandsmarkts und somit zu einem verzögerten Wirtschaftswachstum führen. Dieser Tendenz zur Nachfragestagnation wirken allerdings die – im Zuge der zunehmenden Ungleichheit – rasant steigenden Einkommen der oberen fünfzehn bis zwanzig Prozent der Bevölkerung entgegen. Entsprechend wächst der Markt für Luxusgüter schneller als die Einkommen in der Gesellschaft insgesamt. Die meisten dieser Waren können nicht von ländlichen Kleinproduzenten oder von Handwerkern hergestellt werden. Ihre Produktion erfolgt vorwiegend durch größere Unternehmen und erfordert große Mengen an Energie, Wasser und mineralischen Rohstoffen. Dies verschärft die ökologische Krise. Gleichzeitig leiden die Armen unter chronischem Mangel an Elektrizität und Wasser und an der Zerstörung einer Naturalwirtschaft, die bisher ihr Überleben gesichert hatte.

Die indische Politik beabsichtigt nicht, dieses zerstörerische Wachstum zu stoppen. Stattdessen werden sogar die Spielregeln der repräsentativen Demokratie verändert, um den Wachstumsprozess weiter zu beschleunigen. Indien hat in den letzten zwei Jahrzehnten mehr Dollar-Milliardäre hervorgebracht als China, Russland und die meisten OECD-Länder. Der Anteil der Multi-Millionäre an den Abgeordneten im indischen Parlament beträgt heute über 60 Prozent. Ein Großteil dieser Millionen stammt aus Geschäften zwischen Regierungen und Unternehmen, bei denen es um den Zugriff auf natürliche Ressourcen geht, u.a. legaler und illegaler Bergbau und die geduldete Zerstörung von Wäldern, Flüssen, Küsten und fruchtbarem Ackerland. Die Regierung schafft privaten Reichtum und nennt es Entwicklung. Gleichzeitig ist es extrem teuer geworden, sich ins Parlament wählen zu lassen. Einfache Bürger können sich dies nicht mehr leisten. Schätzungen zufolge kostet die Teilnahme am Wahlverfahren umgerechnet durchschnittlich über 1,3 Millionen Euro, für Bewerber der großen Parteien sogar bis zu fünf Millionen Euro. Folglich benötigen alle größeren Parteien viel Geld, und sie beschaffen es sich vorwiegend darüber, dass sie ihre Macht im Staatsapparat dazu einsetzen, Deals über die Rechte an den natürlichen Ressourcen abzuschließen. Die Regionalregierungen unterbieten sich hierin gegenseitig, und im Gegenzug verwehren

die Konzerne unerwünschten Bürgern den Zugang zum erlesenen Kreis der politischen Klasse.

Die zwei Millionen Kinder unter fünf Jahren, die jedes Jahr an im Grunde leicht zu verhindernden Krankheiten sterben, oder die über 40 Bauern, die sich täglich das Leben nehmen – und dies schon ein ganzes Jahrzehnt lang –, haben die Regierung bislang weitgehend kalt gelassen. Hoffnungslose Verzweiflung gefährdet die Stabilität dieser Demokratie offenbar nicht. Es mehren sich jedoch die Zeichen, dass diese Verzweiflung allmählich in Wut umschlägt.

KRIEG GEGEN DIE ARMEN

Auf lange Sicht kann eine derart kaltschnäuzige Regierung dem Zorn über ihre Entwicklungspolitik nicht entkommen. Die Staatsgewalt unterwirft die Ärmsten einem inneren Kolonialismus und beschwört damit einen bösen Geist herauf. Dessen Zorn werden wir, egal wie hoch das Wirtschaftswachstum ist, nicht entkommen. Widerstand formiert sich. Linke militarisierte Bewegungen – von der Regierung als größtes inneres Sicherheitsrisiko bezeichnet – haben sich auf knapp einem Viertel des Staatsgebiets ausgebreitet. Sie stellen die Frage nach der Kontrolle über die natürlichen Ressourcen. Die Regierung versucht, diese Gebiete in einem Krieg, den sie gegen die eigenen Bürger führt, zurückzugewinnen. Die konzerngeführte Entwicklung ist in einen Entwicklungsterrorismus gegen die Armen umgeschlagen, bei dem es im Kern um die natürlichen Ressourcen geht.

In Orissa etwa, einem Bundesstaat im Osten Indiens mit einer Fläche und Bevölkerung halb so groß wie die der Bundesrepublik, liegt der Anteil der Armen mit 85 Prozent laut *Saxena-Report* (57 Prozent laut *Tendulkar-Report*) weit über dem indischen Durchschnitt. Der Wert des dort geförderten Eisenerzes jedoch stieg zwischen 1993/94 und 2004/05 inflationsbereinigt um das Zehnfache, der von Kohle um mehr als das Dreifache und der von Bauxit und Chrom um mehr als das Doppelte. In den drei mineralreichsten Bundesstaaten gehören 94 Prozent (Chhattisgarh), 90 Prozent (Orissa) bzw. 86 Prozent (Jharkhand) der Distrikte zu den 150 ärmsten Gebieten Indiens. Die Ausdehnung des Bergbaus trägt zur Verschlechterung der Lage der Armen bei. Ihr Land wird enteignet und sie verlieren den Zugang zu Wasser und anderen natürlichen Ressourcen, da dieser unter die Kontrolle der Konzerne gerät. Diese Form von Wachstum schafft für die Armen weder Arbeitsplätze noch bietet es ihnen durch Umsiedlung die Chance auf ein besseres Leben.

Diese Entwicklung lässt sich nicht einfach unter »reiches Land und arme Menschen« subsumieren oder durch den sogenannten Ressourcenfluch erklären. Hier ist eine Regierung am Werk, deren Politik ein geplanter und direkter Angriff

auf die vom Land lebenden Armen ist. Der Reichtum des Landes wird privaten Konzernen zum Fraß vorgeworfen. Es überrascht nicht, dass die (Regional-)Regierungen zunehmend Probleme haben, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

FÜR EINE RADIKALE DEZENTRALISIERUNG

Die heutige Situation Indiens schreit nach einem anderen Entwicklungsmodell, das durch Dezentralisierung die Initiative der lokalen Bevölkerung freisetzt. Aber die Machthabenden in den höheren Etagen (Politiker, Bürokraten, Konzernvertreter usw.) haben ein gemeinsames Interesse daran, die Zentralisierung der Macht und die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen fortzusetzen. Sie erhalten mit allen Mitteln die Illusion einer Entwicklung durch Großprojekte weiter aufrecht.

Dezentralisierung stößt in Indien auf zwei Probleme. Erstens wollen, wie schon erwähnt, die Machthabenden in den höheren Instanzen ihre Macht nicht teilen. Zwar gewährt die indische Verfassung lokalen Gemeinden umfassende Entscheidungsbefugnisse und finanzielle Autonomie, doch wird dieser formell vorhandene Spielraum bislang nicht genutzt. Zweitens würde die Unterdrückung nach Kaste, Klasse, Minderheit und Geschlecht bei lokaler Selbstregierung nicht einfach verschwinden. Hier muss die Zentralgewalt nicht nur die Einhaltung der Gesetze sicherstellen, sondern auch dezentrale rechtliche Mechanismen für eine schnelle Rechtsprechung schaffen. Das unabhängige dezentralisierte Rechtssystem und die Lokalregierungen sollten sich – ganz nach dem Modell der *checks and balances* – wechselseitig kontrollieren, wie dies bereits im Verhältnis von staatlichen Banken und lokalen Gemeinden der Fall ist. Ein alternatives Entwicklungsmodell muss auf diesem allgemeinen Prinzip aufbauen.

Der Unterwerfung unter das konzerngeführte Wachstumsmodell scheint unser gesamtes ökonomisches Vorstellungsvermögen zum Opfer gefallen zu sein. Wir lassen uns blenden von bedeutungslosen Wachstumszahlen und einem falschen Ehrgefühl, aufstrebende Weltmacht zu sein. Nur wenn wir uns von diesen ideologischen Fixierungen frei machen, können wir über erste Schritte zu einem alternativen Entwicklungsmodell nachdenken.

Aus dem Englischen von Oliver Walkenhorst

---

1 In offiziellen Statistiken wird die indische Wirtschaft nicht in formell/informell, sondern in organisiert/nicht-organisiert unterteilt, wobei der organisierte Sektor dadurch definiert ist, dass eine rechtlich verbindliche Buchführung o.ä. existiert. Der informelle Sektor ist Teil des nicht-organisierten Sektors. (Anm. d. Übersetzers)

GLOBALE KRISE UND ENTWICKLUNG IN CHINA

HO-FUNG HUNG

Die US-Subprime-Krise und die anschließende globale Rezession führten zu vielen Spekulationen über einen Abstieg der USA als dominanter Weltwirtschaftsmacht. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers wurde vereinzelt der endgültige Triumph des ostasiatischen und vor allem des chinesischen Entwicklungsmodells verkündet. Kommentatoren aus dem US-Establishment sahen im Großen Crash von 2008 den Katalysator einer Verschiebung des Zentrums des globalen Kapitalismus von den USA nach China.

Doch schon im Frühjahr 2009 wurde sichtbar, dass die ostasiatischen Ökonomien nicht so robust waren, wie es zunächst schien. Der starke Rückgang der Nachfrage im globalen Norden traf die asiatischen Exporteure hart. Das drohende Einbrechen des US-Schatzbrief-Markts stellte sie zudem vor das Dilemma, entweder ihre US-Anleihen abzustoßen und einen Dollar-Sturz auszulösen oder weitere anzukaufen und damit zwar einen unmittelbaren Zusammenbruch zu verhindern, sich aber

noch enger an die labile Währung zu binden. Staatlich gesteuerte Investitionen im Rahmen des chinesischen Konjunkturprogramms seit Ende 2008 führten zu einer erheblichen Erholung Chinas und seiner asiatischen Handelspartner, aber das auf diese Weise erzeugte Wachstum wird nicht von selbst anhalten. Chinesische Ökonomen und Politikberater befürchten, dass China erneut ins Straucheln gerät, sobald der staatliche Stimulus wegfällt, und es ist unwahrscheinlich, dass der US-Konsum diese Lücke in absehbarer Zukunft füllen kann. Entgegen allen Geredes über Chinas Fähigkeit, den Dollar als Leitwährung abzusetzen und eine neue globale Finanzordnung zu schaffen, hat das Land und seine Nachbarn auf kurze Sicht kaum eine andere Wahl, als die wirtschaftliche Dominanz der USA durch weitere Kredite aufrechtzuerhalten.

Chinas wachsende Abhängigkeit vom Konsum der reichen Länder und von US-Anleihen als Wertspeicher für seine Rücklagen resultiert aus dem ostasiatischen Entwicklungsmodell, das aus Japan und den vier Tigerstaaten stammt und von China – in ganz anderen Dimensionen – kopiert wurde. Um diese Abhängigkeit zu überwinden und Asien eine autonomere ökonomische Entwicklung zu ermöglichen, müsste China sein exportgetriebenes Wachstumsmodell in ein vom Binnenkonsum getriebenes transformieren. Hierfür ist eine Umverteilung von Einkommen zugunsten der ländlichen Regionen notwendig.

WURZELN DER LOHNWETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Das chinesische Wachstum übertrifft das anderer ostasiatischer Exportökonomien deutlich. Die Außenhandelsabhängigkeit, gemessen als Anteil des Gesamtwerts der Exporte am Bruttoinlandsprodukt (BIP), stieg zwischen 1991 und 2006 von 21 auf 40 Prozent, während diese in Japan, Taiwan und Korea durchschnittlich unter 20 Prozent lag. Gleichzeitig fiel der Anteil des privaten Konsums am BIP von 50 auf 38 Prozent, in Japan und den vier Tigerstaaten blieb er dagegen stets über 50 Prozent. Chinas extremes exportgetriebenes Wachstum der letzten drei Jahrzehnte wird durch die besondere politische Ökonomie des Landes ermöglicht. Seine außerordentliche Wettbewerbsfähigkeit beruht im Wesentlichen auf der anhaltenden Stagnation der Industrielöhne (Hung 2008).

Die niedrigen Lohnkosten der chinesischen Produzenten werden häufig auf den »unbegrenzten Nachschub« ländlicher Arbeitskraft zurückgeführt. Dieser ergibt sich jedoch nicht, wie oft behauptet, auf natürliche Weise aus der chinesischen Bevölkerungsstruktur. Er ist vielmehr eine Folge der Regierungspolitik, die – beabsichtigt oder nicht – die ländlichen Regionen in den Ruin treibt und zu anhaltender Landflucht führt. In den letzten 20 Jahren hat die chinesische Regierung vorwiegend in den industriellen Sektor investiert, vor allem in den Küstenregionen, während der Agrarsektor kaum gefördert wurde. Staatseigene Banken haben sich ebenfalls auf die städtisch-industrielle Entwicklung konzentriert. In den vergangenen zwei Jahrzehnten blieb das Pro-Kopf-Einkommen auf dem Land permanent unter 40 Prozent des städtischen Niveaus.

Diese Schieflage zugunsten der Städte ist nicht zuletzt auf den Einfluss einer mächtigen, städtisch-industriellen Elite aus den südlichen Küstenregionen zurückzuführen – einer

Schicht, die nach der Integration Chinas in die Weltwirtschaft entstand, ihr Vermögen und ihren politischen Einfluss während des Export-Booms vergrößerte und es zunehmend versteht, die Maßnahmen der Regierung zu ihrem Vorteil zu gestalten.

Die Bevorzugung der Städte führte zu einer ökonomischen Stagnation auf dem Land und zu erzwungenermaßen ›schlanken‹ Haushalten der ländlichen Lokalregierungen. Seit den 1990er Jahren trieben die sinkenden landwirtschaftlichen Einkommen und der Niedergang kollektiver ländlicher Industrien – der kleinen, von den Dorfgemeinschaften betriebenen Unternehmen, die zu Beginn der Marktreformen viele Arbeitsplätze schufen – die meisten jungen Arbeitskräfte vom Land in die Städte. Der hierdurch entstandene Teufelskreis löste eine soziale Krise auf dem Land aus. Chinas Agrarsektor wurde jedoch nicht nur vernachlässigt, sondern zugunsten des städtischen Wachstums regelrecht ausgebeutet. Aufgrund der einseitigen staatlichen Strukturpolitik – Besteuerung des Agrarsektors und massive Subventionierungen und Steuererlässe zugunsten der Exportindustrie – und der daran ausgerichteten Kreditvergabepolitik der Banken kam es zwischen 1978 und 2000 zu einem wachsenden Kapitalstrom vom landwirtschaftlichen in den industriellen Sektor. Zwischen 1990 und 2000 stieg der jährliche Land-Stadt-Kapitaltransfer von 75 auf 409 Milliarden Yuan (in Preisen von 2000).

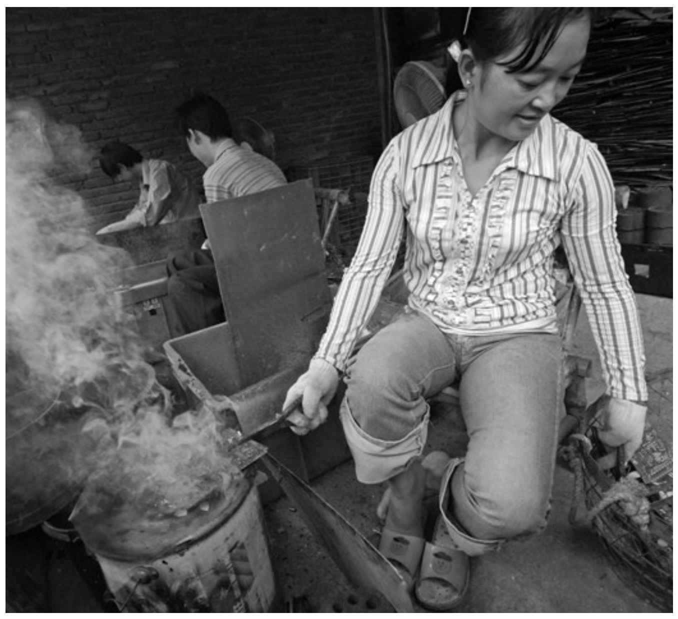
Diese Stadt-Land-Asymmetrie ist die Ursache für den unbegrenzten Nachschub von Arbeitskraft und die Lohnstagnation, die Chinas Wirtschaftswunder ermöglichen. Sie ist auch verantwortlich für Chinas steigenden Handelsüberschuss und damit die Ursache seiner wachsenden globalen Finanzmacht. Die mit dieser Entwicklungsstrategie verbundenen schlechten Lebensbedingungen auf dem Land setzen der Binnennachfrage enge Grenzen und machen China gleichzeitig abhängiger vom globalen Norden, der wiederum zunehmend auf Kredite aus China und anderen asiatischen Exportländern angewiesen ist.

EIN NEUES GLEICHGEWICHT?

Die Regierungen Chinas und anderer ostasiatischer Länder kaufen die US-Staatsanleihen nicht nur, um vermeintlich sichere Renditen einzustreichen, sondern auch, um das wachsende US-Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren und so die US-Nachfrage für ihre eigenen Exporte zu sichern. Aber das Defizit kann nicht unendlich weiter wachsen, und es könnte zu einem Einbrechen des Dollars oder des US-Schatzbrief-Markts und einem Anstieg der Zinssätze führen, was dem Konsumrausch in den USA ein Ende setzen würde. Dies wäre der Todesstoß für Chinas Exportwirtschaft. Auch würde eine drastische Entwertung der US-Papiere Chinas Finanzmacht schwächen.

Der aufstrebende Exportsektor hat seine Gewinne – anstatt sie den Beschäftigten zugute kommen zu lassen und ihren Lebensstandard anzuheben – vor allem in Firmenvermögen verwandelt, die heute einen Großteil des Nationalvermögens ausmachen. Laut offiziellen Statistiken ist der Anteil des

Oben: © Ryan Pyle, Shanghai, World Financial Center
Unten: © Alistair Ruff, Elektroschrott in Guiyu
Links: Frau erhitzt Leiterplatten.
Rechts: Plastiksortierung nach Geruch.
Die beim Erhitzen entstehenden Dämpfe schädigen die Atemwege.





privaten Konsums von 47 auf 37 Prozent gesunken, während sich der Anteil der Unternehmensgewinne von 20 auf 31 Prozent vergrößerte. Zwar stieg der private Konsum zwischen 1990 und 2008 immerhin um das 15-fache, die Anlageinvestitionen jedoch um das 37-fache (Hung 2009).

Um die Entwicklung Chinas auszugleichen, versucht die Zentralregierung seit 2005 den Binnenkonsum durch eine Erhöhung des Einkommens der Bauern und städtischen Arbeiter anzukurbeln. Zunächst wurden z.B. Steuern für die Landwirtschaft abgeschafft und die staatlich festgesetzten Preise für landwirtschaftliche Produkte angehoben. Obwohl dies nur kleine Schritte in die richtige Richtung waren, war eine Wirkung sofort spürbar: Die leicht verbesserten Lebensbedingungen auf dem Land verlangsamten die Migration in die Städte, was zu einem plötzlichen Arbeitskräftemangel und einem Lohnanstieg in den Exportwirtschaftszonen an der Küste führte. Die höheren bäuerlichen Einkommen und Industrielöhne bewirkten einen nie dagewesenen Anstieg der Einzelhandelsumsätze. Doch der Exportwirtschaftssektor an der Küste begann sich sofort lautstark über diesen ersten Schritt in Richtung eines vom Binnenkonsum getriebenen Wachstums zu beschweren. Er forderte kompensierende Maßnahmen zur Sicherung seiner Wettbewerbsfähigkeit und versuchte, weitere Initiativen zur Anhebung des Lebensstandards der arbeitenden Klassen – wie z.B. das neue Arbeitsvertragsgesetz von 2007 und die graduelle Aufwertung des Yuan – zu sabotieren.

Als die chinesischen Exporte während der globalen Krise ins Stocken gerieten, legte China im November 2008 ein gigantisches Konjunkturprogramm in Höhe von 450 Milliarden Euro auf. Anfänglich sahen viele darin eine große Chance, den Binnenkonsum weiter zu stärken. Es wurde erwartet, dass die staatlichen Gelder hauptsächlich in das Sozialsystem – z.B. in die Finanzierung der Kranken- und Sozialversicherung – fließen würden, was die Kaufkraft der arbeitenden Klassen steigern würde. Letztlich machten Sozialausgaben jedoch nur 20 Prozent des Konjunkturprogramms aus. Der Großteil der Mittel wurde in Sektoren wie Stahl und Zement, die schon vorher von Überkapazitäten geplagt waren, und in den Bau des weltweit größten Hochgeschwindigkeitszugsystems, dessen Rentabilität und Nutzen ungewiss sind, investiert. Ohne wohlfahrtsstaatliche Institutionen und arbeitsintensive kleine und mittlere Betriebe ausreichend zu fördern, werden durch das Konjunkturpaket die verfügbaren Einkommen kaum erhöht und die Arbeitslosigkeit nur wenig gesenkt werden. Noch schlimmer ist, dass die Zentralregierung – offenbar aufgeschreckt durch die plötzliche Stagnation des Exportsektors – von ihrem 2005 eingeschlagenen Kurs abgerückt ist und einige exportfördernde Maßnahmen wieder eingeführt hat, z.B. Umsatzsteuer-Nachlässe auf Exporte. Auch wurde die Aufwertung des Yuan vorerst gestoppt. Einige Repräsentanten des Exportsektors haben angesichts der Krise sogar ein Außerkraftsetzen des neuen Arbeitsvertragsgesetzes gefordert.

Das Konjunkturprogramm diente allein dazu, die Wirtschaft per staatlich gelenkter Investitionsspritze am Laufen zu halten, während man auf die Wende am Weltmarkt wartet.

Bis zum Sommer 2009 gelang es dann auch, den freien Fall der chinesischen Wirtschaft in einen beeindruckenden Aufschwung umzukehren. Allerdings gingen fast 90 Prozent des BIP-Wachstums im Zeitraum Januar bis Juli 2009 auf Anlageinvestitionen zurück, die durch billige Kredite und zusätzliche Staatsausgaben ermöglicht wurden. Viele dieser Investitionen sind ineffizient und unrentabel: Die Reingewinne in den Hauptsektoren der Industrie lagen im Zeitraum Januar bis August 2009 um 11 Prozent unter denen im Vergleichszeitraum des Vorjahres, während der jährliche Gewinnzuwachs in den Jahren davor über 20 Prozent betrug. Falls die Wende am Exportmarkt nicht rechtzeitig kommt, werden Haushaltsdefizit, faule Kredite und wachsende Überkapazitäten mittelfristig zu einer noch tieferen Krise führen.

AUSSICHTEN

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich China zum Endmonteur und Hauptexporteur eines ostasiatischen Produktionsnetzwerks entwickelt und ist zugleich zum größten Gläubiger der USA sowie zum weltweit größten Devisenbesitzer aufgestiegen. China ist die Werkhalle der Welt und könnte in Zukunft auch ihr Absatzmarkt werden. Das Land ist in der Lage, eine neue regionale und globale Wirtschaftsordnung zu schaffen, wenn es Asien und dem globalen Süden dabei hilft, sich aus der nach wie vor bestehenden strukturellen Abhängigkeit vom globalen Norden und vor allem von den USA zu befreien. Chinas Potenzial, auf eine ausgeglichenere Weltwirtschaftsordnung hinzuwirken, ist jedoch weit von einer Verwirklichung entfernt. Peking ist sich zwar bewusst, dass die Exportabhängigkeit reduziert und die Binnennachfrage gesteigert werden muss, jedoch blockiert der unerbittliche Widerstand der exportorientierten Interessengruppen eine Neuorientierung in diese Richtung. Ohne eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den städtischen Eliten der Küste und den Gruppen, die die ländlichen Interessen von unten vertreten, werden China und im Gefolge die asiatischen Exportländer die wirtschaftliche Vitalität der USA – gleichsam als deren Geiseln – weiterhin stützen. Falls China sein Entwicklungsmodell neu justiert und ein größeres Gleichgewicht zwischen Binnennachfrage und Export erreicht, kann es nicht nur sich selbst aus der Abhängigkeit vom US-Konsum und von den riskanten US-Staatsanleihen befreien, sondern auch anderen asiatischen Herstellern dabei helfen. Falls darüber hinaus andere Schwellenländer sich ähnlich umorientieren würden und der Süd-Süd-Handel zunähme, könnten sie gegenseitige Konsumenten werden und ein neues Zeitalter des autonomen und gerechten Wachstums im globalen Süden einleiten. Ohne eine solche Entwicklung bleibt die Vorstellung, Chinas Aufstieg führe zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, reines Wunschdenken.

Aus dem Amerikanischen von Oliver Walkenhorst

LITERATUR

Hung, Ho-fung, 2008: Rise of China and the Global Overaccumulation Crisis, in: *Review of International Political Economy*, 15. Jg., H. 2, 149–79

Ders., 2009: America's Head Servant? The PRC's Dilemma in the Global Crisis, in: *New Left Review*, 60, 5–25

CHINAS TECHNOKRATISCHER GREEN NEW DEAL

STEFAN SCHMALZ

China gilt als ein Land, das sich wenig um die Umwelt schert. Die Regierung der zweitgrößten Volkswirtschaft setze auf einen einseitigen Wachstumskurs, ignoriere internationale Vereinbarungen und blockiere globale umweltpolitische Regulierungsbemühungen. Für diese Position werden verschiedene Argumente ins Feld geführt: Das Land ist zum größten CO_2-Produzenten weltweit aufgestiegen. Die Mehrzahl der 20 Städte mit der schlechtesten Luftqualität befinden sich in China. Die großen Flusssysteme sind derart verschmutzt, dass das Wasser in über der Hälfte von ihnen als ungeeignet für den menschlichen Verbrauch gilt (Wen 2006, 112ff). Die Wüstenbildung bedroht die Lebensgrundlage von rund 100 Millionen Menschen. Insgesamt sterben jährlich 750 000 Chinesen an den schweren Umweltbelastungen. Auch die Energieversorgung des Landes ist ökologisch unausgewogen: Noch heute wird rund 70 Prozent des Stroms aus Kohle gewonnen, es sind derzeit zwei Dutzend Atomkraftwerke

im Bau und wenn erneuerbare Energien in den Blick westlicher Medien geraten, dann in Gestalt des gigantischen Drei-Schluchten-Damms. Dieser produziert zwar so viel Strom wie neun Atomkraftwerke, trägt aber zur Zerstörung des einzigartigen Ökosystems des Jangtsekiang bei.

Weniger bekannt ist, dass die chinesische Regierung schon seit längerem auf eine Einhegung der Umweltprobleme bedacht ist. Bereits in den späten 1970er Jahren wurden erste umweltpolitische Maßnahmen umgesetzt (Engel 2010, 36ff). Der Einfluss der damals gegründeten lokalen Umweltbüros und der nationalen Umweltkommission blieb allerdings begrenzt. Erst 1998 erfolgte eine Aufwertung des Politikfelds durch die Gründung der Umweltbehörde SEPA (State Environmental Protection Administration). Auch auf Druck von Umweltbewegungen ist dieser Kurs seit der Amtsübernahme von Staatspräsident Hu Jintao und Premierminister Wen Jiabao im Jahr 2003 in verstärktem Maße verfolgt worden. Unter der Zielsetzung einer »Harmonischen Gesellschaft« strebt die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) eine ökologische (und soziale) Umorientierung an. Zwischen 1998 und 2007 wurden die Ausgaben für Umweltpolitik mehr als vervierfacht und die Anzahl der zuständigen Beamten beinahe verdoppelt. Im Jahr 2008 wurde die SEPA in ein eigenständiges Umweltministerium umgewandelt. Zudem verschärfte die Regierung die Umweltauflagen deutlich. Heute hat China die wichtigsten internationalen Umweltabkommen wie das Montreal-Protokoll oder die UN-Biodiversitätskonvention ratifiziert.

Um der wachsenden Umweltprobleme Herr zu werden, wurden zusätzliche Investitionen getätigt. Beispielsweise wurden im Jahr 2008 ca. 440 Milliarden Euro für ein Programm für Klima- und Umweltschutz bereit gestellt. Das Geld ging in die Wiederaufforstung oder den Ausbau alternativer Energiegewinnung. Laut dem XI. Fünfjahresplan (2006-2010) ist eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien von acht Prozent im Jahr 2007 auf 15 Prozent im Jahre 2020 vorgesehen. Hierfür wurden zunächst bis zum Jahr 2020 Investitionen über 200 Millionen Euro eingeplant. 2008 war China weltweit der zweitgrößte und 2009 der größte Förderer erneuerbarer Energien.

Allerdings verläuft diese Umorientierung keineswegs geradlinig. Das chinesische Wirtschaftsmodell ist in einer ökonomisch-ökologischen Doppelkrise: Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 hat gezeigt, dass die einseitige Exportorientierung und die Vernachlässigung des Binnenmarkts mittelfristig nicht aufrecht zu erhalten sind. Die ökologischen Begleitschäden des stürmischen Wirtschaftswachstums haben zudem ein solches Ausmaß erreicht, dass ein Strukturwandel der industriellen Produktion unvermeidbar scheint. Die chinesische Akademie für Sozialwissenschaften geht davon aus, dass die Umweltschäden heute jährlich zwischen acht und 12 Prozent am chinesischen BIP-Wachstum vernichten. Das Zusammentreffen beider Faktoren hat die chinesische Regierung zur Flucht nach vorne veranlasst. Die neue Strategie eines »Green New Deal« von oben reicht jedoch nicht aus, um die ökologische Katastrophe aufzuhalten.

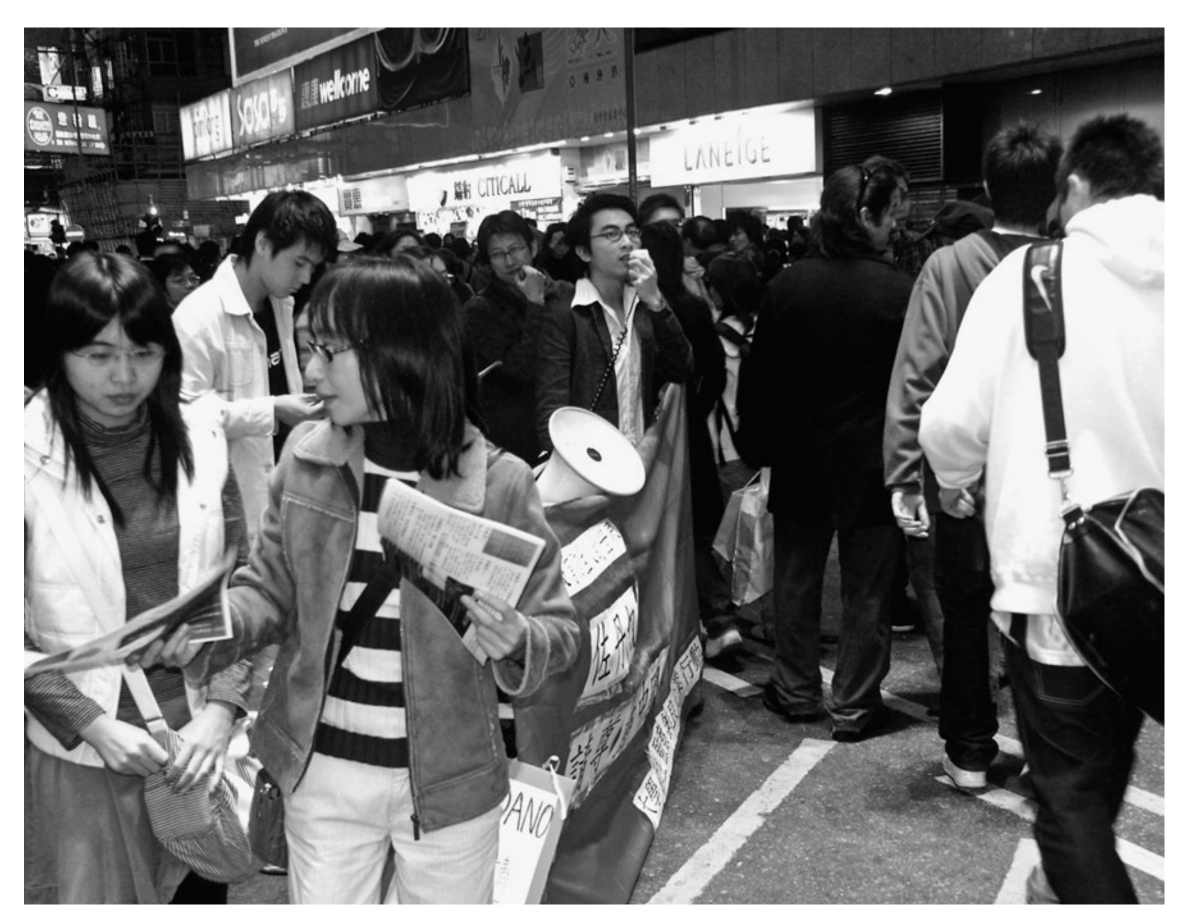
DIE WELTWIRTSCHAFTSKRISE ALS BESCHLEUNIGENDER FAKTOR

Die Finanz- und Wirtschaftskrise traf die chinesische Wirtschaft hart. Die hohe Außenabhängigkeit des Landes führte Ende 2008 zu einem raschen Rückgang des Außenhandels (Schmalz/Ebenau 2011, 145ff). Dieser sank von Januar bis September um über ein Fünftel. Direkte Folge des Einbruchs war ein Rückgang des BIP-Wachstums. Nachdem die chinesische Wirtschaft in den ersten zwei Quartalen 2008 um jeweils über zehn Prozent und im dritten Quartal um neun Prozent gewachsen war, fiel das Wachstum Ende 2008 auf 6,3 Prozent und im ersten Quartal 2009 sogar auf 6,1 Prozent. Es folgte eine Pleitewelle in der bereits vor der Krise u.a. wegen steigender Löhne in Bedrängnis geratenen Exportindustrie. Insgesamt wurden um die 670 000 Fabriken geschlossen. Die chinesische Regierung fürchtete aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit soziale Unruhen. Chinesische Experten sehen ein BIP-Wachstum von acht Prozent als erforderlich an, um die ländlichen Migranten erfolgreich in den städtischen Arbeitsmarkt zu integrieren (Schucher 2009, 123). Unterschiedliche Studien, die zu Beginn des Jahres 2009 erstellt wurden, gehen davon aus, dass zwischen elf und 20 Millionen Wanderarbeiter ihren Job verloren hatten.

Die chinesische Regierung reagierte mit einem umfangreichen Konjunkturpaket von über 450 Milliarden Euro. Das Programm war primär auf Infrastrukturinvestitionen ausgerichtet. Insgesamt flossen rund ein Drittel aller Ausgaben in Projekte, die in Verbindung mit Umweltschutzmaßnahmen standen. Für den Einkommenstransfer und die Steigerung des Konsums waren nur rund 80 Milliarden Euro und damit unter 20 Prozent der Gesamtmittel veranschlagt. Im Rahmen der Krise wurden allerdings zusätzliche Weichen für den Ausbau der Sozialsysteme gestellt. Wie die Regierung zu Beginn des Jahres 2009 ankündigte, sollen z.B. weitere 95 Milliarden Euro in den Ausbau des Gesundheitssystems investiert werden.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch wurde durch die Konjunkturmaßnahmen gestoppt. Das Wachstum des Binnenmarkts mit über 15 Prozent war der Hauptfaktor für die positive Wirtschaftsbilanz im Jahr 2009. Insgesamt erholten sich die binnenmarktorientierten Provinzen im Landesinneren und im Westen, darunter die Innere Mongolei (16,9 Prozent) oder Chongqing (14,8 Prozent), deutlich rascher als die exportorientierten Küstenregionen. Zwar kehrten die Exporte im zweiten Quartal 2010 wieder auf die Vorkrisenwerte zurück und etablierten sich erneut als zentrale Wachstumsquelle für die chinesische Volkswirtschaft. Gleichzeitig hatte jedoch eine Streikwelle in der Exportindustrie im Sommer 2010 zu deutlichen Lohnsteigerungen geführt. Bereits zuvor waren die Mindestlöhne in verschiedenen Provinzen seit 2008 um über 20 Prozent angehoben worden. Bisher ist kein eindeutiger Trend auszumachen: Nach den offiziellen Zahlen für 2010 ist das Wachstum des Binnenkonsums deutlich unter dem Exportwachstum geblieben, während die Einzelhandelsumsätze auf einen überdurchschnittlich raschen Anstieg des Konsums hindeuten.

Der Zusammenbruch der arbeitsintensiven Exportbranche in der Krise zeugte von der Notwendigkeit, die Industrieproduktion zu restrukturieren. Die Parteiführungen in der Zen-



© Susan Lee, www.leeway-design.com, Hong Kong, studentische Proteste gegen schlechte Arbeitsbedingungen

trale und in den Provinzen setzen – wie zuvor schon die ostasiatischen Tigerstaaten – auf eine technologische Aufwertung der Exportproduktion. Hierfür wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen (Tong 2010, 104): Der Staatsrat legte ein Förderprogramm über 97 Milliarden Euro für zehn Schlüsselindustrien mit dem Schwerpunkt Technologieförderung auf. Auch einige Provinzen wie die ökonomisch bedeutendste Region Guangdong beschlossen vergleichbare Förderprogramme. Umwelttechnologie und Energieeffizienz wird dabei eine zentrale Rolle zugewiesen. Die ehrgeizigen Energieeffizienzziele, die bereits vor der Krise von der neuen Nationalen Kommission für Energieeinsparungen und Energiemanagement in Betrieben ausgegeben wurden, sollen dazu beitragen, dass bis 2020 bis zu 45 Prozent weniger CO_2 pro BIP-Einheit ausgestoßen wird (Schmid 2010, 31). Hierzu wurden u.a. strenge Standards für den Energieverbrauch von elektronischen Geräten oder auch für die Energiebilanz von Neubauten verabschiedet. Als die Energieeffizienz pro BIP-Einheit nach drei Jahren deutlicher Reduzierungen im Jahr 2010 zunächst nicht weiter sank, reagierte die chinesische Führung mit der Zwangsschließung von beinahe 2100 als klimaschädlich eingestuften Betrieben, etwa in den Bereichen Stahl-, Papier- oder Zementproduktion (FAZ vom 10.8.2010). Die

Krise wirkte zwar als Beschleuniger für die sozial- und umweltpolitischen Bemühungen der Regierung. Die Konjunkturmaßnahmen waren jedoch nicht ausreichend, um einen tragfähigen Strukturwandel einzuleiten.

DER ZWÖLFTE FÜNFJAHRESPLAN

Nach der Krise steht der Strukturwandel weiterhin auf der Agenda. Im Entwurf für den XII. Fünfjahresplan (2011-2015) des Zentralkomitees der KPCh wird der Umwelttechnologie eine zentrale Rolle als Innovationsmotor und Anlagesphäre zugewiesen. Für den Zeitraum von 2011 bis 2015 werden erneut um die 440 Milliarden Euro für Schlüsseltechnologien veranschlagt. Auf der Liste stehen neue Informationstechnologien, Technologien für Energieeinsparung und Umweltschutz, erneuerbare Energien, Biotechnologie, High-Tech-Industrieanlagen, neue Werkstoffe sowie Autos mit alternativen Antriebssystemen. Zusätzlich soll das Schienennetz massiv ausgebaut, ein Recycling-System entwickelt, in energiesparende Gebäude investiert und es sollen verschmutzte Wasservorkommen wiederaufbereitet werden. Laut dem Entwurf wird eine Steigerung der Energieeffizienz um rund 17 Prozent angestrebt (Finamore 2010). Außerdem soll der Anteil der Kohle am gesamten Energieverbrauch von insgesamt 70 auf 62 Prozent gesenkt werden. Hierfür wird vor allem der Ausbau erneuerbarer Energien, aber auch, in geringerem Maße, von Atomkraft und Erdgasnutzung vorangetrieben.

Der Plan identifiziert zusätzlich die niedrigen Löhne und die Unterentwicklung des ländlichen Raums als zentrale Blockaden für eine ausgeglichene Entwicklung. Daher soll eine Steigerung des Konsums durch den Ausbau der Sozialsysteme und höhere Staatsausgaben für die ländliche Bevölkerung erreicht werden. Das Zentralkomitee setzt auf einen Mix verschiedener Politikmaßnahmen: Durch die Steigerung der Mindestlöhne und der Gehälter für Staatsbedienstete soll die Lohnquote angehoben werden. Außerdem ist ein staatliches System zur Konsumentenkreditvergabe geplant, und es sind Subventionen für den Häuserbau vorgesehen. Im Zentrum des Vorhabens steht indes der Ausbau der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Der Anteil der privaten Konsumausgaben am BIP soll durch die Maßnahmen bis 2015 um über fünf Prozent erhöht werden.

GRENZEN EINER SYSTEMIMMANENTEN LÖSUNG

Der Versuch der chinesischen Regierung, den ökonomisch-ökologischen Strukturwandel der Volkswirtschaft zu beschleunigen, unterliegt Grenzen. Die Autonomie der Provinzen birgt ein großes Potenzial für Widerstand gegen die Umsetzung umwelt- und sozialpolitischer Maßnahmen. Oftmals werden die Umweltgesetze auf der Ebene der Provinzen oder der Lokalverwaltung schlichtweg ignoriert, sodass die umweltpolitischen Impulse der Zentralregierung vor Ort versanden. Die exportorientierten Kapitalfraktionen im Osten des Landes wehren sich gegen einen beschleunigten Umbau des Wirtschaftsmodells, indem sie z.B. eine Aufwertung des Yuan ausbremsen und sich gegen Lohnerhöhungen sträuben (Hung 2009, 17ff). Eine Lösung wäre die Demokratisierung der Entscheidungsprozesse. Diese würde eine stärkere politische Partizipation der von Umweltschäden betroffenen Personen sowie größere Mitbestimmungsrechte der Ar-

beiter im Betrieb bzw. die Zulassung unabhängiger Gewerkschaften implizieren. Eine solche Veränderung könnte zu einer Schwächung des Machtmonopols der KPCh beitragen.

Weiterhin hat die chinesische Regierung zwar eine Fülle von umweltpolitischen Initiativen unternommen. Sie blockiert aber standhaft international bindende Regulierungen in der Klimapolitik. Dies hat nicht zuletzt mit der Geschichte des Landes zu tun, die nach dem ersten Opiumkrieg 1840-1842 durch eine Periode von über hundert Jahren Fremdherrschaft geprägt war. Die chinesische Regierung vertritt die Position, dass die westlichen Industrieländer wegen ihrer CO_2-Emissionen der letzten Jahrzehnte in der Pflicht stehen, mit gutem Beispiel voranzugehen; China lasse sich in seiner nachholenden Entwicklung nicht von außen einschränken. Nicht ein Fehlen chinesischer Umweltpolitik ist das Problem. Das Land nimmt auch hierin mittlerweile eine Vorreiterrolle ein. Allerdings befreit Chinas Blockadehaltung andere Staaten, die kaum Anstrengungen in diesem Bereich unternehmen, von internationalem Druck.

Nicht zuletzt ist in der chinesischen Strategie eines Green New Deal ein innerer Widerspruch angelegt: Die Regierung strebt ein BIP-Wachstum von acht Prozent an, damit die soziale Stabilität erhalten bleibt. Alleine um hierbei einen weiteren Anstieg zu verhindern, müsste der CO_2-Ausstoß um jährlich acht Prozent pro BIP-Einheit gesenkt werden. Eine solche Reduktion ist jedoch trotz der umfangreichen Maßnahmen nicht absehbar. Selbst bei einem Positivszenario – d.h. einer leichten Übererfüllung des XII. Fünfjahresplans mit 20 Prozent Energieeffizienzsteigerung und einer Erhöhung der CO_2-neutralen Energiezufuhr um neun Prozent an der gesamten Energieproduktion – würde zwar der CO_2-Ausstoß pro BIP-Einheit um ca. 28 Prozent sinken, das BIP im gleichen Zeitraum aber um beinahe 47 Prozent anwachsen. Dieser Widerspruch lässt sich an einzelnen Sektoren deutlich ablesen: China ist mit einem Weltmarktanteil von 38 Prozent zum führenden Produzenten von Solarzellen aufgestiegen (Schmid 2010, 32f), und gleichzeitig gehen wöchentlich chinesische Kohlekraftwerke mit einer Leistung von einem Gigawatt ans Netz. Selbst wenn ein erfolgreicher Umbau zu einem binnenmarktorientierten »Grünen Kapitalismus« vollzogen wird, wäre die ökologische Frage nicht gelöst. Der technokratische Green New Deal könnte letztlich an dem Wachstumsimperativ des chinesischen Kapitalismus und an seiner autoritär-nationalistischen Ausrichtung scheitern.

LITERATUR

Engel, Sven, 2010: *Umweltpolitik der Volksrepublik China. Urbane Umweltprobleme aus räumlich-politischer Perspektive*, Masterarbeit im Fachbereich 05 der Universität Kassel, Kassel

Finamore, Barbara, 2010: China renews efforts on climate change and clean energy in its Twelfth Five Year Plan, http://switchboard.nrdc.org/blogs/bfinamore/china_renews_efforts_on_climat.html (31.1.11)

Hong, Yu, 2010: Impact of the Global Economic Crisis on the Pearl River Delta and Yangtze River Delta Regions, in: Zheng Yongnian und Sarah Y. Tong (Hg.), 2010: *China and the global economic crisis*, Singapur, 89–112

Hung, Ho-fung, 2009: America's Head Servant. The PRC's Dilemma in the Global Crisis, in: *New Left Review*, 60(6), 5–25

Schmalz, Stefan, und Matthias Ebenau, 2011: *Auf dem Sprung? Brasilien, Indien und China. Zur gesellschaftlichen Transformation in der Krise*, Berlin

Schmid, Fred, 2010: *China: Krise als Chance? Aufstieg als ökonomische Weltmacht*, isw Report 83/84, München

Schucher, Günter, 2009: China's Employment Crisis – A Stimulus for Policy Change?, in: *Journal of Current Chinese Affairs*, 38(2), 121–44

Wen, Dale, 2006: Chinas ökologische Krise und die Entstehung von Umweltbewegungen, in: *Das Argument 48*, 112–21

DIE VERWEGENHEIT DES ABSICHTSLOSEN

WIDER DAS FALSCHE WACHSTUMSPATHOS

GÜNTHER BACHMANN

Wir hören, Wachstum sei das Allheilmittel in Wirtschaftskrisen, die Konstante im Aufschwung. Welcher Art auch immer die wirtschaftlichen Probleme von Staaten und Volkswirtschaften sind, die angebliche Lösung heißt Wachstum. Wachstum ist absichtslos. Wachstum ist alles; ohne Wachstum ist alles nichts. Bis in die jüngste Zeit hinein glauben Linke, Rechte und die Mitte an diesen Wachstums-Blues.

Dabei haben die bald neun Milliarden Menschen keine Chance, mit einer Ressourcennutzung auf dem Niveau der heutigen Industrieländer gemeinsam in Frieden zu leben. Als Rudolf Bahro dieses Dilemma benannte und als Gattungsproblem absichtslosen Wachstum für wesentlicher erklärte als die Klassenfrage der ungleichen Verteilung gesellschaftlichen Reichtums, da brach er ein Tabu. Er erntete Hohn, Hass und Haft. Die Tonnenideologie der realsozialistischen Wachstums-Euphoriker hatte sich ein paar Jahrzehnte später erledigt. Der Systemwechsel im Osten versprach den

westlichen Volkswirtschaften Wachstum. Bis zum heutigen Tage ist das undifferenzierte Wachstumspathos die Lebenslüge aller Industrieökonomien geblieben. Dazu im Widerspruch steht, dass die Wirtschaft dem Menschen und der Umwelt dienlich und nützlich sein muss. Wachstum als Selbstzweck funktioniert nicht auf einem Planeten, dessen natürliche Ressourcen endlich sind. Dasjenige Wachstum, das auf die unendliche Vernutzung dieser Ressourcen abstellt, ist eine Illusion. Es geht also um die differenzierende Frage: Was soll wachsen und was schrumpfen? Was soll bleiben dürfen, was verschwinden? Was wollen wir uns leisten, was nicht? Nicht nur auf das rein numerische Zählen, sondern auf das Werten, Bewerten und Anstreben von Entwicklung kommt es an.

Physische Grenzen haben vor allem die ökologischen Lebensgrundlagen unserer Lebensweise. Die Geschwindigkeiten etwa, in der sich Nischen aus Wärme, Kälte, Sauerstoff und Nahrungsgrundlagen, in die sich die Menschheit eingerichtet hat, verändern, sind der Rahmen für Wachstum und Schrumpfung. Wirtschaftszweige können und müssen wachsen, sofern sie zukunftsfähig sind, andere werden verschwinden, auch wenn dies soziale Probleme hervorruft. Selbst in einer demographisch schrumpfenden Gesellschaft gibt es Wachstumsfelder, weil neue gesellschaftliche Bedürfnisse zum Beispiel an Pflegearbeit, Gemeinschaftsarbeit oder Bildung entstehen. Eine harte Klimapolitik – hätten wir sie denn – würde spezifische Wirtschaftsbereiche aufblühen lassen, während andere eingehen. Theoretisch sind Gesellschaften vorstellbar, die sich dynamisch mit wachsendem Neuen und schrumpfendem Alten entwickeln und in der Gesamtbilanz nicht wachsen – gerade so, wie es heute Gesellschaften gibt, die numerisch wachsen, aber wertmäßig schrumpfen. Es kommt auf die Qualität an – und auf die demokratische Meinungsbildung. Ansätze dafür gab es immer wieder, etwa in Deutschland in den 1970er Jahren, als rund um die Ölkrise gefragt wurde, was Lebensqualität ausmache. In den letzten Jahren fordert das Stichwort Nachhaltigkeit die längst fällige Debatte heraus. Sie muss um qualitative Effekte und gesellschaftliche Werturteile als Fundament allen Wachstums und allen Wirtschaftens gehen.

Mit notorischer Verwegenheit ignoriert das Wachstumspathos das Wissen um Qualität und Wirkungen: Wachstum wird schlicht als Bruttosozialprodukt gemessen und zum Wirtschaftsbarometer erhoben. Das Bruttosozialprodukt ist aber lediglich das gesamte Einkommen, das in einem Staat von Beschäftigten und Unternehmern erwirtschaftet wird, einschließlich der Einkünfte aus Kapitalerträgen. Gezählt wird alles: Wohlfahrtsgewinne, Verkehrsunfälle, reale Wertschöpfungen und soziale Dienstleistungen, das Abpumpen kontaminierten Grundwassers, die Kosten für Gesundheit oder die für Lärm und Luftverschmutzung, die Spekulationsspiele der Subprime-Jongleure und Investitionen in die ökologische Regionalwirtschaft. Das Abholzen und die Aufforstung eines Waldes haben eines gemeinsam: Alles ist Wachstum. Die Messung des Wachstums ist genauso einfältig wie seine Bestimmung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) addiert, was sich in der Sache widerspricht. Es zählt statt zu differenzieren. Kein Schaden an der Umwelt ist groß genug, um nicht Wachstum auszulösen, vorausgesetzt, dass sich jemand findet, der dafür zahlt.

Es gibt Versuche, richtig zu zählen. Hier ist vor allem China zu nennen – ein Hort des Hyper-Wachstums. In Europa hat es die Geschwindigkeit und das Ausmaß des chinesischen Wirtschaftswachstums zuletzt vor 200 Jahren gegeben, als Preußen ein Tigerstaat war. Im heutigen China weiß man jedoch gut Bescheid über das potemkinsche Ausmaß und die sozialen wie ökologischen Kosten des eigenen Wachstums. Straßen ersetzen Landschaft. Fruchtbare Böden erodieren unwiederbringlich und schwimmen davon. Die Luftverschmutzung macht die Städte unwirtlich. Süßwasser-Delphine sucht man vergebens. Die Kosten des Umweltschutzes, die Folgen einer nach westlichem Vorbild individualisierten Lebensweise nagen am versprochenen Wohlstand. Man weiß: Die Rechnung ist unbezahlt. Man ahnt: Sie ist unbezahlbar. Jedes Quäntchen Wachstum hinterlässt ein Quantum Umweltschäden. Deshalb suchte China nach einer Alternative für die Messung eines um offensichtliche Öko-Schäden bereinigten Wachstums. Nicht die Kosten der Umweltverschmutzung, sondern nur, was wirklich Wohlstand schafft, sollte gemessen werden. Nicht das absichtslos Unsinnige, sondern nur der dauerhafte Wohlstand, das »Green GDP«, das Grüne BIP soll gemessen werden.

Mit Daten aus 2004 erblickte der erste Green-GDP-Bericht Ende 2006 für eine kurze Zeit das Licht der Öffentlichkeit. Präsident Hu Jintao hatte die Arbeit in Auftrag gegeben. Der Bericht wies laut der Chinesischen Regierungs-Website vom 11. September 2006 einen finanziellen Verlust durch Umweltverschmutzung von ca. 512 Milliarden Yuan aus (57,1 Milliarden Euro). Das waren damals gut drei Prozent der Volkswirtschaft. Unabhängige Kostenschätzungen gingen sogar noch weiter. Ihnen zu Folge rangierten die externen Umweltkosten bei acht bis 12 Prozent des jährlichen Wachstums (manche sprachen sogar von bis zu 15 Prozent). Für das Jahr 2002 würde das offizielle Bruttoinlandsprodukt um 44 Prozent fallen, würde man die negativen Faktoren wie die Vernutzung der Kohleressourcen, Landverluste, Wasser- und Umweltverschmutzung abziehen. Die (damals) jährlich 11,7 Prozent Wachstum würden auf weniger als ein Prozent reduziert. Mit anderen Worten: Das statistisch ausgewiesene Wirtschaftswachstum ist realwirtschaftlich nahe null.

China war der erste Staat, der eine solche ehrliche Bilanz zog. Doch blieb das Grüne BIP ein Experiment – ein Jahr später wurde es eingestellt. Die Erkenntnis war nicht akzeptabel, dass die enormen Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft, die global für Aufsehen und erhöhte Investitionsbereitschaft sorgten, letztlich nur kommunikative Fassade, aber nicht wirklicher Reichtum sind. Der schon in Auftrag gegebene Bericht für 2007 wurde nicht veröffentlicht.

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen: *The Economist* wusste bereits im Oktober 2005, dass aus der chinesischen Idee nichts werden würde. Unter dem Titel »The Greening of China« mutmaßte die Redaktion, dass das Grüne BIP nur ein Trick der chinesischen Umweltschützer sei, Aufmerksamkeit zu erzeugen, während man wohl ernstzunehmende und praktisch verwertbare Ergebnisse nicht zu erwarten hätte. Das stimmt, wenn man allein für praktisch hält, was in das Bild des Absichtslosen passt.



© Ben Powless, Climate Justice March 2010

Indessen halten sich alle Industriestaaten sehr bedeckt, wenn es um Kostenwahrheit geht. Einen vergleichbaren Versuch zu einem offiziellen Grünen BIP hat es offiziell nirgendwo anders gegeben. Die deutsche Statistik der Umweltökonomischen Gesamtrechnung ist der auf Umweltdaten bezogene Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Der Leitgedanke einer umweltorientierten Bilanz wird mit einer detailreichen Vielzahl von Fachstatistiken, nicht aber mit einer Gesamtaussage zu einem Grünen BIP umgesetzt. Die Frage nach der Kostenwahrheit des deutschen Wirtschaftswunders bleibt offen. In der Tat ist die Berechnung eines Grünen BIP kompliziert. Doch war nicht jeder Fortschritt mit dem Vorwurf konfrontiert, zu kompliziert zu sein?

Nichts regt die industriepolitischen Fantasien der Wirtschaftsführer so an wie die Stichworte »Wachstum« und »China«. Nichts regt die verteilungspolitischen Fantasien der Sozialpolitiker so an wie die Aussicht auf Wachstum. Beiden fehlt eine ernste Auseinandersetzung mit dem Ziel, nachhaltig und zukunftsverträglich zu wirtschaften sowie beim Streit um die soziale Gerechtigkeit endlich auch die Generationengerechtigkeit anzuerkennen. Absichtslosigkeit garantiert nicht die Abwesenheit von Verantwortung.

POLITIKEN DES (POST)WACHSTUMS

EINE DEBATTE

MICHAEL DAUDERSTÄDT

TILMAN SANTARIUS

RALF KRÄMER

Innerhalb der zu formierenden Mosaik-Linken besteht bislang keine Einigkeit darüber, ob ein qualitatives, sozial-ökologisches Wachstum Teil der Lösung oder ob angesichts überschrittener ökologischer Grenzen Wachstum an sich Teil des Problems ist. Andere Formen des Wirtschaftens und erste Reformschritte werden diskutiert. Ist man sich bei letzteren eher einig, gehen die Vorstellungen darüber, wie eine ökologische und soziale Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden könnte und wie mit den Problemen eines »gerechten Überganges« (Just Transition) – nicht zuletzt auch im globalen Maßstab – umgegangen werden kann, weit auseinander.

Wir fragten: Michael Dauderstädt von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Tilman Santarius, Referent bei der Heinrich-Böll-Stiftung, sowie Ralf Krämer von der Wirtschaftspolitischen Abteilung beim ver.di-Bundesvorstand und Mitglied der Programmkommission von Die Linke.

SOZIALES WACHSTUM FÜR DIE GANZE MENSCHHEIT

MICHAEL DAUDERSTÄDT

Soziales Wachstum ist das Gegenteil der kapitalistischen Krise, die gleichzeitig Arbeitsplätze vernichtet und Wohlstandsverzichte einfordert. »Soziales Wachstum« beschreibt ein Wachstumsmodell, das möglichst allen Menschen auf der Angebotsseite gute Arbeit und auf der Nachfrageseite Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand bietet. In offenen Volkswirtschaften fallen einheimische Nachfrage und einheimisches Angebot weit auseinander. Nationale Konsumenten verbrauchen importierte Güter und Dienstleistungen, die sie – bei ausgeglichener Leistungsbilanz – dank der Erlöse ihrer Exporte bezahlen können. Nationale Produzenten finden Absatzmöglichkeiten in anderen Ländern und glauben oft, den Binnenmarkt und die ihn stützenden Einkommen vernachlässigen zu können. Global ist die Weltwirtschaft aber geschlossen. Die Welt als ganze kann nicht wachsen, indem sie außerirdische Exportüberschüsse erzielt. Langfristig erfordert das Gleichgewicht, dass die Einkommen so verteilt sind, dass Massenkaufkraft entsteht.

DIE LETZTEN 60 JAHRE

Wachstum war und ist eine entscheidende Komponente dafür, dass weltweit alle Menschen in Wohlstand leben können. Seit der industriellen Revolution hat der Kapitalismus massenhaften Wohlstand produziert, der aber immer ungleich verteilt und von Krisen und Verelendung begleitet war. Nach tiefen Krisen entstand in der Mitte des letzten Jahrhunderts in den entwickelten Industrieländern ein Wachstumsmodell, das in vorher ungekanntem Maße Wohlstand für alle brachte. Dieses fordistische Regime beruhte auf hohem Produktivitätswachstum, keynesianischer Nachfragesteuerung, die durch organisierte Arbeitsmärkte und einen sich immer weiter entwickelnden Wohlfahrtsstaat zu wachsenden Masseneinkommen, Massenkaufkraft und Massennachfrage führte, und auf einer sich vertiefenden internationalen Arbeitsteilung.

Diese Arbeitsteilung war für Agrar- und Rohstoffproduzenten nur bedingt vorteilhaft, da sich lange Zeit die Austauschverhältnisse zu Fertigwaren eher verschlechterten. Die relative Verarmung dieser Länder lag jedoch auch an fehlerhafter Entwicklungspolitik, in denen Rentenökonomien Demokratisierung und wirtschaftliche Modernisierung behinderten. Die erfolgreichen Aufholprozesse Japans, Koreas, der südostasiatischen Länder und heute Chinas zeigen jedoch, dass dies keine notwendige Folge einer kapitalistischen Weltökonomie war. Auch arme Länder konnten den fordistischen Weg zu massenhaftem Wohlstand beschreiten.

In den reicheren Ländern geriet das fordistische Modell in den 1970er Jahren in eine Krise. Dadurch verschlechterten sich ihre Austauschverhältnisse mit der Folge geringeren Produktivitätswachstums, was zu verschärften Verteilungskonflikten führte. Es setzte sich ein liberaleres Wachstumsmodell durch, das auf mehr Markt und vor allem einen deregulierten Arbeitsmarkt setzte. In der Folge sanken die Wachstumsraten, die Arbeitslosigkeit stieg, die Löhne blieben mit dem Ergebnis ungleicherer

Einkommensverteilung und schwächerer Nachfrage hinter Produktivitätsfortschritt und Inflation zurück.

Die Wachstumsraten sanken jedoch nicht gleich und unumkehrbar in allen Ländern. Schweden, die Niederlande, Großbritannien und die USA wiesen im Durchschnitt der Periode 1995–2007 deutlich höhere Wachstumsraten auf als 1973–1995. Allerdings verbargen sich dahinter unterschiedliche Formen der Nachfragestabilisierung. Während Schweden die staatlichen Dienstleistungen ausdehnte und die Kaufkraft über Steuern und öffentliche Güter umverteilte, setzten die USA und Großbritannien auf einen kreditfinanzierten Immobilienboom, der sich in der Krise als nicht nachhaltig erwies. Das relativ schwache Wachstum in Deutschland seit 1972 war vor allem einer falschen makroökonomischen Politik geschuldet, die Aufschwünge früh bremste und in Rezessionen spät gegensteuerte; die Sockelarbeitslosigkeit stieg an und die Verteilung und die Binnennachfrage verschlechterten sich.

In den armen Ländern hat das globale Wachstum seit 1990 Hunderte Millionen Menschen, vor allem in China, aus der Armut gehoben. Auch in der EU haben von 1998 bis zur Krise die Peripherieländer aufgeholt und so die Ungleichheit in der EU verringert, wobei sie innerhalb der meisten Mitgliedstaaten zugenommen hat. Dieses Wachstum in den ärmeren Ländern war nicht von einem Schrumpfen der reicheren Volkswirtschaften begleitet, sondern wurde teilweise von deren wachsender Nachfrage gespeist. Dass das Gewicht der reicheren Volkswirtschaften in der Weltwirtschaft im globalen Aufholprozess zurückgeht, ist normal und kein Anlass zu Sorge. Gleicher Wohlstand für alle Menschen bedeutet, dass bevölkerungsreiche Länder einen höheren Anteil am Welteinkommen haben als kleinere Staaten.

Die globale Wirtschaftsgeschichte der letzten 60 Jahre belegt, dass Wachstum und Armutsreduzierung möglich sind. Im ökonomischen und sozialen Sinn nachhaltiges Wachstum funktioniert am besten, wenn es mit einer relativ gleichen Verteilung der Produktivitätsfortschritte verbunden ist.

UNGLEICHHEIT UND FINANZVERMÖGEN ALS WACHSTUMSBREMSEN

Das Wachstumsmodell vor der Finanzmarktkrise war von zunehmenden Ungleichgewichten gekennzeichnet. Länder wiesen hohe Leistungsbilanzdefizite bzw. -überschüsse auf, die ihrerseits wieder das außenwirtschaftliche Echo hoher Ausgaben- bzw. Einnahmeüberschüsse einheimischer Unternehmen oder privater oder öffentlicher Haushalte waren. Die Einnahmeüberschüsse resultierten in der Regel aus einer ungleichen Verteilung der Produktivitätsgewinne zulasten der Lohneinkommen (Ausnahme: Manager und andere abhängig beschäftigte Spitzenverdiener, die für eine zunehmende Lohnspreizung verantwortlich sind). Ein expandierendes Kreditvolumen finanzierte die Defizite, indem es die Ersparnisse der Überschusseigentümer weitervermittelte und weiteres Kreditgeld schöpfte.

Im Vorfeld der Finanzkrise stieg in vielen Volkswirtschaften die Schuldenquote, also der Wert der Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), in den USA

von etwa 150% 1970 auf über 300% 2007.[1] In Deutschland wiesen alle inländischen Sektoren für 2007 Verbindlichkeiten in Höhe von über 800% der verfügbaren Einkommen aus, während der entsprechende Wert für 1997 noch ca. 660% betrug.[2] Die Schulden der Kreditnehmer sind aber die Vermögen der Gläubiger. Auch nach der Krise kletterten die großen privaten Vermögen, die zwischen 2007 und 2008 von 40,7 auf 32,8 Billionen US-Dollar geschrumpft waren, 2009 wieder auf 39 Billionen US-Dollar, was in etwa zwei Drittel des Weltbruttoinlandsprodukts entspricht.[3] Die gesamten globalen Finanzvermögen sind etwa viermal so groß[4], wobei es sich um Bruttowerte handelt. Das Nettofinanzvermögen der Welt ist stets null, da sich Forderungen und Verbindlichkeiten aufheben.

Dieser wachsende Vermögensberg stellt immer höhere Ansprüche an die globale Wertschöpfung, die angesichts einer realen Wachstumsrate von maximal 5% nur durch eine fortschreitend ungleichere Verteilung erfüllt werden könnten. Anlagen, die höhere Renditen bieten, finden sich aber immer weniger, weshalb Investoren zunehmend auf Vermögensblasen angewiesen waren, die nicht nachhaltige Wachstumsprozesse in Teilsektoren wie der IT-Branche (2000), dem Immobilensektor (2005–2008) und im Finanzsektor auslösten.

Wenn diese Blasen platzen, bricht das Wachstum ein. Zwar kann eine expansive Geld- und Fiskalpolitik das Schlimmste verhindern (wie es auch 2009 gelang), aber der Preis ist höhere Staatsverschuldung und eventuell Inflation. Die bessere Lösung liegt darin, die ungleiche Verteilung und den Vermögensaufbau durch eine expansive und solidarische Lohnpolitik und eine progressive Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen zu bekämpfen. In den USA lagen in der fordistischen Wachstumsphase der Nachkriegszeit die Spitzensteuersätze für persönliche Einkommen und Erbschaften bei fast 90%.

Die Sättigung der Nachfrage seitens der Vermögensbesitzer ist nicht Ausdruck der Befriedigung gesellschaftlicher Bedarfe, sondern der ungleichen Verteilung der Kaufkraft. In den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege besteht eine erhebliche ungedeckte Nachfrage, vor allem seitens der weniger reichen Schichten. Sie ist durch ein öffentliches Angebot besser zu erfüllen als über den Markt. Die Vermögensbesitzer und die Bestverdiener im Finanzsektor, die am Anlagegeschäft verdienen, wehren sich gegen eine Umverteilung. Aber die Mythen vom Zusammenhang von Einkommen und Leistung oder der angeblich wachstumsfördernden Ungleichheit entbehren jeder theoretischen und empirischen Grundlage.

ÖKOLOGISCHE GRENZEN

Auch soziales Wachstum ist Wachstum. Es ist sogar eher kontinuierlich höher als vom Finanzmarkt gesteuertes ungleiches Wachstum. Entsprechend stark wird die Naturbasis belastet. Dies wurde nach den Jahrzehnten hohen Wachstums (1950-1970) in der ersten Ölpreiskrise deutlich. Heute macht sich auch das Wachstum ärmerer Länder wie China bemerkbar, das sich durch einen besonders hohen Ressourcenverbrauch auszeichnet. Hier wird nachholend der physische Kapitalstock aufge-

baut, der in reicheren Ländern längst existiert. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das prozentual niedrige Wachstum der reicheren Länder, allen voran der ressourcenineffizienten USA, zumindest pro Kopf noch eine absolut höhere Belastung darstellt.

Zwar dürfte die Torschlusspanik vieler Grüner, die ein baldiges Ende der Rohstoffvorkommen befürchten, übertrieben sein (auch der Club of Rome irrte sich hierin 1972). Beim Klima ist der Befund ebenfalls nicht so eindeutig, um einschneidende Verhaltens- und Politikänderungen durchsetzen zu können. Aber die Kosten der Rohstoffbeschaffung und Entsorgung werden steigen. Knapper werdende Rohstoffe steigen im Preis, was die Produktion von alternativen Substituten anreizt und so ihren eigenen Verbrauch senkt. Das Klima hat aber (noch) keinen Marktpreis, außer in Form staatlich verordneter Steuern oder Emissionsrechte. Der andere Preis in Form von Flutkatastrophen, Wirbelstürmen, Hitzewellen, Trockenheiten oder Überschwemmungen usw. senkt zwar den Wohlstand, aber die Reparatur der Schäden kann in der Statistik auch als Wachstum auftreten. Klima und Rohstoffe haben gemeinsam, dass die Bewahrung des erreichten Wohlstands- oder Konsumniveaus angesichts der Belastung der Naturbasis relativ mehr gesellschaftliche Arbeit erfordert. Die Vermutung, die Arbeit ginge uns aus, war ein Kind des vor-ökologischen Diskurses aus Zeiten hohen Produktivitätswachstums.
Die Steuerung des Rohstoffverbrauchs nur dem Preismechanismus zu überlassen, wäre fahrlässig. Ökosteuern und Auflagen für Produzenten sollten den Anpassungsprozess beschleunigen, was den positiven »Nebeneffekt« der Förderung ökologischer Industrien (erneuerbare Energie, neue Werkstoffe, Prozessoptimierung etc.) hat. Damit steigen die Preise allerdings noch stärker und die sozialen Folgen treten mehr ins Licht. Eine gleichmäßigere Einkommensstruktur ist notwendig, um die Kosten des Schutzes der Naturbasis gerecht zu verteilen. Diese Verteilungsfrage stellt sich auch global. Rohstoffpreise bilden sich auf Weltmärkten und belasten arme Länder stärker als reiche. Umso wichtiger sind administrative Markteingriffe in den reichen Ländern. Beim Klimaschutz, der sich nicht auf Knappheitspreise stützen kann, müsste die internationale Koordination politisch erfolgen. Armen Ländern das Wachstum zu erschweren, dürfte schwer durchzusetzen und zu rechtfertigen sein. Außerdem dürften höhere Einkommen auch dort dazu führen, die Präferenzen für eine gesicherte Naturbasis zu stärken.
Es geht um ein soziales und ökologisches Wachstum, das kaufkräftige Nachfrage schafft, wo der gesellschaftliche Bedarf ist, und das den Grenzen der Naturbasis Rechnung trägt, indem es ihre wahren Kosten bei der Angebotserstellung einpreist.

1 Foster, John Bellamy, und Fred Magdoff, 2008: Financial Implosion and Stagnation. Back to the Real Economy, in: *Monthly Review*, 60. Jg., H. 7, S.10.
2 Vgl. Deutsche Bundesbank, 2008: *Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2007*, Statistische Sonderveröffentlichung 4, Juni 2008.
3 Vgl. Capgemini, und Merrill Lynch, 2010: *World Wealth Report 2010*, Figure 2, S. 5.
4 McKinsey gibt im *Mapping global capital markets: Fifth Annual Report* (Oktober 2008) für 2007 einen Wert von 196 Billionen US$ an; die Boston Consulting Group schätzt in ihrem Bericht *In Search of Stable Growth* (Juli 2010) die »Assets under Management« auf 57 Billionen US$ für 2007, 47 für 2008 und 52,9 für 2009.

DIE FETTEN JAHRE SIND VORBEI

TILMAN SANTARIUS

Unsere Gesellschaft hat sich eine politische, wirtschaftliche, aber auch mentale Infrastruktur zugelegt, die laufend auf Wachstum angewiesen ist. Das ist das grundlegende Problem. Keine Regierung wird wiedergewählt, die nicht neue Staatsschulden aufnimmt – denn ohne Staatsschulden wären tiefe Einschnitte im öffentlichen Sektor und den öffentlichen Dienstleistungen nötig, die die Wähler abstrafen würden. Kein Unternehmen, jedenfalls kein börsennotiertes, wird auf dem offenen Weltmarkt gegen die Konkurrenz Bestand haben, wenn es nicht permanent expandiert. Zu wenige Menschen empfinden auch Zufriedenheit, wenn das nächste Jahr keinen »Aufstieg« bzw. keine Verbesserung mit sich bringt, sei es beim Einkommen, bei neuen Konsumgütern, bei immer exotischeren Urlaubszielen.

Eine sozial-ökologische Transformation wird nur gelingen, wenn *summa summarum* ein »steady-state«, eine Balance angestrebt wird. Das heißt nicht, dass nichts mehr wachsen dürfe. Im Gegenteil muss z.B. die Nutzung erneuerbarer Energien zunehmen, während zugleich Kohle-, Atom- und später auch Gaskraftwerke geschlossen werden. Der Anteil an gemeinnütziger, ehrenamtlicher und reproduktiver Arbeit muss gegenüber der Erwerbsarbeit an Bedeutung gewinnen, letztere wird im Verhältnis schrumpfen. Es heißt auch nicht, dass die Balance eine statische wäre. So lange die Weltbevölkerung wächst und sich die Natur verändert, wird sich unsere Gesellschaft an stetig neue Herausforderungen anpassen müssen. Der erste Schritt hierfür ist, die Expansionslogik moderner Industriegesellschaften in Zweifel zu ziehen.

Eine Strategie der »Ökologischen Modernisierung«, die das Wirtschaftswachstum naturverträglicher Sektoren und Produkte forciert, ist alleine nicht hinreichend. Es ist nicht nur ein aktiver Einstieg in die postfossile, sondern auch ein aktiver Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft vonnöten. Andernfalls wird das überaus ambitionierte Ziel, die Emissionen binnen vierzig Jahren um neun Zehntel zu reduzieren, nicht zu erreichen sein. Damit sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen vorgebeugt wird, muss die Strategie mit weiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen kombiniert werden: mit einer partiellen Deglobalisierung und weitgehenden Relokalisierung von Wertschöpfungsketten, mit einer Novellierung des Wettbewerbsrechts und der Unternehmensverfassung, mit einer Arbeitsgesetzgebung, die auf eine faire Verteilung des begrenzten Arbeitsvolumens der Gesellschaft abhebt, und mit der Einführung eines Grundeinkommens oder einer negativen Einkommenssteuer – um nur einige Eckpfeiler beispielhaft zu nennen. Weder kann es um eine ökologisch und sozial justierte Neuankurbelung althergebrachten Wirtschaftswachstums gehen, noch schließen sich Wachstum und sozial-ökologische Transformation prinzipiell aus. Grünes Wachstum (Green growth) und Schrumpfung (DeGrowth) müssen zusammengedacht werden – das ist die Herausforderung!

GRÜN WACHSEN UND GESUND SCHRUMPFEN

Wir brauchen eine gigantische ökologische Investitions- und Innovationsoffensive, denn ein zurück auf die Bäume ist keine Option. Aber mit Investitionen allein ist es nicht getan. Es gibt Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise. Wenn ihr nicht entgegen gesteuert wird, werden nachhaltige Innovationen mitunter zweckentfremdet, Effizienzgewinne über Rebound-Effekte aufgefressen und die sozialen und ökologischen Kosten in immer neue Nischen ausgelagert. Ein Beispiel hierfür ist der wachsende Markt für »Bio«-Nahrungsmittel. Das Ziel ist klar: Die Landwirtschaft muss zu 100 Prozent auf ökologische Anbaumethoden umgestellt werden. Aber wir sehen heute, wie wenig Nachhaltigkeit Bestand hat, wenn Handels- wie Supermarktketten im großen Stil auf Bioprodukte setzen. Wertschöpfungsketten werden wie eine Zitrone ausgequetscht und Bio-Bauern zu Kostensenkungen um jeden Preis gedrängt. Schlupflöcher in der Bio-Regelung werden dazu genutzt, um möglichst viele Bio-Hühner auf engem Raum zu halten, die dann als »glücklich« vermarktet werden, oder um Zusatzfutter aus fragwürdigen Herkunftsländern zu importieren. Dauerhaft nachhaltige Anbaumethoden in der Landwirtschaft wird es erst geben, wenn auch die Ernährungsindustrie nachhaltiger wird und in ihrem Kerngeschäft nicht nur Profitmaximierung verfolgt, sondern weitere sozial-ökologische Ziele. Hierfür aber braucht es tiefgreifende Reformen im Unternehmensrecht und auf den Finanzmärkten. Es reicht nicht, den einzelnen Produktionszweigen *End-of-the-pipe*-Standards aufzuerlegen. Wir müssen die kapitalistische Expansionslogik selbst domestizieren.

WITZ UND WUT

Wie das alles umgesetzt werden kann – das ist die Gretchen-Frage. Schließlich geht es nicht um ein eng gestecktes Reformkonzept, sondern um eine gesellschaftliche Umwälzung von historischer Tragweite, die der neolithischen oder der industriellen Revolution möglicherweise in nichts nachstehen wird. Jedoch muss diese Umwälzung schneller vollzogen werden als die vorherigen, soll der Klimakollaps noch verhindert werden. Dieses zivilisatorische Großprojekt kann nur iterativ umgesetzt werden. Ich will es mal mit »Witz und Wut« versuchen. Wir brauchen eine gehörige Portion Wut, um die Machtverhältnisse zu ändern. So lange Energiekonzerne die Politik stärker beeinflussen als der Wählerwillen, wird die Energiewende nicht gelingen. Die wirtschaftliche Macht von Unternehmen und ihren Verbänden muss gestutzt und zugleich ihre politische Einflussnahme soweit reguliert werden, dass sie keine Gefahr mehr für die Demokratie darstellen. Dabei muss die Wut aber nicht nur den Unternehmen gelten, sondern auch der Politik. Denn dort wird der Einfluss der Privatwirtschaft oft gar nicht als Gefahr wahrgenommen. Vielmehr gilt sie als legitimer Teil des »vorpolitischen Raums«, dem die Türen weit geöffnet werden. Der Grund für eine konzernfreundliche Politik ist aber nicht nur im »westdeutschen Korporatismus« und seinem weit verzweigten Klientelismus zu suchen, der unter anderem in (Ex-) Politikern auf Berater- und Aufsichtsratsposten seinen Niederschlag findet. Vielmehr müssen politische Entscheidungsträger zu Recht fürchten, die Mehrheit der Wähler in diesem Land zu verschrecken, wenn sie »Konzerne

zerschlagen«, das Wirtschaftswachstum *(sic!)* gefährden und Turbulenzen auf dem Arbeitsmarkt riskieren. Wie viel Prozent der Gesellschaft *heute* wollen denn überhaupt eine sozial-ökologische Transformation?

Daher braucht es mindestens so viel Witz wie Wut. So lange nicht ein signifikanter Teil der Gesellschaft davon überzeugt ist, dass diese Transformation mehr Nutzen bringt als Schaden, dass sie Spaß macht und einen Zuwachs an Lebensqualität bedeutet, so lange die Menschen hierzulande nicht bereit sind, einen Verlust an wirtschaftlicher Potenz und Sicherheit in Kauf zu nehmen, um im Gegenzug mehr Zufriedenheit und Gerechtigkeit zu erzielen, sind Politiker für ihre Mutlosigkeit nicht alleine verantwortlich zu machen. Je höher die Latte für eine umfassende sozial-ökologische Transformation gehängt wird, desto weniger liegen die Hürden nur »da oben«, bei den politischen Entscheidungsträgern, sondern auch unten, in der Mitte der Gesellschaft. Diese aber kann nur durch Kommunikation, Vorbilder und die Kraft der besseren Argumente überzeugt werden.

FREIHEIT FÜR DEN SÜDEN

Wenn die Länder des Südens den Pfad der nachholenden, fossilen Entwicklung verfolgen, was derzeit weitenteils geschieht, ist der Ofen bald aus. Eine Alternative ist das »leapfrogging« (ein Sprung) in eine sozial-ökologische Transformation, eine andere ist die Neudefinition von »Entwicklung« und Wohlstand. Beim *leapfrogging* – also einem Entwicklungssprung in Infrastrukturen, Technologien und Konsummustern, die umweltfreundlich sind – kann es sein, dass damit ein Wachstum des Volkseinkommens in den Ländern des Südens einhergeht. Zum einen könnte es zu einem vorübergehenden Wachstum während des Sprungs kommen: Energiesparlampen z.B. sind in der Anschaffung teurer als Glühlampen. Zum anderen aber könnte der Zugang von immer mehr Menschen zu Elektrizität ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit entsprechenden direkten und indirekten Rebound-Effekten nach sich ziehen.

Eine Neudefinition von Entwicklung setzt an der Wurzel an. Nomadisierende Rinderzüchter im Tschad brauchen keinen doppelt so hohen Fleischpreis auf dem Weltmarkt, sondern die dauerhafte Erlaubnis, ihre Herden über die Weideflächen ihrer Region treiben zu können. Gerade für die Armen erfordert Entwicklung nicht in erster Linie ein Wachstum des Geldeinkommens, sondern einen verbesserten Zugang zu Land, Ressourcen, Know-how und politischer Mitsprache. Wohlstand, wie ihn Amartya Sen definiert hat, besteht in der Möglichkeit, sich frei zu entfalten, und nicht in der Freiheit zu konsumieren. Können wir uns indessen eine freie Entfaltungsmöglichkeit der Menschen im Süden vorstellen, ohne die »digital divide« zu schließen? Wir mögen hier auf Whirlpools, Autos oder Flugreisen verzichten, um vorzuleben, wie Suffizienz aussehen kann. Aber ist ein Leben ohne World Wide Web und E-Mail noch vorstellbar? Die Verbreitung von Strom, Telekommunikationsnetzen und Computern über die Metropolen des Südens hinaus in deren Hinterland wird allerdings nicht ohne ein gehöriges Maß an Wirtschaftswachstum in diesen Ländern zu haben sein. Daher sollten wir zusehen, dass es wenigstens grün wächst.

REICHTUMSMINDERUNG IM NORDEN

Wenn die sozial-ökologische Transformation einer grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzung entspricht, wird sie auch mit etlichen Arbeitsgewohnheiten aufräumen. Ganze Sektoren werden aus der Arbeit entlassen. Daher definieren die Befürworter eines »Green New Deals« diesen nicht nur als grüne Investitionsoffensive, sondern zugleich als Bildungsoffensive. Um die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft aufrechtzuerhalten, muss die Neuqualifikation bestehender Arbeitskräfte sichergestellt sein. Nichtsdestotrotz drängt sich der Verdacht auf, dass das Tempo der Transformation Menschen abhängen könnte, die sich über ihre gewohnte Erwerbsarbeit definieren.

Die Große Transformation erfordert eine Abkehr von der Vorstellung, dass Arbeit in erster Linie Erwerbsarbeit sei. Weil schon bei geringen Wachstumsraten, erst recht aber bei *steady-state* oder Schrumpfung immer weniger Erwerbsarbeit notwendig sein wird, muss das bestehende Arbeitsvolumen fairer verteilt werden. Konzepte wie die »Kurze Vollzeit« werden seit langem diskutiert. Zwar dürfte eine stärkere Relokalisierung der Ökonomie – Tante-Emma-Laden statt Tengelmann – sowie der Ersatz von Energie durch Arbeit – Besen statt Laubbläser – die Arbeitsproduktivität auf konstruktive Weise senken und neue Arbeit schaffen. Eine Ökologisierung der landwirtschaftlichen Produktion dürfte hierzu erheblich beitragen. Dennoch müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Menschen sich stärker über andere Formen der Arbeit – Hausarbeit, Pflege, Kinderbetreuung, Ehrenamt, freie Arbeit, Sozialarbeit usw. – definieren, hieraus Befriedigung ziehen und gesellschaftliche Integration erfahren. Die Brisanz besteht dabei in der Frage, was denn ein Weniger an Erwerbsarbeit und ein Mehr an nicht-erwerblicher Arbeit für das persönliche Einkommen bedeuten. Wer an der Wachstumsschraube dreht, so scheint es, kann zwar für Umverteilung plädieren. Besser aber sollte der Traum vom »guten Mittelstand« für alle gleich begraben werden. Um es mit Wolfgang Sachs zu sagen: Armutsminderung plus Nachhaltigkeit erfordert Reichtumsminderung. Fürwahr, die fetten Jahre sind vorbei!

UMBAU – SOZIAL UND ÖKOLOGISCH

RALF KRÄMER

1 | Wirtschaftliches Wachstum – im Folgenden immer verstanden als Wachstum des Bruttoinlandsprodukts – löst weder unsere ökonomischen noch unsere ökologischen oder sozialen Probleme automatisch. Ungesteuertes kapitalistisches Wachstum würde die ökologischen Probleme sogar verschärfen, soziale Spaltungen und ökonomische Ungleichgewichte vertiefen. Ausbleibendes Wachstum allerdings ist auch keine Alternative, sondern vergrößert in aller Regel die Probleme und macht ihre Lösung schwieriger.

Krisen, Stagnation oder Schrumpfen der Wirtschaftsleistung führen zu steigender Erwerbslosigkeit und sinkenden Masseneinkommen sowie zunehmender öffentlicher Verschuldung. Dies verschlechtert die Lebensbedingungen und erschwert es der breiten Mehrheit der Bevölkerung, ihre Interessen durchzusetzen. Außerdem werden gerade in Krisenphasen regelmäßig bestehende

Umweltstandards mit Verweis auf die Kosten infrage gestellt. Bloßes Nullwachstum oder Schrumpfen des BIP bedeutet zudem lediglich, dass die laufende Überbeanspruchung der Natur im gleichen oder wenig geringeren Umfang wie bisher fortgesetzt wird. Das reicht nicht. Notwendig ist stattdessen ein möglichst rascher und tiefgreifender ökologischer Umbau. Dieser erfordert große Investitionen in neue Energie- und Verkehrssysteme, im Gebäudebereich, in neue Materialien usw. Etwas zugespitzt lässt sich behaupten: Die erste Phase des sozial-ökologischen Umbaus wird mit Wachstum verbunden sein müssen, und zwar auch in den entwickelten Ländern und erst recht weltweit, um möglichst schnell die infrastrukturellen und technischen Grundlagen einer neuen naturverträglichen Wirtschafts- und Lebensweise für sieben Milliarden Menschen zu produzieren.

Notwendig ist ein qualitatives, sozial-ökologisch gesteuertes Wachstum. Es würde durch steigende Wertschöpfung und Beschäftigung in Bereichen zustande kommen, die zu einer besseren Befriedigung bisher vernachlässigter gesellschaftlicher Bedürfnisse führen und zugleich Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung reduzieren. Im Zusammenwirken mit Arbeitszeitverkürzung würde die Arbeitslosigkeit sinken, Einkommen und Lebensqualität breiter Bevölkerungsschichten würden steigen. Die materielle Produktion in umweltbelastenden Bereichen, der Verbrauch nichtregenerativer Stoffe und schädliche Emissionen müssten dagegen stark schrumpfen. Dies erfordert umfassende soziale Regulierungen und öffentliche Zukunftsinvestitionen in Bildung, soziale Dienstleistungen und ökologischen Umbau. Es geht um die Abkehr von einem bestimmten Wachstumstyp und um das Ende einer Politik, die Profit- und Wachstumsinteressen von Unternehmen und Vermögensbesitzern über soziale und ökologische Kriterien stellt.

2 | Ein sozial-ökologischer Umbau müsste einen gesellschaftspolitischen Richtungswechsel durchsetzen: hin zu einer Bewältigung der sozialen und ökologischen Probleme statt ihrer weiteren Verschärfung. Das ändert nichts daran, dass das Kapital danach strebt, zu wachsen und seine Profite maximal zu steigern – sozial und ökologisch rücksichtslos. Gesellschaftliche Eingriffe und Gestaltung, die das einschränken, müssen gegen Kapitalinteressen durchgesetzt werden. Sie bleiben gefährdet, bei ungünstigen Kräfteverhältnissen wieder zurückgeschraubt zu werden. Wir haben das im sozialen wie im ökologischen Bereich schon oft erlebt – zuletzt ganz eklatant in der Energiepolitik, wo der Druck der Konzerne selbst den unzureichenden Atomausstiegskonsens wieder gekippt hat.

Hierbei spielt die Eigentumsfrage eine Rolle. Wenn wir zum Beispiel eine Energiepolitik wollen, für die Einsparung und Umstieg auf umweltverträgliche regenerative Quellen absoluten Vorrang hat, brauchen wir eine Energieversorgung in demokratischer öffentlicher Kontrolle statt kapitalistischer Monopole. Das gilt für die Daseinsvorsorge und auch darüber hinaus für alle anderen Bereiche, die für einen Umbau von strategischer Bedeutung sind. Aber wir können die Veränderung der Eigentumsverhältnisse nicht als Vorbedingung darstellen. Diese muss im Fortschreiten des Umbauprozesses durchgesetzt werden. Der Umbau muss zunächst begonnen werden,

damit sich überhaupt die Kräfte formieren, die in der Lage sind, weitergehende Veränderungen zu bewirken.

Wir wollen einen *sozial*-ökologischen Umbau, aber dieser Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Ökologie ist keineswegs zwingend. Es kann auch sein, dass eine ökologische Modernisierung auf der Basis eines Bündnisses von Teilen der Wirtschaft und gutsituierten Teilen der Bevölkerung durchgesetzt wird. Ein ökologischer Kapitalismus ist durchaus möglich, wenn dabei neue Verwertungsmöglichkeiten entstehen. Das ginge aber zu Lasten breiter Schichten der Bevölkerung, die Arbeit und Einkommen verlieren und durch höhere Preise soziale Einschnitte erleben.

Ein weiteres Problem besteht in jenem Wachstumszwang, der sich gesamtwirtschaftlich aus den Renditeerwartungen des Kapitals ergibt. Die angesammelten und weiter wachsenden Finanzvermögen einerseits, private und öffentliche Schulden als ihr Spiegelbild andererseits führen zu steigenden Ansprüchen, um Vermögenseinkommen bzw. Schuldendienst zu bedienen. Das mindert die für Löhne, Sozialleistungen und öffentliche Dienste zur Verfügung stehenden Einkommen. Wenn darüber hinaus das (nominale) Bruttoinlandsprodukt nicht mehr wächst, sondern schrumpft, steigt die daraus resultierende Belastung der Lohnabhängigen und Rentner. Eine Gesellschaft ohne Wachstum des BIP erfordert deshalb einen Abbau und eine Entwertung von Finanzvermögen und Schulden sowie eine starke Reduzierung der Renditen auf Finanzanlagen. Erforderlich wäre eine weitaus gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung. Eine in Maßen erhöhte Inflation würde diesen Prozess erleichtern, aber nur unter der Bedingung, dass sie für die breite Masse der Bevölkerung durch eine beschleunigte Steigerung der nominalen Löhne und Sozialeinkommen ausgeglichen wird.

3 | Eine Politik des sozial-ökologischen Umbaus muss gegen die dominierenden Kapitalfraktionen und die neoliberal orientierten Parteien durchgesetzt werden. Im Kapitalismus, also unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise, hat aber auch für die große Mehrheit der Menschen insgesamt die Sicherung und Verbesserung ihrer Erwerbs- und damit ökonomischen Lebensgrundlagen Priorität gegenüber ökologischen Zielen. Nur wenn Beschäftigung, Lebensstandard und soziale Sicherheit gewährleistet sind und die sozialen Unterschiede in Grenzen gehalten werden, werden die meisten Menschen bereit sein, eine ökologische Politik zu unterstützen und dafür vielleicht auch auf Wachstum und steigende Einkommen zu verzichten.

Der sozialökologische Umbau kann nur durchgesetzt werden, wenn die Gewerkschaften und die Mehrheit der abhängig Beschäftigten hierfür gewonnen werden. Dies wird nicht gelingen, wenn der sozial-ökologische Umbau die industriellen Strukturen der Gesellschaft zerstört und Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und regionaler Niedergang die Folgen sind. Wir brauchen also zugleich eine gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit, sichere Einkommen, gute neue Arbeit für diejenigen, deren Arbeitsplätze im Zuge eines ökologischen Umbaus verloren gehen, und somit neue Produktions- und Beschäftigungsfelder in Regionen, die vom Abbau ökologisch schäd-

licher Wirtschaftszweige besonders betroffen sind. Sozial-ökologischer Umbau muss mit einer Konzeption beschäftigungsorientierter Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik verbunden werden.

4 | Aus einer globalen Perspektive ist ein sozial-ökologischer Umbau noch dringlicher. Im Süden ist nicht nur wirtschaftliches Wachstum überhaupt notwendig, sondern dieses wird dort auch mit wachsendem Verbrauch stofflicher Ressourcen verbunden sein. Der Norden kann sich nicht anmaßen, von den Menschen des Südens eine Beschränkung auf Grundbedürfnisse zu verlangen. Der unabweisbare Anspruch des Südens auf Teilhabe am Wohlstand erhöht die Notwendigkeit, den Ressourcenverbrauch und die Schadstoffemissionen in den entwickelten Ländern zu reduzieren. Das darf aber nicht mit dem Schrumpfen des BIP gleichgesetzt werden, das im Zuge eines sozial-ökologischen Umbaus zunächst weiter steigen kann.[1]

Die Politik von Finanz- und Technologietransfers reicht hierfür nicht aus. Es geht darum, den Ländern des Südens den Weg in eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Wir müssen sie dabei unterstützen, den »Umweg« über den naturzerstörenden westlichen Lebensstil zu vermeiden und direkt zu einer auf Ressourcenschonung und regenerativen Quellen basierenden Wirtschafts- und Lebensweise überzugehen. Um so wichtiger ist es, dass der Norden selbst so schnell wie möglich zu einer solchen Lebensweise kommt, denn die Lebensweise der reichen Länder ist weiterhin das Vorbild, an dem sich die Länder und Bevölkerungen des Südens orientieren.

5 | Ein »gerechter Übergang« erfordert eine aktive gesellschaftliche Gestaltung. Er kann nicht dem Wirken von Marktkräften überlassen werden. Darum reicht auch das vor allem bei den Grünen beliebte Setzen auf Ökosteuern und Umweltzertifikate nicht aus. Es sind öffentliche Investitionen notwendig, öffentlich organisierte Beschäftigung und Qualifizierung, öffentliche Steuerung und Förderung regionaler Wirtschaftsbereiche. Dazu muss die Machtposition der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften in den Betrieben und in der Gesellschaft entschieden gestärkt werden.

Das Lohnniveau in den verschiedenen Branchen ist nicht vom Himmel gefallen, und es ist auch nicht Resultat vermeintlich objektiv unterschiedlicher Produktivitäten, sondern es ist in historischen Kämpfen durchgesetzt worden und abhängig von Kräfteverhältnissen. Wir brauchen eine deutliche Höherbewertung und bessere Bezahlung der Arbeit in personenbezogenen und gesellschaftlichen Dienstleistungen. Da haben die Gewerkschaften große und schwierige Aufgaben vor sich. Ihre Stärke ist wesentlich von den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und vom gesellschaftlichen Bewusstsein abhängig. Es sollte in allen Betrieben zu einer Normalität werden, dass abhängig Beschäftigte sich gewerkschaftlich organisieren.

1 Vgl. Krämer, Ralf, und Herbert Schui, 2010: *Wachstum!?, Qualitativ, sozial-ökologisch, reguliert – oder schrumpfen?* (Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 7–8/2010).

WACHSTUM FÜR ARBEIT UND UMWELT

WOLFGANG RHODE UND

KAI BURMEISTER

Die Sinnfrage des Wirtschaftswachstums gewinnt an Gewicht. Vier von fünf Deutschen meinen: *Wachstum ist nicht alles!* Gerade nach einer Finanz- und Wirtschaftskrise ist eine Verständigung über Sinn und Zweck des Wirtschaftens nötig. Nachdem die Finanzmärkte kollabierten, gaben sich die Eliten zwar für kurze Zeit nachdenklich, doch aufgearbeitet und wirklich verändert wurde erschreckend wenig. Die Gewerkschaften müssen für einen Kurswechsel in Betrieb und Gesellschaft streiten. Sich angesichts des beschäftigungspolitisch glimpflichen Krisenverlaufs zurückzulehnen, wäre ein schwerer strategischer Fehler.

Aus Sicht der IG Metall konzentrieren sich die ökonomischen Fehlentwicklungen auf die unter dem Begriff Finanzmarkt-Kapitalismus zusammengefassten Tendenzen – Vermarktlichung aller Lebensbereiche und Dominanz radikaler, kurzfristiger Renditeziele als entscheidende Größe mit entsprechend negativen Folgen für Arbeitsbedingungen sowie für mittelfristige Investitions- und Innovationspfade.

Diese wirtschaftlichen Fehlentwicklungen, die als Wachstum gelten, müssen korrigiert werden.

EINE NEUE WACHSTUMSDEBATTE

»Die Umweltkrise verlangt eine radikale Änderung unserer Vorstellung dessen, was wirtschaftlich gerechtfertigt ist.« Mit diesen Worten hinterfragte der Nationalökonom Karl W. Kapp 1972 auf der vierten Internationalen Arbeitstagung der IG Metall die ökologische Verträglichkeit des Wirtschaftens. Zugleich hob Kapp die wirtschaftsdemokratische und gesellschaftspolitische Dimension hervor: »In diesem Sinne trägt die heutige Umweltkrise zumindest die Keime einer radikalen Umwälzung der bisherigen wirtschaftlichen Organisationsformen in sich.« Auch wenn diese Gedanken in der Folge nicht prägend für die gewerkschaftliche Theorie und Praxis gewesen sind, so zeigen sich zumindest historische Fundstücke und damit Anknüpfungspunkte, die wieder nutzbar gemacht werden sollten. Die ökologische Herausforderung zwingt die Industrie zu einem weitreichenden Umbau. Für die Gewerkschaften steht eine mit mehr sozialer Gerechtigkeit verbundene ökologische Modernisierung auf der Tagesordnung. Die Alternative lautet nicht Pro oder Contra Wachstum. Es geht um die Entscheidung zwischen einem klima- und sozialverträglichen und einem konventionellen Wachstumspfad. Dies erweitert die Perspektive über die Umweltfrage hinaus auf die Dimensionen der Zivilisierung und weitergehende Demokratisierung vom Betrieb bis hin zur Gesamtwirtschaft.

Eine neue Wirtschaftsdebatte ist daher dringlich und bietet Potenzial für reale Veränderungen zugunsten der Beschäftigten.

Gleichzeitig zeigen sich in der Wachstumskritik auch zahlreiche Sackgassen und Fallstricke: Null-Wachstum mutet für die materiell sich erst noch entwickelnden Länder illusorisch an. Manche, die ein anderes oder weniger Wachstum fordern, landen schnell bei Verzichtsappellen an die unteren und mittleren Einkommen. Oder es kommt zu einer falschen Konfrontation von industrieller Produktion und Dienstleistungssektor.

WACHSTUM FÜR EUROPA

In Europa und Deutschland braucht es weiterhin Wachstum, droht doch andernfalls Arbeitslosigkeit. Durch den Produktivitätsfortschritt wird die gleiche Warenmenge mit immer weniger Arbeitskraft erstellt. Steigt nicht im gleichen Maße die Wirtschaftsleistung, kommt es zum Abbau von Arbeitsplätzen – es sei denn, das schrumpfende Arbeitsvolumen wird durch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf mehr Menschen verteilt. Zuletzt hat in der aktuellen Krise Kurzarbeit einen dramatischen Zuwachs der Arbeitslosigkeit verhindern können – andere und strategisch weitreichende Formen der Arbeitszeitverkürzung sind anzustreben.

Zusätzliches Wachstum vermindert den Druck zum Abbau von Arbeitsplätzen, insbesondere in der Industrie. Mit einem Plädoyer zu Gunsten von Wachstum und industrieller Produktion geht es nicht darum, die Auswahl an bereits vorhandenen Produkten zu vervielfachen. Vielmehr geht es darum, Produkte und Produktionstechniken auf die Anforderungen einer ressourcensparenden und klimaverträglichen Ökonomie auszurichten und gesellschaftliche Bedarfsfelder zu erschließen.

»GRÜNER WACHSTUMSZYKLUS«?!

Jede historische Zeit bringt ihre Techniken hervor. Heute sind grüne Märkte in aller Munde. Sie beziehen sich sowohl auf neue Branchen und Produkte als auch auf die bestehenden Kernsektoren der Industrie, die sich gestiegenen Anforderungen an die Energie- und Ressourceneffizienz gegenübergestellt sehen. Die Umwelttechnologien decken mit der umweltfreundlichen Energieerzeugung, den Energieeffizienztechniken, der nachhaltigen Wasserwirtschaft und der nachhaltigen Mobilität eine große Bandbreite ab, von der insbesondere der Maschinenbau und die Elektrotechnik profitieren können. Diese Fragen sind nicht nur technisch, sie sind auch abhängig von politischen Entscheidungen und Kräfteverhältnissen. In diesem Lichte betrachtet ist die Auseinandersetzung zwischen einer fossil-atomaren und einer regenerativen Energiebasis eine Schlüsselentscheidung, an der gesellschaftliche Kompromisse ausgehandelt werden.

Eine doppelte Dividende zugunsten von Arbeit *und* Umwelt ist möglich. Viele Studien weisen auf die positiven Netto-Beschäftigungseffekte einer emissionsarmen Wachstumsstrategie hin, von denen insbesondere die Umwelttechnologien beschäftigungsintensiv sind. Die positive Netto-Betrachtung schließt Konflikte und Widersprüche nicht aus, die in den einzelnen Unternehmen und Branchen bewältigt werden müssen. Die IG Metall setzt auf eine aktive Gestaltung des ökologischen Umbaus, statt später Getriebener von Folgeproblemen zu werden. Schon heute sind Betriebsräte und Vertrauensleute vielfach Treiber des ökologischen Umbaus in den Betrieben. Diese Rolle gilt es deutlich zu erweitern.

VON DER ARBEITS- ZUR RESSOURCENEFFIZIENZ

In den Unternehmen ist ein Umdenken nötig. Viele Industrieunternehmen waren in der Vergangenheit erfolgreich damit, die Arbeitsproduktivität in ungeahnte Höhen zu treiben. Weit abgeschlagen ist die Material- und Ressourcenproduktivität geblieben. Die heutige Kostenstruktur und steigende Rohstoffpreise erfordern eine andere Perspektive. Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wird künftig sein, wie schnell sie sich die Technologien zur Energie- und Ressourceneffizienz aneignen können. Auch der Verkehrssektor und die Automobilindustrie müssen deutliche Einsparungen der CO_2-Emissionen realisieren. Hierzu braucht es ein integriertes Maßnahmenbündel aus verbindlichen Grenzwerten, motor- und fahrzeugtechnischen Innovationen und verbesserten Kraftstoffen. Die Auswirkungen für die Beschäftigten und ihre Qualifikationen sind weitreichend. Freilich wird etwa über E-Mobilität viel gesprochen, ihr kritischer Einfluss auf die Arbeitsplatzentwicklung spielt bislang jedoch kaum eine Rolle. Auch im Fall der boomenden regenerativen Energien ist die arbeitspolitische Realität häufig ernüchternd. Betriebsräte und Mitbestimmung stoßen vielfach auf Widerstände, vielfach gelten tarifvertragliche Regelungen nicht.

BISLANG NUR MITTELFELD

So zentral »grüne« Technologien zur Bewältigung des Klimawandels sind, so sehr sind sie gleichzeitig nur ein Teil einer sozial wie ökologisch nachhaltigen Wachstumsstrategie. Wegen der schwachen binnenwirtschaftlichen

Dynamik blieb das Wachstum im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich. Dafür gibt es eindeutige Ursachen: Einkommensungleichheit und Armut haben stark zugenommen, der Niedriglohnsektor expandierte und im Ergebnis stagnierte der private Konsum. Sparrunden der öffentlichen Haushalte und geringe öffentliche Investitionen sind ebenfalls verantwortlich für die schwache Dynamik. Verfügbares Kapital aus den Gewinnen ist vor allem den internationalen Finanzmärkten zugeflossen, Investitionen in bestehende Produktionskapazitäten entwickelten sich schwach.

Im Mittelpunkt einer künftigen Wachstumsstrategie muss die Balance von Export- und Binnenwirtschaft stehen. Die Ausrichtung der Industrie auf den Investitionsgütermarkt geht mit einer starken Orientierung auf weltweite Absatzmärkte einher. Es kann aber nicht darum gehen, die Exportfähigkeit bewusst zurückzufahren. Schließlich sind nicht die Exporte problematisch, sondern der Exportüberschuss. Dieser kann durch wachsende Importe ausgeglichen werden. Zugleich sollte die lohnpolitische Koordinierung der europäischen Gewerkschaften verstetigt und über die Stärkung europäischer Ausgleichsmechanismen auf eine binnenwirtschaftliche Dynamik gesetzt werden.

AUSGEBAUTE SOZIALE DIENSTLEISTUNGEN

Industrie und Dienstleistung werden oftmals in einen künstlichen Widerspruch zueinander gestellt. Tatsächlich aber ist die industrielle Produktion auf eine funktionierende Logistik angewiesen. Industriebeschäftigte haben ein großes Interesse an funktionierenden und hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen. Nach Jahren der Mangelverwaltung ist die Liste unterentwickelter kommunaler und allgemeiner Dienstleistungen lang, der demografische Wandel führt zu einem steigenden Bedarf an qualifizierter Bildung, Pflege und Betreuung. Diesen Bedarfen muss ein Angebot gegenübergestellt werden. Gewerkschaftspolitisch ist der Aufbau qualitativ guter Dienstleistungen nur mit Arbeits- und Einkommensbedingungen möglich, die auf »Gute Arbeit« ausgerichtet sind.

DRUCK VON UNTEN

Wirtschaftswachstum ist kein Selbstzweck. Vielmehr ist stetiges Wachstum in die Perspektive unserer gesellschaftspolitischen Leitvorstellung der *Qualität des Lebens* und der Gestaltung *Guter Arbeit* eingebettet. Im Mittelpunkt einer wachstumspolitischen Offensive stehen dabei die gesellschaftliche Wünschbarkeit sowie die Ausrichtung entlang sozial wie ökologisch nachhaltiger Kriterien. Eine nachhaltige wirtschaftliche und industrielle Entwicklung ergibt sich nicht im Selbstlauf. Um die Wirtschaft auf ökologischen Innovationskurs zu bringen und die Folgen des Klimawandels einzudämmen, braucht es einen Maßnahmenmix aus ökologischer Regulierung, dem Ordnungsrecht sowie wettbewerblicher, steuerlicher und wirtschaftspolitischer Instrumente. Eine Nachhaltigkeitspolitik der »radikale[n] Umwälzung der bisherigen Organisationsformen« (Kapp) ist aber ohne die vielen Initiativen aus den Belegschaften und den Druck von unten nicht bestandsfähig.

FAKTOR 37

DIE MÄR VOM NACHHALTIGEN WACHSTUM

UWE WITT

Am 21. August 2010, das hat das Global Footprint Network ermittelt, war die Menge an regenerativen Ressourcen, die der Planet jährlich bereitstellen kann, verbraucht – von da an folgte Substanzverzehr bis Silvester. Jede Firma ginge bei dieser Bilanz pleite. Dass es auch im wirklichen Leben eng wird, zeigen die Nachrichten von den Rohstoffbörsen. Seltene Erden sind in diesem Jahr besonders knapp, der Preis für Cer ist seit 2007 um 1600 Prozent gestiegen, für Neodym um 400 Prozent. Der Kupferpreis hat sich seit 2002 verfünffacht. Im letzten Frühjahr war Eisen besonders teuer. Die Bundesregierung richtet derzeit eine Rohstoffagentur ein, um über »strategische Partnerschaften« den Bezug von Erzen, Gas oder Kupfer für die deutsche Wirtschaft zu sichern. Überdies sind weite Teile der Weltmeere leergefischt, der Tropenwälder abgeholzt. Trotz bald 20 Jahren UN-Klimaverhandlungen stiegen 2010 die weltweiten Treibhausgasemissionen wieder auf Rekordhöhe.

In den 1970ern machte der praktische Umweltschutz, vornehmlich der nachsorgende, rasante Fortschritte. Schlote von Kraftwerken und Industrieanlagen rauchten mit deutlich weniger giftigen Abgasen, weniger Staub und schädliche Abwässer gelangten in die Umwelt. Recycelt wurde nicht mehr nur Papier oder Metall, sondern auch Kunststoff. Möglich machte all dies eine Umweltgesetzgebung, die erstmals über den klassischen Naturschutz hinausging. Das Umweltrecht hat sich seitdem weiter entwickelt – beinah unüberschaubar detailreich. Gesetze wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) greifen erstmals in Erzeugungsstrukturen ein und gehen über die End-of-pipe-Technologien der Luft- oder Abwasserreinigung mit ihrer vorrangig nachsorgenden Funktion hinaus. Die drei Säulen des EEG – Einspeisevorrang für Ökostrom, garantierte Einspeisevergütung und Degression der Vergütungssätze – jagen den fossil-atomaren Energieversorgern stetig Marktanteile ab. Sie machen gleichzeitig Energie aus Sonne, Wind, Biomasse und Wasser billiger. Die Beschäftigung in den Branchen der Erneuerbaren stieg deutlich schneller an, als Arbeitsplätze in den überkommenen Erzeugungsstrukturen abgebaut wurden. Eine Win-Win-Situation für Umwelt und Beschäftigung, die mit Recht zu den größten Erfolgen der Ökologiebewegung gezählt werden kann.

In dieser Entwicklung sehen viele in Umweltverbänden, bei Grünen und Linken sowie der Wissenschaft Chancen für eine zumindest *ökologisch* nachhaltige Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft. Wenngleich Defizite stets offenbar waren, schienen sie doch mit einer klugen Mischung aus Ordnungspolitik und marktorientierten Ansätzen händelbar – sofern genügend außerparlamentarischer Druck entstünde.

Vielleicht wären die Grenzen sogar überwindbar. Und zwar durch *qualitatives Wachstum*. Wachstum, welches dauerhaft umweltverträglich gesteigert werden könnte. Nicht nur über die Mehrfachnutzung von Materialien und einen Übergang zur Nutzung erneuerbarer statt fossiler und mineralischer Ressourcen, sondern auch durch einen steigenden Anteil ressourcenärmerer Dienstleistungen am Sozialprodukt.

In Deutschland stehen vor allem die Arbeiten *Faktor Vier* (1995) bzw. *Faktor Fünf* (2009) von Ernst Ulrich von Weizsäcker und seinen Koautoren für diesen Weg, den Einsatz von Rohstoffen und Energie radikal zu senken, dabei aber den »Wohlstand« zu vermehren. Dem Untertitel des zweiten Buches, »Die Formel für nachhaltiges Wachstum«, ist zu entnehmen, dass sie Wirtschaftswachstum nicht grundsätzlich in Frage stellen, sondern künftig nur anders ausrichten wollen. Weizsäckers detailreich ausgearbeitete Grundidee: Die Menschen wollten nicht Treibstoffe oder Autos, nicht Kilowattstunden, Glühbirnen oder Kohlekraftwerke. Sie wollten »Dienstleistungen« wie Mobilität, Wärme oder Licht. Würde die Wirtschaft auf diese Bedürfnisse ausgerichtet, ließen sie sich mit weit weniger Durchsatz von Rohstoffen, Energie und Abfall befriedigen als bei einer produktorientierten Wirtschaftsweise. Das Geschäftsmodell eines Energiedienstleisters wäre zwar weiterhin gewinnorientiert. Es bestände aber darin, mit möglichst wenig Aufwand 21 Grad

Celsius Raumtemperatur und ausreichend Helligkeit zu garantieren, anstatt möglichst viel Heizöl oder Elektrizität an schlecht gedämmte Häuser mit 100-Watt-Glühbirnen zu verkaufen.

In *Faktor Fünf* skizzieren die Autoren zugleich, welche politisch-institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für eine solche Wende notwendig wären, etwa eine Langfrist-Ökosteuer und ein internationaler CO_2-Handel. Neben der Effizienzrevolution sollte sich die Gesellschaft zudem stärker der unbequemen Frage der »Suffizienz« zuwenden. Es reiche nicht aus, bestimmte Waren und Dienstleistungen weniger ressourcenschwer herzustellen. Einige müssten auch eingeschränkt genutzt werden, von anderen müsse man sich verabschieden. Nur so ließen sich die ökologischen Grenzen einhalten und der Verbrauch von Rohstoffen sowie der Ausstoß von Treibhausgasemissionen auf 80 bis 90 Prozent vermindern. In der Politik ist dies bis heute kaum angekommen.

Weizsäcker und Co. haben unschätzbare Verdienste, wenn es darum geht, praktische Schritte des ökologischen Umbaus einzuleiten. Eine naheliegende Frage gehen sie jedoch zurückhaltend an: die Kritik des Wachstums als Grundbewegung kapitalistischen Wirtschaftens selbst. Ihnen ist bewusst, dass ihr Modell auf längere Zeit nur dann ökologisch verträglich ist, wenn der Umweltverbrauch auf ein Fünftel des gegenwärtigen zurückgefahren und auf diesem Niveau eingefroren werden kann. Die Konsequenz dessen ist jedoch erst auf einer der letzten Seiten von *Faktor Fünf* zu finden. Dort wird konstatiert: »dass ein Weiterwachsen selbst bei einer aggressiven Erhöhung der Ressourcenproduktivität in den ökologischen Abgrund führt« (2003, 372).

Und tatsächlich: Gelänge es, den Verbrauch um vier Fünftel zurückzufahren, wäre man nach vielen Mühen zwar bei einem Niveau angelangt, das seitens der Wissenschaft für die Erde als umweltverträglich angesehen wird und dem globalen Süden Wachstum für Armutsbekämpfung und Entwicklung zugesteht. Würde aber gleichzeitig die Wirtschaft auch im Norden weiter wachsen, würden die ökologischen Grenzen erneut überschritten. Denn zumindest ein Teil des Wachstums wird mit zusätzlichem Ressourcenverbrauch verbunden sein. Demnach wäre dauerhaft umweltverträgliches oder *qualitatives* Wirtschaftswachstum, von dem auch die Anhänger der keynesianischen Schule träumen, wenn sie durch eine Stärkung der Nachfrage und zusätzliche öffentliche Investitionen die Herstellung wirtschaftlicher Gleichgewichte und mehr Gerechtigkeit einfordern – darunter viele Linke, Gewerkschafter und Sozialdemokraten – schlichtweg unmöglich. Dieser Schluss lässt sich nicht nur mit Weizsäcker ziehen. Vergleichbares formuliert auch das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, welches im Auftrag des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) und Brot für die Welt die Aufsehen erregende Studie *Zukunftsfähiges Deutschland* erstellte. Ließ die erste Ausgabe 1996 die Wachstumsfrage noch im Vagen, so ist die letzte, 2008 herausgegebene Version deutlich kritischer. Darin wird die These vertreten, es sei zwar wissenschaftlich nicht formal beweisbar, dass sich langfristig dauerhaftes Wirtschaftswachstum und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften ausschlössen,



flickr/thisisbossi

aber allen Erfahrungen nach höchst wahrscheinlich. Unter anderem deshalb, weil die meisten Effizienzgewinne durch sogenannte Rebound-Effekte kompensiert werden. Beispielsweise werden zwar ressourcenleichtere, dafür aber mehr Produkte und Dienstleistungen verbraucht.

Was die Feststellung, ein Weiterwachsen führt in den Abgrund, für eine kapitalistische Gesellschaft bedeutet, die profitgetrieben zum Wachstum verdammt scheint, wird allerdings weder in *Faktor Fünf* noch in *Zukunftsfähiges Deutschland* beantwortet. Die gerade vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« könnte sich diese Frage vorlegen.

Gewerkschaftsnahe Wissenschaftler forderten noch in den 1980er Jahren ein Wirtschaftswachstum von mindestens 2,5 Prozent jährlich. Erst ab dieser Marke könnten die aus der Produktivitätssteigerung resultierenden Beschäftigungsverluste ausgeglichen werden (»Beschäftigungsschwelle«). Allein zur Wahrung des Status quo beim Ressourcenverbrauch wäre hierbei alle 28 Jahre eine Halbierung des Wachstums vonnöten, denn in diesem Zeitraum verdoppelt sich jeweils das Sozialprodukt. Schon jetzt stehen wir vor einer ökologischen und sozialen Katastrophe, denkt man nur an die Verarmung und an die Ausplünderung des globalen Südens. Sollen die als ökologisch erachteten Minderungsziele erreicht werden – also Einsparungen bis 2050 um 80 bis 90 Prozent gegenüber 1990 –, sind Rohstoffverbrauch und Emissionen in den Industriestaaten pro Einheit Sozial-

produkt auf bis zu ein Siebenunddreißigstel zu senken. Eine solche Entmaterialisierung mag im Energiebereich über die Erneuerbaren gerade noch möglich sein. Für nichtenergetische Rohstoffe, etwa durch weniger Materialeinsatz pro Produkt, ist sie Träumerei. Denn ein Haus darf nicht einstürzen, ein Zug nicht auseinanderfallen und auf einem Stuhl muss man sitzen können. Auch die wachsende Dienstleistungsbranche ist mitnichten ressourcenarm. Der Aufwand für bauliche Infrastruktur, IT-Ausstattung und Verbrauchsmaterialien wird regelmäßig unterschätzt. Für die Herstellung eines PCs sind über die gesamte Produktionskette 1,5 Tonnen Roh- und Hilfsstoffe vonnöten. Ferner saugen erneuerbare Energien, obgleich sie fossile Rohstoffe sparen, Erze und Seltene Erden von den Märkten. In einer modernen Onshore-Windanlage stecken beispielsweise acht Tonnen Kupfer, in Offshore-Anlagen bis zu 30 Tonnen. Um den riesigen Bedarf an leistungsfähigen Akkus für die Mobiltelefone und die übrige Elektromobilität zu sichern, soll nun eine Region umgewühlt werden, die bei Reisenden als Weltwunder gilt: die von atemberaubenden Fünftausendern umrahmte schneeweiße Salzwüste Uyuni im bolivianischen Hochland. Hier liegen die weltweit größten Vorkommen an Lithium (vgl. *US Geological Survey, Mineral Commodity Summaries*, Januar 2009).

Heute wird in der Bundesrepublik von einer Beschäftigungsschwelle zwischen 1,5 und zwei Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr gesprochen. Unter anderem, weil der Anteil vergleichsweise beschäftigungsintensiver Dienstleistungen am Sozialprodukt steigt. Dafür sinken international seit Jahrzehnten die Wachstumsraten der Industrieökonomien. Betrugen sie in Deutschland pro Kopf in den 1960er Jahren im Schnitt noch 3,5 Prozent, waren es von 1999 bis 2009 nur noch 1,8 Prozent. Norbert Reuter sieht eine Ursache darin, dass die Nachfrage nach neuen Produkten historisch-kulturell nicht exponentiell, sondern nur linear steigt.[1] Der gesamtgesellschaftliche Produktivitätsfortschritt war in den vergangenen Jahrzehnten dennoch stärker als das Wachstum, denn die Sockelarbeitslosigkeit stieg im Trend. Nur die Umverteilung von Arbeit und Einkommen hätte dies verhindern können.

Aber auch wenn die Wachstumsraten sinken, der stetige *absolute* Zuwachs an Sozialprodukt bleibt. Das Mitwachsen des Rohstoffverbrauchs kann zwar durch mehr Effizienz in der Wirtschaft verlangsamt, aber nur zeitweilig gestoppt oder umgekehrt werden. Angesichts der eingangs skizzierten globalen Probleme, denen soziale oder militärische Konflikte folgen können, stellt sich die Frage, ob über die klassische Umweltgesetzgebung hinaus eine exogene Steuerung wichtiger Ressourcenströme notwendig wird. Für eine *steady state economy*, also ein Wirtschaften mit konstantem Durchsatz, hatte in den 1990er Jahren bereits der Umweltökonom Herman E. Daly plädiert. Nach dem Vorbild des Emissionshandels bei Treibhausgasen – hingegen ohne dessen Lücken – könnten auch strategische Rohstoffe reguliert werden. Es gäbe dann politisch festgelegte Obergrenzen bei EU-inländischer Entnahme und Importen und unter Umständen auch handelbare Zertifikate.



© Gretchen Perk, Chile, verlassene Kupferstadt

Dieses oder ähnliches anzuregen, könnte Aufgabe der Enquete sein. Jedoch wurde schon bei der Bundestagsdebatte zu ihrer Einsetzung deutlich, dass die Mehrheit im Parlament den Schlüssel für Nachhaltigkeit vor allem in der Erhöhung der Effizienz sieht. Zwar wird auch das Wirtschaftswachstum in Frage gestellt – allerdings nur als Indikator für Wohlstand. Etwa weil auch die Beseitigung der Folgen von Kriegen oder Ölkatastrophen statistisch Wachstum generiert, das allerdings auf Zerstörung basiert. Es soll offensichtlich durch andere Indikatoren (Zufriedenheit, Bildung, Zustand der Umwelt etc.) ergänzt oder zu ersetzt werden. Am System permanent wachsender Ökonomien zu zweifeln oder gar zu rütteln, bleibt jedoch tabu. Es ist zu hoffen, dass die linken Abgeordneten und Experten im Gremium hierin ihre Aufgabe sehen. Dabei wäre nützlich, Verbindungen zu den schon weitergehenden linken Debatten in Frankreich oder Großbritannien herzustellen.

Unabhängig davon, wie am Ende Regulierungen aussehen werden, ob es sie überhaupt geben wird bzw. ob sie im Kapitalismus durchsetzbar sind: Ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften ohne Wachstum wird Umverteilungen bei Einkommen und Arbeit enormen Ausmaßes notwendig machen. Das ist der soziale Gehalt der Debatte, welcher bislang bei Linken und Gewerkschaften gleichermaßen kaum angekommen ist.

1 Vgl. Reuter, Norbert, 2002: Die Wachstumsoption im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie, in: *Utopie kreativ* 136, 131ff.

WARUM KONSUM SICH ÄNDERN MUSS

… UND WIE ER SICH ÄNDERN KÖNNTE

IRMI SEIDL UND

ANGELIKA ZAHRNT

Konsum ist der Wachstumsmotor der Wirtschaft: Der Kauf von mehr Autos, Fernsehern, Handys, Textilien – all dies sichert und erhöht Umsätze, Gewinne und Arbeitsplätze. Die Folgen des hohen und steigenden Konsums in den Industrieländern aber sind wenig erfreulich: massiver Verbrauch von Energie und Rohstoffen, zunehmende Zerstörung von Natur, Landschaften und Artenvielfalt. Die bei uns verbrauchten Rohstoffe kommen vor allem aus so genannten Entwicklungsländern und ihre Förderung hinterlässt dort verheerende Umweltschäden.

Die Auswirkungen des Klimawandels treffen die Menschen im Süden heftiger als uns, und die ärmeren Länder haben wenig Mittel, sich dagegen zu schützen. Aus globaler ökologischer Notwendigkeit *und* Gerechtigkeit ist eine Änderung des Konsums unumgänglich. Aber auch der Anspruch auf globale soziale Gerechtigkeit fordert Änderungen im Konsum. Denn die niedrigen Preise unserer Konsumgüter – seien es T-Shirts oder Computer – beru-

hen zu einem großen Teil auf ausbeuterischen und gefährlichen Arbeitsbedingungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Ob es möglich ist, Umweltverbrauch und Umweltbelastungen in dem Umfang, wie er für den Erhalt der Lebensgrundlagen nötig ist, zu reduzieren und gleichzeitig in den Industrieländern ein fortgesetztes Wirtschaftswachstum und in den Entwicklungs- und Schwellenländern eine nachholende Wachstumsentwicklung zu haben, ist strittig. Viele setzen auf ein »grünes Wachstum«, das so effizient ist, dass gleichzeitig höhere Produktion und massive Verringerung des Umwelt- und Ressourcenverbrauchs möglich ist. Die bisherigen Erfahrungen zeigen allerdings, dass gesteigerte Energie- und Ressourceneffizienz häufig nur eine stärkere Nachfrage oder intensivere Nutzung desselben Produkts bewirkt. Mit dem spritsparenden Auto wird mehr gefahren, und das Energiesparkennzeichen des Kühlschranks lädt zum Kauf einer größeren Variante ein. Die möglichen Einsparpotenziale werden nicht oder nur teilweise realisiert.

Schließlich aber ist auch ein »grünes Wachstum« – als Hoffnung auf ein unbegrenztes Wachstum – in einer begrenzten Welt nicht möglich. Auch deshalb ist es klug, Konzepte für die Zukunft zu entwerfen und umzusetzen, die nicht an dem Ziel »Wirtschaftswachstum« ausgerichtet sind, sondern die die ökologischen Grenzen für den Erhalt der Lebensgrundlagen respektieren und innerhalb dieser Grenzen eine florierende Wirtschaft und Gesellschaft anstreben.

In einer Postwachstumsgesellschaft wird Konsum nicht mehr die Aufgabe haben, Motor des Wirtschaftswachstums zu sein, sondern Konsum soll der Lebensqualität der Menschen dienen. Es wird auch nicht weiter davon ausgegangen, dass vor allem Konsum (als Menge der stofflichen Güter und bezahlten Dienstleistungen) das Wohlergehen bestimmt, sondern »immaterielle« Werte wie Freundschaft, soziale Verankerung und Engagement werden eine größere Bedeutung bekommen. Die Glücksforschung sagt genau dies: Wohlergehen und Lebensqualität lassen sich in den reichen Industrieländern nicht mehr durch einen höheren Konsum verbessern, sondern durch mehr Freizeit und Muße, soziale Beziehungen, Kultur, gesunde Umwelt etc. Ratgeber und Wegweiser für einen nachhaltigen Konsum, der weniger umweltbelastend und fair gegenüber der Dritten Welt ist, gibt es inzwischen viele. Es gibt Siegel und Faustregeln zur Orientierung (z.B. in der Ernährung »bio, regional, saisonal«). Es gibt eine große Zahl von Geschäften, Internetangeboten und Firmen für diese Produkte und Dienstleistungen. Es gibt Tipps zum Selbermachen statt zum Konsumieren. Trotzdem bleiben Fragen:

1 | Was kann ich als einzelne Person tun, wenn ich die guten Ratschläge, z.B. den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen, nicht befolgen kann, weil es bei mir kein nutzbares ÖPNV-Angebot gibt?

Die Möglichkeiten, den eigenen Konsum- und Lebensstil in Richtung Nachhaltigkeit zu verändern, sind größer als zunächst angenommen. Aber um diese Möglichkeiten zu erkennen, braucht es Zeit, sich damit zu befassen und den Willen, etwas zu verändern – die Einkaufsgewohnheiten oder das Mobilitätsverhalten. Und es braucht Flexibilität: Wenn es z.B. kein gutes ÖPNV-Netz gibt, gilt es, sich Fahrgemeinschaf-

ten zu organisieren, sich einer Car-Sharing-Organisation anzuschließen oder eine zu gründen und sich politisch, in der Gemeinde, im Kreis dafür einzusetzen, dass der ÖPNV besser wird. Das richtige Verhalten in falschen Strukturen ist nur mit Kompromissen möglich, die umso geringer sein können, je mehr man gleichzeitig an der Änderung der Strukturen arbeitet.

2 | Wer kann sich Bio-Lebensmittel und Naturtextilien leisten? Wen treffen steigende Energiekosten und Benzinpreise am meisten?

Das pauschale Vorurteil, biologische und fair gehandelte Produkte seien teurer, stimmt so nicht (mehr). Außerdem gibt es z.B. für Lebensmittel günstige Einkaufsmöglichkeiten – auf dem Markt, beim Bauern direkt, über die wöchentliche Einkaufskiste. Aber noch etwas anderes ist zu bedenken: Sonderangebote und Großpackungen mögen zwar zunächst günstig erscheinen, sind es aber nicht mehr, wenn ein Teil nicht rechtzeitig aufgebraucht wird und verdirbt. Vorgefertigte Nahrung ist oftmals teurer als selbstgekochtes Essen. Die Umstellung auf Gemüse und Obst aus der Region und je nach Saison spart Geld. Weniger Fleisch zu essen, kommt der Gesundheit, dem Klima und dem Geldbeutel zugute. Ökostrom ist heute (zumeist) nicht teurer als Atomstrom, und wenn man gleichzeitig den Stand-by-Verbrauch verringert, spart man Energiekosten.

Trotzdem: Wir müssen uns auf steigende Preise einstellen, z.B. bei Textilien, wenn die Näherinnen in Vietnam anständige Löhne bekommen, bei landwirtschaftlichen Produkten, wenn Tiere artgerecht gehalten werden. Vor allem aber steigen die Konsumpreise, weil Energie und Rohstoffe knapper und teurer werden und dies nur zum Teil durch effizientere Produktion und Produkte ausgeglichen werden kann. Das wird für Haushalte mit höherem Einkommen zu Konsumveränderungen führen, ist aber für sie verkraftbar. Schwierig ist es dagegen für Haushalte mit niedrigem Einkommen, die weniger Möglichkeiten haben, z.B. höhere Energiepreise durch die Anschaffung von neuen Geräten mit geringerem Energieverbrauch zu senken. Es ist notwendig, diese Haushalte zu unterstützen, mit Energieberatung und speziellen Finanzierungsprogrammen. Darüber hinaus aber müssen Mindestlöhne und Sozialleistungen die steigenden Lebenshaltungskosten berücksichtigen.

Gleichzeitig müssen die Ansprüche an den Umweltverbrauch auf den Prüfstand gestellt werden, wie z.B. die Erwartung billiger Flugreisen. Der Umweltverbrauch ist allerdings stärker vom Einkommen abhängig als vom Umweltbewusstsein. Die grüne Studienrätin verursacht in der Regel eine höhere Umweltbelastung als die (aus Tradition und Not) sparsame Rentnerin.

3 | Selber machen statt konsumieren? Wer kann heute noch nähen, kochen, gärtnern oder den Stuhl, das Fahrrad, das Auto reparieren? Und welche Produkte lassen sich überhaupt *noch selbst reparieren?*

Es stimmt, hier ist viel Wissen und Können, das vor einer Generation noch selbstverständlich war, nicht mehr vorhanden. Auch deshalb, weil es Werkunterricht in den Schulen kaum noch gibt und Jugendliche oft nicht wissen, wie man einen Knopf annäht, ein Mittagessen macht oder welches Obst Saison hat. Da die Eltern dies selbst nicht mehr gelernt haben, müssen dieses Alltagswissen und diese Alltagsfertigkeiten wieder Teil der Schulbildung werden.

Wichtig und motivierend sind auch Orte, wo man allein oder mit anderen, mit oder ohne fachliche Unterstützung etwas machen und gestalten kann, wie z.B. öffentlich zugängliche Werkstätten oder kommunale Gärten.

4 | Änderungen im Konsum und Lebensstil bedeuten Verzicht, und wer will schon verzichten?

Der Vorwurf, dass nachhaltiger Konsum Verzicht bedeute, ist in Diskussionen schnell bei der Hand und stellt Konsumkritiker in eine Ecke der Spaß- und Freudlosigkeit. Um dem zu entgegnen, gibt es unterschiedliche Argumente: Man kann fragen, worauf wir bei unserem heutigen Lebensstil verzichten, ohne dass wir uns dessen bewusst sind. Wir verzichten auf Ruhe, Bewegungsfreiheit, gute Luft, weil wir dem motorisierten Verkehr so viel Raum lassen. Wir verzichten auf gesunde Nahrungsmittel und Esskultur. Wir finden kaum Entspannung, weil wir ständig unter Stress stehen, beruflichem Stress, Einkaufsstress, Freizeitstress.

Man kann darlegen, dass viele Änderungen der Konsumgewohnheiten, wie z.B. kurze Strecken mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurück zu legen, statt mit dem Auto, auch der Gesundheit gut bekommen, dass der Verzicht also eigentlich ein Gewinn ist. Man kann aber auch dazu stehen, dass Änderungen im Konsum und Lebensstil Verzicht bedeuten – vielleicht nur vorübergehend, vielleicht dauerhaft. Der Verzicht kann teilweise aufgewogen werden durch das Gefühl, mit dem eigenen Handeln Verantwortung für die Konsequenzen des eigenen Tuns zu übernehmen. Verzicht ist dann ein Gewinn an Handlungsfreiheit – für eine bessere Welt.

Eine Änderung des Konsums ist möglich, aber nicht so einfach. Individuelles Verhalten hängt von Wissen und von Motivation, dem Geldbeutel und der Lebenssituation, der Umgebung *und* den gesellschaftlichen Strukturen ab. Der Wandel zu einem nachhaltigen Konsum und Lebensstil wird befördert durch eine andere Organisation und Verteilung der Arbeit, die möglichst allen Menschen Arbeit und mehr Zeit gibt. Für Menschen, die zufrieden mit ihrer Arbeit sind, die Zeit für Familie, Freunde und soziales Engagement, Zeit für Selbstgemachtes und Selbstgestaltetes haben, werden Shoppen, Prestigekonsum oder Wegwerfprodukte wenig attraktiv. Ein Bildungssystem, das Chancengleichheit bietet, und das nicht einseitig nur auf Wissen, sondern auch auf Können (in Alltagsfertigkeiten, im Handwerk) setzt, macht ein zufriedeneres, selbstbestimmteres, vielseitigeres Leben möglich – mit weniger Konsum. In einer Gesellschaft mit geringeren sozialen Unterschieden in Einkommen und Status und weniger Konkurrenzdenken verliert das Streben nach dem großen Haus und Auto oder die Fernreise an Bedeutung.

Der Wandel vom bisherigen Konsum-Motto »weiter, schneller, mehr« zu einem »anders, besser, weniger« bedarf nicht nur des individuellen, sondern auch des gesellschaftlichen Wandels hin zu einer sozial gerechteren Gesellschaft. Internationale Gerechtigkeit erfordert einen Konsumwandel in den industrialisierten Ländern, und dieser erfordert seinerseits national eine größere soziale Gerechtigkeit. Ein Weniger an Konsum braucht ein Mehr an sozialer Gleichheit. Wenn Konsum nicht weiter Wachstumsmotor ist, wird die Lebensqualität steigen und – hier wie in den armen Ländern – eine wirtschaftliche Entwicklung möglich werden, die den Planeten nicht überfordert.

ZAHNLOS-FULMINANTE WACHSTUMSKRITIK

DIETER KLEIN

Als Leiter der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen hatte Meinhard Miegel Ende der 1990er Jahre der neoliberalen Entwicklung des Kapitalismus in der Bundesrepublik einen erheblichen Schub verliehen. Über die im Bericht dieser Kommission 1997 empfohlene Strategie steht dort, sie diene »vor allem der Entfaltung von Wachstums- und damit Wohlstandspotenzialen und der Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft« (6). Miegel entwickelte mit seiner Kommission ein Gesamtkonzept bestehend aus Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung, der Verminderung der Leistungen sozialer Sicherungssysteme, einer Niedriglohnstrategie und härteren Zumutbarkeitsanforderungen. Das mögliche Beiprodukt, »in den Städten können Armenviertel entstehen, der Gesundheitszustand und die Lebenserwartung von Bevölkerungsgruppen können sinken, die Kriminalität kann steigen«, war kein Problem für ihn.

Nun aber, 2010, scheint er die Seiten gewechselt zu haben. Wie viele andere in diesen Zeiten prangert er in seinem neuen Buch *Exit: Wohlstand ohne Wachstum* den Wachstumswahn der Moderne an und beklagt das »martialische Verhältnis zur Natur« (2010, 70). Luft, Wasser und Land unterliegen gefährlichen Verschlechterungs- und Zerstörungsprozessen. »Hunger«, so Miegel, »wird im 21. Jahrhundert wieder zu einem großen Thema werden« (ebd., 115). Zu Miegels Wachstumsbilanz gehört die Verknappung vieler Rohstoffe und der Ausblick auf Preisanstiege, aber auch auf deren soziale Folgen und auf erbitterte Ressourcenkämpfe. In den Industrieländern werden allein der Rückgang der Bevölkerungszahlen und das Altern der Gesellschaft das Wachstum stark dämpfen (ebd., 129). Die Migrationsströme werden wachsen. Miegel erwartet, dass in zwanzig Jahren in Deutschland 30 Prozent der Erwerbstätigen und 40 Prozent der Berufseinsteiger Menschen mit Migrationshintergrund sein werden (ebd., 133). Die Bilanz der westlichen Wachstumsgesellschaft spiegelt, so Miegel, »eine menschheitsgeschichtlich einzigartige Erfolgsgeschichte wider« und ist zugleich »ein Dokument dramatischen Scheiterns« (ebd., 153f).

Beim Versuch freilich, diesen Wandel zu erklären, gerät der Denker ins Stolpern. Der zutreffende Befund, dass die Wachstumsgläubigkeit zur allgegenwärtigen Alltagsreligion westlicher Produktions- und Lebensweisen geworden ist, wird bei Miegel zum Bestandteil allgemeinmenschlicher psychischer Verfasstheit: »Wie alles im Leben will auch der Mensch expandieren.« (Ebd., 42) Aber nicht »der Mensch« schlechthin, sondern der vom »Geist des Kapitalismus« (Max Weber) ergriffene, der Profitdominanz unterworfene und von der kapitalistischen Konkurrenz getriebene Mensch hat unter deren höchst irdischem Druck den Wachstumszwang verinnerlicht. Protestantische Ethik und Calvinismus haben, wie Max Weber (1920) herausarbeitete, kräftig dazu beigetragen, ehe die neue Wachstumsreligion den Gottesglauben an Wirkungsmacht überflügelte – aber eben als Vehikel der Kapitalakkumulation.

Miegels Ansiedlung des Wachstumsproblems außerhalb der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse schließt Fragen nach deren Zurückdrängung von vornherein aus. Wohl wirft er wichtige Fragen nach neuen Lebensqualitäten jenseits materieller Konsumtion auf – allerdings ohne sie zu beantworten. Das Stolpern führt dann auch letztlich zu einem ausgemachten Salto. Der große Ausbruch des Meinhard Miegel aus dem wachstumsfixierten Mainstream, sein Plädoyer für eine neue Zivilisation, sein Denkaufbruch zu anderen Maßstäben des Lebens landet kläglich genau da, wo von Neuland keine Spur ist. In seinem Buch *Epochenwende* hatte Miegel 2005 aus dem Aufstieg von Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien gefolgert, dass für den Westen die Zeiten des Wohlstands zu Ende gingen. »Im Klartext: Erwerbstätige in den frühindustrialisierten Ländern müssen auf ihre gewohnten Arbeitsplätze verzichten, hochmobil sein, fast jede sich bietende Arbeitsgelegenheit nutzen und vor allem bereit sein, Einkommenseinbußen hinzunehmen.« (Ebd., 78) Und: »Für die seit Generationen einkommensverwöhnten Westler ist dies ein Schock. Aber es sind die Gesetze des Marktes, die der Westen die Welt gelehrt hat. Sie jetzt ändern zu wollen ist nicht

nur doppelzüngig, sondern auch aussichtslos.« (Ebd., 206) Europas Wachstum schien Miegel nur noch auf marktradikalen Pfaden zu retten.

In *Exit: Wohlstand ohne Wachstum* landet er genau dort, wo er sich schon immer befand, nur diesmal nicht im Namen des Wachstums, sondern im Zeichen der Wachstumskritik. Der Überlegung, dass die Abkehr von der Wachstumsfixiertheit angesichts der Armut in der Welt zwingend Verteilungsgerechtigkeit herausfordert, setzt Miegel entgegen: »Es geht nicht. [...] Die große Sause ist vorüber, die Bar geschlossen.« (2010, 165) Es mache »keinen Unterschied, ob der Einzelne noch durstig ist oder nicht. Für Durstige wie Nichtdurstige steht auf dem Schild: ›geschlossen‹« (ebd.). Umverteilung gehöre nicht zur Lösung. Überhaupt ließe sich der Reichtum der Reichen schon deshalb nicht umverteilen, weil er zum größten Teil aus Werkshallen, Maschinen, Büros, kurz: überwiegend aus Arbeitsplätzen bestehe (ebd., 178). Jedoch – ob Finanzvermögen, fixes Kapital in der Produktion oder Kommando über Arbeitsplätze: Kapitalreichtum ist ökonomische und politische Macht, und die muss in den künftigen Kämpfen neu verteilt werden.

Die Pointe Miegelscher Wachstumskritik ist eine andere. Wie durch einen Zaubertrick kommt er zur gleichen Konklusion wie in seinen Konzepten für mehr Wachstum. Wenn die Gesellschaften künftig ohne Wachstum leben müssten, dann heißt das: niedrigere Löhne (ebd., 190), Senkung individueller Sozialleistungen (ebd., 203), individuelle Vorsorge und in Notfällen Einstehen von Familien, Freunden und Nachbarn anstelle des Sozialstaats (ebd., 205f), mehrere Jobs der Einzelnen in Kombination von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit (ebd., 199), späterer Renteneintritt, höhere Konsumsteuern (ebd., 204) und – in emanzipatorischen Zusammenhängen gewiss eine zentrale Aufgabe – Entfaltung menschlicher Kultur in aller Vielfalt (ebd., 239). Ob mit oder ohne Wachstum, die sozial Schwachen müssen bluten. Wie auf solcher Grundlage die »Entfaltung emotional-sozialer Potenziale« (ebd., 233) in das Zentrum eines neuen Wohlstandstyps treten soll, bleibt unbeantwortet. Und doch ist Miegel mit seiner Distanz zum Wachstum auch jenen Teilen der Machteliten voraus, unter denen ein in der Regel diffuses Nachdenken über die Dringlichkeit von Veränderungen zur Bewahrung der Natur um sich greift – meist allerdings nur als Hoffnung auf ein ökologisches Wachstum durch umwelttechnologischen Strukturwandel. Miegel sieht, dass der Wachstumspfad selbst in den Abgrund führt und verlassen werden muss. Seine Neupositionierung deutet auf Such- und Differenzierungsprozesse in den Machteliten hin. Linke radikale Realpolitik gebietet, die darin keimhaft aufscheinenden Politikoptionen auszuschöpfen wie die Begrenztheit bürgerlicher Wachstumskritik unverkennbar deutlich zu machen.

Überwiegend mit Zustimmung liest sich der Epilog am Ende des Buches: Eigentlicher Wohlstand »beginnt erst da, wo das Wachstum endet. Eigentlicher, menschenspezifischer Wohlstand – das ist bewusst zu leben, die Sinne zu nutzen, Zeit für sich und andere zu haben, für Kinder, Familienangehörige, Freunde. Eigentlicher, menschenspezifischer Wohlstand – das ist Freude an der Natur, der Kunst, dem Schönen, dem Lernen; das sind menschengemäße Häuser und Städte mit Straßen und

Plätzen, die die Bewohner gerne aufsuchen; das ist ein intelligentes Verkehrssystem, das ist gelegentliche Stille, das ist sinnenfroher Genuss, das ist die Fähigkeit des Menschen, mit sich selbst etwas anfangen zu können. Eigentlicher, menschengemäßer Wohlstand – das ist nicht zuletzt Revitalisierung der spirituell-kulturellen Dimension des Menschen, die durch das Streben nach immer größeren Gütermengen weithin verkümmert ist. [...] Dies zu erkennen wird der große Paradigmenwechsel dieses Jahrhunderts sein – oder dieses Jahrhundert wird scheitern.« (Ebd., 247) Wie bedauerlich, dass Meinhard Miegel die Widersprüche und Probleme des Transformationsprozesses auf dem Weg dorthin einfach ausgeklammert hat: die Eigentums- und Machtfragen, den Übergang zu einer neuen Regulationsweise, die Bedingungen für den Abschied der Einzelnen und der ganzen Gesellschaft von Denk- und Verhaltensweisen, die über Generationen verinnerlicht wurden, die Mechanismen für Innovationsprozesse ohne Wachstum, Chancen und Grenzen für nachhaltiges Handeln innerhalb der Machteliten. Miegel hält es wohl doch nicht mit der Dialektik.

P.S.: In seinem Schlusskapitel schlägt Miegel nach fulminanter Wachstumskritik einen verblüffend inkonsequenten Haken. Auf der vorletzten Seite ist zu lesen: »Wachstum wird und muss sein. Wachstum gehört zum Leben. Doch das von Menschen gemachte Wachstum bedarf, ehe es in Gang gesetzt wird, einer Unbedenklichkeitsprüfung. [...] Nunmehr ist Wachstum nur dann wünschenswert und gut, wenn es ohne Beeinträchtigung von natürlichen Lebensgrundlagen sowie Mensch und Gesellschaft möglich ist.« Ist Wachstum, natürlich ein gutes, für Europa also doch die Perspektive? Ist eine Entkopplung von Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und Ressourcenverbrauch sowie sozialen Zerstörungsprozessen möglich? Oder bleibt es bei der Kritik des Wachstums – wenn auch einer anderen Kritik als der Miegelschen?



© dante-busquets.com, Müllhalde, Tlatel, Mexiko Stadt

LITERATUR

Kommission für Zukunftsforschung der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1997: *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen*, Teil III, Bonn
Miegel, Meinhard, 2005: *Epochenwende, Gewinnt der Westen die Zukunft?*, Berlin
Ders., 2010: *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*, Berlin
Weber, Max, 1920: *Die protestantische Ethik*, Gütersloh 1991

»OHNE ERZÄHLUNG IST JEDER KAMPF VERLOREN«

EIN GESPRÄCH

MIT DEM AUTORENKOLLEKTIV WU MING

ÜBER »BOOK BLOC«

Book Bloc: das Wortspiel für eine kunstvolle politische Erfindung aus Rom. Im November 2010 in die mediale Öffentlichkeit gerückt, breitete sie sich schnell aus, hinein in die Kämpfe der Academia gegen den Berlusconismus, dann nach London, als es um die Erhöhungen der Studiengebühren ging.

Sobald die Straßendemonstration sich als Straßenkampf verkleidete, war der historisierende Rückgriff auf die alte Ressource des Schildes als Verteidigungswaffe folgerichtig. Einmal erfunden, war seine Technologie wenig variabel. Polizei, Militärkräfte und Militante nutzten es als Ganzkörperschutz, verkoppelten es mit High-Tech-Kommunikation und optimierten ihre operativen Taktikspiele. Ob Militanter, Partisan, Guerilla oder *special force*: Überall finden sich Schilder.

Der Book Shield fügt dem politischen Theater einen neuen Kommunikationskanal hinzu. Straßendemonstrationen sollen ein Anliegen öffentlich kommunizieren. Die Spekulation geht darauf, dass ein Gemeinsames existiert oder sogar entsteht: Studiengebühren sind unsozial, Berlusconi ist ein krimineller Milliardär, die Liberaldemokraten haben uns verraten etcetera. Das Buchschild steigert die Chance, dass Gemeinsames entsteht. Es assoziiert den Demonstranten, der sein global vertriebenes Lieblingsbuch »Marcuse: Der eindimensionale Mensch« annotiert, mit einer Erinnerung des Lesers: »Genau, damals habe ich verstanden, wie Liberalismus und Totalitarismus zusammenfallen!« Wer das für Blödsinn hält, ist trotzdem im Kommunikationsspiel. Dennoch: Die Waffe ist zielgruppenspezifisch. Wer das Buch nicht kennt, die Sprache nicht spricht oder Buchstaben nicht versteht – diese alle müssen leider draußen bleiben. Sie sind nicht Publikum, sondern Umgebung, bei der auch die Zusatzressource des Schönen nicht ankommt, die das literarische Book Shield mit auf den Weg gebracht hat. Denn das Schöne ist es, dem doch (bitte schön!) keine Gewalt im Straßenkampf angetan werden sollte. Barbar ist, wer auf das Schöne einschlägt. Book Shields als Selbstverteidigung der Kultur: *Bücher sind unsere Werkzeuge – wir unterrichten mit ihnen, wir lernen mit ihnen, wir spielen mit ihnen, wir erschaffen Neues mit ihnen, wir lieben mit ihnen und, manchmal, müssen wir auch mit ihnen kämpfen.*

Dieser Doppelpanzer aus Individualität und Schönheit mobilisiert – und ist nützlich für die weichen Machtspiele der Symbolpolitik. Gegen die Endspiele der Gewalt wird er aber (wieder) nicht reichen.

Rainer Rilling





Als am 24. November 2010 Studierende den Sitz des Senats in Rom stürmten, um gegen die Hochschulreform zu protestieren, trugen sie Styroporschilder, auf die sie Titel literarischer Klassiker geschrieben hatten. Von den vornehmen Meistern der Gedanken, die Erwähnung fanden, ist allein das Autorenkollektiv Wu Ming (was auf Chinesisch »ohne Namen« bedeutet) noch am Leben. Die Gruppe begleitet seit Jahren soziale Bewegungen und politische Ereignisse »von unten«. 1999 hat sie unter dem früheren Pseudonym Luther Blisset den historischen Roman »Q« veröffentlicht. »Unser Buch Q ist mit der italienischen Polizei zusammengestoßen«, twitterten die Autoren in jenen Stunden des Protests im November. Federico Mello hat sie zu ihrer Sicht auf den »Book Bloc« befragt.

Studierende haben Klassiker der Literatur als Schild vor die Tore des Senats in Rom getragen. Mit Büchern gegen die Institutionen, wie interpretiert Wu Ming diese Symbolik?
Interessant ist, welche Klassiker die Studierenden als Schilder gewählt haben. An der Spitze des Demonstrationszuges waren zu sehen: Boccaccios *Decameron*, also Geschichten, die erzählt werden, während man auf das Ende der Pestilenz wartet. *Die nackte Sonne* von Asimov, die Beschreibung einer Welt, in der jeder menschliche Kontakt fehlt. Melvilles *Moby Dick*, die Geschichte einer Obsession. *Don Quijote* von Cervantes, Geschichten aus dem Leben eines Mannes mit einer edlen und stolzen Seele, der an einer außer Kurs geratenen Ideologie festhält. Petronius' *Satyricon*, eine Darstellung der Dekadenz

der Macht. *Wendekreis des Krebses* von Miller, eine Autofiktion, also die skandalöse Vermischung von Erfindung und biographischer Erzählung. *»Was tun?«* von Lenin, das Problem der Organisation, und *Tausend Plateaus* von Deleuze und Guattari, also das Thema des Nomadismus. Sollen wir versuchen, zusammenzufassen?

Ja, versuchen wir es!

In der Welt wütet die Pest *(Decameron)*. Die Pest zerstört die sozialen Bindungen *(Die nackte Sonne)*. Diejenigen, die dies nicht akzeptieren, sind häufig Opfer einer Obsession, die jede Aktivität verhindert *(Moby Dick)*, das heißt der Obsession für »Ihn«, Silvio, den boshaften Walfisch, den Berlusconi-Zentrismus, der den öffentlichen Diskurs bestimmt. Diese Obsession wird zum ideologischen Hindernis mit der Folge, dass man gegen Windmühlen anstürmt, die dort jemand mit Absicht hingesetzt hat *(Don Quijote)*. Es besteht das Risiko, von der empörten Erzählung einer sex-fixierten und dekadenten Macht hypnotisiert zu werden *(Satyricon)*. Wir können dem nur entkommen, wenn wir eine neue Erzählung beginnen, die mit dem Gewohnten bricht und in dieser Welt ein echter Skandal ist *(oportet ut scandala eveniant*, sagt die lateinische Maxime) – im Gegensatz zu den Pseudoskandalen der Medien *(Wendekreis des Krebses)*. Das Einströmen eines konfliktreichen, wieder vereinten Subjektes wäre der einzig wahre Skandal. Daher das Problem der Organisation *(Was tun?)* und, vielleicht, die Notwendigkeit, Lenin erneut zu lesen, und dabei das abzulehnen, was abzulehnen ist, und das neu zu thematisieren, was erneut thematisiert werden muss. Sicher ist heute die Organisation nicht mehr die Arbeiterpartei des 20. Jahrhunderts, sie muss die gewachsene Mobilität des Gegners in Betracht ziehen, sie muss sich für den Kampf in der wechselhaften Situation fortschreitender Deterritorialisierung ausrüsten *(Tausend Plateaus)*. Aber ohne eine Erzählung, ohne die Geschichten, die am Abend am Feuer ausgetauscht werden, ist jede Guerilla in der Wüste zur Niederlage verdammt. Und so kommen wir zum ersten Buch zurück, dem *Decameron:* Dank unserer Geschichten können wir vermeiden, uns mit der Pest zu infizieren.

Welchen Platz hat euer erstes Werk, entstanden, als ihr euch noch Luther Blisset genannt habt, unter diesen Klassikern?

Q ist das einzige Buch im »Book Bloc«, dessen Autoren noch am Leben sind. Sie konnten nicht nur Tote nehmen! Sagen wir, dass *Q* das »Hier und Jetzt« darstellt, die Notwendigkeit, sich jetzt zu bewegen.



Für viele ist *Q* das intellektuelle Manifest der Kämpfe gegen die neoliberale Globalisierung. Sind die Proteste heute die »üblichen Demonstrationen« von Studierenden, oder sind sie Ausdruck einer tieferen Geschichte?

Nichts ist üblich, die Lage ist ungewohnt, so wie 1992-93. Wir haben den starken Eindruck, dass die damaligen Widersprüche heute an die Oberfläche treten. Dieser Moment erinnert an damals, es gibt einen Energiebogen, der die Stimmung von heute mit der von damals verbindet. Es gibt sogar Figuren, die als Brücke dienen, wie Massimo Ciancimino[1], heute Zeuge der uneingestehbaren Abkommen von gestern. Wir befinden uns in einer Situation, in der sich das Unvorstellbare ereignen kann. Vor allem die Krise hat die Flut aus Valium zurückgedrängt und einiges Strandgut angeschwemmt. Immer mehr Leute erwachen aus der Narkose. Diese Konflikte, die das Land durchqueren, diese überall ausbrechenden Kämpfe finden in einem eigentümlichen Ambiente statt. Sie sind wie Reagenzien, die in einem Kessel mit Fledermausköpfen, Krötenaugen und Alraunewurzeln gebraut werden. Jener Kessel könnte explodieren oder zumindest Risse bekommen.

Sind die Universitäten und Studierenden aktive Subjekte kritischen Denkens und eine Herausforderung auf politischer Ebene? Ist Bildung, heute mehr denn je, revolutionär?

Sicherlich ist Ignoranz nicht revolutionär. Pater Lorenzo Milani[2] sollte heute wieder gelesen werden, aber wirklich gelesen und benutzt, ebenso Girolamo De Miche-

les Buch *La scuola é di tutti* (Die Schule gehört allen). Ja, Bildung ist revolutionär. Aber »Bildung« bedeutet nicht Gelehrtheit oder Faktenwissen. »Bildung«, um Pater Milani zu zitieren, ist die Fähigkeit, den Tarifvertrag der Metallarbeiter zu lesen. 2001 war »Eine andere Welt ist möglich« die Parole der Mobilisierungen gegen den G8-Gipfel in Genua. Ist denn angesichts dessen, was sich seitdem ereignet hat, »eine andere Welt« noch möglich? Die andere Parole war besser, sie war spezifischer und zufälliger: »Ihr G8, wir 6 Milliarden«. Heute gibt es die G20, aber der Punkt ist derselbe. Die andere Welt ist schon da, weil es nur eine Welt gibt, wir alle sind eine Welt, und in jener Welt sind »wir« die Mehrheit. Wir müssen uns dessen nur bewusst werden.

Aus dem Italienischen von Valeria Bruschi

---

1 Sohn des mit der Mafia verstrickten Politikers Vito Ciancimino; er trug zur Aufklärung mehrerer Mafia-Anschläge 1992–93 bei und verfasste ein Buch über seinen Vater. (Anm. der Übersetzerin)

2 Don Milani hat sich für die Verbesserung der Bildung der untersten Schichten eingesetzt und in der kleinen Ortschaft Barbiana eine Ganztagsschule gegründet, die diesem Ziel gewidmet ist. (Anm. der Übersetzerin)

Gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung eines von Federico Mello geführten Interviews, erschienen in *Il Fatto Quotidiano* vom 28.11.2010.

LISTE DER BUCHTITEL

Michel Foucault Der Wille zum Wissen
George Orwell 1984
Baruch Spinoza Ethik
Ray Bradbury Fahrenheit 451
Dante Alighieri Die göttliche Komödie
Luther Blisset Q
Donna Haraway Ein Manifest für Cyborgs
Homer Odyssee
William Shakespeare Der Sturm
Naomi Klein Die Schock-Strategie
Karl Marx Das Kapital
Aldous Huxley Schöne neue Welt
Theodor W. Adorno Negative Dialektik
Herman Melville Moby Dick
Miguel de Cervantes Saavedra Don Quijote
Titus Petronius Satyricon
Isaac Asimov Die nackte Sonne
James Joyce Ulysses
Gilles Deleuze, Felix Guattari Tausend Plateaus
Henry Miller Wendekreis des Krebses
Giovanni Boccaccio Decamerone
Ivan Illich Entschuldung der Gesellschaft
Guy Debord Die Gesellschaft des Spektakels
Mary Shelley Frankenstein oder Der moderne Prometheus
Fjodor Michailowitsch Dostojewski Der Idiot
Unsichtbares Komitee Der kommende Aufstand
Samuel Beckett Endspiel
Herbert Marcuse Der eindimensionale Mensch
Virginia Woolf Ein eigenes Zimmer
Jane Austen Verstand und Gefühl
Lewis Carroll Alice im Wunderland
Samuel Beckett Warten auf Godot
Jacques Derrida Marx' Gespenster
Joseph Heller Catch-22
Wladimir Iljitsch Lenin Was tun?
Platon Politeia
Michael Hardt, Toni Negri Multitude
Vladimir Nabokov Lolita
Gioconda Belli Bewohnte Frau
Charles Darwin Die Entstehung der Arten
Alan Moore V wie Vendetta
Nanni Balestrini Die Unsichtbaren
William Blake Lieder der Unschuld
Subcomandante Insurgente Marcos Our Word is Our Weapon

Quelle: http://artsagainstcuts.wordpress.com/2010/12/06/book-bloc-comes-to-london/ (4.2.2011)









RYAN PYLE Fotojournalist, geboren 1978 in Toronto. Seine Bildserien zu China wurden bereits in der Tate Gallery in London gezeigt und vom dänischen Nationalmuseum erworben. Themen seiner Fotodokumentationen sind neben der chinesischen High-Tech-Produktion und dem Bau des Weltfinanzcenters in Shanghai auch Landbesetzungen, die zunehmende Umweltverschmutzung und die ländliche Gesundheitsversorgung.

JUST TRANSITION

EINSTIEG IN TRANSFORMATION?

NICOLA BULLARD

Angesichts der widersprüchlichen und miteinander konkurrierenden Regierungs- und Unternehmensinteressen ist es nicht verwunderlich, dass die Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen nicht vorankommen – auch wenn Cancún einen gewissen Fortschritt darstellt. Unterdessen sagen uns die Forschung, mit all den ihr eigenen Ungewissheiten und Vorbehalten, und der aufgewühlte Planet selbst, dass bereits gestern hätte gehandelt werden müssen. In dem Patt zwischen Beharrungsvermögen und Dringlichkeit scheint ein gerechter Übergang, »just transition«, der die Minimalziele Wirksamkeit und Gerechtigkeit erfüllt, ein Ding der Unmöglichkeit. Doch wenn der Übergang zu einem neuen Energie- und Produktionsparadigma keine Gerechtigkeit bringt, weder historisch, noch gesellschaftlich, noch als Geschlechter- oder Generationengerechtigkeit – oder wie auch sonst man Gerechtigkeit definieren will – warum sich überhaupt damit befassen? Oder in Anlehnung an Emma Goldman[1] formuliert: »Wenn uns keine Gerechtigkeit widerfährt, wollen wir mit eurem Übergang nichts zu tun haben.«

Der Wechsel von einem Wirtschaftssystem, das auf fossile Brennstoffe setzt und unbeschränktes Wachstum verlangt, zu einer Wirtschaftsweise der Niedrigenergieproduktion wird schwierig und umkämpft sein. Sicherlich gibt es Beispiele für größere Veränderungen der Energiegewinnung, aber laut Kolya Abramsky wurde noch nie zuvor eine so weitreichende Wende *ganz bewusst* und *aufgrund äußeren Zwangs* unternommen und noch nie zuvor standen so umfassende Kenntnisse zur Verfügung und so mächtige Wirtschaftsinteressen auf dem Spiel.[2]

Es ist eine Zeit größter Ungewissheit, und es gibt eine Reihe widerstreitender Zukunftsentwürfe. Für die ohnehin Privilegierten ist natürlich derjenige am tröst-

lichsten, der davon ausgeht, dass die Zukunft etwa genau so sein wird wie die Gegenwart. Diese Vorstellung von der Zukunft als Verlängerung der Gegenwart wird in einer französischen Fernsehwerbung anschaulich: Der Zuschauer fliegt über eine Landschaft mit Dampfmaschinen, Zügen, Tankstellen und Autos hinweg in das moderne Zeitalter der erneuerbaren Energien. Wir sehen eine futuristische Landschaft mit Windrädern, Solarzellen und – flüchtig, ganz im Hintergrund – Atomkraftwerken.

Es ist wenig überraschend, dass dieser eher uninspirierte Blick in »die Zukunft« von einem französischen Atomenergieerzeuger dargeboten wird. Doch »Grünfärberei« durch Unternehmen ist nichts Neues. BP, Shell, ExxonMobil und andere versuchen immer wieder, uns mittels teurer Hochglanzpropaganda davon zu überzeugen, dass im Zentrum all ihrer Anstrengungen die Zukunft des Planeten stehe und dass alle Hindernisse mit Hilfe der Wissenschaft und einer positiven Einstellung überwunden werden könnten. Angesichts mächtiger Unternehmensinteressen, Regierungen mit kurzer Aufmerksamkeitsspanne und auf die tickende Uhr zeigender Wissenschaftler stellt sich die Frage: Welche Chance besteht für eine »just transition« aus dem Klimachaos heraus und hin zur Nachhaltigkeit?

Gegenwärtig gibt es offenbar (mindestens) fünf Szenarien, die auf den Zusammenhang von gleichzeitigem Klimawandel, Versiegen der Ölressourcen (»Peak Oil«) und sich verändernden geopolitischen und wirtschaftlichen Machtgleichgewichten Antwort zu geben versuchen. Die düsterste Perspektive lässt sich als »Ökofaschismus« beschreiben. Demnach ist im Namen des Überlebens der Menschheit alles gerechtfertigt: die Aufkündigung von Demokratie und Menschenrechten, Zwangsumsiedlungen, Zwangssterilisierungen (sogar Genozid), Polizeistaaten, die gesellschaftliche Unruhen unter Kontrolle halten, und militarisierte Grenzen (bis hinunter auf die Ebene von Wohnbezirken), die unerwünschte Außenseiter draußen halten. Das ist nicht so weit hergeholt, wie es sich anhört – abgeschottete Wohnsiedlungen (»gated communities«) und Grenzkontrollen sind bereits an der Tagesordnung. Selbst James Lovelock, Mitbegründer der Gaia-Hypothese, hat erklärt, dass das planetarische Überleben die Aussetzung der Demokratie erfordern könnte. Die Liste vorstellbarer wie unvorstellbarer Kräfte, die freigesetzt werden könnten, wenn sich eine solche »Überlebensmentalität« durchsetzen würde, ist erschreckend und beängstigend real.

Ein anderes Lösungsszenario schwelgt in Instandsetzungsvorstellungen, »Techno-Fixes«. Mit unerschütterlichem Glauben an die Macht des Menschen wie an die der Technologie propagieren die Anhänger von Techno-Fixes zur Eindämmung der Erderwärmung etwa die Aussaat CO_2-bindender Algen in den Ozeanen, Schwefelwolken zur Verminderung der Sonneneinstrahlung, Atomkraftwerke, kli-

maoptimiertes Saatgut und Nanoenergie. Dieser Ansatz ist sowohl für diejenigen attraktiv, die vom bestehenden System profitieren, als auch für diejenigen, die sich von der Kontrolle dieser Technologien einen Zuwachs an politischer und wirtschaftlicher Macht versprechen. Nicht umsonst wird die bisher nicht erprobte CO_2-Abscheidung und Einlagerung in unterirdischen Gesteinsschichten *(CCS, Carbon Capture and Storage)* von einigen der weltweit größten Produzenten fossiler Brennstoffe, darunter Saudi-Arabien (Öl) und Australien (Kohle), unterstützt. Die Methode wird wahrscheinlich als Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung *(CDM, Clean Development Mechanism)* gemäß dem Kyoto-Protokoll anerkannt.

Marktvertrauen kennzeichnet die dritte und bislang vorherrschende Vorgehensweise: CO_2-Märkte, CO_2-Zertifikate und Emissionshandel gehören zum neoliberalen Ansatz einer Klimapolitik, die immer noch fest daran glaubt, dass der ungehinderte Markt die besten Ergebnisse für die Gesellschaft im Allgemeinen (und für Spekulanten und Händler im Besonderen) hervorbringt. In der wachsenden »CO_2-Ökonomie« werden alle Formen von Kohlenstoff ohne Ansehen ihrer Quelle als gleichwertig angesehen und damit tauschfähig. Selbstverständlich ist das Unsinn. Nicht nur ist CO_2 aus einem Wald nicht das gleiche wie CO_2, das seit Millionen Jahren sicher verschlossen als Kohle »weggesperrt« war. Die Zukunft des Planeten in den Händen von Finanzhändlern zu belassen ist, als ob man einem 17-Jährigen die Schlüssel zu einem vollgetankten Lamborghini geben würde. Man darf sich nicht wundern, wenn man den Wagen zu Schrott gefahren am Straßenrand findet und der Fahrer nirgends zu sehen ist. Ähnlichkeiten mit der Situation der Subprime-Kredite sind deutlich.

Eine hoffnungsvollere Aussicht, die von weiten Teilen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften unterstützt wird, bietet eine Art »grüner« Keynesianismus. Dies ist ein ansprechender Zukunftsentwurf, weil er mehrere Krisen auf einmal ins Visier nimmt: Klimajobs, Finanzmärkte, Ungleichheit und Wirtschaftswachstum. Diese Krisen wurden im Übrigen durch die gleiche Wirtschaftspolitik hervorgerufen, die nun als Lösung der Klimakrise propagiert wird. Mit Hilfe staatlicher Eingriffe und Regulierung, die »grüne« Arbeitsplätze und erneuerbare Energien fördern, können das Wirtschaftswachstum belebt, Märkte kontrolliert und die Absicherung gesellschaftlicher Vorsorge gerechter verteilt werden. Letztlich stellt dies einen Weiter-so-Ansatz dar, wenngleich grüner und sozialer, der eher auf die Wirtschaftskrise des Nordens reagiert als auf die tatsächliche globale soziale und ökologische Situation. Die Befürworter dieses Modells erscheinen jedoch in ihrer Einschätzung der Kräfteverhältnisse der heutigen Gesellschaft naiv: Einige Vertreter ziehen Vergleiche mit der Situation im Zweiten Weltkrieg, als es Präsident Roosevelt gelang, sämtliche Produktivkräfte des amerikanischen Kapitalismus in die



flickr/Akuppa, Autos im Wasser 🅯

Kriegsanstrengungen gegen den Faschismus zu kanalisieren. Aber das war damals. Heutzutage sind die Unternehmen viel mächtiger und die Globalisierung hat die nationalen Haltetaue der Wirtschaftspolitik gelockert. Das soll nicht heißen, dass grüner Keynesianismus nicht einen Versuch wert wäre. Er ist zumindest besser als die drei anderen Szenarien, und er könnte eventuell sogar politisch machbar sein.

Der fünfte Entwurf lässt sich als Systemwechsel-Perspektive bezeichnen. Es ist die Vision einer Zukunft, in der die Beziehungen von Natur, Gesellschaft und Wirtschaft radikal neu entworfen werden. Am besten wurde dies in der weitreichenden und systemkritischen Erklärung von Cochabamba auf der »Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde« dargelegt. Der Kapitalismus (und Produktivismus) mit seiner Fixierung auf Wachstum und Akkumulation, heißt es dort, ist der Hauptmotor der globalen Wirtschafts-, Umwelt- und Gesellschaftskrisen. Zugleich sind in der Klimakrise aber auch erste Keimzellen der Emanzipation und Transformation zu finden: Das Überleben der Menschheit und der Erde erfordert nichts weniger als das bestehende System

umzustülpen. Gemeinschafts- statt Privateigentum, ökologische Landwirtschaft durch Kleinbauern statt Agrobusiness, Koexistenz von Menschen und Wäldern statt Zwangsräumungen und geo-optimierter Plantagen, lokale Wirtschaftsräume anstelle von Weltmärkten, Energiedemokratie statt Öl-Multis und so weiter.

Von allen Zukunftsszenarien ist diese Perspektive paradoxerweise diejenige, die politisch am wenigstens durchsetzbar, aber ökologisch am realistischsten und dem Leben am nächsten ist. Es ist die einzige Alternative, mit der die notwendigen Treibhausgasminderungen vielleicht erzielt und das Ökosystem wiederhergestellt werden könnten, und die zugleich dazu beitragen würde, eine Welt zu schaffen, in der der Imperativ, die Menschheit zu retten, durch wirkliche Verbesserungen der Freiheit der Menschen und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen untermauert wäre. Die politischen Hürden sind jedoch enorm: Die Interessen der Weltwirtschaft, der Finanzmärkte, die Macht von Unternehmen und Politik stehen einer solchen revolutionären Absicht im Weg! Es sind zudem noch die Forderungen der »unteren« Klassen: Indigene Völker, Bauern, Arme, die in verseuchten Schutthalden wohnen, Abfallsammler, »unwichtige« Länder wie Bolivien, kurz gesagt: der globale Süden. Daher braucht es Bündnisse, die diese transformative Agenda stärken und gleichzeitig potenziell transitorische Reformen vorantreiben.

»Just transition« – die Hauptforderung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) trifft in anderen Gesellschaftsbereichen zunehmend auf ein breites Echo und ist ein potenzieller Bündnispunkt für Reform und Transformation. Aus Sicht der Arbeitenden bedeutet »just transition«, dass die unausweichlichen Veränderungen im Energie- und Produktionsbereich nicht zu ihren Lasten gehen sollen. Aber vielleicht sollte die Reichweite der Forderung größer sein. »Just transition« könnte zum Maßstab für den sozialen und transformatorischen Wert aller Klimapolitiken werden. Wir sollten fragen: Befördert die Maßnahme Gerechtigkeit, insbesondere für die am wenigsten Mächtigen und die am schlimmsten vom Klimawandel Betroffenen? Werden dadurch wirklich Emissionen reduziert? Wird der Übergang zu Nachhaltigkeit beschleunigt? Werden Macht und Besitz neu verteilt? Werden Schäden abgebaut? Verhindern wir damit weitere Schäden?

Der Gedanke eines gerechten Übergangs macht es möglich, mit dem Klimawandel einen neuen Zukunftsentwurf zu verbinden, der die Selbstermächtigung der Menschen fördert und den Kämpfen und Lebensrealitäten der Arbeiter, Frauen, Bauern und Fischer, der indigenen Völker und der Armen in den Städten entspricht. Damit würde eine Perspektive eröffnet, in der die unausweichliche Reorganisierung der Produktivkräfte einen Machtzuwachs für die Arbeitenden und eine Verbesserung ihrer Situation bedeutet anstatt zunehmender Kontrolle durch

Unternehmen. Es geht um die Möglichkeit, dass die notwendige Neuordnung unserer Beziehungen zur Natur nicht zu weiteren Privatisierungen und Profiten, sondern im Gegenteil zu einer Rücknahme der Warenförmigkeit und einer Ausdehnung der Gemeingüter führt, auf dass die Pluralität kosmischer Visionen uns vom Monotheismus des Kapitalismus befreit und die Beziehungen zwischen Produktion und Reproduktion neu geeicht werden und sich Gesellschaft wie Natur von der jahrhundertelangen Über-Ausbeutung erholen können.

Im Zuge eines gerechten Übergangs würde denjenigen unmittelbar Gerechtigkeit widerfahren, die vom Klimawandel und den damit verbundenen Politiken betroffen sind. Aber Gerechtigkeit besteht nicht einfach in der monetären Tilgung von Schuld, mit der dann eine neue Runde von Ungerechtigkeiten beginnen kann. »Just transition« muss immer auch zu Transformation führen, damit wir uns nicht in alten Mustern der Unterdrückung und Ausbeutung verfangen (auch wenn vielleicht neue entstehen).

Eins ist gewiss: Die Auswirkungen des Klimawandels sind ungerecht. Gesellschaftliche Gruppen, die am meisten ausgebeutet wurden und am wenigsten von den wirtschaftlichen Entwicklungen profitierten, sind am härtesten getroffen. Dazu gehören Bewohner von Küstenregionen, Bauern, Fischer, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die städtische Unterklasse, auf Wälder angewiesene Gemeinschaften und indigene Völker, die alle auf die Natur angewiesen und ihrer Unbeständigkeit ausgeliefert sind und die kaum Möglichkeiten haben umzuziehen, Versicherungspolicen zu kaufen, Klimaanlagen zu installieren oder in höher gelegenen Regionen zu bauen.

Von daher gebührt Gerechtigkeit all den Menschen und Gemeinschaften, deren Treibhausgasemissionen in den Grafiken nur eine kleine Delle verursachen, deren Leben aber ständig von den Kräften angegriffen wird, die die Erderwärmung vorantreiben: den Kräften des ressourcen- und energieintensiven Wirtschaftswachstums. Der Ruf nach einem gerechten Übergang wird für sich genommen nicht ausreichen, den Systemwechsel, den viele von uns für nötig halten, herbeizuführen. Aber »just transition« könnte der Ausgangspunkt sein für den Aufbau einer breiteren und stärkeren internationalen Bewegung für Klimagerechtigkeit und für einen neuen Entwurf unserer Zukunft.

Aus dem Englischen von Catharina Schmalstieg

---

1 Zu Herkunft und Varianten von Goldmans Ausspruch, »Wenn ich nicht tanzen kann, ist das nicht meine Revolution«, siehe http://en.wikiquote.org/wiki/Emma_Goldman (6.2.2011).
2 Vgl. Abramsky, Kolya, 2010: *Sparking A World Energy Revolution*, Edinburgh.

KONVERSION UND MOSAIK-LINKE

HANS-JÜRGEN URBAN UND HARALD SCHUMANN IM GESPRÄCH

Harald Schumann: Herr Urban, Ihre Thesen für eine sozial-ökologische Konversion der Automobilindustrie (siehe S. 86f in diesem Heft) setzen vier Annahmen voraus, die man sich genauer anschauen muss: *Die erste Annahme ist, wir hätten Zeit*, wir könnten in aller Ruhe anfangen zu planen, wie wir mit Hilfe von Wirtschaftsdemokratisierung und Mosaik-Linken eine Allianz schmieden und langfristig auch das Management in den Konzernetagen überzeugen. Doch so viel Zeit bleibt uns nicht. Zwischen dem, was wir seit 2007 als Finanzkrise erlebt haben, und der Ölpreisentwicklung besteht ein direkter Zusammenhang, der häufig übersehen wird. Im Jahre 2007 stieg der Ölpreis pro Barrel zeitweilig auf über 130 Dollar – eine Art Vollbremsung für die Weltwirtschaft und besonders für die amerikanische Ökonomie, die nach wie vor 20 Prozent des Weltmarkts ausmacht. Der nächste Ölpreisschock wird kommen und damit die nächste Krise der Automobilindustrie. Keine zehn Jahre mehr und unsere Gesellschaft wird – völlig

unabhängig davon, was wir tun – radikal anders aussehen, eben weil bestimmte Ressourcen nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Das heißt, es ist alles extrem eilig.Eine zweite implizite Annahme ist, man könnte tatsächlich mit Arbeitszeitverkürzung und arbeitsmarktpolitischen Begleitmaßnahmen eine Konversion der Automobilindustrie organisieren, ohne dass es zu großen Arbeitsplatzverlusten kommt. Eine andere Mobilität zu verfolgen, bedeutet vor allem den Öffentlichen Personennahverkehr sowie den Fernverkehr und den Gütertransport über die Schiene staatlich gefördert auszuweiten. Diese ökologischen Alternativen im Verkehrssektor werden bereits seit 20 Jahren diskutiert. Wenn eine solche Umstellung gelingt, würden davon in erster Linie die in diesen Bereichen etablierten Unternehmen profitieren und Beschäftigung aufstocken. Ob sie hierbei ehemalige Automobilbeschäftigte einstellen, ist fraglich. Wenn Sie sagen, man sollte die Automobilkonzerne zu Mobilitätsdienstleistern umbauen – angenommen, das würde staatlich gefördert –, richtet sich das gegen die schon heute in den alternativen Mobilitätssektoren tätigen Unternehmen. Eine politische Konzertierung eines solchen Vorhabens kann ich mir nur sehr schwer vorstellen. Hier gibt es widerstreitende Kapitalinteressen, die massiv in die Politik intervenieren werden.Ihre dritte Annahme ist die einer globalen Kooperation über die staatliche Ebene hinaus, um den Umbau des Automobilsektors zu einer nachhaltigen und gesellschafts- wie umweltverträglichen Industrie zu realisieren. Die Beobachtungen der letzten Jahre deuten nicht in diese Richtung. Die globale Kooperation entwickelt sich rückläufig. Der Klimaverhandlungsprozess ist gescheitert, auch an anderen Fronten kommt die internationale Zusammenarbeit nicht voran. Die Interessenwidersprüche zwischen den Staaten werden eher größer und wir können froh sein, wenn wir die EU zusammenhalten. Insofern muss man sich von der Hoffnung verabschieden, dass von dieser Ebene in nächster Zeit Impulse ausgehen. Sie unterstellen viertens, die Gewerkschaften könnten langfristig aktive Akteure im Konversionsprozess sein. Dies würde ich mir dringend wünschen, doch meine Erfahrungen sind andere. Für die ökologische Frage und die daran anschließende, mittelfristig radikale Umgestaltung der Arbeitswelt ist es schwierig, im Gewerkschaftsmilieu Verbündete zu finden. Die Gewerkschaften vertreten die Interessen ihrer Klientel, deren Hauptinteresse die Wahrung des Status quo ist. Wenn man mit Leuten bei VW oder Daimler redet, dann trifft man auf eine kollektive Verdrängung des herannahenden großen Umbruchs. Auch in anderen Sektoren befinden sich die Gewerkschaften hier in einem Interessenkonflikt. Erst kürzlich sprach sich der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske vor 8000 Braunkohlearbeitern in Berlin gegen den europäischen Emissionshandel und die Heraufsetzung der Preise für CO_2-Emissionen aus, weil dies in der Branche Arbeitsplatzverluste zur Folge hätte. Offensichtlich ist dieser Interessenkonflikt zu mächtig, als dass die Gewerkschaften der zentrale Akteur einer sich formierenden Mosaik-Linken sein könnten.

Hans-Jürgen Urban: Sie haben jetzt vier Bedenken genannt und ich könnte mühelos noch vier weitere nennen. Die Frage ist, ob es strategische Konzepte gibt, diese Probleme zu überwinden. Die Gefahr, weiter eine Business-as-usual-Strategie zu fahren, ist

auch in den eigenen Reihen groß. Doch das bedeutet nicht, es gäbe keine anderen Möglichkeiten. Ich teile Ihre Einschätzung nicht, dass die Beschäftigten im Automobilsektor die Probleme nur verdrängen würden. Der objektive Problemdruck ist viel zu groß. Die Kolleginnen und Kollegen wissen, dass die Verfestigung des Status quo keine Perspektive bietet. Allein über das marktgesteuerte Aussortieren der Big Player auf dem globalen Automobilmarkt werden viele auf der Strecke bleiben, und keiner kann genau sagen, wen es trifft. Es wurde mittlerweile viel Energie in die Entwicklung von Alternativen – insbesondere von alternativen Antriebstechniken wie Elektro- oder Hybridmotoren – investiert. In den Automobilkonzernen sind die Impulse hierfür – auch wenn sie mit Sicherheit nicht hinreichend sind – oftmals von Seiten der Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften gekommen. So gibt es bei VW z.B. Konzepte, das Know-how aus der Automobilproduktion und der modernen Antriebstechnik für andere Bereiche, wie etwa die häusliche Energiegewinnung, zu nutzen. Es sind dezentrale Zuhausekraftwerke entwickelt worden, die mit modernen Gasmotoren aus eigener Fertigung von Volkswagen in Zusammenarbeit mit dem Öko-Stromanbieter LichtBlick ein neues, intelligentes Konzept der Wärme- und Stromversorgung bieten. Der Betriebsrat von Volkswagen betrachtet dieses Projekt als einen ersten wichtigen Schritt zur alternativen Beschäftigung neben der herkömmlichen Motorenproduktion. Die Diskussion über neue Geschäfts- und Beschäftigungsfelder wird also

Thesen zu einer sozial-ökologischen Konversion der Automobilindustrie

Hans-Jürgen Urban

1 | Nach tiefer Krise und dem ungeahnten Auftragsboom droht die Business-as-Usual-Falle: so weitermachen wie bisher.

2 | Es gibt vier unterschiedliche Nachhaltigkeitsprobleme: das ökologische, das beschäftigungspolitische, das arbeitspolitische und das wettbewerbspolitische, die komplex miteinander verwoben sind.

3 | Die Bewältigung des »magischen Nachhaltigkeitsvierecks« muss als Positivsummenspiel begriffen werden, in dem sich die einzelnen Strategien gegenseitig befördern oder scheitern: ökologischer Umbau, beschäftigungspolitische Flankierung, arbeitspolitische Initiativen und wettbewerbspolitische Regulierung.

4 | Die Transformation des Automobilsektors kann nicht als marktgetriebener, sondern kann nur als politisch gesteuerter Prozess gelingen.

5 | Die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen sowohl in den Unternehmen als auch in der Politik ist ein Schlüssel für den Gesamtprozess.

6 | Die Gewerkschaften, die Kolleginnen und Kollegen in den Betriebsräten und die Beschäftigen müssen Schlüsselakteure dieses Prozesses werden, sich aber selbst als Akteure in einem breiteren Handlungskontext definieren, den ich als Mosaik-Linke bezeichnet habe (vgl. *Luxemburg* 1/2010).

7 | Die Zukunft des Automobilsektors liegt in einem nachhaltigen, integrierten Mobilitätsmodell und einer umfassenden ökologisch-sozialen Transformation dieses

bereits geführt. Durch viele kleine Lösungen können wir Zeit für ein Umsteuern gewinnen.
Harald Schumann: Ich kenne die Kollegen bei VW, die dieses Minikraftwerksmodell betreiben. Allerdings ist es das einzige mir bekannte Projekt in der Metallindustrie. Deshalb muss ich nachfragen: Gibt es eine gemeinsame Position des IG Metall-Vorstandes oder der Bezirksleiter zur Konversion der Automobilindustrie?
Hans-Jürgen Urban: Wir haben in den 1990er Jahren die Diskussion um Produktkonversion weit vorangebracht. Dies war möglich, weil in den Unternehmen unter dem Stichwort Produktdiversifizierung nach neuen Geschäftsfeldern gesucht wurde und eine gewisse Offenheit existierte, hier auch in eine ökologische Richtung zu gehen. Doch in den letzten zehn Jahren hat über das Hineinwirken der Spielregeln der Finanzmärkte in die Realökonomie eine Veränderung in den Unternehmensstrategien stattgefunden. Das Stichwort lautet nicht mehr Produktdiversifizierung, sondern Fokussierung auf das Kerngeschäft, und das Ziel sind quartalsorientierte, nachweisbare Renditesteigerungen. Der damit verbundene Druck hat uns in der Ökologie-Debatte weit zurückgeworfen, sodass wir jetzt einen neuen Anlauf nehmen müssen. Konzepte für die ökologische Konversion, etwa für eine Umsteuerung der Produktionskapazitäten in Richtung des Öffentlichen Personennahverkehrs, sind vorhanden. Sie sind jedoch noch nicht umsetzungsreif. Wir haben uns in der IG Metall in einem langwierigen Prozess auf eine gemeinsame Position zur Frage der CO_2-Emissionen einigen können, in der wir harte, gesetzlich

Industriebereiches, aber nicht im Abschied von der industriellen Wertschöpfung selbst. Letzteres wäre ein naiver Anti-Industrialismus, eher Teil des Problems als Teil der Lösung. Der Stellenwert industrieller Wertschöpfung in einem alternativen sozial-ökologischen Entwicklungsmodell muss offensiv diskutiert werden. Es besteht hier die eine oder andere Illusion.

8 | Alles das zu formulieren, bedeutet nicht, das Problem gelöst zu haben. Es geht darum, sich selbst eine Agenda zu setzen, die weiter reicht als das, was angesichts der Kräfteverhältnisse in dieser Gesellschaft auf absehbare Zeit realistisch erscheint. Es ist notwendig und unverzichtbar, über einen Wirklichkeitssinn zu verfügen – aber es wäre eine traurige Veranstaltung ohne das, was Robert Musil den Möglichkeitssinn nennt: »Wer ihn besitzt, diesen Möglichkeitssinn, der sagt beispielsweise nicht: Hier ist dies oder das geschehen, wird geschehen, muss geschehen. Sondern, er erfindet. Hier könnte, sollte oder müsste geschehen. Und wenn man ihm irgendetwas erklärt, dass es so sei, wie es sei, dann denkt er nun, es könnte wahrscheinlich auch anders sein. So ließe sich der Möglichkeitssinn geradezu als die Fähigkeit definieren, alles, was ebenso sein könnte, zu denken, und das, was ist, nicht wichtiger zu nehmen, als das, was nicht ist.« *(Der Mann ohne Eigenschaften)*

Vorgetragen auf der internationalen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Auto.Mobil.Krise«, 28. bis 30.10.2010

verbindliche Vorgaben fordern. Im letzten Jahr haben wir mehrere Fachtagungen unter Beteiligung der Automobilkollegen veranstaltet und mit ihnen die ökologische Produktkonversion diskutiert. Wir sind auf dem Weg, wir haben aber in der Tat einen großen Nachholbedarf. Doch was wäre die Alternative?

Harald Schumann: Ein fertiges Alternativkonzept habe ich natürlich auch nicht. Ich zweifle aber an der proaktiven Rolle der Gewerkschaften. Vielleicht täusche ich mich und es hat bereits ein Bewusstwerdungsprozess eingesetzt. Um umzusteuern, muss es gelingen, neue Mehrheiten in den Parlamenten herzustellen, die eine ökologische Verkehrspolitik propagieren und auch durchsetzen, auf Landes-, auf Bundes- und auf Kommunalebene. Es braucht eine drastische Ausweitung des Öffentlichen Nahverkehrs. Erfolgreiche Modelle gibt es bereits. In Karlsruhe haben sich durch die Umleitung öffentlicher Investitionsmittel die Personenkilometer im Öffentlichen Nahverkehr verzehnfacht, und der Autoverkehr hat drastisch abgenommen. Die Ökologisierung des Verkehrssektors läuft darauf hinaus, dass weniger Autos gefahren und produziert werden. Dies mit den Interessen der Arbeiter in der Automobilindustrie und deren Gewerkschaften in Übereinstimmung zu bringen, bleibt konflikthaft. Ein zentraler Punkt hierbei ist die Wettbewerbspolitik: Sie fordern eine globale Kontingentierung beim Beschäftigungsabbau in der Automobilindustrie, um diesen abzufedern. Jedoch fehlen dazu auf globaler Ebene die Institutionen, in denen sich dies verhandeln ließe. Auf europäischer Ebene bliebe zwar die EU. Ihre Vorschläge laufen aber auf eine Einschränkung von Wettbewerb hinaus. Das wäre ein Bruch mit dem wettbewerbsrechtlichen Fundament. Die Kontingentierung von Produktion ist in der europäischen Politik bisher nicht als Instrument vorgesehen. Doch auch ohne diese Hürde wäre die praktische Umsetzung problematisch. Wer sollte sie verhandeln, wer nach welchen Kriterien zuteilen? Wie können und sollen die aufstrebenden Industrieländer – China, Indien, Brasilien, Südafrika etc. – in einen solchen Prozess einbezogen werden? Sie sind es, die der nächste Öl-Schock wahrscheinlich am härtesten treffen wird, und ich weiß nicht, ob es dort Akteure gibt, die für solche Ideen und Vorstellungen, wie wir sie hier diskutieren, offen sind.

Hans-Jürgen Urban: Zu Ihrem Wunsch, dass sich doch in den Parlamenten neue radikale Mehrheiten bilden mögen, fallen mir sofort Einwände ein. Ich sehe nicht ein, warum es wahrscheinlicher sein sollte, dass im Parlament geschieht, was Sie für die Gesellschaft für unmöglich halten. Ihr Politikverständnis ist politizistisch: Es beginnt erst in den Parlamenten und vergisst, dass dem – was mit meinem Begriff der gesellschaftlichen Mosaik-Linken gemeint ist – die Politisierung der Gesellschaft vorausgehen muss. Dabei müssen die Gewerkschaften ein Schlüsselakteur sein. Dass dies schwierig wird, ist bekannt, denn dieser Kapitalismus ist ein fossilistischer. Letztlich stehen Ihre Vorstellungen vor den gleichen Problemen wie meine. Wenn man genau hinschaut, werden aber Ansatzpunkte, auch auf europäischer Ebene, sichtbar. Zwar ist das Entwicklungsmodell der EU in erster Linie ein neoliberales, es ist ein Modell der Marktintegration. Der Verfassungsvertrag und alles, was es in der letzten Zeit an primärrechtlichen

Veränderungen gegeben hat, weist in diese Richtung. Aber es existieren auch Formen einer europäischen Industrie- und Strukturpolitik. Ebenso gibt es Ansätze einer Demokratisierung des europäischen Gefüges, die man für eine Politisierung dieser Diskussion nutzen kann.

Alle denkbaren Alternativen stehen unter den gegebenen machtpolitischen Bedingungen vor wahnsinnigen Problemen. Die Frage ist, ob die Übermacht dieser Probleme in Passivität mündet oder ob es gelingt, die Hürden zu überwinden. Die Gewerkschaften müssen sich der ökologischen Frage ebenso intensiv annehmen wie dem sozial- und beschäftigungspolitischen Thema. Dies gilt umgekehrt für diejenigen, die sich Umweltschutz auf die Fahnen geschrieben haben. Wir werden nichts erreichen, wenn wir beide Lager gegeneinander in Stellung bringen. Das muss zusammengeführt werden. Zielkonflikte werden sich dabei nicht vermeiden lassen.

Harald Schumann: Wäre es dann nicht notwendig – der Begriff ist verbraucht, aber mir fällt auch kein besserer ein –, Räte zu bilden, an denen tatsächlich auch Manager aus der Automobilindustrie und aus anderen Verkehrssektoren, Gewerkschafter und Vertreter aus den Umweltorganisationen beteiligt sind? Ginge es nicht darum, alle sofort an einen Tisch zu bringen, um die dringend anstehenden Veränderungen in Angriff zu nehmen? Das Verblüffende ist doch, dass die Fakten allen bekannt sind, aber sich nichts regt. Wir haben gerade die Erfahrung einer Krise mit bis zu 70 Prozent Umsatzeinbruch in manchen Unternehmen gemacht. Jeder müsste gewarnt sein: Unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist extrem anfällig geworden. Deshalb müssen wir anfangen zu planen, was wir beim nächsten Mal machen, wenn die Staatskasse nicht mehr voll ist und wir uns eine »Durchsubventionierung« mit Abwrackprämie und Kurzarbeit nicht noch einmal leisten können. Woher kommt diese gespenstische Ruhe? Liegt es daran, dass alle genauso kurzfristig denken wie die Aktionäre? Ist die Mehrheit der Gesellschaft genauso borniert wie der *shareholder value*, den wir immer kritisieren? Ich habe dafür keine Erklärung.

Hans-Jürgen Urban: Diese Passivität kommt daher, dass die Kolleginnen und Kollegen sich stark mit den Bedenken beschäftigen, die Sie genannt haben, und deren Übermacht spüren. Unter dem Druck der globalen Wettbewerbsbedingungen ist es schwierig, sich einen anderen Entwicklungspfad in dieser Industrie vorzustellen. Das Gebot der Stunde ist daher, an Vorhandenem anzusetzen. Ausgehend von den Entwicklungsclustern der jeweiligen Regionen müssen wir unter Beteiligung potenzieller Akteure einer Mosaik-Linken Konzepte vor Ort entwickeln und zugleich über die Region hinaus denken. Denn Transformationsprozesse dieser Art lassen sich nicht regional bewerkstelligen. Im Öffentlichen Nahverkehr und mit neuen Ansätzen für eine regionale Wirtschafts- und Strukturplanung muss jetzt begonnen werden. Man kann das durchaus auch Räte nennen. In der Satzung der IG Metall heißt es, wir fordern die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten zur Vertretung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der abhängig Beschäftigten. Das ist etwas von der Agenda verschwunden, aber entspricht im Kern dem, was wir jetzt brauchen.

Das Gespräch wurde im Anschluss an einen Vortrag von Hans-Jürgen Urban auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Auto.Mobil.Krise«, 28.–30.10.2010 in Stuttgart geführt.

STRATEGISCHE PROBLEME EINES GERECHTEN ÜBERGANGS

MARIO CANDEIAS

Vor etwa 15 Jahren brachten kanadische und US-amerikanische Gewerkschaftsaktivisten wie Brian Kohler den Begriff »just transition« ins Gespräch,[1] um anlässlich der notwendigen ökologischen Restrukturierung der Wirtschaft einen *gerechten Übergang* einzuklagen: Die »gegenwärtigen Produktionsformen und Konsummuster werden sich aus ökologischen Gründen ändern müssen [...] Aber wer wird bezahlen? Wird dies dem sogenannten freien Markt überlassen, werden Arbeiter in den vom Strukturwandel betroffenen Industrien, die ihren Job verlieren, für den Vorteil aller leiden?« (2010, 1) Es müssen, so die Forderung, Lösungen her. »Sehr vereinfacht ist ›just transition‹ gleichbedeutend mit einer fairen Kompensation der betroffenen Arbeiter und Kommunen für ökonomische und andere Verluste aufgrund von Veränderungen der Produktion«, so Jenice View (2002, 2) von der Just Transition Alliance.

Ausgangspunkt waren die Erfahrungen mit Strukturwandel und Konversion, etwa

in der Rüstungsindustrie, und mit dem »ersten Umweltstreik« (Toni Mazzocchi) 1973 beim Ölkonzern Shell in den USA (Young 2003, 3). Hier wurde erstmals ein Bündnis aus Arbeitern und Umweltschützern organisiert, um gegen die Gesundheitsgefährdung von Umwelt, Bevölkerung und Beschäftigten zu protestieren und Kompensationen für bereits Erkrankte durchzusetzen. Aus solchen gewerkschaftlichen und kommunal verankerten Initiativen entstand später die Just Transition Alliance, die sich als Teil des Climate Justice Movements (Klimagerechtigkeitsbewegung) engagiert. Sie setzt sich insbesondere für die die dreckigen Tätigkeiten verrichtenden »Front-Arbeiter« ein und weist auf die rassistische Diskriminierung bei der Verteilung der ökologischen Kosten hin: In den von Umweltverschmutzung und Klimawandel am stärksten betroffenen Gemeinden leben meist People of Color, Indigene und andere benachteiligte Gruppen, und sie sind es auch, die die häufig extrem gesundheitsgefährdenden Arbeiten verrichten (Just Transition Alliance o. J., 1). »Just transition« bezieht sich aber aus Sicht der Klimagerechtigkeitsbewegung, wie z.B. Stine Gry von Climate Justice Action ausführt[2], nicht nur auf von Arbeitsplatzverlust bedrohte Arbeitende im globalen Norden, sondern auf alle Menschen, die von den Folgen des Klimawandels betroffen sind.

Bei den Weltklimagipfeln in Kopenhagen und Cancún gelangte die Forderung nach einem gerechten Übergang bis in die Abschlussdokumente der Regierungen. Ähnlich wie schon die »Nachhaltige Entwicklung« oder die »Klimagerechtigkeit« droht »just transition« eine Leerformel zu bleiben, hinter der sich unterschiedlichste Gruppen versammeln können und mit der reale Gegensätze übertüncht werden (Flemming 2011). Dennoch könnte die »Rede von den Kosten ökologischer Transformation« eine Möglichkeit sein, auf »Widersprüche in der hegemonialen Bearbeitung der ökologischen Krise aufmerksam zu machen. Denn wo Kosten entstehen und einige durch diese benachteiligt werden, kann auf die strukturellen Ursachen dieser Ungleichverteilung hingewiesen werden« (ebd.).

GEWERKSCHAFTEN IM DILEMMA

Gewerkschaften und Beschäftigten in den besonders klimaschädlichen Industrien wird oft vorgeworfen, strukturkonservativ zu agieren und mit dem praktizierten Krisenkorporatismus die notwendige sozial-ökologische Transformation zu blockieren (vgl. Schumann in diesem Heft). Tatsächlich fällt es ihnen seit 30 Jahren schwer, kurz- und mittelfristige Ziele zu vereinbaren. Sektoren wie die Automobilindustrie müssen schrumpfen mit der Folge, dass viele ihre gewohnte Arbeit verlieren werden. Unter ungünstigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Krisenbedingungen fallen hier kurzfristige Anforderungen und langfristige Ziele auseinander.

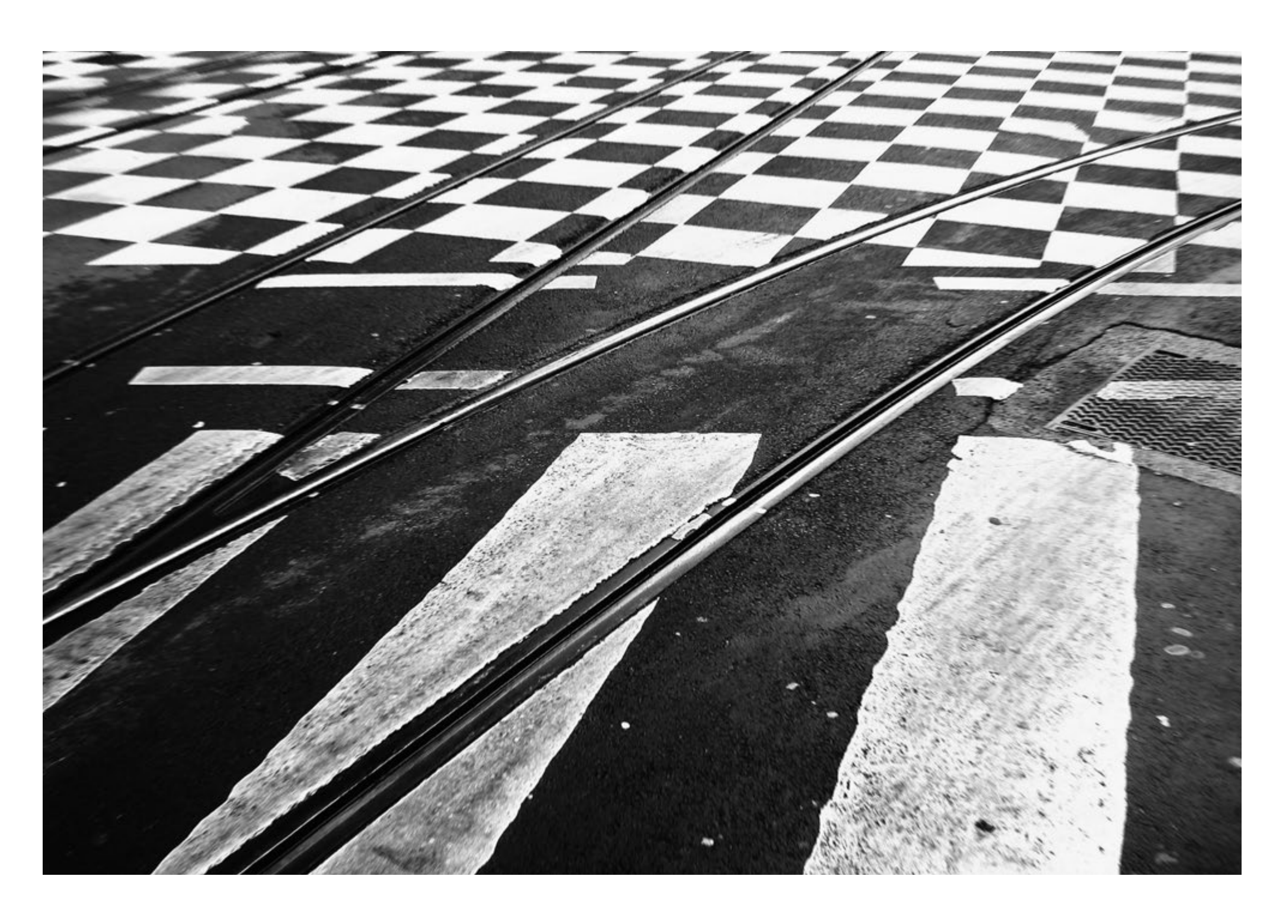
Ein Strukturwandel hin zu »grünen Technologien« oder erneuerbaren Energien bedeutet für die Beschäftigten nicht, dass sie einfach von einer Branche in die andere wechseln werden. Der Umbau des Automobilsektors wird nicht notwendig am selben Standort stattfinden, Arbeitsplatzverluste und Verlagerung der Produktion in andere Länder sind zu erwarten. Die widersprüchlichen Erfahrungen mit tariflicher Arbeitszeitverkür-

zung, die zu Arbeitsverdichtung führt, immer kurzfristigeren Beschäftigungsgarantien (auf Kosten längerer Arbeitszeiten, Kürzungen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld etc.) und Beschäftigungsgesellschaften zur Requalifizierung der »freigesetzten« Arbeitskräfte zeigen, dass die bekannten Lösungen kaum eine Perspektive für die Einzelnen bieten. Nur wenige finden nach mehr oder weniger langer »Parkzeit« in sogenannten Qualifizierungsmaßnahmen eine vergleichbare Anstellung, vielen droht Arbeitslosigkeit und bald danach Hartz IV. Fast immer sind Lohnverluste hinzunehmen, von Sinnverlusten und der Auflösung von Sozialkontakten ganz zu schweigen. Kurzfristig hilft eine Umstellung auf »grünes Wachstum« den Einzelnen wenig. Gewerkschaften sind hierbei objektiv verpflichtet, auch den unmittelbaren Interessen an Job*erhalt* nachzukommen – wenngleich dieser oft von kurzer Dauer sein mag.

Wie aber die Betroffenen für eine Veränderung gewinnen, wenn es für das Wohl aller um ihren Verzicht auf einen Arbeitsplatz geht? Wie können die Interessen so (re)formuliert werden, dass sie diejenigen der potenziellen Bündnispartner mitdenken und Kämpfe verbunden werden (vgl. Candeias 2010, 11)? Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (2010) schlägt vor, Arbeitsplätze im Transportarbeitsgewerbe abzubauen und in anderen Sektoren neue zu schaffen – ein bahnbrechender Schritt. Auch die Gewerkschaftsgruppe der Kampagne gegen den Klimawandel (vgl. in diesem Heft) plädiert für die Schaffung von einer Million grünen Jobs – jetzt! Sie fordert eine Garantie auf einen neuen Arbeitsplatz für Beschäftigte, die durch den Strukturwandel ihren Job verlieren.

Doch wenn neue Branchen die Jobverluste in den alten Branchen quantitativ kompensieren, sind die Arbeitsverhältnisse und -bedingungen nicht vergleichbar. Es wird in der Regel geringer entlohnt, tarifliche Standards existieren oft nicht. Der Bereich der erneuerbaren Energien ist, wie viele ökologisch orientierte Unternehmen, weitgehend »gewerkschaftsfrei«. Das liegt nicht allein an der Schwäche der Gewerkschaften, neue Branchen zu organisieren, sondern auch an der zum Teil offenen, mitunter aggressiven Ablehnung von Minimalstandards der Mitbestimmung, Tarifpolitik und Organisationsfreiheit durch das Management. Die vielen klein- und mittelständischen Betriebe sind häufig nicht Mitglied in den Unternehmensverbänden. Der zu Recht geforderte Ausbau eines öffentlichen Dienstleistungs- und Infrastruktursektors wird unter gegebenen Bedingungen ebenfalls nicht vergleichbar viele Arbeitsplätze mit so hohen Lohn- und Tarifstandards schaffen. Zudem wirkt in Deutschland die Konkurrenz zwischen den jeweils zuständigen Branchengewerkschaften. Die IG Metall tritt daher für eine industriepolitische Wende ein, wie sie u.a. von Ulla Lötzer (2010) formuliert wird.

Die Schrumpfung der alten Industrien bedroht den Kern der Organisationsmacht der Gewerkschaften: die gut organisierten Großbetriebe mit ihren hohen tariflichen Standards, an denen sich die Arbeitsbedingungen in anderen Betrieben orientieren, und die zugleich die machtpolitische Basis für die Absicherung sozialer Errungenschaften (samt ihrer gesetzlichen Regelungen) sowie die Voraussetzung für die Organisierung anderer Bereiche sein *sollen*. (Industrie-)Gewerkschaften sind also



Nils Geylen, Criss Cross

keineswegs aus Uneinsichtigkeit strukturkonservativ. Ein schneller Strukturwandel kann zum Verlust ihrer Organisationsmacht führen. Verfolgen sie aber keine eigenständige Transformationsstrategie, sind sie den Veränderungen durch Unternehmensentscheidungen (Verlagerung, Restrukturierung, Umbau), ökologische Reformen und Krisen blind ausgesetzt. Ein Umgang mit diesem Dilemma wäre, frühzeitig die Weichenstellungen in Richtung auf einen gerechten Übergang zu organisieren. Nicht weniger als die Neudefinition des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses sowie der Organisationskultur ist gefordert (Candeias/Röttger 2007). Zwar können Umbau und Organisierung potenziell die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften verbessern, zugleich aber erhebliche Ressourcen kosten und Risiken bergen. Ein langer Atem ist nötig, ohne dass sicher ist, was am Ende herauskommt.

In der akuten Krisensituation fiel es den Gewerkschaften leichter, auf die alten strategischen Verbindungen zu Staat und Kapital zu setzen. Lange Zeit von beiden weitgehend ignoriert, wurden sie seit 2008 wieder als ernstzunehmender Partner gehört. Anders als in den Jahren zuvor, in denen auf betrieblicher oder tariflicher Ebene kaum Fortschritte durchsetzbar waren, konnten etwa eine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, die

Abwrackprämie, Konjunkturprogramme und Mitbestimmung in gewerkschaftsfeindlichen Unternehmen wie Scheffler durchgesetzt werden. Diese strukturkonservativen Maßnahmen stabilisierten die Lage, bis die wieder ansteigende Nachfrage aus dem Ausland – nicht zuletzt aus China und Südostasien – Entlastung und vermeintliche Perspektive versprach. Strategiewechsel und sozial-ökologische Transformation müssen demgegenüber warten. Nahe läge, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Es scheitert bisher an den finanziellen, personellen und strategischen Ressourcen der Gewerkschaften.

ÖKOLOGISCHE KURZSCHLÜSSE

Doch müssen nicht nur Gewerkschaften ökologischer werden, sondern ökologische Bewegungen auch stärker die Interessen von Beschäftigten berücksichtigen. In den 1990er Jahren wurden die soziale und die ökologische Frage immer stärker voneinander getrennt. Während die parteipolitischen Repräsentanten im rot-grünen Projekt aufgingen, bezogen ambitionierte Global Governance-Prozesse seit der UN-Konferenz in Rio zunehmend die zu professionalisierten lobbypolitischen NGOs transformierten Teile der Ökologiebewegung ein. Die sozial-ökologische Frage wurde in beiden Feldern auf ökologische Modernisierungspolitik reduziert. Auf diese Weise wurden zwar Kräfte gebündelt und die mediale Darstellung von Forderungen befördert, zugleich aber die Interessen der Beschäftigten vernachlässigt. Die Verbindung zur Arbeiterbewegung ging verloren, ihre ökologisch orientierten Teile wurden marginalisiert. Fragen globaler sozialer Gerechtigkeit wurden über Jahre kaum adressiert oder dazu genutzt, »überzogenes Anspruchsdenken« im Norden anzuprangern.

Eine ökologische Transformation ist jedoch nicht auf eine technische Modernisierung reduzierbar, sondern berührt gesellschaftliche Ungleichheiten: klassenförmige Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Geschlechter- und Produktionsverhältnisse sowie unsere konsumorientierte Lebensweise. Umweltpolitik selbst wirft immer wieder Gerechtigkeitsprobleme auf, da Folgen und Kosten sich ungleich verteilen, etwa bei Ökosteuern und Preispolitiken. Von der propagierten Nettodividende einer ökologischen Transformation profitieren vor allem bestimmte Gruppen und Klassen. Welche Branchen schrumpfen sollen, welche Bedürfnisse eingeschränkt werden und vor allem, wer betroffen ist, wird ausgeblendet. So bleibt ökologische Politik eine Ein-Punkt-Politik für gutsituierte, urbane Mittelklassen. Die Berücksichtigung von Interessen der unteren Klassen oder von Beschäftigteninteressen bleibt nachrangig. Da verwundert es nicht, dass die ökologische Bewegung seit 30 Jahren bei Gewerkschaften nur beschränkt als politischer Bündnispartner anerkannt wird, im Prekariat keine Rolle spielt.

Die Vertreter eines Green New Deal setzen dann auch auf Kompromisse mit (progressiven) Kapitalfraktionen oder auf die »Kreativität« der Unternehmen. Es gehe angesichts knapper werdender Rohstoffe um ein »effektives Ressourcenmanagement«, so Fücks und Steenbock (2007). Wahrscheinlicher sind der bereits in Gang gekommene, intensivierte Kampf um Ressourcen und die Zunahme imperialer Politiken. Das »Wächtersystem« (ebd.) globaler zivilgesellschaftli-

cher Umweltorganisationen hat dem nichts entgegenzusetzen. Und doch soll gerade ihnen nach der »sozialen Zivilisierung des Kapitalismus« im 19. Jahrhundert der Sprung in den ökologischen Kapitalismus gelingen. Das Soziale scheint erledigt.

Es ist fraglich, ob eine Strategie der Zähmung und Einbindung des Kapitals durch ökologisch orientierte Fraktionen der Mittelklasse ohne breites Mitte-Unten-Bündnis Erfolg haben kann, zumal jede konsequente (sozial)ökologische Transformation mit einer massiven Kapitalvernichtung einhergeht. Betroffen hiervon sind die mächtigsten Kapitalfraktionen: die fossilistischen Konzerne vom Öl bis zum Auto. Was dies für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, Kräfteverhältnisse, Krisen bedeutet, wird kaum thematisiert. Der Übergang wird von tiefen Krisen und heftigen Kämpfen geprägt sein.

ANS STEUER DER EIGENEN GESCHICHTE KOMMEN

Dies gilt auch für die Strategie der Abfederung über Umverteilung. Ob DeGrowth oder qualitatives Wachstum und Green Jobs, alle (linken) Positionen plädieren für Umverteilung. Diese ist sicher unverzichtbar. Doch stellen sich damit bisher nicht gekannte Probleme. Zu Zeiten des Fordismus sicherten hohe Produktivität und hohes Wachstum große Verteilungsspielräume. Ansätze eines Green New Deal wollen diese Situation wieder herstellen. Andere setzen auf den Ausbau des Öffentlichen, einen Bereich, der unter kapitalistischen Bedingungen aus dem Steueraufkommen und letztlich vor allem aus den kapitalistisch organisierten Sektoren finanziert werden muss. Geht es gar um Schrumpfung der Wirtschaft,



flickr/grüne in bewegung

werden Verteilungskämpfe wesentlich härter werden. Der Rückgang des Wachstums in der neoliberalen Periode gibt einen Vorgeschmack.

Die Lohnabhängigen selbst werden bei den unterschiedlichen Projekten ökologischer Erneuerung vorwiegend nur als individuelle Konsumenten angesprochen, als diffuse Zivilgesellschaft, nicht als politische Subjekte. Die (Selbst-)Anrufungen richten sich ansonsten an den Staat, das (Öko-)Kapital und NGOs – manchmal an die Gewerkschaften. Doch auch letztere betrachten die Klasse der (mehr oder weniger prekären) Lohnabhängigen nicht wirklich als Akteure von Entscheidung und Bewegung. Die Möglichkeit einer sozial-

ökologischen Transformation ist verbunden mit der Frage, wie wir die politische Praxis einer Mosaik-Linken begreifen (vgl. *Luxemburg* 1/2010). Die Betroffenen selbst müssen zu Protagonisten der Veränderung werden. Bislang agieren die unterschiedlichen Gruppen meist getrennt voneinander. Es bedarf daher konkreter gemeinsamer Einstiegsprojekte und verbindender Perspektiven, die aus den unterschiedlichen Interessen Gemeinsamkeiten schaffen und dennoch Differenzen respektieren.

Am Beispiel der Automobilindustrie lässt sich dies verdeutlichen. Der bereits enorme Konkurrenzdruck wird angesichts weiter steigender globaler Überkapazitäten zunehmen, Zentralisierung befördern und Standorte und Arbeitsplätze gefährden. Präventiv wären staatliche Kapitalhilfen an alternative Entwicklungswege und die Beteiligung am Eigentum bzw. die volle Vergesellschaftung von Unternehmen zu knüpfen (ähnlich wie es die USA bei General Motors getan haben, freilich ohne die Gelegenheit für den Einstieg in eine Konversion zu nutzen). Öffentliche Beteiligung wäre mit erweiterter Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Umweltverbänden und den Menschen der Region zu verbinden, z.B. in regionalen Räten, die über konkrete Schritte einer Konversion des Automobilkonzerns in einen ökologisch orientierten Dienstleister für öffentliche Mobilität entscheiden. Mit integrierten Mobilitätskonzepten könnte das Gewicht zwischen öffentlichem und privatem Verkehr verschoben und Straßenbahnen, Bussen, Fußgängern und (Elektro-)Fahrrädern Vorrang vor dem Autoverkehr eingeräumt werden (vgl. *Luxemburg* 3/2010). Von Jobverlust bedrohte Automobilwerker diskutierten, entwickelten und bestimmten in betrieblichen und regionalen Räten, wie eine Konversion ihrer Industrien und ein gerechter Übergang organisiert werden kann. In einer solchen Perspektive lassen sich die unterschiedlichen Interessen leichter verbinden und verschiedene Gruppen übergreifend organisieren.

Makroökonomisch würde Konversion darüber hinaus bedeuten, unsere wachstumsorientierte kapitalistische Ökonomie in eine »Reproduktionsökonomie« zu transformieren, die sich zu beschränken weiß und zugleich neuen Reichtum schafft. Reproduktion heißt hier zum einen, sich auf eine bedürfnisorientierte, solidarische »Care Economy« zu konzentrieren: soziale Infrastrukturen öffentlicher Gesundheit, Pflege, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Ernährung(ssouveränität) und Schutz unserer natürlichen Umwelt. Denn das sind zentrale Bedürfnisse, in denen alle seit Jahren Mangel beklagen, und es sind die einzigen Bereiche, in denen in den Industrieländern die Beschäftigung wächst. Während in der Krise in der Metall- und Elektroindustrie 200 000 Jobs verloren gingen (*FTD* vom 31.1.2010), sind im Gesundheits- und Sozialsektor 122 000 geschaffen worden (*FTD* vom 1.2.2010). Auch in den neuen kapitalistischen Zentren wie China, Indien oder Brasilien sind dies rasch wachsende Sektoren. Es ist zentral, sie öffentlich zu halten und nicht dem Markt preiszugeben.

Eine solche Reproduktionsökonomie bedeutet mittelfristig, dass sich Bedürfnisse und Ökonomie qualitativ entwickeln, aber nicht mehr quantitativ bzw. stofflich wachsen. Ein gerechter Übergang bedeutet kurzfristig, dass, während bestimmte Bereiche schrumpfen, an-

dere zunächst wachsen müssen, bei relativer Entkopplung vom stofflichen Wachstum. Ein solches *qualitatives Wachstum ist übergangsweise nicht zuletzt aufgrund der Defizite in vielen Bereichen der Reproduktion notwendig* – vor allem für Länder des globalen Südens.

Im globalen Süden hieße das, sich auf die grundlegenden Bedürfnisse der ländlichen und urbanen Armen zu konzentrieren: Ländliche Gemeinden müssen mit Hilfe von Landreformen Ernährungssouveränität erhalten, so dass sie selbst die Kontrolle über ihre spezifischen Produktions- und Lebensweisen übernehmen und die Bevölkerung nicht länger gezwungen ist, in den Städten nach Überlebensmöglichkeiten zu suchen. In diesen »Megacities« wäre entscheidend, stoffliche und soziale Infrastrukturen sowie Sozialversicherungssysteme zu entwickeln. Mit Blick auf Mobilität hieße das, freien Zugang zu einem rasch expandierenden öffentlichen Verkehrssystem zu garantieren, statt teure Infrastruktur für Millionen privater Autos zu bauen, mit den entsprechenden ökologischen und menschlichen Kosten.

Eine Reorientierung auf reproduktive Bedürfnisse geht mit einer Orientierung auf Binnenmarkt und -produktion einher. Globale Produktionsketten verschwenden Ressourcen. Der Transport, einer der Hauptverursacher von CO_2-Emissionen, muss verringert und die Produktion ökologisch reorganisiert werden. Es geht also nicht um einen »naiven Antiindustrialismus« (Urban), sondern um eine alternative Produktion. Eine Tendenz zu Deglobalisierung und Regionalisierung der Wirtschaft trägt auch zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte und der Exportfixierung bei. Es braucht neben der Konversion einzelner Branchen zugleich auch eine Konversion unserer wachstums- und exportorientierten Wirtschaftsmodelle insgesamt – und ein linkes Staatsprojekt, das die Bedingungen hierfür schafft. Protagonist eines solchen Prozesses kann nur eine partizipativ orientierte Mosaik-Linke sein, die die Einzelnen befähigt, »ans Steuer der eigenen Geschichte« (Mann 2010, 103) zu kommen.

LITERATUR

Candeias, Mario, 2010: Von der fragmentierten Linken zum Mosaik, in: *Luxemburg* 1/2010, 6–17

Ders. und Bernd Röttger, 2007: *»Nicht widerstandslos enthaupten lassen!« Beteiligungsorientierte Betriebspolitik und lokale Arbeiterbewegung: Wege aus der gewerkschaftlichen Defensive?*, *Standpunkte* der RLS 16/2007, Berlin

Flemming, Jana, 2011: Just Transition, in: *mehring1-blog*, http://ifg.rosalux.de/2011/01/14/just-transition/ (4.2.2011)

Fücks, Ralf, und Kristina Steenbock, 2007: *Die Große Transformation. Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen?*, Berlin, http://www.boell.de/downloads/E-Digest07-03FuecksSteenbockEndf.pdf (4.2.2011)

Internationale Transportarbeiter Föderation, 2010: Modaler Wechsel, in: Auto.Mobil.Alternativen, *Standpunkte* der RLS 30/2010, 3f.

Just Transition Alliance, o.J.: *Frontline Workers and Fenceline Communities United for Justice*, www.stuffit.org/carbon/pdf-research/resistance-alternatives/climateenglish.pdf

Kohler, Brian, 2010: *Sustainability and Just Transition in the Energy Industries*, http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at/download.php?f=64cae7b1985df6414a9ea4b36016cf99 (4.2.2011)

Lötzer, Ulla, 2010: Industriepolitische Offensive – Konversion, Zukunftsfonds, Wirtschaftsdemokratie, in: *Luxemburg* 3/2010, 86–93

Mann, Eric, 2010: Organizing in den Bussen von Los Angeles, in: *Luxemburg* 3/2010, 98–103

View, Jenice L., 2002: *Just Transition Alliance Frontline Workers and Fenceline Communities United for Justice*, Washington DC, www.ejrc.cau.edu/summit2/JustTransition.pdf (4.2.2011)

Young, Jim, 2003: Green-Collar Workers. Debating issues from arctic drilling to fuel economy, labor and environmentalists are often at odds. But a bold new plan could help reconcile the differences, in: *Sierra Magazine*, www.sierraclub.org/sierra/200307/labor_printable.asp#top (8.2.2011)

1 Für die Recherche zur Herkunft des Begriffs danke ich Jana Flemming, vgl. mehring1-blog: http://ifg.rosalux.de/2011/01/14/just-transition/ (4.2.2011).

2 Vgl. www.climate-justice-action.org/news/2009/10/19/climate-justice-movement-to-take-mass-action-during-un-climate-talks/ (4.2.2011).

EINE MILLION KLIMA-JOBS JETZT!

CAMPAIGN AGAINST CLIMATE CHANGE TRADE UNION GROUP

Früher oder später wird sich die schrittweise Klimaveränderung in eine nicht mehr aufzuhaltende Katastrophe verwandeln. Um das zu verhindern, muss der Ausstoß an Kohlendioxid, Methan und anderen Treibhausgasen drastisch reduziert werden. Hierfür sind staatliche Regulierung und internationale Abkommen erforderlich, aber es bedeutet auch viel Arbeit – und also Arbeitsplätze. Wir müssen Wind-, Wasserkraft- und Solaranlagen bauen, wir müssen unsere Häuser renovieren und isolieren und ein preiswertes Bus- und Bahnnetz zur Verfügung stellen. Als Klimaaktivisten und Gewerkschafter fordern wir die britische Regierung dazu auf, eine Million Klima-Jobs zu schaffen.

In Großbritannien gibt es zweieinhalb Millionen Arbeitslose. In vielen Ländern wird derzeit die Erfahrung gemacht, dass die Absätze deutlich steigen müssen, bevor sich auch der Arbeitsmarkt entspannt. Wir haben lange Jahre der Massenarbeitslosigkeit vor uns. Eine Million Klima-Jobs werden nicht

alle wirtschaftlichen Probleme des Vereinigten Königreichs lösen. Aber sie ermöglichen es einer Million Menschen, statt von Sozialhilfe leben zu müssen, an einer besseren Zukunft zu arbeiten.

Wir wollen Klima-Jobs, nicht »grüne Jobs«. Klima-Jobs sind Arbeitsplätze, die dazu beitragen, die Treibhausgase, die wir in die Luft blasen, zu reduzieren und somit den Klimawandel zu verlangsamen. »Grüne Jobs« können alles Mögliche sein – Arbeitsplätze in der Wasserwirtschaft, in Nationalparks, in der Landschaftspflege, in Vogelschutzgebieten, in der Schadstoffkontrolle usw.

Wir wollen eine Million neue Arbeitsplätze. Es geht uns nicht um bereits bestehende Arbeitsplätze, die irgendetwas mit Klima zu tun haben. Wir wollen keine alten Jobs unter neuem Namen oder mit dem Wort »nachhaltig« in der Berufsbezeichnung, und wir meinen auch nicht die Arbeitsplätze im Emissionshandel.

Wir wollen die neuen Arbeitsplätze – jetzt. Wir wollen, dass die Regierung jeden Monat 83 300 Arbeiter einstellt. Nach zwölf Monaten hätten wir so eine Million Arbeitsplätze geschaffen.

Wir wollen Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Diese Idee ist neu. Bislang haben sowohl Labour als auch die Konservativen darauf gesetzt, die Privatwirtschaft mit Hilfe von Subventionen und Steuernachlässen dazu zu bewegen, in erneuerbare Energien zu investieren. Dahinter steht die Vorstellung, den Markt über Anreize zu stimulieren. Wir dagegen wollen eine Form, die an die des staatlichen Gesundheitssystems (National Health Service) angelehnt ist: Die Regierung richtet eine Nationale Klimaagentur ein und diese beschäftigt das Personal für die viele Arbeit, die getan werden muss. *Arbeit im öffentlichen Dienst bedeutet sichere, flexible und unbefristete Beschäftigung.* Die Arbeiter mit den neuen Klima-Jobs werden nicht ihr Leben lang das gleiche tun. Sie werden umgeschult, wenn andere Arbeiten gebraucht werden.

Niemand wird außen vor gelassen. Zwar werden einige ihre Arbeitsplätze verlieren, wenn wir auf eine CO_2-arme Wirtschaft umstellen. Aber die Nationale Klimaagentur könnte jedem, der durch die Umstellung seinen Job verliert, neue Arbeit zu gleichem Lohn garantieren und die nötige Umschulung organisieren. Viele Arbeiter haben Angst um ihre Jobs. Wir aber brauchen ihre Unterstützung. Auch sie sorgen sich wegen des Klimawandels, sie sind hin- und hergerissen zwischen der Rettung ihrer Arbeit und der Rettung unseres Planeten. Eine Garantie auf einen Arbeitsplatz würde den Knoten lösen. Aber wir müssen es damit auch ernst meinen. Sie müssen sicher gehen können, dass wir um ihre Arbeitsplätze kämpfen werden.

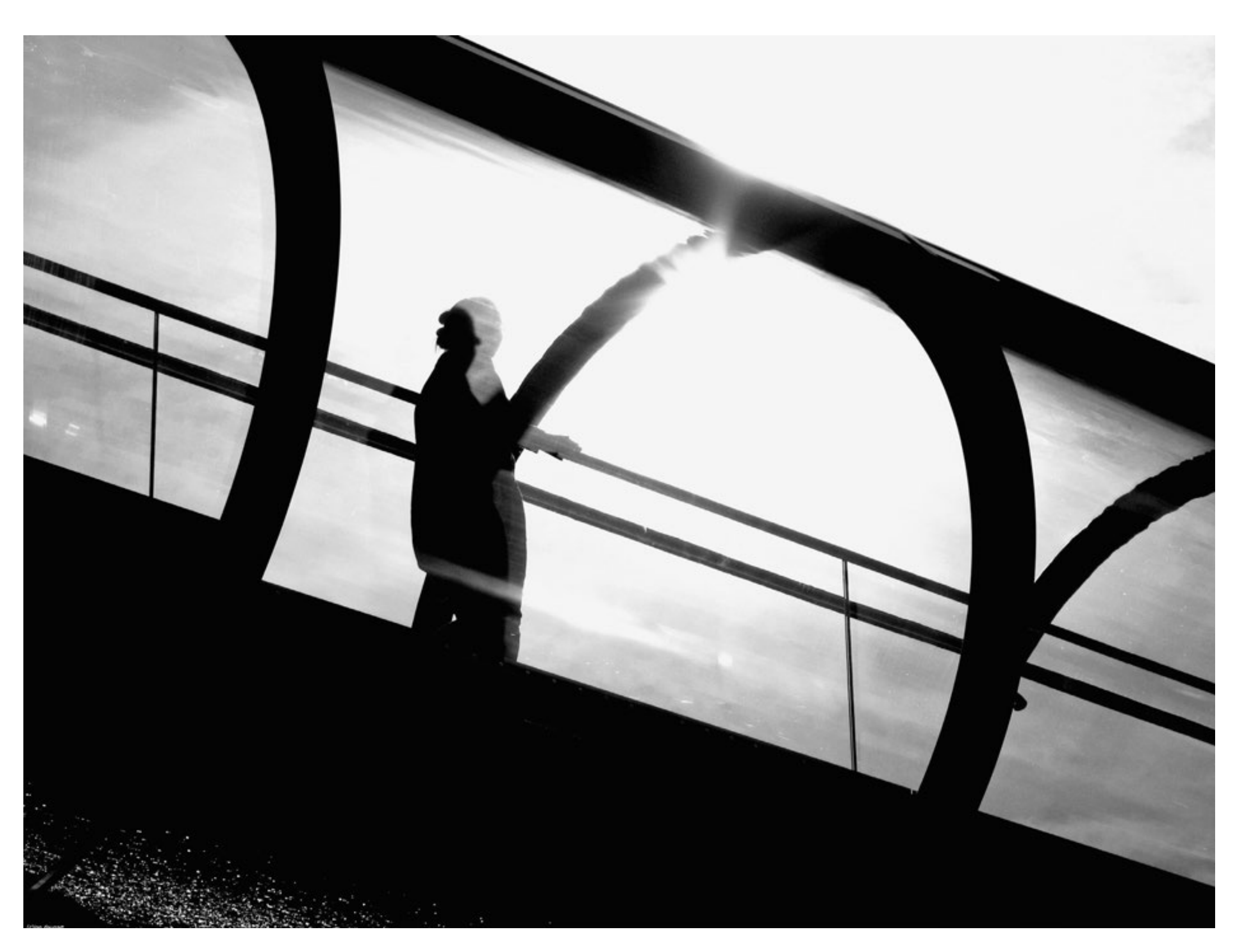
Eine Million Klima-Jobs werden weitere neue Arbeitsplätze schaffen. Die Nationale Klimaagentur wird Leute direkt beschäftigen – etwa für den Bau von Windkraftanlagen, für Montage, Installation und Wartung. Diese zählen zu den eine Million neuen Jobs. Darüber hinaus braucht es Menschen, die in den Zulieferbetrieben arbeiten, die Stahl für die Turbinen und Schiffe liefern, die die Hämmer und Sägen für die Renovierungsarbeiten und die Farbe für die neuen Busse herstellen und die die diversen Dienstleistungen für

die Nationale Klimaagentur ausführen. Eine angemessene Schätzung ist, dass durch die eine Million neuen eine weitere halbe Million »indirekter Arbeitsplätze« entstehen. Zusätzlich wird es »induzierte Arbeitsplätze« geben. Anderthalb Millionen Arbeiter werden mehr Geld ausgeben als zuvor, als sie noch von Sozialhilfe lebten. Sie werden Schuhe, Kleidung, Kameras, Angelruten oder Kino- und Konzertkarten kaufen, sie werden Essen gehen und ähnliches. Um diese Dinge herzustellen oder zu ermöglichen, müssen zusätzlich Leute eingestellt werden. Diese werden dann ebenfalls mehr Geld ausgeben können, was wiederum mehr Arbeitsplätze schafft. Eine angemessene Schätzung ist, dass eine zusätzliche Viertelmillion Arbeitsplätze entstehen. Wir gehen davon aus, dass die Nationale Klimaagentur 1,75 Millionen Menschen in Arbeit bringen wird. Selbst wenn wir berücksichtigen, dass wir gerade in den ersten zehn Jahren des Programms auch Arbeitsplätze verlieren, können wir mit einem Nettoanstieg in Höhe von 1,33 Millionen rechnen.

Klima-Jobs werden gute und sichere Arbeit sein. Die Regierung kann entscheiden, wo die Arbeitsplätze entstehen. Arbeit im Baugewerbe und im Transportsektor wird dort zunehmen, wo viele Menschen leben. Die Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie aber können dort angesiedelt werden, wo sie am meisten gebraucht werden, und zwar ganz ohne teure Steuervergünstigungen für private Unternehmen. Menschen mit Behinderungen und Frauen, die sonst einige der Jobs nie bekommen würden, hätten eine Chance. Auch könnte Schulabbrechern durch Ausbildungsstellen ein besserer Start ins Leben ermöglicht werden. Außerdem wollen wir gerechten Lohn und gute Arbeitsbedingungen. Viele Klima-Jobs sind gefährlich. Ein Großteil ist Fabrikarbeit, oftmals mit giftigen Chemikalien. Arbeit auf See, auf Offshore-Windanlagen oder ähnlichem war schon immer riskant. Kein Vertrag kann eine angemessene Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen oder Sicherheit wirklich garantieren, der Zusammenschluss in Gewerkschaften dagegen schon. Diejenigen, die in Zukunft für die Nationale Klimaagentur arbeiten, bekommen ihre Arbeit dank einer Massenbewegung. Sie werden in der Lage sein, sich zu organisieren.

Wie kann die Regierung eine Million neue Klima-Jobs finanzieren? Regierungen tun durchaus Dinge, die »zuviel kosten«, wenn es ihnen wirklich wichtig ist. Der Irakkrieg ist ein Beispiel dafür, die Bankenrettung ein weiteres. Als die Finanzkrise uns traf, mussten wir feststellen, dass Regierungen mal eben bis zur Mittagspause hunderte Milliarden Dollar oder Pfund ausgeben konnten. Ein Teil des Geldes werden sie zurückbekommen, aber niemand weiß, wie viel. Nach Schätzung des IWF hat die britische Regierung mindestens 200 Milliarden Pfund (ca. 232 Milliarden Euro) verloren. Das entspricht 8000 Pfund (ca. 9 283 Euro) pro britischem Arbeiter.

Wir schätzen, dass eine Million Arbeiter über den Zeitraum von zehn Jahren für weniger Geld beschäftigt werden können, als die Regierung in einem Jahr an die Banken verschenkt hat. Das liegt daran, dass eine Million Klima-Jobs die Regierung tatsächlich gar nicht sonderlich viel kosten. *Die Regierung wird an Steuern und Sozialleistungen sparen.* Wer seine Arbeit verliert, bezahlt deutlich weniger



Steuern und nimmt mehr Sozialleistungen in Anspruch. Somit kostet jeder Arbeitslose die Regierung Geld. Die Regierung erhält weniger Steuern und muss zugleich mehr Sozialleistungen zahlen. Zusätzlich *spart die Regierung durch die indirekten Arbeitsplätze.*

Wenn die reichsten ein Prozent der britischen Bevölkerung fünf Prozent höhere Einkommenssteuern zahlen würden, ergäbe das zusätzliche Einnahmen von fünf Milliarden Pfund (5,8 Milliarden Euro) jährlich. Die reichsten ein Prozent der britischen Steuerzahler verdienen alle mehr als 100 000 Pfund (116 000 Euro) pro Jahr, ihr jährliches Durchschnittseinkommen liegt bei 225 000 Pfund (261 000 Euro). Mit Steuervergünstigungen zahlen sie zur Zeit 27 Prozent Einkommenssteuer. Würden sie fünf Prozent mehr zahlen, wären das immer noch lediglich 32 Prozent ihres Einkommens.

Unsere Regierungen haben lange Zeit die konventionelle Energieerzeugung und den Individualverkehr subventioniert. Autos wurden über die kostenlose Bereitstellung von Straßen und Brücken subventioniert. Die Flugindustrie wurde

Die wichtigsten Arbeiten im Bereich der erneuerbaren Energien

- Produktion von Windturbinen, Wasserturbinen, Solarzellen und Solarheizungen
- Transport und Montage der Turbinen und Solaranlagen
- Instandhaltung der Windparks, Wasserturbinen und Solaranlagen
- Transport und Montage von Wind- und Wasserturbinen auf dem Meer
- Bau von Schiffen zur Montage und Wartung von Offshore-Windparks
- Herstellung von Fernleitungen und Fernleitungsmasten
- Aufbau eines neuen Stromnetzes
- Zulieferung von Bauteilen und Rohstoffen
- Forschung und Entwicklung
- Ausbildung und Schulung in den für diese Arbeiten notwendigen Fachkenntnissen

Die wichtigsten Gebäudearbeiten

- Baugewerbe
- Herstellung von Baumaterialien, Heizungen und Wärmepumpen
- Herstellung von energiesparenden Geräten
- Zulieferung von Bauteilen und Materialien
- Architekten, Ingenieure, Bauinspektoren
- Forschung und Entwicklung
- Ausbildung und Schulung in den notwendigen Fachkenntnissen

Die wichtigsten Arbeiten im Transportwesen

- Busfahrer
- Bahnpersonal
- Bau und Stromversorgung von Hochgeschwindigkeits- und weiteren neuen Bahnstrecken
- Herstellung von Gleisen, Maschinen, Loks und Waggons
- Herstellung von Elektroautos und -bussen
- Herstellung von Fahrrädern und Elektrofahrrädern
- Bau von Fahrradwegen
- Zulieferung von Bauteilen und Materialien
- Pflege, Instandhaltung, Reparatur
- Ausbildung und Schulung in den notwendigen Fachkenntnissen

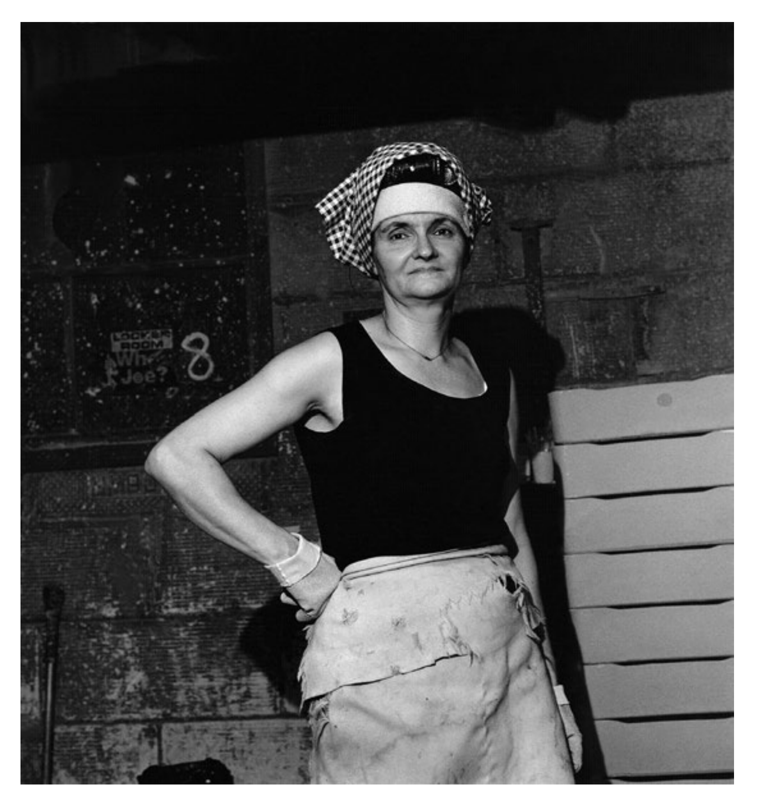
durch steuerfreien Treibstoff, den Ankauf von Militärflugzeugen und den Bau von Flughäfen subventioniert. Die Öl-, Gas- und Kohleindustrie wird von der Regierung unterstützt, ebenso der Bau von Pipelines. Es gibt buchstäblich hunderte weiterer solcher Beispiele. Doch die größten Subventionen sind überall auf der Welt in die Atomenergie geflossen.

Wir können uns die Klima-Jobs leisten. Selbst wenn das Geld nicht da wäre, müssten wir handeln, um den Klimawandel zu verhindern. Die britische Regierung schafft zur Zeit keine Arbeitsplätze. Stattdessen hat sie Haushaltskürzungen von 25 Prozent über fünf Jahre angekündigt. Das Land sei pleite, die Staatsverschuldung sei außer Kontrolle und Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen, löse das Problem – so das Argument. Erstens: *Wir sind nicht pleite*. Die britische Staatsverschuldung liegt bei 75 Prozent des Nationaleinkommens. David Cameron und George Osborne warnen nun davor, dass, wenn die Staatsverschuldung die 75 Prozent überschreitet, das Land »pleite« sei. Mit dieser Messlatte war Großbritannien für die meiste Zeit seiner Geschichte seit 1750 »pleite«. Im frühen 19. Jahrhundert lag die Verschuldung nicht bei 75 Prozent des Nationaleinkommens, sondern bei 200 Prozent. Zweitens: *Mit den Kürzungen wird nicht viel gespart*. Wenn die Regierung eine Arbeiterin entlässt, zahlt sie keine Steuern mehr und muss Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Weil die entlassenen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ihre Arbeit verlieren, geben sie sehr viel weniger Geld für Waren und Dienstleistungen aus. Das bedeutet wiederum, dass andere ihre Jobs verlieren, ebenfalls keine Steuern mehr zahlen und Sozialleistungen beantragen müssen. Die öffentlichen Ausgaben inmitten einer Rezession zu kürzen, setzt eine Spirale nach unten in Gang.

Um unser Ziel zu erreichen, müssen Gewerkschafter und Klimaaktivisten zusammenarbeiten. Die Forderung nach einer Million Klima-Jobs hat das Potenzial, eine Massenbewegung für eine Alternative zu den Sparvorgaben hinter sich zu versammeln. Sie könnte den Fatalismus aufbrechen, von dem Gewerkschaften und Basisbewegungen schon zu lange befallen sind. Jeder Streik, der Arbeitsplätze sichert, kann auch Klima-Jobs schaffen. Autofabriken überall auf der Welt schrumpfen oder werden geschlossen. Die betroffenen Arbeiter können fordern, dass die Regierung ihre Arbeitsplätze rettet und die Fabriken auf Elektrobusse oder -autos umstellt. Von der Entlassung bedrohte Bauarbeiter können Arbeit in der Gebäudedämmung fordern. Fabrikarbeiter können eine Umstellung der Fabrikation auf energiesparende Waschmaschinen fordern. Wir können für eine Million Klima-Jobs als nationales Regierungsprojekt von oben kämpfen. Aber wir können für Klima-Jobs ebenso von unten kämpfen, Betrieb für Betrieb. Wir können zeigen, dass eine andere Welt praktisch möglich ist.

Aus dem Englischen von Daniel Fastner

Der Text ist ein Ausschnitt aus der Broschüre *One Million Climate Jobs Now! Solving the economic and environmental crises*, hgg. von der Campaign Against Climate Change Trade Union group UK, Oktober 2010. Sie wurde für die Gewerkschaften PCS, UCU und TSSA verfasst. Daran beteiligt waren Klima- und Umweltaktivisten, Gewerkschafter, Sozialisten sowie weitere Aktivisten, Intellektuelle und Wissenschaftler. Siehe *www.climate-change-jobs.org*.





MILTON ROGOVIN

(30.12.1909–18.1.2011) Optiker, Sozialfotograf und linker Aktivist. Mit seinen Fotoserien dokumentierte er das Leben der Arbeiterklasse und der Native Americans in den USA, Chile und Mexiko. Der von starken Schwarz-Weiß-Kontrasten geprägte Stil orientiert sich an den Arbeiten der Sozialfotografie aus der Zeit der Großen Depression.

Alle Bilder: Ohne Titel, Serie »Arbeiter«/Porzellanfabrik Buffalo 1978





ROSA
AUS RUSSLAND
LUXEMBURG

Diesen erstmals in deutscher Übersetzung veröffentlichten Text schrieb Rosa Luxemburg 1894 für die Zeitung *Sprawa Robotnicza,* die in Paris gedruckt und dann in den russischen Teil Polens geschmuggelt wurde. Neben Rosa Luxemburg gehörten Adolf Warski, Leo Jogiches und Julian Marchlewski zu den Gründern und Mitarbeitern der Zeitung. Alle stammten aus dem russischen Teil Polens, emigrierten in den Westen und fanden in Zürich zusammen. Aus ihrer Bekanntschaft entstand 1893 eine Partei – die Sozialdemokratie des Königreichs Polen (SDKP; später SDKPiL), die erste sozialdemokratische Partei auf dem Boden des Russischen Reichs. Die Zeitung konnte bis 1896 erscheinen.

Rosa Luxemburg lernte in der Redaktionsarbeit das journalistisch-publizistische Rüstzeug, mit dem sie wenige Jahre später auszog, die deutsche Sozialdemokratie für sich zu erobern. Damals war sie noch eine grenzenlose Bewunderin der Partei Wilhelm Liebknechts und August Bebels. Dieser galt es nachzueifern, davon war sie restlos überzeugt. Auch deshalb hielten die vier jungen Sozialdemokraten es für nötig, sich schroff von der anderen Arbeiterpartei in Polen, der Polnischen Sozialistischen Partei, abzugrenzen.

In den Arbeiten Rosa Luxemburgs aus dieser Zeit schälten sich drei Schwerpunkte heraus, die sie später weiterbearbeitete: die für sie im Ausgang des 19. Jahrhunderts gegen die Verfechter eines unabhängigen Polens entschiedene Frage der polnischen Unabhängigkeit; die Frage der Demokratisierung, die für sie eine wichtige Bedingung im Arbeiterkampf war; und das Thema Russland, denn im Russischen Reich sah sie den entscheidenden Kampfboden auch für die Arbeiter aus dem russischen Teil Polens. In »Aus Russland« legte Rosa Luxemburg ihnen die russischen Arbeiter als Brüder ans Herz, mit denen gemeinsam der Sturz des Zarismus gelingen werde.
Holger Politt

DIE ARBEITER SCH ÜBERHAUPT NICHT ZURÜCK RECKTEN JEDOCH

I. Die Arbeiterbewegung flaut nicht ab. An immer mehr Stellen kommt es zu Ausbrüchen, die zeigen, dass die Kapitalisten und die Regierung die russischen Arbeiter genauso ausbeuten und unterdrücken wie bei uns. Es zeigt sich außerdem, dass die Arbeiter auch genauso tapfer für ihre Rechte zu streiten und gegen Ausbeutung zu kämpfen verstehen. Sogar auf den Kaukasus hat sich die Arbeiterbewegung bereits ausgedehnt. Kürzlich fand dort ein großer Streik statt. In der Stadt Tiflis arbeiten in der Tabakfabrik »Bosardshantza« ungefähr 400 Arbeiter. Vor 13 Jahren, als die Regierung die Akzise (eine Steuer) für Tabak erhöhte, senkte der Herr Fabrikbesitzer sofort den Lohn der Arbeiter. Ganz offensichtlich wollte er sich auf diese Weise auf Kosten der Arbeiter für den geringeren Warenausstoß schadlos halten. Die Zeiten für die Tabakindustrie standen damals schlecht, so dass die Arbeiter keinen Widerstand leisten konnten und die niedrigeren Löhne akzeptieren mussten. Doch der Herr Brotgeber meinte, er lasse sich das miese Geschäft zu wenig vergüten und kürzte den sowieso schon erbärmlichen Lohn. Er erfand dazu noch ein weiteres Verfahren. So gründete er vor 13 Jahren in seiner Fabrik eine Krankenkasse, die auch im Falle von Begräbnissen, Altersrente und bei unerwarteten Unglücksfällen zu helfen vorgab. Die Arbeiter waren einverstanden, in diese Kasse ein Prozent ihres Lohnes einzuzahlen. Da alle zusammen jährlich 70 bis 80 Rubel verdienen, flossen jedes Jahr bis zu 800 Rubel in die Kasse. Bis zum heutigen Tage haben sich so in der Kasse ungefähr 10 000 Rubel aus dem Arbeiterfonds angesammelt. Die Kasse verwaltet der gnädige Herr Fabrikbesitzer selbst. Was sich mit dieser dann tat, erfuhren die Arbeiter nicht und konnten es über lange Zeit nicht in Erfahrung bringen. Nun starb in diesem Jahr einer der Arbeiter und wie üblich hinterließ er bei sich zu Hause außer Elend keinen Groschen Erspartes. Die Arbeiter forderten aus ihrer Kasse

RECKTEN JEDOCH
T ZURÜCK
ÜBERHAUPT NICHT
DIE ARBEITER SCH

Geld für das Begräbnis des Genossen. Der Herr Fabrikbesitzer lehnte jedoch ab. Hätten die Arbeiter sich damals mit dem Nichts abspeisen lassen, der gesamte Fonds wäre in die tiefen Taschen des Fabrikanten gerutscht und das Geschäftchen geglückt: 10 000 Arbeiterrubel hätten dem Brotgeber einen neuen »reinen Profit« eingebracht. Doch die Arbeiter wollten sich nicht auf solch plumpe Weise am hellen Tag ausrauben lassen. Sie traten zur Beratung zusammen und streikten. Der Fabrikbesitzer wandte sich um Hilfe an die Polizei und sofort erschien der Polizeimeister. Die Arbeiter berichteten über die ganze Angelegenheit mit der Kasse und forderten, die Kasse sofort unter die Kontrolle der Verwaltung zu stellen, damit sie in Erfahrung bringen können, was sich mit ihrem Fonds tut. Heilig versprach der Polizeimeister, die Sache zu erledigen, und bat die Arbeiter, an die Arbeit zurückzukehren. Doch auch hier ließen die Arbeiter sich nicht mit dem Nichts abspeisen. Sie sagten, dass sie solange nicht an die Arbeit zurückkehren würden, bis ihnen der Fabrikbesitzer die Kasse aushändige. In der Zwischenzeit erhielt der Polizeimeister vom Herrn Fabrikbesitzer sicherlich einhundert der guten Zigarren, denn der beeilte sich überhaupt nicht in der Sache. Folglich streikten die Arbeiter hartnäckig weiter und wiederholten ihre Forderung. Außerdem, da sie ja freie Zeit hatten, verordneten sie sich sehr häufig Massenversammlungen, auf denen sie ihre Angelegenheiten besprachen. Infolgedessen nahm der Polizeimeister am 10. August Meister Arutjunow fest, den Hauptanführer. Die Arbeiter schreckten jedoch überhaupt nicht zurück und verabschiedeten 300-fach eine gemeinsame Forderung an den Gouverneur, damit in der Sache der Kasse eine Untersuchung durchgeführt und ihnen die Kasse übergeben werde. Jetzt konnte sich die Polizei nicht mehr länger herumdrücken. Eine Untersuchung wurde angesetzt, die Kasse wurde natürlich nicht gefunden, doch den Arbeitern wurden vom

DOCH DIE ARBEITE
LÄNGST NOCH NICH
HT NACH.
R GABEN HIER

Fabrikanten die ausstehenden 10 000 Rubel zugestanden und diesem Herrn wurde untersagt, weiterhin von den Arbeitern irgendwelche Prozente einzubehalten. Auf diese Weise errangen die Arbeiter standhaft und mutig den Sieg: Der unverfrorene Diebstahl des Herrn Fabrikbesitzers misslang.

Doch die Arbeiter gaben hier längst noch nicht nach. Als treue Genossen wollten sie ihren verhafteten Anführer nicht im Stich lassen. Sie belagerten das Polizeigebäude also von allen Seiten und forderten die sofortige Freilassung. Gleichzeitig forderten sie, dass man ihnen eine andere Arbeit zuweise, da sie zu dem schäbigen Fabrikantendieb nicht zurückkehren wollten. Daraufhin ließ der Polizeimeister Kosaken herbeordern und drohte, sollten sie nicht auseinander gehen, mit Gott weiß was. Doch die Arbeiter erzwangen die formale Erlaubnis, selbst eine Delegation zum Gouverneur schicken zu können, um ihre Forderungen vorzubringen: Freilassung des Genossen und neue Beschäftigung.

So tapfer halten sich unsere Genossen in Russland. Überall kämpfen sie genauso tapfer und mutig wie unsere polnischen Arbeiter. In den zurückliegenden anderthalb Jahren hatten wir Nachrichten über Kämpfe von diesen Orten: aus Petersburg und aus Rostow am Don, aus Wilna in Litauen und aus dem Gouvernement Samara an der Wolga, aus Mittelrussland – aus dem Gouvernement Rjasan, und schließlich aus Tiflis im Kaukasus. Wir hören von überall her und immerzu vom mutigen und solidarischen Kampf der russischen Genossen. Und diese Nachrichten erreichen uns nur von den größten Streiks. Die kleineren und die kleinen Vorfälle tragen sich nämlich, ganz so wie bei uns, ohne Mitteilung zu. Unsere Genossen kämpfen also genau wie wir – um höhere Löhne, um kürzere Arbeitstage, verteidigen sich gegen Betrug und Missbrauch. Gleichzeitig machen sie sozialistische und politische Agitation.

R GABEN HIER
HT NACH.
LÄNGST NOCH NIC
DOCH DIE ARBEITE

Mal werden Arbeiter hier, mal dort verhaftet wegen der Teilnahme an Zirkeln, wegen Agitation. Darüber erhielten wir bereits genaue Informationen. Worin also unterscheidet sich der russische Arbeiter von dem unsrigen? Nur dadurch, dass sich die Agitatoren noch nicht in einer Partei zusammengeschlossen haben und dass sie den Ersten Mai nicht mit Arbeitsstilllegungen feiern. Doch auch das werden wir innerhalb weniger Jahre erleben, und dann wird es überhaupt keinen Unterschied geben zwischen dem Arbeiterpolen und dem Arbeiterrussland. Unsere Sozialpatrioten aber wagen es, dem russischen Arbeiter vollkommene Finsternis und das Fehlen jeder Bewegung vorzuwerfen, und auf dieser Grundlage wollen sie ihr unabhängiges Polen errichten!

II. Vor kurzem ist in Russland ein für uns sehr interessantes Dokument erschienen – das Programm der »Arbeiter Südrusslands«. Unsere russischen Genossen haben sich, wie aus dem Dokument ersichtlich, in einer Gruppe vereinigt, die die wichtigsten Orte in Südrussland umfasst. Ihr Programm beweist, dass die russischen Genossen im politischen Kampf auf demselben Boden stehen wie wir, dass sie die ganze Bedeutung des Sturzes der Zarenherrschaft und des Erreichens der Konstitution verstehen.

Wir wiederholen hier in der Übersetzung die Hauptpunkte des Programms der »Arbeiter Südrusslands«:

»Aus der Erwägung heraus, dass mit der Entwicklung des kapitalistischen Systems, also eines Systems, in dem das Arbeitsprodukt zur Ware wird, die Kleinproduktion in der Konkurrenz mit der kapitalistischen Produktion verschwindet und dass sich die wirtschaftliche Lage des Volkes mit der immer breiteren Anwendung von Maschinen immer mehr verschlechtert; – aus dieser Erwägung heraus erachten wir, die Arbeiter Südrusslands, dass sich unsere

UNSEREN RUSSISCH

ÜBERSENDEN WIR E

HRLICHE WÜNSCHE

EN GENOSSEN

wirtschaftliche Situation erst dann verbessern kann, wenn der Boden und die Arbeitsmittel verstaatlicht werden und die Produktion nach den Bedürfnissen aller Mitglieder der Gesellschaft organisiert wird.

Zum Erreichen dieses letzten Zieles erachten wir es als unerlässlich, dass die Regierung ausschließlich der Willensvollstrecker des Volkes ist, welches über seine Vertreter selbst das Recht verabschieden wird; mit einem Wort, wir fordern die Konstitution nach folgenden Grundsätzen:

1 | allgemeines, unmittelbares, für alle gleiches Wahlrecht ab dem 20. Lebensjahr sowohl für die gesetzgebende Versammlung als auch für die örtlichen Selbstverwaltungsorgane;

2 | eine gesetzgebende Versammlung ohne höhere Abgeordnetenkammer und ohne Senat;

3 | Unabhängigkeit der Wähler vom Wohnort;

4 | ein staatliches Gehalt für die Volksvertreter;

5 | alle Wahlen an Feiertagen;

6 | Gewissens- und Religionsfreiheit, Abschaffung des Regierungsgehalts für die Geistlichkeit der herrschenden Religion;

7 | Druck-, Meinungs-, Gewerkschafts- und Versammlungsfreiheit;

8 | Unabhängigkeit und Offenheit der Gerichte, Geschworenengerichte;

9 | Wählbarkeit aller Beamten;

10 | Unverletzbarkeit der Wohnung und der Person der Bürger;

11 | Allgemeine Schulpflicht auf Regierungskosten;

12 | Abschaffung des ständigen Heeres und seine Umwandlung in die allgemeine Bewaffnung des Volkes. Dieser Punkt ist besonders wichtig, da das Militär die besten Arbeiter herausreißt, sie demoralisiert und zugleich in den Händen der Regierung als Werkzeug zur Unterdrückung des Volkes dient.«

IEN GENOSSEN
HRLICHE WÜNSCHE
ÜBERSENDEN WIR E
UNSEREN RUSSISCH

Weiterhin fordert das Programm die Einführung der progressiven Einkommens- und Erbschaftssteuer. Die fatale Lage der Bauernmassen nicht vergessend, fordern die »Arbeiter Südrusslands« die Nationalisierung aller Regierungsböden sowie der nicht gekauften gepfändeten Besitzungen und deren Übereignung in die Pacht für die Bauern.

Zum Schluss spricht das Programm über ökonomische Forderungen zur vorläufigen Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse; u.a. verkündet es die Forderung auf das Recht eines Acht-Stunden-Tages.

Die »Arbeiter Südrusslands« enden mit der Zusicherung, für die Durchsetzung ihrer Forderungen die einzelnen Arbeitergruppen in einer Partei zusammenzuschließen, und sie sind bereit, sobald die entsprechende Stärke erreicht ist, mit der Waffe in der Hand die Verwirklichung ihres Programms anzustreben. Die Arbeiter Südrusslands rechnen damit, dass die Genossen aus Nordrussland mit ihren Auffassungen völlig übereinstimmen.

Wie wir also sehen, verstehen die russischen Arbeiter sehr wohl die Tragweite des politischen Kampfes und die Notwendigkeit, sich in einer Partei zusammenzuschließen. Die vorläufige Vereinigung der Arbeiter einzelner Orte in einem Südrussischen Bund ist bereits ein großer Schritt vorwärts in diese Richtung.

Unseren russischen Genossen übersenden wir ehrliche Wünsche für größtmögliche Erfolge im Kampf und zugleich die Zusicherung, dass sie mit der brüderlichen Solidarität aller sozialdemokratischen Arbeiter aus Kongresspolen rechnen können.

Aus dem Polnischen von Holger Politt
Erschienen in *Sprawa Robotnicza* (Arbeitersache), Nr. 15/16, Nov.–Dez. 1894.

DIE LINKE UND DIE AUSBEUTUNG DER NATUR

EDUARDO GUDYNAS

Die Machtübernahme der progressiven oder neuen linken Regierungen in Südamerika führte zu einem Politikwechsel: Man hat sich vom Reduktionismus des Marktmodells verabschiedet und verfolgt eine andere Entwicklungsstrategie. In einigen Teilbereichen wurden bedeutende Fortschritte erzielt, so z.B. auf dem Terrain der internationalen Politik und bei der Bekämpfung der Armut. In diesem Sinne hätte man auch in der Umweltpolitik Veränderungen erwartet, die der fortschreitenden Umweltzerstörung ein Ende setzten. Stattdessen wurde in fast allen Ländern ein extraktivistischer Weg eingeschlagen, mit vielschichtigen sozialen und ökologischen Folgen.

GROSSE ANKÜNDIGUNGEN

Die neue Linke Südamerikas ist eine heterogene Einheit von Regierungen, politischen Parteien und Koalitionen. Am bekanntesten sind die Regierungen von Néstor Kirchner und Cristina Fernández de Kirchner (Argentinien), Evo Morales (Bolivien), Luiz Inácio Lula

da Silva (Brasilien), Rafael Correa (Ecuador), Fernando Lugo (Paraguay), Tabaré Vázquez und seines Nachfolgers José Mujica (Uruguay), Hugo Chávez (Venezuela) sowie die ehemalige Regierung von Michelle Bachelet (Chile). Ihre Ähnlichkeiten und Unterschiede sind Ausgangspunkt vieler Analysen.[1] Mit ihrer Machtübernahme kündigten sie umfassende, teilweise radikale Veränderungen an: In Ecuador verteidigt die *Alianza País*[2] eine »Revolution der Bürger«, in Venezuela wird der »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« propagiert, und in Uruguay sprach Tabaré Vázquez bei seinem Amtsantritt im März 2005 davon, dass »die Bäume bis in die Wurzeln erzittern werden«. Allerdings bedeutet Transformation in jedem dieser Länder etwas sehr unterschiedliches, und so werden sich z.B. Uruguay mit seiner Überbürokratisierung und Bolivien mit seinen sozialen Brüchen niemals gleichen.

Einig ist man sich allerdings darin, dass mit der neoliberalen Politik der Privilegierung des Marktes gebrochen werden muss. Die Regierungen verstehen sich als Vertretung der einfachen Leute und in einigen Fällen sogar der am meisten Unterdrückten wie der indigenen Bewegungen oder der Kleinbauern. Die Welle der Privatisierungen wurde gestoppt und teilweise wurden Unternehmen wieder verstaatlicht. Das Problem der Armut wird nicht weiter verschleiert, sondern mit staatlichen Programmen bekämpft. Es wird zweifelsohne versucht, eine Art Sozialstaat zu befördern, d.h. ihn zu stärken oder dort, wo er bisher nicht existierte, aufzubauen. Trotz aller Verlautbarungen sind jedoch zahlreiche Kontinuitäten zu beobachten: Entwicklung wird als ökonomische Entwicklung verstanden, und das wichtigste sei es, Exporte, speziell die Ausfuhr von Primärrohstoffen, zu fördern sowie Investitionen anzulocken. Dieser Weg produziert tiefe ökologische und soziale Widersprüche, deren Wirkung bereits zu spüren ist.

ZERSTÖRUNG DER NATUR

In allen Ländern mit progressiven Regierungen wurden der Bergbau, die Gas- und Erdölgewinnung und die ausgedehnten Monokultur-Anbauflächen, die für den Export produzieren, nicht angetastet. Oft wurden diese extraktivistischen Sektoren sogar noch gestärkt. Ihre volkswirtschaftliche Bedeutung ist immens: Der Anteil der fossilen Energieträger am Export beträgt in Venezuela über 90 Prozent, in Chile machen Mineralien 60 Prozent der Exporte aus. Die sozialen und umweltpolitischen Folgen dieser Wirtschaftszweige reichen von der Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen über Gesundheitsschäden bis hin zu Entwaldung oder Wasserverschmutzung. Zugleich führen sie zu sozialen Protesten, Gerichtsverfahren, Straßenblockaden oder Streiks.

In einigen Fällen verhält sich der Staat betont zentralistisch und kontrolliert nicht, was in den entlegenen Ecken des Landes geschieht. In der Folge weitet sich die Ausbeutung der Ressourcen in den Berg- und Wüstenregionen nahezu unbeobachtet aus. Ein Beispiel sind die informellen Goldminen oder die Waldrodungen in den unzugänglichen Teilen des Amazonasgebietes. Die Bekämpfung von Umweltproblemen wird durch Korruption, eine unzureichende Überwachung, fehlende Sanktionsmöglichkeiten sowie die Schwäche der Gerichte behindert. In einigen Ländern gibt es zudem Kräfte, die versuchen, die

Umweltgesetzgebung zu »flexibilisieren«, d.h. Mindestanforderungen zu reduzieren und die Kriterien großzügig auszulegen. Diese Tendenz war während der zweiten Amtszeit von Lula da Silva in Brasilien zu beobachten. Hier wurde sogar die Umweltschutzbehörde umstrukturiert, weil sie sich weigerte, Genehmigungen für Großprojekte wie den Staudammbau im Amazonas auszustellen. In Bolivien soll das Genehmigungsverfahren zur Erdölförderung in von bäuerlichen Gemeinschaften oder indigenen Völkern bewohnten Gebieten erleichtert werden; die Regierung Morales plant hierzu ein entsprechendes Gesetz über fossile Energieträger (Villegas 2010).

Alle progressiven Regierungen teilen die Vorstellung von einem ökologisch reichen Südamerika. Es wird unterstellt, dass die Ressourcen noch lange nicht zur Neige gehen, dass die lokalen Ökosysteme enorme Potenziale enthalten, die Folgen des Raubbaus abzufedern, und dass die ökologischen Probleme, vor denen die Industrieländer stehen, sich hier nicht wiederholen werden. In Venezuela wird gebetsmühlenartig wiederholt, dass man die größten Reserven an fossilen Energieträgern in ganz Lateinamerika besitze, und der Druck, sie zu fördern, ist so groß, dass Debatten über die ökologischen Folgen kein Gehör finden (García Gaudilla 2009). Im Falle Ecuadors wiederholt Präsident Rafael Correa stetig, dass, »wenn man nicht ein Bettler sein wolle, der auf einem Sack mit Gold sitzt«, es unverantwortlich sei, den natürlichen Reichtum nicht auszuschöpfen. Diese Metapher hat er schon mehrfach benutzt, etwa um das Gesetz über den Bergbau (*El Universo* vom 16.1.2009) oder die Förderpläne für das Ölfeld *Ishpingo Tambococha Tiputini (ITT)* im Yasuní-Nationalpark zu begründen, sollte es nicht gelingen, auf internationaler Ebene Kompensationszahlungen dafür zu erhalten, die Vorkommen für immer unter der Erde zu lassen (*EFE* vom 21.2.2009). Correa hat den Abbau von Bodenschätzen sowohl als Instrument zur Armutsbekämpfung (*Radio Cooperativa de Chile* vom 6.6.2009) als auch als entscheidenden Impulsgeber für die wirtschaftliche Entwicklung bezeichnet (*Reuters* vom 5.11.2009).

Es wird sich auf technische Lösungen berufen, mit deren Einsatz Schäden für die Umwelt reduziert oder vermieden werden sollen. Neue Technologien können viel ausmachen, sie verhindern aber nicht grundsätzlich die negativen Folgen für die Umwelt. Manche dieser Lösungen strotzen nur so von Fortschrittsoptimismus, so etwa die vom brasilianischen Präsidenten Lula da Silva und seinem Umweltminister Carlos Minc unterstützten »Staudamm-Plattformen«: Die riesigen Wasserkraftwerke im Amazonasgebiet werden mit Offshore-Plattformen zur Erdölgewinnung gleichgesetzt, als ob sie isoliert in einem »Ozean des tropischen Regenwaldes« errichtet würden. Die Folgen der Aufstauung der Flüsse, des Eingriffs in den natürlichen Wasserkreislauf und des Verschwindens von Tausenden Hektar tropischen Regenwalds in den Fluten der Stauseen werden einfach ausgeblendet. Die Nachlässigkeit gegenüber der Umwelt zeigt sich besonders in der Vorstellung, Umweltgüter und -dienstleistungen seien vermarktbar. Ökosysteme werden in Waren und Dienstleistungen verwandelt und auf den Märkten gehandelt, um Mittel zu erwirtschaften, die wiederum in den Umwelt-

schutz re-investiert werden. Die Natur wird wie ein Korb voller Waren betrachtet, und Entscheidungen werden nach Rentabilitätskriterien getroffen, d.h. danach, ob mehr Gewinn durch Umweltdienstleistungen oder durch den Export von Erdöl und Mineralien erzielt werden kann. Die Managementinstrumente sind dabei nur wenig erfolgreich und können eine staatliche Umweltpolitik nicht ersetzen.

NEO-EXTRAKTIVISMUS

Während die »alte Linke« die Bergbauindustrie oder die Erdölunternehmen nicht nur wegen der Folgen für die Umwelt, sondern auch dafür kritisierte, dass sie als Schlüsselindustrien keine nennenswerten Staatseinnahmen einbrachten, hält die »neue Linke« am Extraktivismus fest (Gudynas 2009). Zwar mischt der Staat im Vergleich zu früher stärker mit: In einigen Fällen wurden Abgaben und Gebühren erhöht und der Abbau wird effektiver reguliert. Jedoch sind die ausländischen Unternehmen nach wie vor beteiligt, die Abhängigkeit von den globalen Märkten verschärft sich und der Staat zahlt weiterhin Subventionen. Eines der prägnantesten Beispiele hierfür sind die Hilfen der Regierung Morales zur Ausbeutung der Eisenerzvorkommen.

Während der Extraktivismus in der Vergangenheit mit Armut und ökonomischer Marginalisierung verbunden war, ist er jetzt zum Motor der Entwicklung und zu einer unverzichtbaren Finanzquelle für die Sozialprogramme geworden, wie das Beispiel der brasilianischen Agrarreform zeigt. Die Comissão Pastoral da Terra (CPT), die Brasilianische Landpastorale, kritisiert, dass die Regierung von Lula da Silva sich von einer grundsätzlichen Landreform verabschiedet hat und auf die »Regulation des Eigentums«, die Regulierung einer weiteren Expansion der Agrarunternehmen setzt (de Oliveira 2009). Letztlich geht es darum, die Landnutzung am Bedarf der exportorientierten Agrarindustrie zu orientieren.

In vielen Fällen kommt es fast zu einer Art Erpressung: Wer den Extraktivismus in Frage stellt, riskiere, dass die Sozialpläne eingestellt werden müssten und Entwicklungschancen verpasst würden. Den Kritikern des Extraktivismus wird unterstellt, sie befürworteten Armut. Die gegenwärtige Form der Ausbeutung der Natur wird als alternativlos dargestellt. Es könne lediglich versucht werden, die sozialen und ökologischen Auswirkungen abzumildern. Mitte 2009 äußerte sich der bolivianische Präsident Evo Morales zu den Protesten der bäuerlichen und indigenen Gemeinschaften gegen die Erkundung von Erdölvorkommen nördlich von La Paz mit deutlichem Unmut: »Wovon wird Bolivien leben, wenn einige Nichtregierungsorganisationen sagen ›Keine Ölförderung im Amazonas‹?« […] Sie sagen damit in anderen Worten, dass es kein Geld für das bolivianische Volk geben wird, dass es kein IDH geben wird, dass es keine Staatseinnahmen geben wird. Sie sagen aber auch, dass es weder die Gutscheinprogramme Juancito Pinto und Juana Azurduy noch eine würdige Rente geben wird.«[3]

Solche Erklärungen werden von allen progressiven Regierungen abgegeben, die auf ein exportgetriebenes und auf ausländische Investitionen zielendes Wirtschaftswachstum setzen. Sicherlich spielt der Staat heute eine aktivere Rolle und die Regeln, nach denen die Gewinne verteilt werden, haben sich geändert.

Aber davon abgesehen wird Entwicklung weiterhin als ökonomisches Wachstum und als Kapitalzufluss organisiert. Die Investitionen oder Exporte dürfen nicht in Frage gestellt werden. Zur Debatte steht lediglich die Verwendung der Staatseinnahmen. Offen bekannt hat sich hierzu der neue Präsident Uruguays, José »Pepe« Mujica. Seinem radikalen Image zum Trotz stellte er kürzlich fest, dass »wir Investitionen von außerhalb brauchen« und es darüber keine Auseinandersetzung geben dürfe, weil dieses Kapital dringend notwendig sei. »Später können wir darüber diskutieren, ob wir die Erlöse aus den Investitionen, die Steuern, die wir einnehmen, gut oder richtig einsetzen, das ja«, so Mujica (*El Observador Montevideo* vom 12.2.2010). Schleichend konsolidiert sich ein Entwicklungsmodell, mit dem die uruguayische Linke mit vielen Grundsätzen ihrer eigenen Geschichte bricht. Ganz allmählich wird nicht mehr darüber gestritten, was Entwicklung ausmacht. Strategische Diskussionen finden überhaupt kaum noch statt, und es wird erst recht nicht mehr darüber gesprochen, diesen sozialstaatlichen Kapitalismus zu überwinden. Das Ergebnis ist ein »gütiger Kapitalismus«: Die kapitalistischen Grundlagen werden akzeptiert, man gesteht allerdings zu, dass einige der negativen Auswirkungen wie Armut oder Ungleichheit durch Reformen und Anpassungsmaßnahmen abgeschwächt werden (Gudynas 2010). Selbst in der gegenwärtigen globalen Wirtschaftskrise plädieren die Vertreter dieser Strömung dafür, den Extraktivismus zu verschärfen und zu beschleunigen, um mit Hilfe der Exporte die Finanzprobleme des Staates zu kompensieren.

Teilweise gerät diese Position bereits ins Wanken. Am wenigsten ist dies in Uruguay und Venezuela der Fall. In Uruguay dominieren die Parteien die Politik, und es existiert für lateinamerikanische Verhältnisse ein ausgeprägter Wohlfahrtsstaat. Außerdem interessiert sich die uruguayische Linke nicht für das Ökologie-Thema und begreift es als Gegensatz zur Produktion.[4] In Venezuela sind die Umweltorganisationen geschwächt. Bei politischen Umwälzungen in einem Land mit dieser ungebrochen hohen kulturellen Bedeutung des Erdölreichtums stehen ökologische Fragen weit hinten an. In Bolivien dagegen kommt es, ausgehend von Protesten aus den ländlichen Regionen, schrittweise zu einer Wiederbelebung der Umweltdebatte, auch wenn die politische Hegemonie der MAS (Bewegung für den Sozialismus) und ihrer Verbündeten sowie die Leichtigkeit, mit der viele der umweltpolitischen Argumente als anti-revolutionär tituliert werden, Hindernisse darstellen. In Argentinien wird gegen den Bergbau protestiert und es gibt Kritik am extensiven Anbau von Soja-Monokulturen. In Brasilien wird über den Bau von Staudämmen im Amazonasgebiet, über die Abholzung und die Ausdehnung der Anbauflächen im Cerrado[5] oder über die Minen im Nordosten diskutiert. In Chile und auch in Paraguay wird über die Forstwirtschaft und die Bergbauindustrie gestritten. In Paraguay ist diese Diskussion unmittelbar mit Forderungen verknüpft, die Armut zu reduzieren und die Menschenrechte einzuhalten. In Ecuador werden die wahrscheinlich weitest reichenden Debatten geführt, etwa über den Schutz der Biodiversität oder ein Erdölförder-Moratorium im Amazonasgebiet.



Kris Krüg, World People's Conference on Climate Change Cochabamba, Bolivien

ÖKONOMIE GEGEN ÖKOLOGIE

Die progressiven Regierungen betrachten die Ökologie-Debatten als Teil eines unvermeidlichen Widerspruchs zwischen Ökonomie und Ökologie, als Entwicklungshemmnis und als Hindernis für ihre Sozialpolitik. Diese Entgegensetzung ist ein Rückfall hinter die Debatten der 1970er Jahre, wie etwa in *Die Grenzen des Wachstums* (Meadows et al. 1972) diskutiert. Ende der 1980er Jahre wurde versucht, diese Gegensätzlichkeit aufzulösen und die Bewahrung der Umwelt als Grundvoraussetzung für Entwicklung zu verstehen. Mit anderen Worten: Es gibt kein Wirtschaften ohne eine ökologische Ausgangsbasis. Diese Vorstellung war nicht unproblematisch: Einflussreiche Sektoren, die Entwicklung nur als ökonomisches Wachstum verstehen, präsentierten die Bewahrung der Natur als zwingend notwendig, um Wachstum zu sichern und fortzusetzen. Am besten wird dies anhand der Bezeichnung »Nachhaltige Entwicklung« deutlich, die von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung in ihrem Bericht *Unsere gemeinsame Zukunft* (CMMAD 1987) geprägt wurde. Der Gegensatz Ökologie versus Ökonomie der 1970er Jahre wurde in Richtung einer ökologischen Wachstumsökonomie aufgelöst.

Die Diskussion über diese Fragen kam in den 1990er Jahren und Anfang des 21.

Jahrhunderts in Lateinamerika nur zögerlich in Gang. Die Marktreformen drängten das Umweltthema an den Rand und begünstigten einen sehr reduzierten Entwicklungsbegriff. Für die Umweltproblematik wurden unternehmerische und marktgerechte Lösungen gefunden und die Natur wurde selbst immer mehr zur Ware. Der Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie schien durch die Unterwerfung der Ökologie unter die Ökonomie des Marktes verschwunden. Ökologische Probleme werden heute nicht mehr geleugnet oder ausgeblendet, sondern es wird nach einer Lösung gesucht, mit der zugleich Geld verdient wird. Diese Botschaft wird derzeit überall verbreitet, wie z.B. im Bericht »Grünes Wachstum« des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), der an den Umweltschutz angepasste Marktmechanismen fordert und eine »Ökonomie der Ökosysteme« ausruft (UNEP 2010). Es gibt hieran zwar Kritik aus der Umweltbewegung. Die Kritik der Linken am Reduktionismus des Marktes reicht jedoch nur bis zu dem Punkt, an dem das Ökologie-Thema aufgegriffen werden müsste. Letztlich wurde die marktförmige Inwertsetzung der Natur akzeptiert. Der globale Kapitalismus wird kritisiert, aber man will weiter am Weltmarkt teilhaben, z.B. am Emissionshandel mit CO_2-Zertifikaten. Es wird von Alternativen geredet, aber tatsächlich wird eine Ökonomie gestärkt, die auf der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen beruht.

Einige Warnungen älteren Datums, vor allem aus den 1970er Jahren, sind heute noch aktuell. So publizierte z.B. Hans Magnus Enzensberger 1973 einen Schlüsseltext zur Ökologiepolitik. Dabei stellte er u.a. den technologischen Optimismus der marxistischen Tradition in Frage und zögerte nicht, trotz aller Kritik am Kapitalismus, darauf hinzuweisen, dass in den staatssozialistischen Ländern sich das ökologische Debakel wiederhole (Enzensberger 1976, dt. 1973). Die Regime dieses real existierenden Sozialismus verschwiegen die ökologischen Probleme und unterdrückten umweltpolitische Forderungen der Bürger. Jedwede Form eines neuen südamerikanischen Sozialismus darf diese historische Wahrheit nicht ignorieren. Ein weiteres Argument von Enzensberger passt, wenn auch etwas modifiziert, ebenfalls auf die heutige Situation: Die Kritik der Linken und teilweise sogar der fortschrittlichen Regierungen an den transnationalen Konzernen, die sich unserer Ressourcen bemächtigen, oder der Werbeindustrie, die den Konsum befördert, führt nicht per se zu einer Verbesserung der Umweltbedingungen. Die Kritik stoppt weder die Entwaldung noch reduziert sie den Konsumismus. Viele der Debatten führen eher dazu, wie Enzensberger es beschreibt, »die subversive Macht und die Kritik des Marxismus zu kommerzialisieren«, um sie letztendlich in eine »Serie von stereotypen Phrasen, die, in ihrer Abstraktion, so unumstößlich wie unnütz sind«, umzuwandeln. Dieser Eindruck wiederholt sich heute: Einige Regierende und progressive Intellektuelle geben sozialistische Schönfärbereien und harte Kritik am herrschenden Kapitalismus von sich – in vielen Fällen durchaus gut begründet –, setzen aber weder eine konzeptionelle Erneuerung noch eine effektive Regierungsführung um. Die globale Ökonomie wird kritisiert, und doch arrangiert man sich mit ihr. Der Kapitalismus wird kritisiert, aber in der Praxis wird das



flickr/Evolve-Love

extraktivistische Wirtschaftsmodell gestärkt. Eine erneuerte Linke darf nicht aufhören, Kritik zu üben, aber diese allein ist nicht ausreichend. Auch muss das Umweltthema neu aufgenommen werden, anstatt diejenigen, die sich dafür stark machen, auszugrenzen.

Der Protest und die durch Umweltorganisationen angestrengten Gerichtsverfahren legen die Beschränktheit der gegenwärtigen Politik der progressiven Regierungen offen: Das Ziel »Soziale Gerechtigkeit«, eine der klassischen Forderungen der Linken, wird nicht konsequent verfolgt. Die Kritik ist für diejenigen, die aktuell regieren, teilweise schmerzlich, und es ist gut möglich, dass hierin die heftigen Reaktionen Rafael Correas, Lula da Silvas und Evo Morales' gegen Umweltaktivisten gründen. Es sind jedoch die sozialen und ökologischen Folgen des Extraktivismus, die die Kritik, den Protest oder die Desillusionierung gegenüber der regierenden Linken befördern. In intellektuellen Auseinandersetzungen, aber auch unter sozial Engagierten und im alltäglichen Miteinander hört man immer wieder: Wenn diese Regierungen Erneuerung ankündigen, wenn sie Gerechtigkeit und Solidarität ausrufen, warum zerstören sie dann weiter die Natur?

ÖKOLOGIE UND POLITISCHE ERNEUERUNG

Im 21. Jahrhundert kann keine linke Alternative, sozialistisch oder nicht, das Umweltthema außen vor lassen. Es gehört zu jedwedem neuen Denken dazu und ist nicht nur ein Teilaspekt einer allgemeinen Kritik am Kapitalismus. Eine andere Haltung ist notwendig, die Missachtung der Ökologie muss beendet werden. Die Umweltverschmutzung, die Entwaldung, der Müll in den Städten etc. sind reale Probleme und betreffen viele Menschen. Eine Linke, die die Diskurse von vor mehr als zehn Jahren wiederholt und die Verschlechterung der Umweltbedingungen bagatellisiert oder gar verschweigt, ist nicht tolerierbar. Die ökologischen Grenzen müssen anerkannt werden. Wir können nicht endlos auf ökonomisches Wachstum setzen, weil der Planet die Folgen dieser Politik nicht aushält. Die Vorstellung vom Überfluss muss durch das Wissen um die reale Knappheit ersetzt werden. Das heißt nicht, dass es keine ernsthaften Probleme der Verteilung und der Teilhabe gibt, aber wir dürfen die Grenzen der Natur nicht

ignorieren. Eine Gesellschaft des Überflusses zu propagieren, ist nicht mehr möglich (z.B. Ovejero Lucas 2005).

Die Linke hat mit ihrer Tradition moralischer Ablehnung von Ungleichheit stets die Ärmsten, die Lohnabhängigen, die Marginalisierten in den Vordergrund gestellt. Genau diese Gruppen sind es, die fast immer von den Verschlechterungen der Umweltbedingungen betroffen sind, deren Lebensraum vergiftet wird, die unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden müssen und die hohen ökologischen Risiken ausgesetzt sind. Insofern muss jedes Programm der Linken im 21. Jahrhundert einen wirkungsvollen Aktionsplan zur ökologischen Gerechtigkeit beinhalten – doch den progressiven Regierungen fehlt ein solcher fast vollständig. Für ein Gleichheitsideal, das darauf zielt, die gleichen Konsum- und Verbrauchsraten wie in den industrialisierten Ländern zu erreichen, reichen die zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht aus. »Wenn es nicht genug für Alle und von Allem gibt, wenn wir keine Gesellschaft des Überflusses haben, tauchen die Probleme der Verteilung auf: Was soll verteilt werden? Mit welchen Kriterien? An wen?« (Ovejero Lucas 2005). Die kulturelle Vielfalt Lateinamerikas drückt sich auch in divergierenden Vorstellungen von Lebensqualität und den Beziehungen zwischen Mensch und Natur aus. Eine neue Reflektion über Gerechtigkeit muss die ökologischen Beschränkungen mit einbeziehen und sich zudem demokratisch neu orientieren, um dieser Vielfalt von Werten und Wahrnehmungen gerecht zu werden. Für die gegenwärtige Linke heißt das, der ökologischen Gerechtigkeit muss der gleiche Stellenwert eingeräumt werden wie der sozialen Gerechtigkeit. Die Erpressung, bei der etwa der Extraktivismus als unverzichtbar zur Reduzierung von Armut verteidigt wird, ist sinnlos. Soziale Gerechtigkeit kann ohne ökologische Gerechtigkeit nicht realisiert werden.

BIOZENTRISMUS UND ENTWICKLUNG

Ein weiterer substanzieller Wertewandel muss auf dem Gebiet der Ethik erfolgen. Auch wenn in vielen Diskussionen der Linken Wertedebatten angerissen werden, geschieht dies oft nur rudimentär und beschränkt auf Fragen der Moral. Zwar wird in einigen Überlegungen zum Ökosozialismus die Bedeutung des Gebrauchswertes, also die Bedeutung für die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, betont (z.B. bei Riechmann 2006). Doch auch der Fokus auf den Gebrauchswert macht die Natur zu einem Warenkorb und stellt ihren Nutzen für die Menschen in den Mittelpunkt. Diese anthropozentrische Herangehensweise bildet das Rückgrat der verschiedenen Ausprägungen der Fortschrittsideologie – auch derjenigen der progressiven Regierungen. Die Zerstörung der Umwelt wird toleriert, weil sie als Mittel zum Zweck der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse angesehen wird. Es gilt, die Natur zu erobern und zu dominieren. Dieses Mandat hat seinen Ursprung in der europäischen Moderne und ist in unterschiedlichen Prägungen seit dem Beginn der Kolonialisierung reproduziert worden. Für eine Ethik, verstanden als Debatte über die Formen der Wertzuschreibung, wäre notwendig, den moralischen Anthropozentrismus, für den der Mensch das wichtigste ist, hinter sich zu

lassen und die der Natur immanenten Werte zu akzeptieren. Das bedeutet die Hinwendung zum Biozentrismus. Weder der Gebrauchswert noch die Wichtigkeit gesellschaftlicher Veränderung werden dadurch verneint. Es wird aber zusätzlich anerkannt, dass der Umwelt und den vielfältigen Lebensformen unabhängig von ihrer Nützlichkeit für den Menschen ein eigener Wert innewohnt. Die Bewertungsskala wird vielfältiger und es wird mit der Inwertsetzung der Natur gebrochen.

Diese Debatte setzt gerade ein, wie etwa die Anerkennung eigenständiger Rechte der Natur in der neuen Verfassung von Ecuador zeigt. Sie bereitet den Weg für einen Biozentrismus, der mit der anthropozentrischen Sichtweise bricht. Ein alternatives Entwicklungsmodell mit post-extraktivistischem Charakter, das sich vom instrumentellen Materialismus verabschiedet, nimmt bereits Fahrt auf. Es rückt die Qualität des Lebens als Gutes Leben (Buen Vivir) wieder in den Mittelpunkt und fördert eine neue Sensibilität für soziale und ökologische Gerechtigkeit. Wenn man sich im 21. Jahrhundert als progressiv, sozialistisch, revolutionär oder alternativ bezeichnet, muss man damit aufhören, die Natur zu zerstören, und damit beginnen, sie zu schützen – heute, ohne Ausreden, pausenlos.

Aus dem Spanischen von Stefan Thimmel

Gekürzte Fassung von »¿Si eres tan progresista, por qué destruyes la naturaleza? Neoextractivismo, izquierda y alternativas«, erschienen in *Ecuador Debate* 79, April 2010, 61–82.

LITERATUR

CMMAD: Comisión Mundial del Medio Ambiente y del Desarrollo, 1987: *Nuestro futuro común*, Madrid

de Oliveira, Ariovaldo Umbelino, 2009: *O governo Lula assumiu a contra reforma agrária: a violência do agrobanditismo continua*, Comissão Pastoral da Terra, Secretaria Nacional, Goiânia

Enzensberger, Hans Magnus, 1976: *Para una crítica de la ecología política*, Barcelona (dt. 1973, *Ökologie und Politik*)

García Gaudilla, María Pilar, 2009: Ecosocialismo del siglo XXI y modelo de desarrollo bolivariano: los mitos de la sustentabilidad ambiental y de la democracia participativa en Venezuela, in: *Revista Venezolana Economía y Ciencias Sociales*, 15(1), 187–223

Gudynas, Eduardo, 2009: Diez tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual, in: Centro Andino de Acción Popular und Centro Latino Americano de Ecología Social (Hg.), *Extractivismo, política y sociedad*, Quito, 187–225

Gudynas, Eduardo, 2010: La ecología política de la crisis global y los límites del capitalismo benévolo, in: *Íconos* 36, 53–67

Ovejero Lucas, Félix, 2005: *Proceso abierto. El socialismo después del socialismo*, Barcelona

Riechmann, Jorge, 2006: La crítica socialista al capitalismo, in: Ángel Valencia Sáiz (Hg.), *La izquierda verde*, Barcelona, 67–111

UNEP, 2010: *Annual report 2009: Seizing the green opportunity*, Nairobi

Villegas, Pablo, 2010: *Principales fallas y limitaciones del proceso de consulta previa en Bolivia*, La Paz

1 Auf die Unterschiede zwischen den neuen linken Regierungen kann hier nicht eingegangen werden. Die Begriffe »Linke«, »progressiv«, »Sozialismus« werden frei nach der in Lateinamerika üblichen Weise verwendet. Eine genauere Charakterisierung ist an dieser Stelle nicht möglich. Ich bitte die geneigte Leserschaft um Nachsicht.

2 Ein Parteien- und Bewegungsbündnis, das den amtierenden Präsidenten Rafael Correa unterstützt (Anm. des Übersetzers).

3 Zitiert nach *Agencia Boliviana de Informaciones* vom 10.10.2009. Die Sozialprogramme *IDH*, *J. Pinto* und *J. Azurduy* sowie die *»Rente mit Würde«* werden über den bolivianischen Haushalt, Steuern auf fossile Energieträger und Transferleistungen der staatlichen Erdölgesellschaft finanziert.

4 Die Frente Amplio (Breite Front) in Uruguay ist die erste linke Partei, die im 21. Jahrhundert in ihrem Programm keine Umweltthemen präsentierte. Während Parteien in anderen Ländern Wahlversprechen abgeben, die sie nicht einhalten, erfolgte in Uruguay noch nicht einmal das. Die Frente Amplio hat in den letzten Jahren den Anbau von genmanipulierten Pflanzen, eine Intensivierung der Landwirtschaft, die Nutzung von Atomenergie und die Privatisierung des Umwelt-Monitorings befürwortet.

5 Als »Cerrado« werden die Savannen Zentralbrasiliens bezeichnet (Anm. des Übersetzers).

ALTERNATIVEN ZUM EXTRAKTIVISMUS

KRISE IN EUROPA, DIE YASUNÍ-ITT-INITIATIVE UND DIE RECHTE DER NATUR

EIN GESPRÄCH MIT ALBERTO ACOSTA

Wie sehen Sie aus lateinamerikanischer Perspektive die gegenwärtige Krise in Europa?

Wir sind mit einer internationalen Krise konfrontiert, die viele Facetten hat: Es ist eine Immobilienkrise, eine Finanzkrise, selbstverständlich eine ökonomische Krise im weitesten Sinne, aber gleichzeitig ist es auch eine ökologische Krise, eine Energiekrise, eine Nahrungsmittelkrise und eine ideologische Krise. Was die Schuldenkrise angeht, gleichen die Anpassungsmaßnahmen, die Europa heute erlebt, denen, die die lateinamerikanischen Völker schon hinter sich haben. Das Eingreifen des Internationalen Währungsfonds unterstreicht die Parallele noch. In den USA und in Europa, wo die Spekulationsblase am heftigsten explodiert ist, wurden alle Forderungen der großen Banken und der Banker, also derjenigen, die die Krise verursacht haben, erfüllt. Die Banken wurden mit enormen Steuermitteln gestützt, um das Finanzsystem zu stabilisieren. Die Logik der spekulativen Akkumulation wurde nicht in Zweifel gezogen – ein Glücksfall

für den »neoliberalen Neo-Keynesianismus«. Ergänzend gab es Hilfen für Produktionsbereiche, die wichtig für die Beschäftigung sind, wie zum Beispiel die Automobilindustrie. Der massenhafte Verkauf von Autos mag dazu beigetragen haben, dass die rezessionsbedingten Effekte für den Arbeitsmarkt abgemildert wurden. Dessen Subventionierung geschah jedoch, ohne sich Gedanken über die negativen Folgen für die Umwelt, die Nahrungsmittelversorgung oder den Energieverbrauch zu machen. Analysiert man die in der Europäischen Union durchgeführten Maßnahmen, fällt auf, dass die Renten, die Einkommen der Angestellten im öffentlichen Dienst, die Sozialausgaben und die Investitionen in Infrastruktur gekürzt wurden. Demgegenüber wurden keinerlei Anstrengungen unternommen, die Verursacher der Krise zur Rechenschaft zu ziehen. Wieder einmal zahlen die Ärmsten, die Marginalisierten, die einfachen Menschen die Zeche für eine Krise, die sie nicht verursacht haben.

Es wäre auch eine ganz andere Reaktion möglich gewesen. Die Krise hätte eine Gelegenheit geboten, darüber nachzudenken, wie ein nachhaltiger Rückgang des Wachstums in Europa organisiert werden kann, ohne dass es zu einem Verlust an Lebensqualität kommt. Die Strukturanpassungsmaßnahmen müssten auf mehr zielen, als nur die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Sie müssten erste Schritte für eine wirkliche Transformation des die Umwelt ausplündernden und die soziale Spaltung vorantreibenden europäischen Wirtschaftssystems einleiten.

In Ecuador wird das Projekt einer gesellschaftlichen Transformation von sozialen Mobilisierungen und wachsenden Spannungen zwischen Rafael Correa und der indigenen Bewegung, zum Beispiel zum Thema Wasser, begleitet. Wie ist die aktuelle Situation?

Die Regierung ist dabei, ihren progressiven und revolutionären Charakter zu verlieren. Der Präsident hat den Prozess einer gemeinschaftlichen Entwicklung neuer Perspektiven unter Einbeziehung der sozialen Bewegungen abgebrochen. Ihnen wurde die Tür vor der Nase zugeschlagen. Dabei waren es die sozialen Bewegungen, die den Wahlsieg von Rafael Correa erst möglich machten. Ich will die vielen Verbesserungen nicht leugnen, die in den dreieinhalb Jahren der Regierung Correa erreicht wurden. Dennoch gibt es viele offene Fragen und mittlerweile sind auch einige Widersprüche zu den ursprünglichen Reformideen deutlich geworden. Es wurden keine Fortschritte bei der Neudefinition des Verhältnisses zu den Erdölgesellschaften erzielt. Die Banken machen weiterhin enorme Gewinne: 2008 mehr als 20 Prozent, 2009, im Jahr der Krise, waren es 13 Prozent. Die Agrarindustrie, die großen Nahrungsmittelketten und die Agrarchemieimporteure haben dank der Poltik der Regierung Gewinne eingefahren wie kaum zuvor in der Geschichte des Landes. Die sich selbst revolutionär nennende Regierung hat die Herrschaft der in den Händen weniger konzentrierten Kapitalakkumulation nicht angetastet. Im Bereich der Armutsreduktion sind die Fortschritte daher bescheiden, und auch andere Ungleichheitsindikatoren haben sich kaum verändert.

Die Regierung hatte zudem angekündigt, dass die ecuadorianische Gesellschaft den Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft mit Hilfe von Entwicklung in den Bereichen

Wissen, Biotechnologie und Ökotourismus einschlagen wird. Bisher fehlt es jedoch an klaren Signalen, wie dies erreicht werden soll. Die extraktivistische Logik wird weiterverfolgt, man exportiert weiter Primärgüter und bleibt den Zwängen des Weltmarktes unterworfen. Zusätzlich öffnet die Regierung von Präsident Rafael Correa, der die durch die Erdölförderung verursachten Schäden im Amazonasgebiet genauestens kennt, der Förderung von Erzen, zumal im großflächigen Tagebau, Tür und Tor. Das ist eine Haltung, die ich persönlich nicht akzeptieren kann. Wenn wir dahin kommen wollen, eine post-extraktivistische, eine post-fossile Wirtschaft aufzubauen, wenn wir den Weg des *Buen Vivir* oder des *Sumak Kawsay* beschreiten wollen – mit so reizvoll revolutionären und bahnbrechenden Vorschlägen wie dem, das Rohöl im Nationalpark von Yasuní in der Erde zu lassen –, ist es ein historischer Fehler, einem solchen Extraktivismus »auf Leben und Tod« den Weg zu ebnen.

Sie waren eine der bedeutendsten Stimmen im Streit, den es innerhalb der Regierung zwischen Extraktivismus und Neo-Desarrollismo gab. Damals setzten Sie sich für die Yasuní-ITT-Initiative ein.[1] Wie ist der Stand heute?

Die Unterschrift unter dem Treuhandvertrag, die notwendig war, um das Projekt auch wirklich umzusetzen, ist geleistet. Obwohl Rafael Correa nicht selbst unterschrieben hat, ist das ein historischer Schritt. Ich will meine Genugtuung darüber nicht verschweigen, muss aber auch feststellen, dass das Projekt an einem Punkt ist, an dem es von vielen Seiten bedroht ist. Die Zivilgesellschaft innerhalb und außerhalb von Ecuador muss die aktuellen Entwicklungen wachsam beobachten. Die Erdöl-Lobby, repräsentiert durch ihre Direktoren und Handlanger, wird nicht nachlassen, Druck auszuüben. Zuviel Geld steht auf dem Spiel. Wir erwarten von der Regierung über die Unterzeichnung des Treuhandvertrages hinaus klare Signale für eine Umsetzung. Der Präsident muss seine Unterstützung zeigen, etwa indem er sich förmlich dazu verpflichtet, während seiner Regierungszeit das Gebiet nicht anzutasten. Auch in den angrenzenden Gebieten darf keine Erdölförderung geduldet und die Lebensweise der ohne Außenkontakt lebenden Völker muss in allen Regionen des Amazonasgebietes uneingeschränkt respektiert werden.

Trotz der vielen Probleme hat die Yasuní-ITT-Initiative bereits jetzt viel Gutes hervorgebracht. Das Thema wird landesweit diskutiert und hat es sogar auf die internationale Agenda geschafft. In vielen Regionen des Landes wird die Initiative befürwortet. Direkt nach dem Amtsantritt von Rafael Correa im März 2007 gab es nur zwei Alternativen: die eine, die ich während meiner Amtszeit als Minister für Energie und Bergbau vertreten habe, das Rohöl im Rahmen eines Moratoriums für den zentralen Süden des ecuadorianischen Amazonasgebietes in der Erde zu belassen, und die andere, für die sich der damalige Präsident von Petroecuador stark machte, das Rohöl zu fördern. Zurzeit kristallisiert sich noch eine dritte Alternative heraus: Jeden Tag gewinnen wir mehr Menschen dafür, das Rohöl im Boden zu belassen, auch wenn das Land keine internationalen Kompensationszahlungen dafür erhält.

Wie steht es um die internationale Unterstützung?

Es gibt positive Signale auf Regierungsebene aus Deutschland und vor allem aus Spanien, Belgien, Großbritannien und sogar Frankreich. Es fehlt jedoch an einer lautstarken Positionierung der Zivilgesellschaft dieser und anderer Länder. Die Regierungen der großen Industrienationen betrachten das Projekt als Entwicklungshilfe. Sie, deren Länder den meisten Raubbau weltweit betreiben, weisen jede Mitverantwortung von sich. Derzeit stellt sich uns aber die Frage, ob sie inmitten der Finanzkrise überhaupt noch handlungsfähig sind. Wir müssen trotzdem weiter arbeiten und wachsam sein, um uns nicht auf falsche Lösungen einzulassen, wie z.B. den Vorschlag, das Projekt in den Handel mit Kohlenstoff-Zertifikaten oder den REDD-Mechanismus (Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern) zu integrieren. Der Schuldenerlass ist ebenfalls keine adäquate Lösung, weil man kein »Projekt für das Leben« mit Geld aus illegitimen Schulden, wie den ecuadorianischen Schulden beim spanischen Staat, finanzieren kann. Das muss ganz klar sein.

Wie kann ein kleines Land des Südens wie Ecuador, das durch die internationalen Ungleichheitsverhältnisse und durch jahrhundertelangen Kolonialismus verarmt ist, ein Modell für eine post-extraktivistische und post-neoliberale Ökonomie werden, wenn es keine internationale Unterstützung hat?

Ecuador steht vor vielen Herausforderungen. Dazu gehört, Fehlentwicklungen zu korrigieren. Ecuador fördert Erdöl, Ecuador exportiert Erdöl, aber Ecuador importiert Erdölprodukte, weil es keine ausreichenden Kapazitäten zur Verarbeitung hat. Diese kostspieligen Erdölerzeugnisse wie Diesel verbrennt es wiederum in umweltverschmutzenden Heizkraftwerken, um Elektrizität zu erzeugen. Wir nutzen weder Wasserkraft, noch Sonne, Wind oder Geothermie – immerhin schlafen wir wortwörtlich über einer aktiven Vulkangruppe. Die Energiematrix zu transformieren, die Abhängigkeit vom Erdöl und seinen Derivaten zu reduzieren, ist eine große Aufgabe. Ein weiterer Punkt ist: Warum hinterfragen wir nicht die Subventionen für Benzin, die nicht der Mehrheit der Bevölkerung, sondern hauptsächlich den privilegierten Bevölkerungsschichten zu Gute kommen? Es geht nicht darum, die Subventionen komplett abzuschaffen, sozusagen auf neoliberale Art und Weise. Die Subventionen müssen für arme und marginalisierte Bevölkerungsschichten erhalten bleiben, nicht aber für die Privilegierten. Ein dritter Punkt ist: Die Verträge mit den Erdölgesellschaften müssen neu verhandelt werden, um die Einnahmen des Staates aus jedem Barrel Öl, das gefördert wird, zu maximieren. Ein vierter Punkt ist: In Ecuador und in praktisch allen armen Ländern, aber auch in Europa braucht es eine angemessene Steuerpolitik. Diejenigen, die mehr verdienen und die mehr haben, müssen auch mehr zur Finanzierung des Staates beitragen. Unter der Regierung Correa kann man eine gewisse Verbesserung der Steuerquote beobachten. Derzeit beträgt sie 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Aber wir sind immer noch weit von einer akzeptablen Quote entfernt. Der Durchschnitt in Lateinamerika liegt bei 24 Prozent, der Durchschnitt in der industrialisierten Welt beläuft sich auf 44 Prozent und der Durchschnitt in Europa beträgt 46

Prozent. Unser Ziel muss es sein, zumindest 35 Prozent zu erreichen.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir viel Willenskraft und ein breites politisches Bündnis, das einen revolutionären Prozess unter Einbeziehung der sozialen Bewegungen und selbstverständlich der indigenen Bewegungen einleitet. Als wir die Kandidatur von Rafael Correa lancierten, ging es uns um einen demokratischen Prozess zu einer demokratischen Gesellschaft in dem Bewusstsein, dass es ohne Demokratie keine Revolution und ohne Revolution keine Demokratie geben wird.

Sie haben vor kurzem einen Text verfasst, in dem Sie eine universelle Deklaration der Rechte der Mutter Erde vorschlagen. In der ecuadorianischen Verfassung hat die Natur Rechte. Ist das für Sie der Weg, um diesem räuberischen Modell zu entkommen?

Allmählich wächst in der Welt das Bewusstsein darüber, dass das, was wir machen, keine Zukunft hat. Wir müssen nun Antworten finden. Die Katastrophe im Golf von Mexiko ist eine Warnung mehr, dass wir die Abhängigkeit von den fossilen Energien überwinden müssen. Was dort passierte – und die internationale Aufmerksamkeit auf sich zog –, ist im ecuadorianischen Amazonas schon vor langem geschehen. Texaco hat dort der Umwelt und den Menschen in einem Ausmaß geschadet, das weit über das hinausgeht, was die Katastrophe auf der BP-Plattform verursacht hat. Es wird geschätzt, dass die Umweltschäden im Amazonas Kosten in Höhe von 27 Milliarden US-Dollar übersteigen. Texaco weigert sich bislang, die Verantwortung zu übernehmen, und versucht mit gezielten Bestechungen die Arbeit der Justiz zu behindern.

Die endlose stoffliche Akkumulation von Gütern hat keine Zukunft. Die Grenzen des durch die klassische Fortschrittsideologie gestützten Lebensstils werden immer offensichtlicher und die Folgen immer besorgniserregender. Wir dürfen die natürlichen Ressourcen nicht darauf reduzieren, lediglich Bedingungen für ökonomisches Wachstum oder Mittel zum Zweck für Entwicklungsprojekte zu sein, und wir dürfen nicht vergessen, dass Mensch-Sein sich in Gemeinschaft realisiert, d.h. mit anderen und durch andere menschliche Wesen, und nicht im Streben nach der Herrschaft über die Natur. Der Naturbegriff ist eine soziale Konstruktion, eine vom Menschen geschaffene Idee, die neu interpretiert und völlig überarbeitet werden muss. Um damit anzufangen: Die Menschheit steht nicht außerhalb der Natur. Erinnern wir uns daran, dass in ihren Anfängen die Angst vor den Elementen der Natur täglich präsent war. Nach und nach wurde der schwierige Kampf unserer Vorfahren ums Überleben in die verzweifelte Anstrengung verwandelt, die Kräfte der Natur zu kontrollieren. Die heute verbreitete Vorstellung, der Mensch stehe außerhalb der Natur, legitimiert ihre Beherrschung und Manipulation. Der Mensch hat sich organisiert, um sich die Natur zu unterwerfen. Das führte zu einer schicksalshaften Trennung vom Band des Lebens. Die Natur wird als »natürliches Kapital« betrachtet, das gebändigt, ausgebeutet und selbstverständlich vermarktet werden muss. Um diese alte Botschaft in Frage zu stellen, müssen wir zur wahren Nachhaltigkeit zurückfinden. Dazu

bedarf es einer neuen Ethik. Statt die Unterscheidung zwischen Natur und Menschheit aufrechtzuerhalten, müssen wir die Wiederbegegnung mit der Natur befördern und das zerschlagene Band wieder neu knüpfen. Für diese zivilisatorische Transformation ist die Ent-Merkantilisierung der Natur unumgänglich. Die ökonomischen Ziele müssen den Gesetzen der Natursysteme untergeordnet werden, ohne den Respekt für die Würde des menschlichen Lebens einzubüßen oder die Verbesserung menschlicher Lebensqualität aus den Augen zu verlieren.

Die Rechte der Natur werden von den Bewahrern des geltenden Rechts, den Verteidigern der Privilegien der Oligarchien, die unfähig sind, die eingeleiteten Veränderungen zu begreifen, als »konzeptionelles Kauderwelsch« bezeichnet. In der Geschichte des Rechts aber war jede Erweiterung von Rechten vorher stets undenkbar. Die Befreiung der Sklaven oder die Ausdehnung der Menschenrechte auf Afroamerikaner, Frauen und Kinder wurde immer zuerst als absurd diffamiert. Die Formulierung in der ecuadorianischen Verfassung, die die Natur zum Subjekt von Rechten macht, ist weltweit einzigartig. Als Antwort auf die aktuelle zivilisatorische Krise hat sie Avantgardecharakter.

Um das harmonische Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur wiederherzustellen, ist nichts besser geeignet, als zwischen Menschenrechten und Rechten der Natur zu unterscheiden. Erstere leiten uns an, eine gerechte Lebenswelt für die Menschen zu schaffen, letztere verweisen auf ökologische Gerechtigkeit und die Wiederherstellung der Natur. Bei den Menschenrechten steht die einzelne Person im Mittelpunkt. Sie begründen eine anthropozentrische Sichtweise. Bei den Naturrechten steht die Natur im Mittelpunkt, was natürlich auch den Menschen mit einschließt. Die Natur hat aber einen Wert an sich, unabhängig von ihrem Nutzen für den Menschen. Diese Sichtweise ist biozentrisch. Es geht nicht darum, eine unberührte Natur zu verteidigen, und zum Beispiel Landwirtschaft, Fischerei oder Viehzucht von nun an ganz zu unterlassen. Die Rechte der Natur sollen den Erhalt der Lebenssysteme, den Lebenszusammenhang als Ganzen verteidigen. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich auf die Ökosysteme, auf die Gemeinschaften und nicht auf die Individuen. Man kann z.B. Fleisch, Fisch oder Getreide essen, wenn man sicherstellt, dass die Ökosysteme weiter funktionieren. In diese Richtung muss die Konstruktion einer neuen Form gesellschaftlicher Organisation gehen. Die Rechte der Natur erfordern von uns, auf demokratischem Wege nachhaltige Gesellschaften zu schaffen.

Aus dem Spanischen von Stefan Thimmel

Redaktionell bearbeitete Ausschnitte eines von Franck Gaudichaud geführten Interviews, erschienen am 6. August 2010 in der Online-Zeitschrift *Rebelión* (www.rebelion.org).

---

1 Die Initiative setzt sich dafür ein, dass Ecuador von der internationalen Staatengemeinschaft oder über Spenden 30 Jahre lang jährlich einen Betrag von 350 Millionen US-Dollar dafür erhält, dass es das im Yasuní-Nationalpark liegende Erdöl nicht fördert. Der Betrag entspräche in etwa der Hälfte der erwarteten Gewinne durch die Ölförderung. Das Gebiet, unter dem das Ölfeld liegt, heißt Ishpingo Tambococha Tibutini (ITT) und ist ein Naturreservat von enormer Biodiversität mit seltenen Vogel- und Pflanzenarten. Es leben dort außerdem indigene Völker ohne Kontakt mit der Außenwelt.

ENERGIE SYSTEM WECHSEL

HERMANN SCHEER

Die meisten Menschen fangen viel zu früh an,
die wichtigen Dinge im Leben zu spät zu beginnen.
Stanislaw Jerzy Lec

»Wir sind gerade dabei, von einem unverhofften Erbe zu leben,
das wir in Form fossiler Brennmaterialien unter der Erde gefunden haben.
Dieses Material wird sich aufbrauchen. Dauerndes Wirtschaften
ist allein über die laufende Energiezufuhr der Sonne möglich.«
Wilhelm Ostwald, *Der energetische Imperativ*, Leipzig 1912

Ohne Energie geht nichts. Ohne Energie gäbe es kein Leben. Energie ist aber nicht gleich Energie. Welche Quelle genutzt, welche Energie eingesetzt wird, das hat wirtschaftliche, politische und kulturelle Konsequenzen – lokal und global. Alle könnten das wissen; doch es wird verschleiert, nicht zuletzt von sogenannten Energie-Experten. Die entpolitisierten, auf CO_2-Emissionen reduzierten Klimadebatten verdecken mehr als sie zeigen. Stellen wir uns vor, es gäbe die Klimagase aus fossilen Energien und ihre Wirkungen auf die Ökosphäre nicht. Wäre das Energiesystem dann intakt? Keineswegs. Die fundamentalen Energieprobleme blieben. Deshalb spreche ich über Energiesysteme und von einem Energiesystemkonflikt statt von Klimakatastrophen. Zwischen den konventionellen – fossilen und atomaren – Energien einerseits und den erneuerbaren andererseits liegen Welten. Schon ihr erster Unterschied ist fundamental: Den negativen ökologischen Auswirkungen ersterer steht die Chance einer emissionsfreien bzw. zumindest klimaneutralen

Versorgung mit letzteren gegenüber. Ein zweiter Unterschied ist nicht weniger bedeutsam: Der Erschöpfbarkeit herkömmlicher steht die Unerschöpflichkeit erneuerbarer Energien gegenüber – unerschöpflich jedenfalls nach menschlichem Ermessen, also solange die Sonne existiert, was nach heutigen Erkenntnissen noch etwa fünf bis sieben Milliarden Jahre der Fall sein wird.

Der Umgang mit den verbliebenen Resten herkömmlicher Brennstoffe ist indes alles andere als beruhigend. Wann immer Geologen ein Erdöl-, Erdgas- oder Kohlevorkommen entdecken, scheint automatisch festzustehen, man müsse diese fördern. Als gäbe es einen Verbrennungszwang. Das hat pathologische Züge, die allerdings als realpolitische und wirtschaftliche Erwägungen durchgehen. Die globale Pyromanie gefährdet die menschliche Zivilisation. Erdöl und Erdgas reichen noch 35 Jahre – vielleicht auch nur 25, wenn der Verbrauch weiter zunimmt. Kohle reicht schätzungsweise ein paar Jahrzehnte länger, Uran wird schon in naher Zukunft aufgebraucht sein. Die Zeit wird kommen, in der Menschen nur noch erneuerbare Energien nutzen können. Lange dachte man, so weit sei es erst in ein paar hundert Jahren. Verstärkt wurde diese Illusion in den 1950er Jahren durch die Nutzung der Atomenergie. Eine ganze Generation, im Osten wie im Westen, verlor sich in der Fixierung auf ein technologisches Höher, Schneller, Weiter und: Komplexer, Zentralisierter, Abhängiger. Wenn sich in Ost und West etwas nicht unterschied, dann die Entwicklung der Energiewirtschaft. Nicht zufällig ist sie das Einzige, was in Russland von der Sowjetunion unverändert übernommen wurde.

Es bleibt uns noch ein Zeitfenster von zwei bis drei Jahrzehnten, um den Wechsel zu erneuerbaren Energien herbeizuführen. Dass die immer größer werdenden Disparitäten der Lebensverhältnisse auf diesem Erdball entscheidend mit dem herkömmlichen Energiesystem zusammenhängen, ist vielen Experten nicht bewusst. Sie sind Teil des Problems.

FOSSILE ABHÄNGIGKEITEN

Damit sind wir beim dritten Unterschied angelangt. Er ist struktureller Art: Das Energiesystem wird von den Energie*quellen* vorgegeben. Energie wird immer dezentral verbraucht, eben dort, wo Menschen arbeiten und leben. Die Gewinnung herkömmlicher Energien erfolgt aber zentral, weil sich die Ressourcen nur an relativ wenigen Plätzen der Welt befinden. Erneuerbare Energien dagegen werden von Natur aus allerorten angeboten. Die Räume des Verbrauchs können mit den Räumen der Energiegewinnung direkt gekoppelt werden – das ist bei den herkömmlichen nicht möglich. Die Globalisierung führt daher strukturell zu zunehmender Abhängigkeit der über den ganzen Erdball verstreuten Energie-Konsumländer von immer wenigeren Produzenten. Im Zuge der bald zweihundert Jahre andauernden

Nutzung fossiler Brennstoffe sind mehr und mehr Quellen erschöpft und die Förderung konzentriert sich auf immer weniger Standorte. 60 Prozent des globalen Ölaufkommens stammen aus vierzig sogenannten *giant fields*. Im Golf von Mexico ist beispielsweise eines davon. Diese 40 Großfelder sind auf weniger als 15 Länder verteilt. Bei Erdgas ist es nicht anders. Kohleexportländer gibt es noch vier, Uranexportländer sechs oder sieben. Von den Quellen spannt sich das Energienetz über den Erdball bis in die letzten Dörfer – soweit eben die Kaufkraft reicht. Wo keine Kaufkraft vorhanden ist, nehmen sich die Leute die vorhandene Naturenergie. Im Kampf um die nackte Existenz reißen sie Sträucher aus oder roden Wälder, ohne sie zu erneuern. Wer über die Armut in der sogenannten dritten Welt spricht, ohne den Zusammenhang zum Energiesystem herzustellen, weiß nicht, wovon er redet.

Die Entkopplung der Räume des Verbrauchs von den Räumen der Energiegewinnung prägte die Struktur der Weltwirtschaft: Sie machte den Energiesektor zu ihrem größten, umsatzstärksten und politisch einflussreichsten Teil. Von ihm hängen de facto alle anderen ab. Zwar ist es Industrieländern nach dem Ende der Kolonialzeit nicht mehr ohne Weiteres möglich, fremde Ressourcen kostenlos aus der Erde zu holen und sich anzueignen. Doch von den ehemaligen Kolonien gelang es bisher nur den OPEC-Ländern, sich einen größeren Gewinnanteil an den auf ihren Territorien geförderten Rohstoffen zu sichern. Damit gibt es in der Schlussphase des herkömmlichen Energiesystems zwei Gewinner: die transnationalen Liefergesellschaften und die Förderstaaten. Die Mineralölkonzerne fahren in dieser Niedergangsphase der Ölwirtschaft historische Rekordgewinne ein. EXXON verbuchte im Jahr 2009 einen Gewinn von 45 Milliarden US-Dollar, BP und Shell von je 25 Milliarden. Die Gewinne der Förderstaaten sind ebenfalls enorm. Nach jahrelanger kolonialer Ausbeutung wird dies in den Ländern selbst als historische Gerechtigkeit betrachtet. Man buhlt um sie, man arrangiert sich mit ihnen, oder man führt Krieg. Es hätte weder den Golfkrieg noch den Irakkrieg gegeben, wenn auf der arabischen Halbinsel nur Bananen angebaut würden. Auch China ist in diesem System der Energiekriege inzwischen angekommen, wie der Konflikt in Darfur zeigt. Wie die USA in Saudi Arabien will China sich hier sein eigenes Öl-Reservat sichern. Das wahre Gesicht der zivilisierten Welt zeigt sich in der Ressourcenausbeutung. Es ist ein absolut zynisches System. Der Kampf um Demokratie und Menschenrechte ist nur Maskerade.

Förderlizenzen, Förder- und Aufbereitungstechnik und die Transportinfrastruktur, die für die Nutzung konventioneller Energien notwendig sind, prägen das Weltenergiesystem. Rohstoffe werden mit Milliardenaufwand über Tausende von Kilometern bewegt – in Riesentankern, über Schienen und durch Pipelines. In China beträgt die Kohlefracht 40 Prozent des gesamten Transportaufkommens auf Schienen. Die Energiequelle bestimmt die Umwandlungstechnologien und so-



Kris Krüg, United Nations Climate Change Conference Kopenhagen

gar die Unternehmensformen. Die multinationalen Energiekonzerne sind heute mächtiger als einzelne Regierungen. Deshalb konnte die Energiewirtschaft mit der deutschen Regierung 2010 über Gesetze verhandeln, als sei sie ihr gleichgestellt.

MIT SONNE UND WIND ZUR ENERGIEAUTONOMIE

Das gegenwärtige globale Energiesystem ist auf die herkömmlichen Energien zugeschnitten. Wer meint, es aufrecht erhalten und nur die Energiequellen auswechseln zu können, irrt. Es gibt kein quellenneutrales Energiebereitstellungssystem. Die Wahl der Energiequelle bestimmt das Energiesystem. Sie bestimmt, was weiter zu geschehen hat, um die Energie verfügbar zu machen. Für erneuerbare Energien etwa brauchen wir keine Fördertechnik, sondern nur andere Energieumwandlungstechnologien. Auch kann Energie überall da gewonnen werden, wo sie gebraucht wird. Der Wechsel von herkömmlichen Energien zu erneuerbaren Energien ist – wenn man es richtig macht – ein Wechsel von Importenergien zu heimischen Energien. Es ist ein Irrtum zu glauben, man müsste zum Beispiel die

Sonnenenergie dort herholen, wo mehr Sonne scheint. Warum Transportaufwand generieren, weil woanders vielleicht ein bisschen billiger produziert werden kann? Warum die Wertschöpfung wieder in die Hand weniger geben, wenn man sie selbst bewerkstelligen kann? Es ist nicht ökonomisch, alles auf Produktionskosten zu reduzieren, ohne den gesamten Aufwand in den Blick zu nehmen. Energieautonomie ist weltweit möglich. Sie ist eine Ausgangsbasis, um die riesigen wirtschaftlichen und sozialen Diskrepanzen in der Weltgesellschaft zu überwinden. Man muss kein Experte sein, um zu ermessen, wie groß die Konfliktdimension beim Wechsel vom einen Energiesystem zum anderen ist. Die herkömmliche Energiewirtschaft wird verschwinden. Erneuerbare Energien bedingen andere Technologien, eine andere industrielle Entwicklung, andere Konsumentenstrukturen, andere politische Verhältnisse. Was so einfach klingt, ist von hoher politischer Brisanz. Erneuerbare Energien sind die einzigen, die den Namen »sozial« verdienen. Sie sind die einzigen, wenn man so will, »linken« Energiequellen. Das haben noch nicht alle Linken erkannt. Es geht um einen Wechsel von wenigen Anbietern, von großen Kraftwerken und Raffinerien zu vielen in unterschiedlicher Größenordnung, die in der Summe die großen ablösen. Das bedingt auch einen Wechsel in den Eigentumsverhältnissen. Neue Unternehmensformen werden entstehen, und wir werden zu dem zurückkommen, womit alles anfing: Einer kommunalen Energiewirtschaft, wie sie zu Beginn der Industrialisierung entstand. Sie ist der einzige überlebensfähige Teil der heutigen Energiewirtschaft. Der Wechsel zu erneuerbaren Energien führt langfristig zu ihrer Revitalisierung. Für die Wirtschaftsstrukturen bedeutet dies: weg von der Kapitalakkumulation in der Hand weniger, hin zu einer breiten Kapitalstreuung.

Welche Ausmaße das hat, soll eine Beispielrechnung zeigen: Die durchschnittlichen Energiekosten in Deutschland betragen gegenwärtig ca. 2500 Euro pro Kopf und Jahr. Wer seine Kraftstoffrechnung, seine Stromrechnung und seine Heizrechnung addiert, kommt nicht auf diesen Betrag. Doch in allem, was wir sonst noch an Dienstleistungen in Anspruch nehmen oder an Konsumgütern kaufen, stecken Energiekosten. Sie sind hinzuzurechnen. Zurzeit importieren wir 90 Prozent der Energie. Stellen wir uns eine Region mit einer Million Einwohnern vor. Hier werden jedes Jahr ca. 2,5 Milliarden Euro (abzüglich zehn Prozent) für Energie ausgegeben. Nach einem Wechsel zu erneuerbaren Energien würden diese 2,25 Milliarden nicht abfließen, sondern im eigenen regionalen Wirtschaftskreislauf bleiben. Das ist gleichbedeutend mit einem Wirtschaftsförderprogramm, das selbst in üppigsten finanzwirtschaftlichen Zeiten keine Regierung der Welt bezahlen könnte. Außerdem schont es die Umwelt. Denn in dieser Rechnung sind die sozialen Schäden, die Gesundheitsschäden und die Umweltschäden der herkömmlichen Energieversorgung noch nicht enthalten.

VORAUSSETZUNGEN FÜR DEN WECHSEL

Für den Energiesystemwechsel gibt es drei Ansatzpunkte. Am ersten wurden bereits vor zehn Jahren die zentralen Weichen gestellt: das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Durch die garantierte Einspeisevergütung und den prioritären Netzzugang schuf es Investorenautonomie. Dass es durchgesetzt werden konnte, erscheint im Nachhinein fast wie ein Wunder. Es ist das erste Energiegesetz, das gegen den erklärten Willen der Energiewirtschaft erlassen wurde. Zweitens muss den erneuerbaren Energien Vorrang in der Bauleitplanung eingeräumt werden. Der ist nötig für den Wechsel von wenigen Großkraftwerken und Raffinerien zu vielen mittleren und kleineren, die in der Summe die großen ersetzen. Dabei ist jedes einzelne Vorhaben genehmigungsbedürftig, weil es Raum beansprucht. An dieser Stelle wird in manchen Regionen nach Kräften blockiert. In Sachsen-Anhalt werden heute rund 45 Prozent des Strombedarfs durch – in den vergangenen neun Jahren gebaute – Windkraftwerke erzeugt. In Bayern und Baden-Württemberg dagegen sind es jeweils 0,8 Prozent, in Hessen 2,1 Prozent. Sachsen-Anhalt ist nicht reicher als die anderen Länder und es liegt auch an keiner windigen Küste. Die Ursache für diese Differenz liegt in der Politik jener Landesregierungen, die an Atomenergie und Großkraftwerken festhalten. Sie behaupten deren Alternativlosigkeit, während sie die Alternativen erfolgreich verhindern, indem sie Baugenehmigungen verweigern.

Der dritte wesentliche Punkt ist die Stärkung der Marktchancen für erneuerbare Energien. Jeder würde den Kopf schütteln, wenn wir forderten, verkeimtem Schmutzwasser, das Kinder krank macht und zu Seuchen führt, dieselben Marktchancen und Preise zuzugestehen wie sauberem Trinkwasser. Der schmutzigen Kohle-, Erdöl- und Atomenergie mit all ihren Folgewirkungen werden aber dieselben Marktchancen eingeräumt wie erneuerbaren Energien. Diese Marktverzerrung ist nur aufhebbar, wenn herkömmliche Energien in Anbetracht ihrer Folgekosten angemessen besteuert und erneuerbare in Anbetracht ihrer Folgekostenneutralität praktisch steuerfrei gestellt werden. Nicht die puren Energiepreise zu sehen, sondern die ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Nutzungsfolgen der jeweiligen Energiequellen mit in die Rechnung einzubeziehen, ist eine immens wichtige ethische Frage. Es kann heute keine linke Energiepolitik geben, die nicht auf erneuerbare Energien setzt und die Ablösung herkömmlicher so stark wie möglich vorantreibt. Wir befinden uns in einem Wettlauf mit der Zeit. Wechseln wir zu erneuerbaren Energien erst, wenn es keine anderen mehr gibt, wird es zu spät sein.

Vortrag bei der RLS-Konferenz »Power to the People«, Berlin, 30.9.2010; Hermann Scheers letztes Buch: *Der energethische Imperativ: 100% jetzt. Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist*, München 2010

ALLTAG IN DER PRÄVENTIONSGESELLSCHAFT

STEFANIE GRAEFE

Das Wartezimmer einer ganz normalen gynäkologischen Praxis in einer ganz normalen Großstadt. Patientinnen warten und blättern in Zeitschriften. Eine davon bin ich. Ich lese in Wartezimmern gern die *Brigitte*. Zumal, seitdem in ihr keine Models mehr vorkommen, sondern ganz normale Frauen – Frauen wie du und ich. Das ist wie ein großes Suchbild: Finde den Fehler! Das Pfündchen zuviel auf den Hüften, die nicht ganz gerade Nase, der etwas zu groß geratene Busen, die Augenfältchen. Die makellos gestylten Bilder flüstern, sieh mal, auch du könntest immerhin *fast* perfekt sein, wenn – ja, wenn du dir ein bisschen mehr Mühe geben würdest. Willkommen in der Normalität.

Von diesem subtilen Appell bereits sanft erhöht, bleibt meine Aufmerksamkeit schließlich bei einem Artikel hängen, der die Geschichte einer Frau erzählt, die sich mit Ende 30 vorsorglich beide Brüste operativ entfernen lässt. Ein Gentest hatte ihr ein 80-prozentiges Risiko bescheinigt, an Brustkrebs zu erkranken.

Der Text kommt nachdenklich-lakonisch daher: eine Frau, die die Absurdität der routinierten Abläufe im Krankenhaus durchschaut, aber doch nichts an ihrem eigenen Ausgeliefertsein ändern kann – und will. Denn immerhin wird ihr hier das Leben neu geschenkt. Unter der Überschrift »Die Wahrheit über Brustkrebs« informiert die *Brigitte* nebenbei über die Möglichkeiten intensiver Früherkennung bei erhöhtem Brustkrebsrisiko und wirbt für den in Buchform erschienenen Erfahrungsbericht einer Endzwanzigerin. Auch sie hat sich einer präventiven Brustamputation unterzogen.

Wenig später im Behandlungsraum empfiehlt mir meine Ärztin nach der Routineuntersuchung erstmalig einen Ultraschall der Brust – zum Selbstzahlen, versteht sich. Na ja, was heißt empfehlen. Es werde halt ab einem bestimmten Alter dazu geraten. Eine medizinische Notwendigkeit sehe sie nicht. Andererseits, wissen könne man nie. Auf meine Frage, was ich jetzt tun soll, sagt sie freundlich, das müssen Sie selber wissen.

Auf den ersten Blick handelt es sich um eine autoritäre Situation. Medizin und Staat befehlen: Ultraschall! Doch nicht nur die Bezahlung, auch die Entscheidung bleibt ausdrücklich mir überlassen. Ich werde als Risikosubjekt angerufen, doch im Moment der Entscheidung zieht sich die Autorität, jedenfalls vordergründig, zurück. Vordergründig, weil sie in mir natürlich weiterarbeitet: Was soll ich tun? Darf ich so nachlässig sein, mich nicht untersuchen zu lassen? Werde ich es mir irgendwann vorwerfen, die Extraleistung nicht dazugekauft zu haben? Die Anweisung verwandelt sich in eine Gewissensfrage. Glücklicherweise muss ich eine weit weniger weitreichende Wahl treffen als die zwischen Amputation und einem frühzeitigen und »selbst verschuldeten« Tod. Aber auch ich betreibe Prävention.

RISIKO-SUBJEKTE

Prävention – von *praevenire*, zuvorkommen – ist erstmal nicht mehr und nicht weniger als der Versuch, das Ungewisse kleiner und die Zukunft berechenbarer zu machen. Bei Google fördert der Suchbegriff Prävention Folgendes zu Tage: HIV, Schlaganfall, Handygewalt, Stürze im Altersheim, Burnout, Kindesmissbrauch, Mobbing, Brustkrebs, Terroranschläge, Computersucht, Amokläufe, Gesundheit am Arbeitsplatz, gesunde Kinder und Jugendliche, gesund altern. Die Auswahl ist groß, aber nicht beliebig: Es geht um Sicherheit und – vor allem – um Gesundheit.

Die präventive Wette auf die Zukunft wird nicht willkürlich vorgenommen. Sie stützt sich auf die Ermittlung von statistischen Wahrscheinlichkeiten und Durchschnitten. Das Ungewisse der menschlichen Realität – wie lange wir leben, woran wir erkranken oder sterben – wird mathematisch kalkulierbar und auf diese Weise auch individuell bearbeitbar gemacht. Mit welchem BMI haben wir die höchste Lebenserwartung? Wie hoch darf der Cholesterinwert sein, ohne dass das Herzinfarktrisiko steigt? Wie viele traurige Gedanken im Zeitraum X erhöhen die Wahrscheinlichkeit, an Depression zu erkranken? Wie viele Minuten Tageslicht pro Tag vermindern sie?

Prävention stützt sich auf Subjekte, die präventiv handeln. Dabei werden die Einzelnen einerseits als Bündel von Risikofaktoren, andererseits als eigenverantwortliche

Zukunftsmanager adressiert (vgl. Bröckling 2004, 213f). Idealtypisch geht das so: Etwas, das bislang kein Problem für mich war, wird eins. Oftmals liefern von Experten vermittelte Informationen dafür den Anlass. Sorgen entstehen, vielleicht sogar Ängste. Zusammen mit dem Problem werden Handlungsangebote an mich herangetragen. Es folgt die Anforderung, eine Entscheidung zu treffen. Ich wäge ab. Entscheide mich schließlich. Ob die Entscheidung richtig war, erfahre ich im Zweifelsfall nie. Zu tun bleibt mir nur noch, meine Entscheidung mir selbst und anderen gegenüber zu rechtfertigen. Prävention stützt sich nicht bloß auf rationale Kalkulation, sondern erzeugt zugleich Emotionen: Angst, Sorge, Beruhigung. Und wieder von vorn.

Im Rahmen neoliberaler Gesundheitspolitik verbindet Prävention Ideale von Selbstbestimmung mit einer kollektiven und ökonomisch begründeten Verantwortungsethik: Aus Patienten werden Kunden, die ihre Krankheitsrisiken eigenverantwortlich managen – durch gesundheitsbewusste Lebensführung und private Zusatzvorsorge; auf dass sie »im Bedarfsfall der Allgemeinheit nicht zur Last fallen« (JKM 2010, 5). Debatten um Rationierung und Priorisierung von öffentlich finanzierten Gesundheitsdienstleistungen und Appelle an Eigenverantwortung ergänzen einander. Doch eine präventive Lebensführung (fünfmal am Tag Obst und Gemüse, dreimal die Woche 30 Minuten Ausdauersport, regelmäßige Krebsvorsorge, genetische Beratung bei Kinderwunsch, Meditation zur Stressbekämpfung und befriedigende Beziehungen als Depressionsprophylaxe) verspricht nicht nur, chronische Krankheiten aufzuhalten und auf diese Weise die Kassen zu entlasten. Sie verspricht den Einzelnen auch schlicht dies: ein glücklicheres Leben. Oder, in den Worten des Bundesgesundheitsministeriums, das uns auffordert, »jeden Tag 3 000 Schritte extra« zu gehen: »Langfristig führt erfolgreiche Prävention nicht nur dazu, dass die Menschen ein gesundes und selbstbestimmtes Leben führen können, sondern auch zu einer Senkung der Gesundheitskosten. Dies kommt allen Versicherten zugute und leistet einen Beitrag zur nachhaltigen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme.«

WIN-WIN IM ALTER

Der große Hörsaal in der Berliner Charité ist bis einschließlich der Treppenstufen voll besetzt. Es ist der 10. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Geriatrie und Gerontologie. Die »Babyboomer« sind im Publikum gut vertreten. Der personifizierte Überhang der Bevölkerungspyramide lauscht aufmerksam der Präsentation des Sechsten Altenberichts der Bundesregierung, und dieser hat offensichtlich nur Gutes über die aktuellen und zukünftigen Alten zu berichten: Wissenschaftliche Studien belegen, dass sie weit über die gesetzliche Rentengrenze hinaus noch lern- und leistungsfähig sind. Dieses bislang ungenutzte Humankapital gelte es zu erschließen. Die fitten Alten fühlten sich dann nicht nur nicht mehr nutzlos, sie könnten auch viele Probleme lösen, darunter das der chronischen Unterfinanzierung der Pflege. Die angedachten bürgerschaftlich organisierten Pflegeeinheiten müssten nur noch »minimal« öffentlich finanziert werden. Die Präsentation dieser zukünftigen Win-Win-Gesellschaft gipfelt in der Aufforderung: »Jeder einzelne muss sich fragen: Was ist mein ganz persönlicher Beitrag



zur Bewältigung des demographischen Wandels?« Das Bewusstsein, dass in der richtigen Antwort auf diese Frage die Chance auf ein sozial sinnvolles *und* persönlich erfüllendes Alter liegt, ist im Saal beinahe mit Händen zu greifen. Im Raum steht das Versprechen, in der letzten Lebensphase das miteinander zu versöhnen, was in den langen Lebensjahren zuvor den meisten Menschen oft gar nicht so leicht vereinbar scheint: ihre Vorstellungen von einem gelingenden Leben auf der einen, gesellschaftliche Realitäten und Anforderungen auf der anderen Seite.

Diese Harmonie zwischen Selbst und gesellschaftlicher Umwelt ist allerdings nicht umsonst zu haben. Präventive Arbeit an Körper und Geist tut Not, nicht erst im Alter. Das können und das wollen auch nicht alle. Doch wo zweifelsfrei festzustehen scheint, dass die (zukünftigen) Alten (und überhaupt wir alle) auch »*wollen*, was sie sollen« (van Dyk et al. 2010, 27), geraten Widersprüche und Verweigerungen, normative Aus- und Einschlüsse aus dem Blick. Sich davon nicht stören zu lassen, gelingt derzeit kaum irgendwo eleganter als im optimistischen Segment der Demographiebesorgten.

KRITIK VON PRÄVENTION

Niemand kann ohne Prävention leben. Keine Entscheidung, egal ob über die Wahl des Studienfaches, des Urlaubsortes, der Lebenspartnerin oder den Umgang mit dem eigenen Körper lässt sich ohne vorausschauende Abwägungen fällen. *Dass* Menschen – und auch Gesellschaften – versuchen, ihre Zukunft zu beeinflussen und Gefahren abzuwehren, lässt sich also kaum bemängeln. Kritik von Prävention muss deshalb das Spezifische des aktuellen Präventionsregimes von dieser Grundtatsache menschlichen Handelns sorgfältig unterscheiden.

Prävention ist auch nicht gleich Prävention. Zentral ist die Unterscheidung von Verhaltens- und Verhältnisprävention. Während letztere – in fortschrittlichen Gesundheitskonzepten – beim beschränkenden oder ermöglichenden Einfluss von Einkommen, Bildung und Zugang zu soziokulturellen Ressourcen an den Verhaltensmöglichkeiten der Leute ansetzt, fokussiert erstere ausschließlich auf die Subjekte im Verhältnis zu sich selbst. In der herrschenden Gesundheitspolitik ist die Verhältnisprävention gegenüber der Verhaltensprävention allerdings schon lange ins Abseits geraten.

Präventionspraktiken lassen sich auch daraufhin befragen, wen oder was sie jeweils ausschließen. Sowohl der Ausschluss *von* Prävention als auch der Ausschluss *durch* Prävention produziert herrschaftsförmige Effekte: An wen sind gesundheitsförderliche Lifestyle-Imperative adressiert? Wer kann sich die dafür erforderlichen Produkte leisten – und was passiert mit denen, die es nicht können? Aber auch: Welche Daseinsformen werden durch Präventionsangebote implizit oder explizit zu nicht-wünschenswerten erklärt? Im Falle der vorgeburtlichen Diagnostik, die es erlaubt, Embryonen mit bestimmten Behinderungen zu selektieren, ist dies offenkundiger. Doch auch Angebote wie die nunmehr legalisierte Patientenverfügung versprechen »Autonomie am Lebensende« – und tragen doch wenigstens indirekt dazu bei, Lebensformen wie Schwerstpflegebedürftigkeit oder Demenz für »unwünschbar« zu erklären.



© Sebastian Gündel

Prävention schließt aber nicht nur aus, sie stellt auch her, zum Beispiel Risikogruppen. Wer gilt – wann und warum – als besonders »riskant«? Auch produziert Prävention Entscheidungszwänge, die eine eigene Anrufungsmacht entfalten. Einmal vor die Wahl gestellt, kann ich mich nicht mehr *nicht* entscheiden. Angesichts dessen wird überlegt, ob es – etwa im Falle der Gendiagnostik – nicht auch ein Recht auf Ungewissheit gibt. Eine solche Forderung ist einerseits richtig, steht aber andererseits vor dem Problem, dass sie zwar den Entscheidungszwang kritisiert, nicht aber das Wissen selbst. Doch bereits die Annahme der genetischen Determination unserer Biologie und die Umdeutung sozialer Probleme in Naturtatsachen ist mehr als fragwürdig.

Letzlich geht es darum, nicht nur individuell zu entscheiden, wie wir mit diesem oder jenem »Angebot«, dieser oder jener Risikokonstruktion umgehen, sondern eine gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, wie wir als sterbliche und alternde Subjekte zukünftig und gegenwärtig leben wollen.

LITERATUR

Bröckling, Ulrich, 2004: Prävention, in: Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hg.), *Glossar der Gegenwart*, Frankfurt/M, 210–15

JKM, 2010: Editorial, in: *Jahrbuch für kritische Medizin und Gesundheitswissenschaften* 46, 5–8

van Dyk, Silke, Lessenich, Stephan, Denninger, Tina, und Anna Richter, 2010: Die »Aufwertung« des Alters. Eine gesellschaftliche Farce, in: *Mittelweg 36*, 5/2010, 15–33

ZWISCHEN AUFOPFERUNG UND ARBEITSKAMPF

ORGANISIERUNG IN EVANGELISCHEN KITAS

JANA SEPPELT, JULIAN JAEDICKE UND HEINER REIMANN

Wenn Erzieherinnen und Erzieher von ihrer Arbeit berichten, stehen meist die Freude an der Entwicklung der Kinder und die eigenen hohen pädagogischen Ansprüche im Mittelpunkt. Angesichts der miserablen Arbeitsbedingungen in Kindertagesstätten (KiTas) ist allerdings auch die alltägliche Frustration Gesprächsthema. Zu große Gruppen, zu niedrige Personalschlüssel sowie zu wenig Zeit für die Vorbereitung, die geforderten Dokumentationen und die Elterngespräche führen zu Stress, alltäglicher Überlastung, Krankheit und einer andauernden Korrektur der individuellen pädagogischen Ansprüche nach unten. Wer engagiert ist, braucht sich systematisch auf. Weder das Gehalt noch die Personalausstattung oder die zur Verfügung stehenden Zeitkorridore entsprechen den an die Beschäftigten gestellten Anforderungen.

DIE KIRCHE ALS ARBEITGEBER

Die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände genießen eine über das Grundgesetz[1] geschützte arbeitsrechtliche Sonderstellung.

Im sogenannten Dritten Weg[2] werden die Rahmenbedingungen der Arbeit und die Entgelte über Arbeitsrechtliche Kommissionen (ARK) festgelegt, die paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzt sind und in einem »Konsensverfahren« entscheiden sollen. Im Vergleich zu Tarifverhandlungen ist die Arbeitnehmerseite hierdurch strukturell benachteiligt. Die Beschäftigten haben im Grunde kein Streikrecht und können, selbst wenn sie Gewerkschaftsmitglied sind, keinen direkten Einfluss auf die Kommissionsentscheidungen nehmen.[3]

Viele Jahre lang waren die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung bei den beiden großen Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden am Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes orientiert. Im Jahr 2005 hat nun die ARK in Hessen-Nassau die Kirchlich-Diakonische Arbeitsvertragsordnung (KDAVO) eingeführt. Mit einem Schlag wurden das Lohnniveau abgesenkt, Urlaubs- und Weihnachtsgeld gekürzt und die Arbeitszeit verlängert. Die Erzieherinnen und Erzieher der evangelischen KiTas in Hessen verdienen nun bis zu 500 Euro brutto weniger als ihre Kollegen und Kolleginnen im öffentlichen Dienst.[4] Die niedrigeren Gehälter führen zu einer Verschärfung des ohnehin schon vorhandenen Fachkräftemangels. Offene Stellen in KiTas können nicht besetzt werden, eine zusätzliche Arbeitsverdichtung ist die Folge.

Eine weitere strukturelle Besonderheit evangelischer KiTas besteht darin, dass zwar der direkte Arbeitgeber der Kirchenvorstand der jeweiligen Gemeinde ist, die Rahmenbedingungen jedoch von der Zentralverwaltung, in diesem Fall der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau (EKHN), bestimmt werden. Die Nähe des Trägers kann im Alltag hilfreich sein: Die Kirchenvorstände sind häufig auf der Seite der Beschäftigten und Probleme können durch kurze Dienstwege schnell geregelt werden. Die Entscheidungsprozesse über die grundlegenden Arbeitsbedingungen sind dagegen wenig beeinflussbar. Dies wird zusätzlich durch den von jeher geringen Organisationsgrad erschwert. In der Kirche existiert fast keine gewerkschaftliche Erfahrung. Die zuständige Gewerkschaft ver.di taucht im Alltagsverstand der Beschäftigten nicht als Organisation auf, die zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen beiträgt. Zusätzlich hat der hohe Anteil an Teilzeitstellen zur Folge, dass der Leidensdruck, sich zu wehren, gering ist. Auch sind die Kindertagesstätten der EKHN weit verstreut.[5]

ORGANIZING IN EVANGELISCHEN KITAS

Im März 2011 startete ver.di Hessen ein Organizing-Projekt in evangelischen KiTas. Unter dem Dach der Gewerkschaft sollten im Rhein-Main-Gebiet Strukturen geschaffen werden, in denen sich evangelische Erzieherinnen und Erzieher selbst organisieren. Hierfür haben wir Organizer die Beschäftigten zunächst nach ihrer Arbeitssituation und ihren Problemen befragt. Auf einem ersten Treffen stellten wir, Organizer und anwesende Erzieherinnen und Erziehern, gemeinsam fest, dass die Notwendigkeit zum Handeln und der Wille zur Organisierung bestehen. Wir haben schließlich das Mittel einer *beteiligungsorientierten Kampagne* gewählt, um in der kurzen Zeit handlungsfähig zu werden und einen kollektiven Höhepunkt zu schaffen. Die Kampagnenelemente und die Umsetzung

wurden in Aktiventreffen, dem Herzstück der Organisierung, gemeinsam entwickelt.

Nach innen hat die Kampagne schnell für den Übergang von der Benennung von Problemen zum Handeln gesorgt und somit für die Beschäftigten die Perspektive eröffnet, tatsächlich Änderungen herbeizuführen. Ein Kampagnenplan schaffte Transparenz, an welcher Stelle im Prozess wir uns gerade befanden und welches die nächsten Schritte waren. Diese Transparenz ist besonders im Aufbau der Organisierung wichtig, schließlich sollen neu hinzustoßende Personen sich schnell einfinden und beteiligen können. Im September 2010 haben wir ein Kampagnenblog (www.starke-kita.de) gestartet, auf dem Erzieherinnen und Erzieher von Problemen in ihrem Arbeitsfeld berichten und alle Aktionen dokumentiert sind.

Die Forderungen reichten von einer Verbesserung der konkreten Arbeitsbedingungen über die Angleichung der Gehälter an die Tarife im öffentlichen Dienst bis hin zur Abschaffung des arbeitsrechtlichen Sonderweges der EKHN. Als Adressat identifizierten wir nicht den direkten Arbeitgeber, die jeweilige Gemeinde vor Ort, sondern die Zentralverwaltung der EKHN, die die arbeitsrechtlichen und die Haushaltsfragen festlegt. Höhepunkt der Kampagne war dementsprechend eine Mitte Dezember 2010 durchgeführte Kundgebung vor der Herbstsynode, dem Treffen des Kirchenparlaments. Um möglichst viele zu gewinnen, haben wir auf den Aktiventreffen eine Petition entworfen. Sie wurde von über 900 und damit mehr als der Hälfte der Beschäftigten der betroffenen KiTas unterzeichnet. Die Petition wurde zwei Wochen vor der Synode öffentlichkeitswirksam an deren Vorsitzenden, den Präses, übergeben.

Da die Erzieherinnen und Erzieher immer wieder das in der Öffentlichkeit bestehende Bild, sie seien »Kaffeetanten und Aufpasserinnen«, beklagten, haben wir mit ihnen gemeinsam ein »Pixi«-Buch mit dem Titel »Du, was arbeitest du eigentlich?« erstellt. Die Beschäftigten sollten Eltern und andere Interessierte mit Hilfe des Buches ansprechen und sie bitten, auf einer Unterschriftenliste ihre Solidarität auszudrücken. Wir haben zudem Clean Graffiti genutzt, um Passanten und die unmittelbare Nachbarschaft der Einrichtungen zu erreichen. Für die Wirkung nach außen war es uns wichtig, gewerkschaftliche Forderungen immer mit den sich dadurch ergebenden Verbesserungen für die zu betreuenden Kinder und für die Eltern zu verknüpfen. Es wurden Informationsmaterialien erstellt, die sich an die Eltern richteten. Für eine stärkere Einbindung wäre es notwendig gewesen, mit den Eltern gemeinsam Ziele zu entwickeln. Personell und zeitlich war dies für uns nicht möglich. Die begrenzte Dauer des Projekts mit nur neun Monaten war insgesamt eine Hürde. Organisierung – gerade in Bereichen mit geringem Organisationsgrad – braucht Raum und Zeit für inhaltliche Diskussionen, die Formulierung von Forderungen, die Entwicklung von Durchsetzungsstrategien, politische Bildung der Aktiven und Aufbau von Vertrauen.

WIDERSTÄNDE

In der Kontakt- und Organisierungsphase sind wir mit unserem Projekt auf vielfältige Widerstände bei den Beschäftigten gestoßen. Es hieß

zum Beispiel: »Ver.di kümmert sich nur um sich selbst. « Die Erzieherinnen und Erzieher sahen keine Verbindung zwischen den von ver.di thematisierten und ihren alltäglichen Problemen in der KiTa. Wir haben daher versucht zu verdeutlichen, wer ver.di in der ARK ist: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen. Überzeugt haben diese Argumente allerdings erst durch die eigene Erfahrung mit einer basisorientierten Gewerkschaft auf den Aktiventreffen und während der Kampagne. Heute ist dieser Vorwurf viel seltener zu hören, was wir als wichtigen Erfolg werten. Auch wurde geäußert: »Ver.di hat uns enttäuscht.« Erzieherinnen und Erzieher erzählten uns in der ersten Kontaktphase viele alte Geschichten aus der ÖTV oder aus der Phase des Übergangs in die Entgeltordnung der Kirche (KDAVO) im Jahr 2005. Ver.di habe sich hier nicht genug für die Beschäftigten eingesetzt. Wir haben angeführt, dass die Strukturprobleme nicht von ver.di, sondern von der Kirche herrühren, und dass mit der Kampagne neue Wege gesucht werden müssen, über die Öffentlichkeit und die Synode Einfluss zu nehmen.

Beide Aussagen offenbaren zwei wichtige Punkte: Erstens wissen die Beschäftigten in evangelischen KiTas wenig darüber, wie eine Gewerkschaft arbeitet. Es ist weder bekannt, dass passive Mitgliedschaft (Mitgliedsbeitrag) und aktive Mitgliedschaft (Beteiligung) für den Erfolg einer Gewerkschaft entscheidend sind, noch dass Gewerkschaftsarbeit in der KiTa *und* auf übergreifenden Treffen (Leitungskonferenzen, Aktiventreffen, Fachtagen) stattfindet. Der von den Erzieherinnen und Erziehern an ver.di herangetragene Vertretungsanspruch ist vermutlich Ergebnis der service-orientierten und anliegenfernen Außendarstellung der Gewerkschaft und der fehlenden gewerkschaftlichen Strukturen in der Kirche. Zweitens wissen die Beschäftigten wenig über die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit. Das liegt zum einen an der Trennung von direktem Arbeitgeber (Kirchengemeinde) und Kirchenverwaltung. Zum anderen ist im Kontext KiTa nicht sofort ersichtlich, wer der Adressat für Forderungen ist, da die Rahmenbedingungen sowohl von der EKHN als auch von der über Finanzzuwendungen entscheidenden Kommunal- und Landespolitik bestimmt werden. Durch gezielte Fehlinformation des Arbeitgebers und arbeitgebernaher Vereine wird das Nachvollziehen von Entscheidungsprozessen zusätzlich erschwert. Dies wäre ein wichtiges Feld gewerkschaftlicher Bildungsarbeit.

Ein sehr häufiges Argument, nicht auf die Treffen zu kommen, war: »Keine Zeit«. Gegen Äußerungen wie, »Ihr seht doch, was hier los ist, wann soll ich denn das noch machen«, haben wir eingewandt: »Nur wenn ihr euch wehrt, werden sich eure Arbeitsbedingungen ändern und ihr könnt die Kinder besser betreuen und habt mehr Zeit für Vorbereitung und Bildung.« Dennoch ist bis zum Ende das Zeitargument das hartnäckigste Gegenargument geblieben. Wir haben es immer ernst genommen und deshalb versucht, die Aktivenkreise zu *lebendigen* und *effektiven* Orten zu machen. Aktiventreffen sind die Kristallisationspunkte jeder Organisierung. Nur wenn hier eine gute Arbeitsatmosphäre – mit Wissensvermittlung, Diskussionen, festen Verabredungen – und eine Perspektive

der Organisierung entsteht, werden die Leute wiederkommen. Das bedeutete für uns, die Treffen gut vorzubereiten und darauf viel Zeit zu verwenden. Die Mühe hat sich am Ende gelohnt: Die beteiligten Erzieherinnen und Erzieher haben nach eigenen Angaben die Erfahrung gemacht, dass ihre Zeit gut investiert ist. Sie erlebten die Treffen als Zugewinn, haben viel gelernt und sich neue Handlungsmöglichkeiten erschlossen.

Ein weiteres vorgebrachtes Argument war: »Der Mitgliedsbeitrag von einem Prozent des Bruttogehaltes ist zu teuer, das kann ich mir nicht leisten.« Wir haben versucht zu zeigen, wofür das Geld ausgegeben wird, und uns deshalb dafür entschieden, den Schwerpunkt unserer Arbeit auf die Kampagne und die Ausbildung von Aktiven zu legen. Klassische Mitgliederwerbung haben wir nicht betrieben. Unsere Erfahrung ist, dass das Argument, »Die ver.di-Arbeit ist ein Prozent wert«, dann einleuchtet, wenn Gewerkschaftsarbeit sichtbar und vor Ort erlebbar ist.

Insgesamt war einer der schwierigsten greifbaren Widerstände die Tatsache, dass viele der Beschäftigten sich von uns informieren ließen und was wir taten, »interessant« fanden, aber auch bei wiederholter Einladung nicht selbst aktiv wurden. Insofern ist es uns nicht gelungen, den Eindruck von ver.di als *Dienstleistungs-* und nicht *Beteiligungsgewerkschaft* in der Fläche zu beseitigen. Zwar konnten viele mit Argumenten wie »Gemeinsam sind wir stark« oder »Nur gemeinsam erreichen wir Verbesserungen« etwas anfangen. Eine Erklärung könnte sein, dass es innerhalb der Kirchen eine geteilte Selbstsicht von der »aktiven Christenheit« gibt. Viele der Erzieherinnen und Erzieher verstehen sich als engagiert und sind es auch. Sie begeben sich allerdings trotz der Missstände an ihrem Arbeitsplatz nicht in Opposition zum eigenen (kirchlichen) Arbeitgeber. Wir hatten teilweise den Eindruck, dass *Konflikt* an sich besonders angstbesetzt ist. Zudem ist der Weg von der Einsicht in die Notwendigkeit von Organisierung zum eigenen Handeln manchmal einfach lang. Da ist die Kirche keine spektakuläre Ausnahme.

WARUM ORGANISIERE ICH MICH?

Es gab zahlreiche Gründe, warum sich einige Erzieherinnen und Erzieher dennoch organisierten. Sie fühlten sich mit ihren Problemen von uns wahrgenommen. Das Reden über die eigenen Anliegen in Dienstbesprechungen und auf den Aktiventreffen schuf eine Position der Stärke. Aus »Dort drückt der Schuh« wurde »So kann es nicht mehr weiter gehen« und »Dafür setze ich mich ein«. Die gemeinsam gemachten Erfahrungen bei der Petitionsübergabe und auf der Kundgebung sowie während der Vorbereitungen haben die Aktivenkreise zusammengeschweißt.

Im Fortschreiten der Kampagne wurde unter den Aktiven zunehmend darüber diskutiert, wie wichtig eine Verbreiterung der gewerkschaftlichen Basis ist. Sie machten die Erfahrung, dass sich mehr Leute engagieren müssen, um durchsetzungsfähig zu werden. Hier sehen wir für die Zukunft das größte Potenzial: Der weit verbreitete Frust über inaktive Kolleginnen und Kollegen lässt uns darauf hoffen, dass aktive Erzieherinnen und Erzieher diese ansprechen, mit ihnen diskutieren und sie in Zukunft mobilisieren. Darüber hinaus wurde offensichtlich, wie wichtig es

ist, über die Rahmenbedingungen der eigenen Arbeit Bescheid zu wissen. Durch politische (Selbst-)Bildung haben sich die Aktiven angeeignet, was wie verändert werden könnte, und bringen hierfür zunehmend Argumente vor. Dieses noch unsichere Wissen muss über Seminare und gewerkschaftliche Weiterbildung vertieft werden.

Das kollektive Erlebnis, den Widerstand selbst zu gestalten, Inhalte mitzubestimmen und nach außen zu tragen, hat die Aktivenkreise gefestigt. Die Beteiligten haben geäußert, dass sie sich zutrauen, die Arbeitstreffen auch ohne uns Organizer unter dem Dach der Gewerkschaft weiterzuführen. Die Herausforderung für die Gewerkschaftssekretäre und für ver.di insgesamt ist nun, die funktionierenden Arbeitskreise zu erhalten und zu erweitern. In einer längerfristigen Perspektive sollten die Erzieherinnen und Erzieher aus den evangelischen KiTas mit Aktiven aus nicht-kirchlichen Einrichtungen zusammengeführt werden.



Kris Krüg, United Nations Climate Change Conference Kopenhagen

Vor dem Hintergrund des kirchlichen Arbeitsrechtes, des ungeklärten Streikrechts und der fehlenden Anerkennung von ver.di als Verhandlungspartner hat die rein passive ver.di-Mitgliedschaft für eine Erzieherin oder einen Erzieher in einer evangelischen KiTa erstmal nur einen Mehrwert in der kompetenten Beratung in Arbeitsrechtsfragen, Rechtsschutz und Serviceleistungen. Die beiden wichtigsten Funktionen einer Gewerkschaft, eine wirksame Interessenvertretung und garantierte Beteiligungsmöglichkeiten, müssen erst erkämpft werden. Bedingung dafür ist die aktive Mitgliedschaft, also die Beteiligung an der Planung und Durchführung gewerkschaftlicher Aktionen. Nur so können die Beschäftigten Wissen über die eigenen Strukturen sammeln, ihre Kritik festigen und die Stärke eines kollektiven Auftretens erfahren.

---

1 Vgl. Art. 140 GG (Selbstbestimmungsrecht der Kirchen).
2 Im »ersten Weg« legt der Arbeitgeber die Bedingungen und Entgelte fest, im »zweiten Weg« werden diese über Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaft ausgehandelt.
3 Das Landesarbeitsgericht Hamm hat im Januar 2011 entschieden, dass das Streikrecht nicht ausnahmslos unzulässig ist, woraufhin Berufung von der Arbeitgeberseite eingelegt wurde: http://bit.ly/hXAjsZ (7.2.2011).
4 Siehe zum Tarifvergleich KDAVO – TVöD: http://starke-kita.de/kampagne (26.1.2011).
5 In dem von uns betreuten Bereich gibt es rund 150 KiTas mit 1700 Erzieherinnen und Erziehern, insgesamt sind es über 600 Einrichtungen mit über 5500 Beschäftigten.

SIEG DES ELTERNWILLENS?

ZUR GESCHEITERTEN SCHULREFORM IN HAMBURG

MEINHARD MEUCHE-MÄKER

Mit dem »PISA-Schock« des Jahres 2000 sind die Auseinandersetzungen um Schulformen, Leistungsgefälle und Zukunftsanforderungen in den Mittelpunkt allgemeinen Interesses gerückt. Fragen von Bildung, Schule und Ausbildung haben seither in der Wahrnehmung der Bürger höchste Priorität. Bildung war bei den Landtagswahlen der letzten Jahre oftmals wahlentscheidend, in der Regel zumindest deutlich relevanter als die meisten anderen politischen Themenfelder. Insofern war es nicht verwunderlich, dass die geplante Einführung der Primarschule in Hamburg zum Kernthema der politischen Auseinandersetzungen wurde. Mit ihr sollte das gemeinsame Lernen bis zum Ende der sechsten Klasse begründet und die Aufteilung der Schüler auf Gymnasien und Stadtteilschulen um zwei Jahre verschoben werden. Dies wäre eine sinnvolle Schlussfolgerung aus pädagogischer Forschung und hätte die positiven PISA-Ergebnisse derjenigen Staaten berücksichtigt, deren Schulsystem keine frühe Differenzierung vorsieht. Die in Deutschland

tradierte, überwiegende Dreigliedrigkeit führt im europäischen Vergleich eindrucksvoll zur stärksten Verknüpfung des Lernerfolgs mit der sozialen Herkunft. Die geplante Veränderung war Kernstück einer Schulreform,[1] die als Kompromiss der Koalition aus CDU und der Grün-Alternativen-Liste (GAL) im Frühjahr 2008 entstanden war. Letztere hat dem Ansturm gegen die Primarschule nicht standgehalten. Über die Hamburger Landesgrenzen hinaus wurde der Konflikt relevant, weil er Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur und im politischen Verhalten offenbarte, die über das Feld der Bildung hinausweisen. Geführt wurde er über weite Strecken als Kulturkampf mit erstaunlicher Schärfe.

Gescheitert ist der Versuch, zumindest einen Einstieg in das längere gemeinsame Lernen aller Kinder zu finden. Gescheitert ist damit aber nicht nur ein zentrales Projekt der schwarz-grünen Senatskoalition. Dem Bündnis aus konservativen Ideologen, vermögenden Besitzstandswahrern und verängstigten Eltern aus der sozialen Mitte der Gesellschaft gelang es, ein Kernanliegen linker Bildungs- und Gesellschaftspolitik zu verhindern. Die Idee der Primarschule war auch ein Versuch, der zunehmenden sozialen Spaltung in der Gesellschaft, der weiteren Differenzierung gesellschaftlicher Milieus und der spezifischen Probleme der Einwanderungsgesellschaft entgegenzuwirken. Sie wäre – wenn auch unzureichend – eine sinnvolle Antwort auf die Krisenauswirkungen gewesen.

WER WAR NICHT FÜR DIE PRIMARSCHULE?

In zahlreichen Analysen des Volksentscheids hieß es, die »Oberen Zehntausend« hätten die Entscheidung zu ihren Gunsten gefällt. Nun lässt sich nicht nur insgesamt eine niedrige Wahlbeteiligung feststellen (39 Prozent), sondern auch eine starke innerstädtische Differenzierung: Wohngebiete mit niedrigem Sozialindex weisen eine geringe Wahlbeteiligung aus; umgekehrt proportional dazu verhalten sich reichere Stadtteile (50 bis 60 Prozent). Dennoch greift die Erklärung zu kurz. Die Reformgegner setzten sich flächendeckend in allen Stadtbezirken durch und kamen auf knapp zweihundertachtzigtausend Stimmen. Sinnvoller ist daher die Frage, warum es den Reformbefürwortern nicht gelungen ist, ihre eigene Mehrheit zu organisieren. Immerhin vereinigten sie ein zuvor unvorstellbares Bündnis bestehend aus den Senatsparteien CDU und GAL, den Oppositionsparteien SPD und LINKE, den Gewerkschaften, namhaften kirchlichen Repräsentanten und Einrichtungen, Migranten- und Jugendorganisationen bis hin zur Handwerkskammer. »Volksfront« war denn auch das Stichwort, das in einigen Medien in Stellung gebracht wurde.

Wie in anderen politischen Konfliktlagen auch, lässt sich das Ergebnis des Volksentscheids nicht monokausal erklären. Es bestanden zu Recht vielfältige Kritikpunkte bezüglich der Reformmethodik, die auch Sympathisanten gemeinsamen längeren Lernens zweifeln ließen. Die grün geführte Bildungsbehörde beließ die entstehenden Kosten weitestgehend im Dunkeln, überfrachtete die Auseinandersetzung mit einer nicht vermittelbaren Zensurenreform und wollte ursprünglich die Abschaffung des Elternwahlrechts gleich mit durchsetzen. Auch entwickelte die Kampagne keine ausreichende Überzeugungskraft. Der

Macht der Tradition, der emotionalen Bindung zum eigenen alten, »guten« Gymnasium wurde nichts Überzeugendes entgegengestellt. Hinzu kam, dass Bürger den Volksentscheid nutzten, um die Senatspolitik insgesamt abzustrafen. Anlässe gab es genug: von den Weihnachtsgeldkürzungen für Beamte bis zur massiven Erhöhung der KiTa-Gebühren, die genau jene Gruppe von ca. 40 000 Eltern traf, deren Kinder in den nächsten Jahren die Primarschule genießen sollten. Der Senat wurde unglaubwürdig und verhinderte die Aufbruchstimmung von Eltern, die für den Erfolg notwendig gewesen wäre.

Dass eingefleischte ideologische Gegner, die mit Begriffen wie Gleichmacherei und Einheitsschule arbeiteten und sich aus traditionalistischen Milieus und den konservativen Teilen der CDU rekrutierten, nicht für die Reform zu gewinnen waren, überrascht nicht. Dies gilt sicherlich auch für Angehörige etablierter Milieus, sowohl aus politischen Gründen, als auch wegen des geringen Eigennutzens, den sie von einer kostenintensiven Reform gehabt hätten. Der Bildungserfolg ihrer Kinder ist nur zu einem geringen Teil von öffentlichen Bildungseinrichtungen abhängig. Nicht zu gewinnen war offensichtlich auch eine Vielzahl genereller Reformgegner, häufig mit dem Argument, die Primarschule denunziere das Konzept einer Schule für alle, also eines längeren gemeinsamen Lernens mindestens bis zur zehnten Klasse. Nicht zu unterschätzen wird zudem die Rolle von vielen der 15 000 Hamburger Lehrerinnen und Lehrer gewesen sein, die, anstatt Reformmotor zu sein, der unzähligen schulischen Umgestaltungen der Vorjahre überdrüssig waren und nun nicht für eine Reform stimmen wollten, deren Umsetzung wieder einmal zu ihren Lasten gegangen wäre. Verloren wurde die Auseinandersetzung allerdings in den Milieus der bürgerlichen Mitte. Hier finden sich diejenigen, die sich selbst enormen Mühen ausgesetzt sehen, um den starken Druck zu kompensieren, unter den sie geraten sind. Viele von ihnen setzen für den Bildungserfolg ihrer Kinder nicht mehr auf gesellschaftliche (Reform-)Lösungen, sondern auf individuelle Auswege.

ELTERN UNTER DRUCK

Die Gesellschaft der Bundesrepublik verändert sich in rasantem Tempo. Ökonomische und soziale Lagen, Lebensauffassungen und Lebensweisen, Wertorientierungen und Alltagseinstellungen driften auseinander. Die Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren realen und mentalen Folgen wird diese Entwicklung vermutlich verstärkt haben. Dies hat Auswirkungen auf die Mittelschicht, die sich allerdings schwerlich als homogene soziale Gruppe innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft begreifen lässt. Im Zuge der Polarisierung der Einkommen verliert die Mittelschicht (vgl. Goebel u.a. 2010). Oben gewinnt kräftig, während Unten verliert und deutlich auf Kosten der Mitte wächst. »Wenn dies eine reale Erfahrung ist oder auch nur als Bedrohung wahrgenommen wird, kann bei den mittleren Schichten entstehen, was C.W. Mills als Statuspanik bezeichnet hat.« (ebd., 8) Da mittlere Schichten ihren Status auf Einkommen und nicht auf Besitz stützten, bestünde eine große Aufmerksamkeit für dieses Phänomen. Die neue Angst der Mitte findet umfangreiche Beachtung in den Medien, Politik und Wissen-

schaft. Nach Goebel u.a. gibt es die Tendenz, »andere Bevölkerungsgruppen für diesen Status-Verlust verantwortlich zu machen und so zur Ausbreitung von diskriminierenden Einstellungen beizutragen«. Hierzu passen Umfrageergebnisse, dass die Mehrheit gegen die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze sei (*Hamburger Abendblatt* vom 5.10.2010), oder dass, wie Heitmeyer es beschreibt, »Mitmenschen vor allem nach ihrer Nützlichkeit bewertet und damit auch abgewertet werden«. Dreiviertel »der Befragten würden sagen, dass sich Solidarität, Gerechtigkeit und Fairness in dieser Gesellschaft nicht mehr verwirklichen ließen« (*Der Spiegel* 14/2010, 71). Dass in einkommensschwachen Milieus soziale und ökonomische Nöte Alltag sind, ist evident, aber zunehmend berühren Abstiegsängste die Mainstream-Milieus. Vielen Eltern scheint bewusst zu sein: ohne Abitur kein Studium, kaum Chancen auf attraktive Ausbildungsplätze und damit keine Wahrung des Lebensstandards.

Für die meisten ist Bildung von erheblicher Bedeutung. Mit zunehmender Schärfe werden Bildungs- und Familienpolitik und deren mobilitätshemmende Länderhoheit kritisiert: etwa die Unterausstattung der KiTas, die zu geringe Zahl der Ganztagsschulen, eine kaum zu erreichende Vereinbarkeit von Familie und Beruf etc. Franz Walter bringt es auf den Punkt: »Stress in der Schule und an der Universität, selbst im Kindergarten, das Turbo-Abitur, die neuen Studiengänge, das alles ist ein großes Thema für die Mitte.« (*Spiegel Online* vom 17.6.2010) Den Wandel illustriert die Veränderung des Leitmotivs früherer Elterngenerationen, »Du sollst es einmal besser haben als wir«, zum heutigen, »Du hast es hoffentlich nicht schlechter als wir«. Der Druck führt einerseits zu Verunsicherung und Ängsten, andererseits – vermengt mit ausgeprägter Politikerverdrossenheit – zu allgemeiner Skepsis gegenüber öffentlichen Institutionen und schulischen Reformen. So wird nicht nur versucht, ein erodierendes öffentliches Bildungssystem mittels Privatschulen oder intensiver Nachhilfe zu kompensieren, sondern diese werden auch zur Abgrenzung und Ausgrenzung potenzieller Konkurrenten genutzt. Zum Normbild guter Eltern wird es, mittels Frühförderung Vorsprünge vor anderen zu ermöglichen.



© C. Artmann

Der Druck wirkt auf alle Eltern, jedoch je nach sozialem Milieu mit unterschiedlicher Härte, und es bestehen nicht die gleichen Handlungsalternativen. Eltern erleben das räumliche und kulturelle Auseinanderdriften der Stadtteile und Milieus sehr direkt. Unterschiede der Bildungsaspiration und des Bildungskapitals sind offensichtlich, ebenso die Bedeutung des Umfeldes für das Kind. Hier entsteht bei vielen der Wunsch nach der scheinbar sinnvollen Lösung: kein noch längeres gemeinsames Lernen als unbedingt notwendig. Räumliche Abgrenzung wird ergänzt durch Kontaktvermeidung, und Ernährung, Kleidung, Gesundheit, Medienkonsum dienen als Abgrenzungsfaktoren. Auch ist »Musik ein sicheres Vehikel der Distinktion nach unten und als Strategie längst in der bürgerlichen Mitte entdeckt worden« (Merkle/Wippermann 2008, 50). Hier entwickelt sich eine sozial-hierarchische Demarkationslinie zwischen den oberen und mittleren Milieus und denen am unteren Rand: die vermeintlich bewusste, fördernde, fürsorgliche Erziehung einerseits, andererseits Eltern, die froh sind, wenn ihre Kinder nicht kriminell oder schwanger werden. Daraus folgt: »Keine Kontakte, keine Empathie, kein Grund zur Solidarität. Solidarität bekommt in der gesellschaftlichen Mitte zunehmend die spezifische Semantik von ›sich solidarisieren gegen …‹« (ebd., 52).

Ein Moment der Entsolidarisierung erklärt sich durch die Kombination der Abgrenzung von den unteren Milieus mit dem Abgrenzungswunsch von den überwiegend dort vermuteten Familien mit Migrationshintergrund. Wäre Sarrazins Buch früher erschienen, wäre dies womöglich noch deutlicher geworden. So blieb es eher ein subtiler Subtext der Auseinandersetzung. Selbst Ole von Beust sah sich gezwungen, die vorhandenen Ressentiments zu kritisieren, »dass manche unverhohlen sagen: Wir wollen nicht, dass unsere Kinder länger als notwendig mit Kindern mit Migrationshintergrund zur Schule gehen.« (*SZ* vom 7.7.2010) Die Probleme der Auslese, der Spaltung, des Drucks werden auch für Eltern in den Milieus immer stärker, die eigentlich Träger des neoliberalen Zeitgeistes sein sollen. Die erwünschten Lebensbilder lassen sich, wenn überhaupt, nur unter großen Mühen umsetzen.

Das ist der Nährboden, auf dem die erfolgreiche Hamburger Initiative »Wir wollen lernen« (WWL) gewachsen ist. Ihren Ausgangspunkt fand sie in den wohlhabenderen Vierteln der Stadt, aber sie reichte schnell und weit darüber hinaus. Mit dem agilen und medientauglichen Juristen Walter Scheuerl an der Spitze bildete sich eine soziale Bewegung heraus, die ehrenamtliches Engagement und außerparlamentarisches Agieren mit professionellem Campaigning verband. Gut vernetzte, den medialen Diskurs beeinflussende Gruppen nutzten die niedrigen Quoten der Volksgesetzgebung in dem Moment, als ihnen ausnahmsweise der Weg zur Durchsetzung ihrer Partikularinteressen über die hegemonialen Parteien versperrt war.

LEHREN FÜR LINKE REFORMPOLITIK

Der Volksentscheid hat deutlich gemacht: Wir leben nicht in einer Zeit des Aufbruchs. Lieber arrangiert man sich mit dem Schlechten, dem Mittelmaß und versucht individuell durchzukommen; wer das nicht schafft, hat eben Pech gehabt. Zugleich trägt die scheinbare Bewahrung des Status quo erheblich zur sozialen

Polarisierung bei. Die forcierte Herausbildung monokultureller Schulen verhindert das notwendige Erlernen des Umgangs mit Differenz. In der Hamburger Bildungspolitik ist mit dem Volksentscheid kein Problem gelöst, es wurde lediglich ein sinnvoller Weg der Veränderung verbaut.

Das Hamburger Ergebnis hat Auswirkungen auf die Schulstrukturdebatten in anderen Bundesländern. Es scheint, dass »die Bewegung für gute Schule in ganz Deutschland ihr Leitmotiv eingebüßt hat: Der Begriff ›längeres gemeinsames Lernen‹ ist praktisch nicht mehr verwendbar« (*taz* vom 19.7.2010). Im Oktober letzten Jahres stellten die vermeintlichen PISA-Gewinner Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen das Grundsatzpapier »Individuelle Förderung statt Einheitsschule« vor. Das differenzierte Schulsystem sei zukunftsfähig, es könne bei jedem Kind die eigenen Talente und Begabungen entwickeln. Die drei Kultusminister sind sich sicher, dass die Idee der Einheitsschule der »Retropädagogik« des vergangenen Jahrhunderts entstamme. Sie können an Haltungen anknüpfen, die insbesondere bei jüngeren Menschen verfangen. Die Konzepte eines gemeinsamen längeren Lernens stammen aus einer Zeit, in denen viele Menschen sich – in unterschiedlichen sozialen Lagen bzw. Milieus – über gemeinsame Gesellschaftsentwürfe verständigten und eine Wertorientierung von der Veränderbarkeit gesellschaftlicher Zustände teilten. Wer einen Blick in die Shell-Studie wirft, stellt fest, dass letzteres in jüngeren Kohorten eine untergeordnete Rolle spielt. Selbstverwirklichung durch »Egotaktik« ist angesagt.

Der Druck auf die differenzierten Milieus der Mitte führt zu einer Gefahr für die Akzeptanz und Durchsetzbarkeit linker Politik. Noch bei den letzten beiden Bundestagswahlen war beispielsweise Die Linke in allen drei Etagen der Gesellschaft ähnlich stark vertreten (vgl. Brie 2007, 42). Es gab diejenigen, die unmittelbar von Krise und unsozialer Politik betroffen waren, und diejenigen, die, unabhängig von ihrer persönlichen Lage, nicht in einer unsolidarischen Gesellschaft leben wollten. Die bisherige Erfolgsgeschichte der Linkspartei begründete sich in ihrer klaren Haltung im Sozialstaatskonflikt. Die Folgen der Finanzkrise, die absehbaren sozialen Einschnitte, erhöhen nun den Druck auf die mittleren Milieus und tragen so zur Abnahme des Gerechtigkeitsdiskurses bei. Eine ressentimentgeprägte Entsolidarisierung führt zur Veränderung von Handlungs- und Wahlpräferenzen. Auch hier werden die verängstigten Mainstream-Milieus der Mitte den Ausschlag geben. Es mag so scheinen, als ob beim Hamburger Volksentscheid nur über die Frage abgestimmt worden wäre, ob die Kinder zwei Jahre länger gemeinsam zur Schule gehen. In Wirklichkeit ging es darum, wie viel soziale Gerechtigkeit sich unsere Gesellschaft leisten will – und welche ihrer Teile dies als anzustrebendes Ziel verstehen.

LITERATUR

Brie, Michael, 2007: Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten, in: ders. u.a. (Hg.), *DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?*, Berlin, 13–45

Goebel, Jan u.a., 2010: Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, in: Wochenbericht des DIW Berlin 24/2010, www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.357505.de/10-24-1.pdf (7.2.2011)

Merkle, Tanja, und Carsten Wippermann, 2008: *Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten*, Stuttgart

1 Ein Überblick findet sich bei Valentin Merkelbach, http://bildungsklick.de/a/72868/ein-volksentscheid-und-die-aussichten-auf-schulfrieden-in-hamburg/ (8.2.2011).

VERFASSERINNEN UND VERFASSER

ALBERTO ACOSTA Ökonom und Politiker (Alianza PAÍS), war 2007/8 Präsident der verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors und 2007 Minister für Energie und Bergbau. V: Das »Buen Vivir«. Die Schaffung einer Utopie, in: *juridikum* 4 (2009)

GÜNTHER BACHMANN Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung. V: Multitasking gegen die Leerverkäufe im Treibhaus, in: *Zeitschrift Politische Ökologie* 114 (2009)

AMIT BHADURI Professor für Politische Ökonomie an der Universität Pavia. Schwerpunkte: Makroökonomie, Wachstum und Globalisierung. V: Growth, Distribution and Innovations: Understanding Their Interrelations (2007)

VALERIA BRUSCHI MA Philosophie, Neuere und Neueste Geschichte, freiberufliche Übersetzerin

NICOLA BULLARD Mitarbeiterin bei Focus on the Global South, Bangkok. V: Global Finance: New Thinking on Regulating Speculative Capital Markets (mit Walden Bello, 2000)

KAI BURMEISTER Gewerkschaftssekretär der IG Metall. V: Welche Wirtschaftspolitik nach der Finanzkrise? Zur Aktualität der Kernaussagen von John Maynard Keynes, in: *spw* 1 (2009, mit Till von Treeck)

CAMPAIGN AGAINST CLIMATE CHANGE TRADE UNION GROUP Zusammenschluss von Klimaaktivisten, Intelektuellen und Gewerkschaftern. Kontakt: climatetradeunion@gmail.com

MARIO CANDEIAS Politologe und Ökonom, Leiter des Rates für radikale Realpolitik – der Zukunftskommission der RLS, Redakteur von *Luxemburg*. V: Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise (2004)

MICHAEL DAUDERSTÄDT Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Schwerpunkte: internationale politische Ökonomie und europäische Integration. V: Dead Ends of Transition. Rentier Economies and Protectorates (mit Arne Schildberg, 2006), Zur politischen Ökonomie von Demokratisierung und Demokratieförderung, in: Prekäre Staatlichkeit und internationale Ordnung (Hg. mit Stefani Weiss & Joscha Schmierer, 2007)

DANIEL FASTNER Übersetzer, MA Philosophie, Redakteur von *Das Argument*, Mitglied der Gruppe [pæris]

JOHN BELLAMY FOSTER Autor und Herausgeber des *Monthly Review* . V: The Ecological Rift: Capitalism's War with the Planet (mit Brett Clark und Richard York, 2010)

FRANCK GAUDICHAUD Politikwissenschaftler und Historiker, Professor an der Universität Grenoble 3, Redakteur von *Dissidences*. Schwerpunkte: Soziale Bewegungen in Lateinamerika. V: Poder Popular y Cordones industriales. Testimonios sobre la dinámica del movimiento popular urbano en Chile – 1970–1973 (2004)

STEFANIE GRAEFE Soziologin an der FSU Jena. V: Autonomie am Lebensende? Biopolitik, Ökonomisierung und die Debatte um Sterbehilfe (2007)

EDUARDO GUDYNAS Mitarbeiter am Lateinamerikanischen Zentrum für Soziale Ökologie CLAES in Montevideo, Uruguay. V: Politische Ökologie: Natur in den Verfassungen von Bolivien und Equador, in: *juridikum* 4 (2009), Limits of Economic Growth in Latin America (2008)

HO-FUNG HUNG wiss. Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Indiana University Bloomington. Schwerpunkte: Globalisierung, Nationalismus und Gesellschaftstheorie. V: China and the Transformation of Global Capitalism (Hg., 2009)

JULIAN JAEDICKE Organizer ver.di Hessen (Projekt KiTas der EKHN, Projekt Handel und Logistik in Bad Hersfeld), aktiv gegen grüne Gentechnik und in der Anti-AKW-Bewegung

DIETER KLEIN Ökonom, Mitarbeiter und Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hg. der Reihe einundzwanzig, Mitglied des Willy-Brandt-Kreises. V: Die Linke und das Eigentum (2010)

RALF KRÄMER Gewerkschaftssekretär im Bereich Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Berlin, Mitglied der Redaktionskommission für das neue Programm der Partei Die Linke und einer der Sprecher der innerparteilichen Strömung Sozialistische Linke

MEINHARD MEUCHE-MÄKER Politologe, Leiter des RLS-Regionalbüros Hamburg. V: DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?, Cornelia Hildebrandt, Meinhard Meuche-Mäker (Hg. mit Michael Brie u.a., 2007)

FEDERICO MELLO Journalist, Autor, Onlineredakteur der Tageszeitung *Fatto Quotidiano*, Ressort Politik. V: Viola, l'incredibile storia della manifestazione che ha beffato Silvio Berlusconi (2010)

HOLGER POLITT 2002–2009 Leiter des Büros Warschau der RLS, seit 2010 Beschäftigung mit den polnischen Schriften Rosa Luxemburgs

HEINER REIMANN Organizer ver.di Hessen (Projekt KiTas der EKHN, Projekt Handel und Logistik in Bad Hersfeld), aktiv in der Bildungsarbeit für ArbeitnehmerInnen und deren InteressenvertreterInnen

WOLFGANG RHODE geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

LEIDA RIJNHOUT Geschäftsführerin von ANPED Northern Alliance for Sustainability. V: Sustainable Development for Dummies (2008)

RAINER RILLING stellvertr. Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse und Referent Kapitalismusanalyse und internationale Beziehungen der RLS. V: Risse im Empire (2008)

TILMAN SANTARIUS Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler, Referent für Internationale Klima- und Energiepolitik der Heinrich Böll Stiftung, Vorstandsmitglied bei Germanwatch e.V. Schwerpunkte: internationale Klimapolitik, Handelspolitik, Globalisierung und Gerechtigkeit. V: »Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit« (Mitverf. 2005)

HERMANN SCHEER (1944–2010) war MdB (SPD), Vorsitzender des Weltrats für Erneuerbare Energien und Träger des Alternativen Nobelpreises (1999). V: Der energethische Imperativ: 100% jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist (2010)

CATHARINA SCHMALSTIEG Diplom-Psychologin, Doktorandin am Institut für Soziologie der FSU Jena, Redakteurin von *Luxemburg*. V: Strategic Unionism (Mitverf. 2008)

STEFAN SCHMALZ Akad. Rat im Bereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich Schiller-Universität Jena. V: Auf dem Sprung? Brasilien, Indien und China. Zur gesellschaftlichen Transformation in der Krise (mit Matthias Ebenau, 2011); Brasilien in der Weltwirtschaft. Die Regierung Lula und die neue Süd-Süd-Kooperation (2008)

HARALD SCHUMANN Autor und Wirtschaftsjournalist u.a. für den *Tagesspiegel*. V: Der globale Countdown: Finanzcrash, Wirtschaftskollaps, Klimawandel – Wege aus der Krise (mit Christiane Grefe, 2009)

IRMI SEIDL Ökonomin, Leiterin der Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Eidg. Forschungsanstalt WSL. Lehrbeauftragte an Universität und ETH Zürich. V: Postwachstumsgesellschaft (mit Angelika Zahrnt, 2010)

JANA SEPPELT Organizerin ver.di Hessen (Projekt KiTas der EKHN, Projekt Handel und Logistik in Bad Hersfeld), aktiv in den Krisenprotesten

CLAUDIA TAUDTE freiberufliche Übersetzerin und Lektorin

HANS-JÜRGEN URBAN Politologe und Philosoph, seit 2007 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, FB Sozialpolitik, Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung. V: Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften (Hg. mit L. Schröder, 2010); Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5 (2009), 71ff

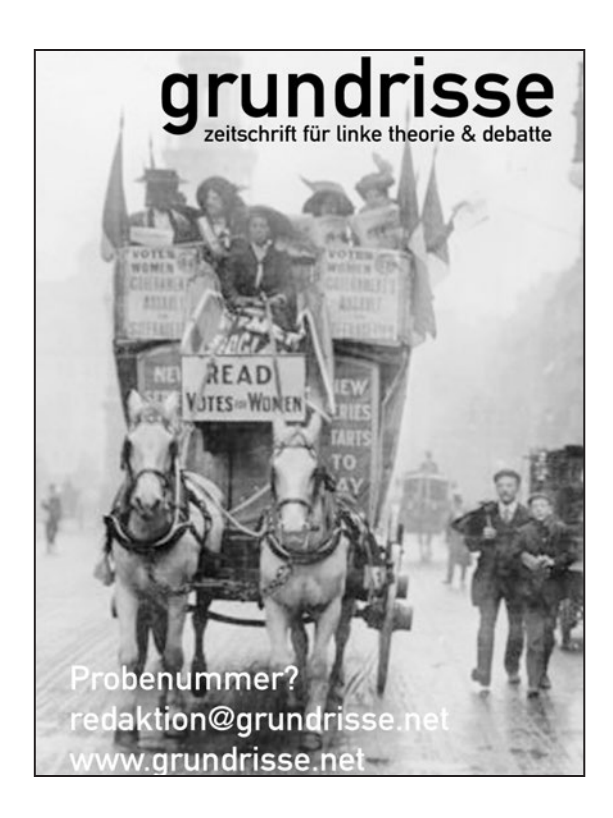
OLIVER WALKENHORST Mitarbeiter am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Redakteur von *Das Argument* und beim HKWM. Arbeitsgebiete: Klimawandel; Ökologie; Wissenschaftsgeschichte. V: »Klimapolitik«, in: HKWM Band 7/I (2008)

UWE WITT Baggerfahrer, Volkswirt und Journalist, Mitarbeiter von Eva Bulling-Schröter, MdB (Die Linke). Schwerpunkte: Klimaschutz, Umwelt- und Ressourcenökonomie

WU MING (= »ohne Namen« auf Chinesisch) italienisches Schriftstellerkollektiv, 2000 gegründet aus dem Luther Blissett Project, engagiert sich für kollektives geistiges Eigentum. V: »Q« (2002)

ANGELIKA ZAHRNT Volkswirtin, Ehrenvorsitzende des BUND, Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung, Mitglied im Strategiebeirat Sozial-ökologische Forschung des BMBF, V: Zukunftsfähiges Deutschland (2008, Hg.), Postwachstumsgesellschaft (mit Irmi Seidl, 2010)


nachrichten
aus
dem
prekären
leben
analyse & kritik


grundrisse
zeitschrift für linke theorie & debatte
READ
VOTES FOR WOMEN
Probenummer?
redaktion@grundrisse.net
www.grundrisse.net